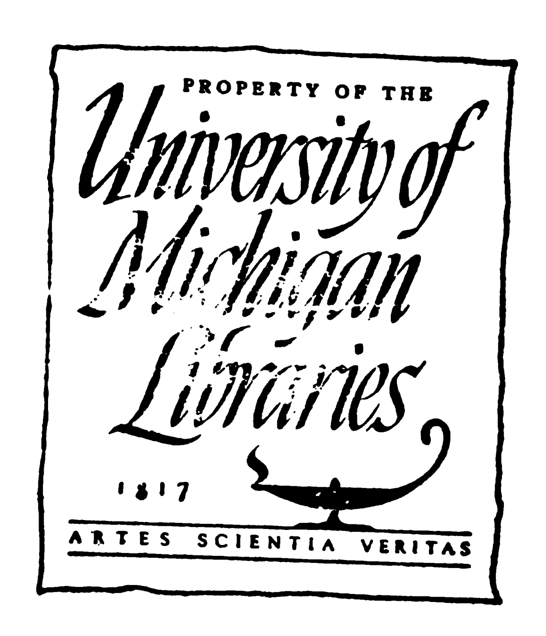

PROPERTY OF THE
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

J o h a n n e s H a l l e r

DIE EPOCHEN
DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

97.—108. Tausend



1 · 9 · 4 · 2

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart

Jakob Freiherrn von Uexküll

als Zeichen lebenslänglicher Verbundenheit

gewidmet

VORWORT

Als dieses Buch zum erstenmal erschien, konnte ich nur die Hoffnung aussprechen, „es möge ihm beschieden sein, mit der nüchternen Selbsterkenntnis, der es dienen will, zugleich den Glauben und den festen Willen in unserem Volk zu stärken, daß aus dem Elend der Gegenwart eine bessere Zukunft hervorgehen muß, und daß ein neues Geschlecht mit neuer Kraft der deutschen Geschichte ihren Sinn wiedergeben wird". Das war im November 1922. Damals konnte das Leitwort, das auf den kommenden Tag hinwies, nur als Ausdruck des Glaubens gelten, der eine gewisse Zuversicht ist des, das man hoffet, und nicht zweifelt an dem, das man nicht sieht. Zwölf Jahre später, in einer Neubearbeitung, die noch bei dem Zeitpunkt tiefster Erniedrigung abbrechen mußte, durfte ich doch schon dem Wunsch Ausdruck geben, den Augenblick noch zu erleben, wo es mir vergönnt sein würde, „eine weitere Ausgabe des Buches mit der Feststellung zu beenden, daß der Tag, auf dessen Kommen wir hoffend vertrauen, gekommen ist". Schneller, als der Kühnste

sich hätte träumen lassen, ist dieser Wunsch in Erfüllung gegangen, und jeder deutsche Leser wird die Empfindungen teilen, mit denen ich heute das Buch in nochmals erweiterter, nun wohl endgültiger Gestalt hinausgehen lasse. Was Glaube und Hoffnung war, ist Wirklichkeit geworden, der Tag ist gekommen!

Stuttgart, im März 1939.

J. H.

INHALT

EINLEITUNG

Es wird vielleicht manchem als ein seltsames Unterfangen erscheinen, daß ich, wie es den Anschein hat, mich anheischig mache, auf wenigen hundert Seiten die gesamte deutsche Geschichte zu behandeln, einen Stoff, der sehr wohl den zehnfachen Raum beanspruchen könnte, ohne daß man befürchten müßte, zu sehr ins Breite zu geraten. Aber wer mir etwa diese Absicht zuschriebe, der würde mich mißverstanden haben. Nicht die deutsche Geschichte will ich vortragen, nur von ihren Epochen soll die Rede sein.

Unter einer Epoche versteht man bekanntlich einen Zeitpunkt, bei dem etwas Neues beginnt, ein neues Moment bestimmend in die Entwicklung eintritt, ein Ereignis dem Lauf der Dinge eine neue Richtung gibt. Ereignisse dieser Art bezeichnen wir als epochemachend oder epochal. In übertragenem Sinne nennt man dann wohl auch den ganzen Zeitraum, der von den Nachwirkungen eines solchen Ereignisses beherrscht ist, eine Epoche. Wer sich dieser Bedeutungen des Wortes erinnern will, wird wissen, was ich im Auge habe. Es handelt sich um die entscheidenden Augenblicke der deutschen Geschichte, um die Wendepunkte ihres Verlaufes. Sie wollen wir betrachten und sie gleichsam als Beobachtungspunkte wählen, von denen aus wir die Entwick-

lung unseres Volkes, abschnittsweise zusammenfassend, überblicken.

Ein Vergleich mag die Sache anschaulich machen. Der Gang der Geschichte gleicht ja niemals einer regelmäßigen Linie; er hat gar keine Ähnlichkeit mit einem Kanal oder einem Schienenstrang, um so mehr aber mit einem natürlichen Flußlauf. Wie ein solcher bewegt sich auch die geschichtliche Entwicklung nur ausnahmsweise geradeaus in der einmal eingeschlagenen Richtung. In steten Wendungen und Windungen, oft in bizarren Krümmungen und Haken geht es weiter, und nicht selten wird die ursprüngliche Richtung für eine Weile, ja auch für immer aufgegeben. Die Punkte, wo eine solche Wendung eintritt, können deutlich in die Augen springen. In der französischen Geschichte zum Beispiel sieht jeder auf den ersten Blick, was das Jahr 1789 oder das Auftreten Richelieus bedeutet, in der englischen leuchten die Jahre 1066 und 1688 weithin als helle Marksteine. Aber es braucht nicht so zu sein. Nicht immer liegen die Epochen so offen zutage. Die Wendung kann allmählich eintreten, oder die Entwicklung kann stocken, auch wohl streckenweise verdeckt, gleichsam unterirdisch fortgehen, wie ja auch ein Wasserlauf bisweilen sich staut, sich zum See oder Sumpf erweitert, vielleicht gar überhaupt versickert, um an anderer Stelle wieder hervorzutreten. Für eine Geschichtsbetrachtung, die das Ganze im Zusammenhang begreifen will, gilt es darum vor allem, die entscheidenden Wendepunkte aufzusuchen, sich klar zu werden über die Momente, wo Neues einsetzt, Altes aufgegeben wird und die Richtung sich ändert.

Eine jede neue Wendung hat ihre Ursachen. Aus Laune weicht auch der Fluß nicht von der geraden Richtung ab: er sucht, dem Gesetz der eigenen Schwere folgend, die tiefste Stelle. Dabei muß er oft einem Hindernis ausweichen, sich auch wohl zeitweilig davor stauen; oder er empfängt durch das Einströmen eines großen Nebenflusses eine veränderte Gestalt und verstärkte Kraft, so daß er imstande ist, sein Bett an einer Stelle zu graben, die er sonst umgangen hätte.

Ich brauche den Vergleich nicht weiter zu verfolgen. Wer etwas von Geschichte weiß, ist sich klar darüber, daß auch die Entwicklung eines Volkes wesentlich durch äußere Einflüsse bestimmt wird. Das Auftreten eines übermächtigen Nachbarn kann sie aus der Richtung drängen, sie wie ein Felsriegel oder Sandrücken zum Versumpfen zwingen, das Verschwinden des Rivalen dagegen die Bahn freimachen. Nicht zu reden von dem Kräftezuwachs, der, durch Eroberungen, Angliederungen oder durch die Leistungen eines großen Individuums gewonnen, dem Wollen und Streben eines großen Volkes neuen Antrieb und neue Ziele gibt.

Mir scheint, wer überhaupt historischen Sinn, das heißt das Bedürfnis und die Fähigkeit besitzt, sich in die Vergangenheit zu versenken, für den muß es einen besonderen Reiz haben, in solcher Weise dem Gange der Geschichte des eigenen Volkes zu folgen, die entscheidenden Wendepunkte aufzusuchen und sich über die Ursachen klarzuwerden, die in jedem Falle wirksam waren. Aber nicht nur reizvoll ist es, nein, geradezu notwendig, unerläßlich. Angesichts der Fülle der Erscheinungen, die

die Vergangenheit darbietet — Ereignisse wie Personen — ist man ja immer etwas in Gefahr, den Wald vor Bäumen nicht zu sehen.

Es genügt ja nicht, die Tatsachen zu wissen, man muß sie auch verstehen, das heißt ihre Bedeutung im Verhältnis zueinander, ihre Tragweite für das Ganze richtig einschätzen können. Das ist nicht so einfach, wie es scheinen mag. Gar mancher trägt in seinem Gedächtnis einen reichen Schatz von Kenntnissen, aber es sieht darin aus wie in einem schlecht gehaltenen Schubfach, weil der Überblick, die Ordnung fehlt. Wie oft erlebt man es, daß ein gut beschlagener Kandidat, dem die Geschichte Friedrichs des Großen wohl bekannt ist, auf die Frage, seit wann in der deutschen Geschichte der Dualismus zwischen Preußen und Österreich bestehe, die Antwort gar nicht oder nur zögernd und tastend findet! In diesem Fall ist die Frage noch ziemlich einfach. Weniger zu verwundern ist es, wenn einer nicht sogleich zu sagen wüßte, wann und worin der Ursprung des deutschen Partikularismus zu suchen sei. Die Frage ist in der Tat nicht ganz leicht zu beantworten, und doch handelt es sich um eine Tatsache von allergrößter Bedeutung, um eine Besonderheit der deutschen Nation, durch die sie im Wettbewerb mit ihren Nachbarn von vornherein schwer benachteiligt ist, wie ein Pferd, das beim Wettrennen ein beträchtliches Mehrgewicht zu tragen hat. Endlich eine Frage von ebenso großer Bedeutung, die ich keinem Kandidaten vorzulegen wagen würde, weil sie mir einmal von einem Fachgenossen und Kollegen gestellt worden ist, der selbst keine Antwort darauf wußte: woher rührt die

konfessionelle Spaltung im deutschen Volke? Daß sie seit 1517 entstanden ist, weiß jeder; aber warum entstand sie, was machte sie möglich? Das Natürliche und Gegebene kann sie nicht sein, denn die anderen Völker Europas kennen sie nicht oder doch nicht entfernt im gleichen Maße, sie spielt dort gar keine Rolle, während sie die deutsche Geschichte bis auf den heutigen Tag geradezu beherrscht. Wie kommt das? Die religiösen Kämpfe der Reformationszeit sind doch auch den Engländern, Franzosen, Spaniern nicht erspart geblieben, aber dort hat man die Spaltung überwunden, die Deutschen haben das nicht gekonnt oder nicht gewollt. Warum nicht? Hier ist das epochale Ereignis allbekannt, aber die Ursachen seiner besonderen Wirkung scheinen den wenigsten geläufig zu sein.

Das führt uns auf einen Gedanken, den ich nicht unausgesprochen lassen kann. Vergangenheit und Gegenwart sind nur in der Theorie zu trennen, in der Wirklichkeit gehören sie zusammen. Alle Betrachtung der Vergangenheit empfängt ihr Licht und ihre Farbe von der Gegenwart. Als dieses Buch zum ersten Male erschien — es war im Jahr 1922, zu einer Zeit also, wo unsere Zukunft fast hoffnungslos aussah —, damals hätte man es niemand verargen können, wenn er an die deutsche Vergangenheit nicht denken mochte. Sie stellte sich dar wie eine lange Kette zum Scheitern verdammter Anstrengungen. Wer für die Gegenwart Trost, für die Zukunft Stärkung suchte, fand er sie in der Betrachtung der Vergangenheit? Die dunklen Seiten im Buch der deutschen Geschichte, die ja so viel zahlreicher sind, konnten weder Trost noch Stärkung bieten, sie schienen uns zu sagen:

„so wie ihr heute seid, wart ihr immer"; als ob ein Fluch von Anbeginn auf allen Geschlechtern lastete. Und die glänzenden Stellen — sie fehlen ja, Gott sei Dank, keineswegs — galt nicht von ihnen das grausam wahre Wort Dantes: „Kein größer Leid, als sich entschwundnen Glücks im Elend zu erinnern?" Damals war es begreiflich, wenn einer fand, die deutsche Geschichte sei etwas, wovon man lieber nicht spräche. Wen unter uns hätte diese Stimmung nicht einmal erfaßt?

Wie anders heute! Die Nacht, die uns umgab, ist einer neuen Morgenröte gewichen. Schneller, als das kühnste Hoffen es zu denken gewagt hätte, ist die Sonne über Deutschland aufgegangen, und ihre ersten Strahlen verheißen einen neuen lichten Tag, der das Erlittene vergessen lasse. Da zeigt auch die Vergangenheit ein anderes Gesicht; sie ist dieselbe, aber wir sehen sie mit andern Augen, ihr Anblick weckt nicht mehr den bitteren Schmerz. Nötig ist es deswegen um nichts weniger, sie zu kennen, sich ohne Vorurteil und Selbstgefälligkeit in sie zu versenken, heute, wo der märchenhaft rasche Erfolg schon die Gefahr in sich birgt, daß wir das Erreichte überschätzen und für den Weg, der vor uns liegt, das Augenmaß verlieren.

Sich selbst zu kennen, ist auch für die Völker gebieterische Pflicht. Daß wir uns selbst so schlecht kannten, war in vergangenen Tagen unser Unglück: wir wagten uns an Aufgaben, die an sich vielleicht nicht unlösbar, aber für uns zu schwer waren. Diesen Fehler gilt es abzulegen, wenn die Zukunft die Verheißungen erfüllen soll, die die Gegenwart in sich trägt, wenn das deutsche Volk

sich des großen Gewinnes würdig zeigen soll, der ihm geschenkt ist. Selbsterkenntnis ist im Glück doppelt unabweisliche Forderung. Wie anders aber könnte ein Volk sich selbst kennenlernen als aus seiner Geschichte? Die Natur eines Menschen, seine Fähigkeiten, seine Willensrichtung offenbaren sich in seinem Tun. Auch der Charakter eines Volkes, die Vorzüge und Schwächen seiner Anlage, die Grenzen seines Könnens treten hervor in dem, was es im Laufe der Jahrhunderte getan, was es geleistet und was es verfehlt hat.

Nun wird man vielleicht einwenden: ein Mensch ist in einem gewissen Lebensalter fertig, verändert sich nicht mehr; ein Volk aber wandelt sich beständig, und gerade unser Volk hat sich in neuester Zeit so vollständig gewandelt, daß es Zeitverlust wäre, sich mit seiner Vergangenheit zu beschäftigen, um seinen Charakter kennenzulernen, wie er heute ist. Darum müssen wir „die ausgefahrenen Geleise der Geschichte“, wie man wohl hat sagen hören, verlassen und alles ganz von vorn neu anfangen. Diese neueste Weisheit hat ja recht viele Anhänger. Man setzt sich dem Vorwurf der Rückständigkeit aus, wenn man ihr widerspricht; wogegen der Spott über die rückwärts gewandten Propheten, die die Historiker sein sollen, immer auf Beifall rechnen darf.

Ich fürchte diesen Spott keineswegs, ja, ich finde ihn sehr oberflächlich, um nicht zu sagen gedankenlos. Und was den Beifall der Menge betrifft — nun, er ist vielleicht zu keiner Zeit eine so unbedingte Empfehlung, jedenfalls keine Bürgschaft der Wahrheit. Allerdings gleicht der Historiker — und das ist jeder, der die Vergangenheit

studiert — dem rückwärts gewandten Seher. Aber eben darum ist er klüger als die andern, die immer nach vorne starren, wo doch für die allermeisten noch gar nichts zu sehen ist als höchstens die Ausgeburten ihrer eigenen Phantasie. Wer rückwärts blickt, sieht Wirklichkeit, und eben darum, weil er sich rückwärts wendet, kann er die Zukunft schauen: er sieht sie im Spiegel der Vergangenheit. Sie läßt sich dort nicht glatt und mühelos ablesen, denn der Spiegel ist zertrümmert, es fehlen einzelne Stücke. Man muß in ihm zu lesen verstehen, und das ist nicht jedermanns Sache. Darum kann man sich auch bei der Entzifferung leicht irren. Aber wer sich gar nicht um den Spiegel der Vergangenheit kümmert, wird niemals weder die Gegenwart begreifen, noch die Zukunft voraussehen.

Denn es ist nicht wahr, daß die Völker, anders als der einzelne Mensch, ihre innerste Natur von Zeit zu Zeit wechselten und daß die Deutschen von heute mit denen von vor hundert, zweihundert, tausend Jahren nichts mehr gemein hätten. Gewiß verwischen sich im Laufe der Jahrhunderte manche Züge im Antlitz einer Nation und werden andere neu eingegraben; gewiß können tiefgreifende Veränderungen in ihrem äußeren Dasein auch in ihrem Wesen manche Wandlung hervorbringen. Aber ist darum der Grundstoff ein anderer, sind die Erlebnisse und Erfahrungen belanglos geworden? Im Gegenteil!

Gerade wenn Natur und Charakter eines Volkes dem Wechsel unterworfen sind, ist es da nicht erst recht eine gebieterische Pflicht für jeden, der mit dem Volke, wie es ist, zu tun hat, diese Wandlungen zu erkennen und

auf ihre Ursachen zurückzuführen? Wenn gewisse Eigenschaften nicht angeboren, sondern erworben, im Laufe der Zeit erst entstanden sind, so können sie vielleicht auch wieder verloren gehen oder abgetan, beseitigt werden. Es kommt nur darauf an, die Ursachen ihrer Entstehung zu kennen, so wird man imstande sein, das Richtige zu ihrer Erhaltung oder Bekämpfung zu tun. Man wird also feststellen müssen, was natürlich und vielleicht unabänderlich, was hinzuerworben und darum entfernbar ist, und worin im zweiten Falle die Ursachen liegen. Was aber heißt das anderes, als die Geschichte studieren, sie so studieren, wie wir es in diesem Buche vorhaben: die entscheidenden Wendepunkte aufsuchen, die das Dasein des Volkes und damit seinen Charakter wechselnd bestimmt haben, daß es wurde, wie es ist?

Wer diesen Gedankengang als richtig anerkennt, wird auch die Verpflichtung nicht leugnen können, sich von der Geschichte des eigenen Volkes ein klares, anschauliches Bild zu verschaffen, in dem Vergangenheit und Gegenwart organisch verbunden sind und diese aus jener mit innerer Notwendigkeit hervorgeht; ein Bild, das uns lehrt, wie wir wurden, was wir sind. Pflicht ist das schon für den, der sich damit begnügt, als Zuschauer die eigene Zeit mit Bewußtsein, denkend und verstehend, zu erleben, noch viel mehr aber für jeden, der sich berufen sieht, mitzuarbeiten an der Zukunft — und das sollen wir ja nun einmal alle sein, vom Ältesten bis zum Jüngsten, und die Jungen wohl noch mehr als die Alten.

In diesen Gedanken habe ich die Kraft gefunden, die begreifliche Scheu vor dem Stoffe, von der ich vorhin

sprach, zu überwinden und eine Darstellung zu unternehmen, von der ich wünsche, daß sie uns lehren möge, das Antlitz der deutschen Nation — unser aller nationales Gesicht — im Spiegel der Jahrhunderte zu sehen und daraus die nationale Selbsterkenntnis zu schöpfen, die uns vor allem not tut, was immer das Leben uns künftig bringen mag. Die Selbsterkenntnis wird dazu führen, daß wir uns nichts vormachen, uns nicht belügen und beschmeicheln, die eigenen Fehler offenen Auges sehen und unerbittlich mit Namen nennen, um sie zu bekämpfen, sie auszurotten wie Unkraut, damit der Weizen der guten Anlagen Raum finde, zu wachsen und zu gedeihen. Wir leben ja, und wer Leben sagt, der sagt Entwicklung, Entwicklung aber bedeutet Entfaltung, Steigerung, Wachstum. Wie wir richtig wachsen können, wie wir sein sollen, was wir sein können, und nicht zuletzt, wie wir nicht sein sollen, das werden wir um so besser einsehen, je mehr wir wissen, wie wir gewesen und geworden sind.

ERSTES KAPITEL

Wo beginnt die deutsche Geschichte? — Die Entstehung des deutschen Staates. — Reich und Stämme, König und Herzöge. — Reich und Kirche. — Die Machtmittel der Krone: Reichsheer, Königsgut und Kirchengut.

Seit wann gibt es eine deutsche Geschichte? Die richtige Antwort lautet: seit es Deutsche und ein deutsches Volk gibt. Aber seit wann gibt es das? Diese Frage scheinen die wenigsten sich zu stellen. In den landläufigen Darstellungen begegnet man nämlich hier einem starken Irrtum. Sie lassen die deutsche Geschichte mit der sogenannten Völkerwanderung beginnen, erzählen mehr oder weniger ausführlich von Goten, Vandalen, Burgundern und so weiter, ohne sich die Frage vorzulegen, was das mit der deutschen Geschichte zu tun habe. So groß kann auch in der Wissenschaft einmal die Macht der Gewohnheit sein, daß man die Verwechslung der Begriffe gar nicht bemerkt, die hier vorliegt: man setzt nämlich Deutsche und Germanen einander gleich. Mit welchem Recht? Zu den Germanen gehören unstreitig auch die skandinavischen Völker; und doch ist es noch niemand eingefallen, ihre Geschichte in die deutsche einzubeziehen. Zu den Germanen gehören aber auch, ob sie wollen oder nicht — und sie wollen in neuester Zeit durchaus nicht, aber es wird ihnen nichts helfen — die Engländer. Wenn man ehrlich ist, muß man sogar sagen: die stärksten, in der Geschichte einflußreichsten Vertreter

des Germanentums sind bisher die Engländer gewesen. Noch ist aber niemand auf den Gedanken geraten, die englische Geschichte oder auch nur die der Angelsachsen als einen Teil der deutschen Geschichte darzustellen. Das ist eine offenbare Inkonsequenz: wenn die Goten und Langobarden hineingehören, warum nicht auch die Dänen und Angelsachsen?

In Wahrheit haben die einen dort so wenig zu suchen wie die anderen. Germanen und Deutsche sind eben nicht dasselbe. Alle Deutschen sind Germanen, aber nicht alle Germanen sind Deutsche. In der Gesamtheit der germanischen Völker bilden die Deutschen eine besondere Gruppe, und — was für uns von wesentlicher Bedeutung ist — keine ursprünglich zusammenhängende Gruppe. Sie sind nicht von Anfang an beisammen, durchaus nicht, sie sind erst mit der Zeit zusammengekommen und zusammengewachsen zu einem Ganzen. Mit einem Wort: das deutsche Volk ist keine natürliche, sondern eine geschichtlich gewordene Einheit.

Man hat nicht wenig Anstrengungen gemacht, den Grad der Verwandtschaft zwischen den einzelnen germanischen Völkern zu bestimmen, in der Hoffnung, nachweisen zu können, daß einige unter ihnen einander von Natur näher standen; und man hat insbesondere nachweisen wollen, daß gerade die Stämme, aus deren Verbindung das deutsche Volk hervorgegangen ist, eine von Natur zusammenhängende Gruppe, eine Sonderfamilie gebildet hätten. Die Bemühungen dürfen als gescheitert gelten. Wenn es zwischen den germanischen Volksstämmen nähere und fernere Grade der Verwandtschaft gegeben hat, so

läßt sich doch eine natürliche Zusammengehörigkeit der späteren deutschen Stämme, wie sie in der Geschichte auftreten — was weiter zurückliegt, gehört nicht hierher — durchaus nicht behaupten. Eine sehr einfache Beobachtung kann das jedem klarmachen. Daß Hannoveraner, Hamburger, Bremer den Engländern sehr nahe stehen, ihnen in vielem außerordentlich ähnlich, ja fast gleich sind, weiß jeder, der Gelegenheit hatte, sie zu vergleichen. Es wird sogar von englischer Seite zugegeben. Ob man zwischen einem Hamburger und Oberschwaben oder zwischen einem Oldenburger und Oberbayern denselben Grad natürlicher Verwandtschaft entdecken kann, wenn man sie sieht und jeden seine Mundart reden hört, möchte ich bezweifeln.

Wir dürfen also feststellen: die deutschen Stämme sind nicht darum zum deutschen Volke zusammengewachsen, weil sie von Natur zusammengehörten, sondern weil sie durch ihr Schicksal, das heißt durch die Geschichte zusammengeführt wurden.

Welches diese Stämme sind, ist bekannt; sie sind ja noch heute da, lebendig und sehr deutlich erkennbar: Franken, Schwaben, Bayern, Thüringer, Sachsen, Friesen. Ihre gemeinsamen Schicksale und Taten bilden die deutsche Geschichte. Eine deutsche Geschichte kann es folglich erst von da an geben, wo die sechs Stämme zu einem Ganzen vereinigt sind.

Das ist verhältnismäßig spät geschehen, und nicht mit einem Schlage. Ihre Vereinigung ist das Werk eines unter ihnen, des fränkischen Stammes. Fränkische Könige haben die übrigen Stämme, einen nach dem anderen, ihrer

Herrschaft unterworfen. Chlodwig und seine Söhne, in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts, unterwarfen die Schwaben — die man damals noch Alemannen nannte —, die Thüringer und die Bayern. Dabei bleibt es zunächst. Im 7. Jahrhundert setzt sogar eine rückläufige Bewegung ein, die Unterworfenen machen sich unabhängig. Erst im 8. Jahrhundert gelingt es dem neuen fränkischen Herrscherhaus, das unterbrochene Werk zu vollenden. Karl Martell bezwingt die Thüringer und Friesen, seine Söhne die Schwaben, Karl der Große die Bayern (788) und schließlich, nach dreißigjährigen Kämpfen, auch die Sachsen. Im Jahr 804 ist der Vorgang beendet.

Von einer deutschen Geschichte aber darf man darum für das 9. Jahrhundert doch noch nicht reden. Die deutschen Stämme sind zwar vereinigt im gleichen Staats- oder Reichsverband und haben daher gemeinsame Geschicke, aber sie bilden noch keine gemeinsame Besonderheit, sie sind nur Teile des fränkischen Weltreichs, das außer ihnen auch Burgunder, Goten, Langobarden und namentlich sehr viele Römer umfaßt. Eine deutsche Geschichte kann es erst geben, wenn die unter sich verbundenen deutschen Stämme sich vom Gesamtverband des fränkischen Reiches lösen und eine Einheit für sich bilden.

Auch das ist bekanntlich erst nach und nach eingetreten. Die wiederholten Teilungen, die die fränkischen Könige seit 840 untereinander vornahmen, haben mit der Zeit zu einer Entfremdung der Teile untereinander geführt, die es bewirkte, daß zuerst einer, dann ein zweiter, ein dritter sich vom Ganzen trennte und eigene Wege ging.

Der Ausdruck hierfür ist, daß man bei einem Wechsel in der Regierung sich vom angestammten Königshaus der Karolinger lossagt und einen einheimischen Großen zum Herrscher macht. Als letzte von allen haben diesen Schritt im Jahre 911 auch die deutschen Stämme getan, indem sie nach dem Tode Ludwigs des Kindes nicht etwa dem westfränkischen — wir würden sagen: französischen — Karolinger huldigten, sondern den Herzog Konrad zum König erhoben. Damit war das längst gelockerte Band endgültig zerschnitten, das die deutschen Stämme noch mit dem Gesamtreich verbunden hatte, Deutschland war ein Reich für sich geworden. Konrad I. gilt darum als der erste deutsche König, und beim Jahr 911 darf man — wenn man nach festen Zahlen fragt, die freilich immer etwas Äußerliches behalten — die erste Epoche der deutschen Geschichte ansetzen: die Entstehung des deutschen Staates.

Die Zeitgenossen haben davon kein klares Bewußtsein gehabt. Sie haben noch lange an der Vorstellung festgehalten, daß das deutsche Reich ein fränkisches Reich sei. Sie haben offiziell von einem *regnum Francorum*, einem Reich der Franken, noch etwa ein Jahrhundert lang gesprochen und in der staatsrechtlichen Theorie diese Vorstellung noch bis ins 12. und 13. Jahrhundert gepflegt. Sie haben auch zunächst gar keinen eigenen Namen für das neue Sonderreich. Im Laufe des 9. Jahrhunderts hat man wohl angefangen, von einem *regnum theutonicum* zu sprechen, wenn man die Osthälfte des Gesamtreiches meinte. Aber offizieller Titel ist das nie geworden, wie denn das Wort *theutonicum* — eine ge-

lehrte Verballhornung aus *thiotiscum*, dem altdeutschen *thiutisk* — nichts anderes besagt als „volkstümlich“, das heißt nicht-römisch: der Reichsteil, der nicht römisch, sondern die Volkssprache redete. Es hat sehr lange gedauert, bis daraus der allgemein anerkannte Name „Deutsches Reich“ werden konnte, und amtliche, staatsrechtliche Geltung hat er — was nicht jedem geläufig sein wird — erst im Jahre 1870 erlangt. Das alte Reich, das 911 sich bildete und 1806 sich auflöste, hat diesen Titel nie geführt, sondern bekanntlich später den eines römischen Reiches angenommen.

Bei seiner Entstehung und dann noch annähernd zweihundert Jahre lang ist das junge deutsche Reich ein namenloses Reich gewesen — eine Tatsache, die zu denken gibt. Die Zeitgenossen, die Menschen von 911 bis gegen 1100, hatten kein Wort, um das neue Reich der sechs Stämme mit einem gemeinsamen Namen zu bezeichnen. Wir kommen darauf gleich zurück. Zunächst müssen wir einen Irrtum abwehren, der sich einschleichen möchte.

Es liegt außerordentlich nahe, anzunehmen, daß es der Gegensatz von Sprache und Volksart gewesen sei, der das national so stark gemischte fränkische Weltreich auseinandergesprengt habe. Deutsche auf der einen, Romanen, Franzosen auf der anderen Seite hätten nicht länger im gleichen Hause wohnen wollen. So möchte man, heutigen Vorstellungen folgend, sich die Sache erklären. Da würde denn die Gemeinsamkeit der deutschen Art bei den sechs Stämmen sich doch wenigstens in negativer Weise, in der Ablehnung dessen, was ihnen allen gleichmäßig

fremd war, geäußert haben, und man könnte so etwas wie ein ganz primitives, nicht einmal bewußtes Rassen- oder Nationalgefühl bei der ersten Entstehung des deutschen Reiches als wirkende Ursache annehmen.

Dem ist aber nicht so. Gegensätze der Rasse oder „Nationalität" — wenn wir dieses moderne Wort hier schon anwenden wollen — haben bei dem Zerfall des fränkischen Reiches nachweislich keine Rolle gespielt. Das geht aus mancherlei Beobachtungen hervor, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht. Es genügt, auf die allein durchschlagende Tatsache zu verweisen, daß die Grenzlinie zwischen ost- und westfränkischem, deutschem und französischem Reichsgebiet sich um Sprache, Volkstum, Nationalität der Bevölkerung gar nicht kümmert. Die Grenze, an die man sich hielt, war im Jahre 843 gezogen worden, um die Regierungsbezirke der Söhne Ludwigs des Frommen voneinander zu scheiden: im großen und ganzen etwa parallel der Schelde, der Maas, den Argonnen und der Saone verlaufend, zog sie romanisch redendes Volk in Lothringen und Burgund zum deutschen und ließ die fränkisch redenden Flamen beim französischen Reich. Noch deutlicher ist die Tatsache, daß im Jahre 911, als der Abfall der Deutschen von den Karolingern erfolgte, die Bevölkerung des linken Rheinufers, des sogenannten Lotharingien, diesen Schritt nicht mitmachte. Das waren zum großen Teil Franken — Trier, Köln, Aachen waren bekanntlich Hauptsitze der Franken seit alter Zeit —, und diese linksrheinischen Franken, die doch mindestens ebensogut als Deutsche angesprochen werden müssen wie die Schwaben und Bayern, empfanden

durchaus keine Abneigung gegen die Verbindung mit den Franzosen unter dem gleichen Herrscher. Sie blieben dem angestammten Königshaus treu und haben sich erst später (925) dem deutschen Reiche angeschlossen, als auch in Frankreich der Karolinger gestürzt und vertrieben war.

Da greifen wir es mit Händen, daß bei der Lostrennung der Reichsteile, soweit Deutschland in Frage kommt, der Gegensatz der Nationalitäten gar nicht wirksam gewesen sein kann. Beweggründe persönlicher, dynastischer Art, Verfeindung der führenden Geschlechter, örtliche Sonderinteressen der herrschenden Aristokratie, wachsende Gewohnheit, nach so vielen und dauernden „Teilungen" sich vorzugsweise um eigene Angelegenheiten und immer weniger um das Ganze zu kümmern, oder auf der anderen Seite Anhänglichkeit an das Königshaus und Treue gegen alte Überlieferung — das sind die wirklichen Triebfedern, die bei der endgültigen Lossagung des Ostens vom Westen tätig waren und zur Konstituierung eines deutschen Reiches führten.

Wir hätten also die höchst paradoxe Tatsache zu verzeichnen — die dem, der historisch zu sehen vermag und nicht moderne Voraussetzungen auf die Vergangenheit überträgt, gar nicht befremdlich erscheint —, daß das deutsche Reich wesentlich durch äußere Einwirkungen, ja sozusagen durch zufällige Ereignisse ins Leben gerufen ist, nämlich durch die Eroberungen und die Teilungen des fränkischen Reiches. Was die deutschen Stämme dazu führte, sich zusammenzuschließen, war nicht innere Notwendigkeit, kein eigenes Bedürfnis, sondern der äußere

Zwang der Unterwerfung. Und ebensowenig hatten sie ein Bedürfnis, sich von der Verbindung mit den Welschen loszumachen. Wieder waren es äußere Einflüsse — das Erbrecht des Königshauses, das die Teilung forderte, die Schwäche seiner Vertreter —, die zur Lockerung des Zusammenhanges und schließlich zur vollen Trennung führten.

Ein Bedürfnis nach festem Zusammenschluß war wohl auch jetzt nicht vorhanden. Im Gegenteil; wenn wir die Tatsachen sprechen lassen, so müssen wir sagen: das deutsche Reich war, kaum daß es dastand, im Begriff, sich in seine Bestandteile aufzulösen, in die Stammesgebiete.

Die Stämme müssen wir uns vorstellen als nach Sprache, Sitte und Art sehr verschieden. Verschiedenheiten sind ja noch heute vorhanden; sie waren ursprünglich bedeutend größer, ausgenommen vielleicht in der Sprache, denn die Mundarten haben sich allerdings mit der Zeit weiter voneinander entfernt. In Sitte und Art besaßen die Stämme der alten Zeit sogar ihre völlig bewußte und anerkannte Besonderheit: ein jeder hatte sein eigenes Recht, das von den Rechten der anderen zum Teil sehr stark abwich. Ihrer Verschiedenartigkeit wird auch, wo dazu Gelegenheit ist, Rechnung getragen: im Heer des Königs kämpfen sie in gesonderten Gruppen, die Sachsen für sich, die Franken desgleichen und so weiter. Man hat sich nicht gescheut, sie geradezu als Reiche, *regna*, zu bezeichnen.

Diese „Stammesreiche“ nun haben unter den letzten Karolingern an Selbständigkeit und Bedeutung gewaltig zugenommen. An ihre Spitze treten, durch mancherlei

äußere Umstände begünstigt, einzelne Große des Landes, angesehene und mächtige Männer, die den Herzogstitel annehmen, einen Titel, dessen Inhalt nichts anderes ist als eine volle vizekönigliche Gewalt. Als ungekrönte Könige stehen die Herzöge von Bayern, Schwaben, Sachsen — der Sachse hat sich auch die Thüringer unterworfen — dem wirklichen König gegenüber. Sie beanspruchen die ungeschmälerte Herrschergewalt in ihren Stammesgebieten, sie machen eigene auswärtige Politik, und der stolzeste von ihnen, der Bayer, nennt sich sogar „von Gottes Gnaden", was nichts anderes in sich schließt als den Anspruch auf Souveränität.

Wer da auf die Dauer der Stärkere sein würde, ob der Herzog oder der König, das mußte sich erst zeigen. Konrad I. ist es nicht gelungen, sich durchzusetzen. Alle seine Bemühungen scheiterten, obwohl er sich der Unterstützung der Geistlichkeit erfreute. König und Bischöfe vereint waren nicht stark genug, die Selbständigkeit der Stammesherzöge zu brechen.

Bei Konrads Tod (918) sah es aus, als sollte das Reich sich bereits auflösen. Sein Nachfolger Heinrich I., bisher Herzog von Sachsen, wurde nur von Sachsen und Franken erhoben. Erst nach und nach erlangte er die Anerkennung auch in Schwaben und Bayern, aber eigentlich doch nur, indem er vor den Gegnern kapitulierte. Er ließ die Herzogsgewalt in vollem Umfang bestehen, verzichtete also auf unmittelbare Ausübung der königlichen Herrschaft und begnügte sich mit der bloßen Oberhoheit, in weltlichen wie in kirchlichen Dingen. In Wahrheit also war er nur in Norddeutschland König, für den Süden

dagegen nur sozusagen ein Ehrenkönig. Erst die großen Erfolge, die er nach außen hin errang, haben ihm mit der Zeit durch erhöhtes Ansehen auch etwas mehr Macht gegeben, und sein Sohn, Otto I., der ihm 936 folgte, erbte bereits die Anerkennung seiner Oberherrschaft im ganzen Reich als eine feste Tatsache, an der niemand rüttelte.

Aber ebenso fest stand auch das Stammesherzogtum da. Otto I. hat gar nicht mehr daran denken können, die Herzöge zu beseitigen, auch als sie sich in offenem Aufstand gegen ihn erhoben. Er begnügte sich damit, sie zu benutzen, indem er sie mit dem Königshaus in enge Verbindung brachte. Durch geschickte Heiratspolitik wußte er seinem Bruder in Bayern, seinem Sohn in Schwaben, seinem Schwiegersohn in Lothringen die Herzogswürde zu verschaffen. Es ist bekannt, daß auch dieses Mittel nicht ausreichte. Auch der Sohn und Schwiegersohn haben sich 953/54 gegen Otto empört, und wenig fehlte, so hätten sie ihn beseitigt. Aber auch nach diesen Erfahrungen hat der König es nicht versucht, das gefährliche Vizekönigtum der Stämme zu unterdrücken. Die Vorwürfe, die man ihm deswegen zu machen pflegt, dürften kaum gerechtfertigt sein. Vielmehr werden wir uns sagen müssen, daß, wenn ein deutscher König selbst im Siege über einen aufständischen Herzog nur den schuldigen Träger des Amtes entfernt, das Amt aber bestehen läßt, dies wohl eine zwingende Notwendigkeit gewesen sein muß. Es muß unmöglich gewesen sein, im damaligen Deutschland ohne Stammesherzöge zu regieren; sonst hätte Otto I. wohl gern darauf verzichtet.

Daraus ergibt sich eine Beobachtung von großer Trag-

weite: das Bewußtsein der festen Zusammengehörigkeit, das Staatsgefühl oder Reichsgefühl fehlt oder ist doch erst in der Bildung begriffen. Die Stämme sind älter als das Volk, Herzogtum und Herzog stehen fester als Reich und König. Jene sind das Ursprüngliche, diese das Neue, das sich erst einleben muß. Die deutsche Geschichte beginnt im Zeichen des Partikularismus.

Er ist von anderer Art als der heutige, er ist ganz gegründet auf die Sonderart der Stämme, während der Partikularismus der neueren Zeiten mit dem Stammesgefühl nur wenig, dafür um so mehr mit dynastischer Landesherrschaft zu tun hat. Aber beiden gemeinsam ist das Überwiegen des Besonderen auf Kosten des Gemeinsamen. Hier haben wir es also mit einem Grundzug in der Natur des deutschen Volkes zu tun, den man nicht übersehen darf, ob man ihn nun erfreulich finde oder nicht.

Ohne Zweifel hätte das Reich unter solchen Umständen weder entstehen noch bestehen können, wenn nicht ein Faktor dagewesen wäre, der dem Partikularismus der Stammesherzöge Widerpart hielt. Dies war die Kirche.

Die Kirche des ältesten deutschen Reiches ist Staatskirche, wie schon im fränkischen Reich. Sie ist gewohnt, dem König mit ihren Mitteln zu dienen, ihn dafür auch persönlich zu leiten, wenn nicht geradezu zu beherrschen. Sie fühlt sich dem Herrscher verbunden und findet in dieser Verbindung ihren Vorteil: die Möglichkeit, über das Volk zu herrschen, indem sie dem König dient. Sie wehrt sich darum überall gegen das Aufgehen im Stammesstaat und die Unterordnung unter den Herzog. Bischöfe und Äbte wollen königliche Bischöfe, Reichsbi-

schöfe, Reichsäbte bleiben, sich nicht mediatisieren lassen. Ihre Stellung, ihr Rang, ihr Einfluß, ihre Unabhängigkeit würden dabei Verlust erleiden, aber auch materieller Schaden wäre sicher. Denn ihre Güter liegen zum Teil außerhalb der Stammesgebiete, da die frommen Stiftungen sich an keine Landesgrenzen kehren. So sind Bischöfe und Äbte die geborenen Vertreter des Reichs- und Einheitsgedankens.

Sie sind überhaupt die Träger wirklich politischer Gesinnung, denn in ihren Kreisen ist vorzugsweise die geistige Bildung zu finden. Sie sind imstande, den Gedanken des Staates zu fassen und daraus die praktischen Folgerungen zu ziehen.

So führt sie alles — Interesse und Ideal — im Kampf zwischen Königtum und Herzogtum an die Seite des Königs; und umgekehrt: auf sie muß der König sich stützen, wenn er sich behaupten will. Bei den Laien muß der König zufrieden sein mit der Anhänglichkeit an seine Person; bei der hohen Geistlichkeit kann er auf mehr rechnen, auf den Glauben an die Idee des Reiches. Er kann sich um so mehr auf sie verlassen, da er die Möglichkeit hat, die Personen nach ihren Fähigkeiten, nach Begabung, Gesinnung, Charakter auszuwählen. Weltliche Würden und Ämter sind mehr oder weniger erblich, über Bischofstühle und große Abteien verfügt der König, so oft sie erledigt werden, aus seiner Hand empfängt auch der Gewählte sein Amt, und häufig wird nicht einmal gewählt, sondern vom König einfach ernannt. Es gibt keine natürlichere Verbindung als die zwischen Thron und Altar im altdeutschen Staat.

Die Verbindung hat sich bewährt. Es war der erste große Erfolg Ottos I., daß es ihm gelang, schon in den Anfängen seiner Regierung die Verfügung über alle Reichskirchen den Herzögen zu nehmen und in die eigene Hand zu bringen. Seitdem ist die Kirche die Hauptstütze des Königtums gewesen. Die Bischöfe sind es, die das wirksamste Gegengewicht gegen den Partikularismus der Herzogsgewalten bilden. Als sich die Herzöge 953 gegen Otto verschworen, um ihn zu stürzen, standen die Bischöfe fast ausnahmslos auf Seiten des Königs, ihnen hatte er es zu danken, daß er sich behauptete. Damit ist das Band fest geknüpft: die Bischöfe sind ein für allemal die Reichspartei.

Mit dem reichen Besitz, über den sie verfügte und den die Könige selbst nun mit vollen Händen mehrten, und mit der überlegenen Geistesbildung ihrer Vertreter diente die Kirche dem Reich und dem König. Bischöfe und Äbte sind die ständigen Ratgeber des Herrschers, seine Minister und Diplomaten, gelegentlich seine leitenden Staatsmänner. Bischöfe bilden und bewahren die Überlieferungen der Reichspolitik, Bischöfe und Geistliche verwalten und organisieren die Machtmittel der Krone und führen häufig sogar des Reiches Heere ins Feld. Das Rückgrat, das das Reich aufrecht hält, die Klammer, die seine Einheit sichert, ist die Kirche. Ohne sie wäre es zerfallen und hätte sich schon in der Entstehung aufgelöst in die natürliche Vielheit seiner Bestandteile.

Was die Kirche im altdeutschen Staat bedeutet, wird uns vollends klar, wenn wir nach den Machtmitteln des Königs fragen.

Der altdeutsche König ist ja schon dem Rechte nach nichts weniger als ein unumschränkter Herrscher. Er ist oberster Richter und Heerführer; im übrigen aber, in allem, was wir Politik nennen, ist er an die Zustimmung der Großen, das heißt der Aristokratie gebunden. Nur „mit Rat und Willen der Großen" kann er handeln, in Krieg und Frieden. Man hat in ihm viel weniger den Alleinherrscher als den Führer und Vertreter der herrschenden Aristokratie zu sehen.

Um so mehr wird davon abhängen, wie groß das Gewicht materieller Macht ist, das der König in die Waagschale der Beratungen werfen kann, wenn es ihm darum zu tun ist, seinen Willen durchzusetzen.

Alle Staatsmacht ruht in letzter Linie im freiwilligen Gehorsam der Untertanen und in der Möglichkeit, Gewalt auch gegen die Widerwilligen anzuwenden, das heißt in den Waffen. Was für den freiwilligen Gehorsam die Unterstützung der Kirche bedeutete, ist uns ohne weiteres verständlich. Sie beherrschte ja die Gemüter noch hundertmal sicherer und ausschließlicher als heute selbst in den klerikalsten Ländern. Aber auch auf dem Felde der bewaffneten Gewalt ist ihre Leistung für den König kaum geringer.

Will man sich ein Bild von der Art der bewaffneten Reichsmacht der alten Zeit machen, so muß man von allen gewohnten Vorstellungen absehen. In keinem Punkt ist die alte Zeit von der Gegenwart stärker unterschieden. Von allgemeiner Wehrpflicht ist keine Rede. Sie besteht nur als eine Art Landsturm zur Verteidigung des heimischen Bodens und hat nicht einmal an den Grenzen

große praktische Bedeutung gehabt. Gegen auswärtige Feinde ist der Reichslandsturm tatsächlich niemals aufgeboten worden. Nur zum Schutz im Innern, gegen Räuber und gelegentlich im Bürgerkrieg ist er wirksam geworden.

Kämpfen ist im altdeutschen Staat von Anfang an Lebensberuf eines besonderen Standes, der Ritter. Das ist, wie so vieles andere, ein Erbstück des fränkischen Staates, in dem bereits die Ritterschaft der Vassallen des Königs und der Großen den Kern und die Hauptwaffe des Heeres bildete. Es ist die große Leistung der ersten sächsischen Könige, Heinrichs I. und Ottos I., dieses königliche Berufsheer der Ritter nach fränkischem Muster ausgebaut und vergrößert zu haben. Dadurch erhob sich schon Heinrich I. im Laufe seiner Regierung zu größerem Ansehen, dadurch wurde Otto I. Herr des ganzen Reiches und der erste Herrscher des Abendlandes. Eine zahlreiche Schar Panzerreiter steht ihm in allen Teilen des Reiches zur Verfügung, ausgestattet mit Grundbesitz — Rittergütern, wie wir noch heute sagen — von Jugend auf, vom Vater auf den Sohn und weiter von Geschlecht zu Geschlecht in den Waffen geübt, im Kampf und Krieg ihren Beruf sehend und jeden Augenblick bereit, zu den Fahnen zu eilen, wenn der König ruft und Lohn und Beute winken.

Den Grund und Boden zur Ausstattung dieser erblichen Reichssoldaten liefern einmal die sehr umfangreichen Domänen, das sogenannte Königsgut, in dem sich der Eigenbesitz des königlichen Hauses mit der Erbschaft früherer Königsgeschlechter und mit allem dem vereinigt,

was vom Reich und fürs Reich in Krieg und Frieden, durch Eroberung, Konfiskation und Heimfall erworben wird — eine gewaltige Masse von Landgütern und Forsten, von deren Ertrag der Reichshaushalt lebt und wovon ein Teil zum Unterhalt von Rittern verwendet wird.

Der König trägt diese Last der Rüstung nicht allein, ein beträchtlicher Teil ist auf die Schultern der Großen abgewälzt. Auch sie sind verpflichtet, ritterliche Vassallen zu halten und diese nach Bedarf dem König zuzuführen. Unter den Großen wiederum sind es die Geistlichen, die Pfaffenfürsten, Bischöfe und Äbte, die den Hauptposten stellen. Sie können das, denn sie sind sehr reich, ungeheuer reich. In den Zeiten, wo das Christentum in Deutschland durchdrang, in den Tagen des Bonifatius, Karls des Großen und ein Jahrhundert nach ihnen, hat Hoch und Niedrig darin gewetteifert, Kirchen und Klöster mit Schenkungen an Land und Leuten zu überhäufen. Der Eifer hat seitdem beträchtlich nachgelassen, aber immer noch mehrt sich der Schatz, zumal durch die freigebige Huld der Könige. Fast unübersehbar ist der Umfang des Besitzes, über den insbesondere einige größere Klöster, wie Lorsch, Fulda, Hersfeld, Reichenau, Weißenburg, St. Gallen verfügen. Es ist unendlich viel mehr, als sie verbrauchen können; denn der Mönche sind wenige, und sie sollen ja heilig, das heißt mäßig, bedürfnislos leben. Den Überschuß nimmt der König als Vormund und Herr des Klosters in Anspruch für die Dienste des Reiches; er siedelt Ritter auf den Gütern der Bischöfe und Äbte an. Bistum und Kloster sind, modern gesprochen, die Hauptträger des Heeresbudgets.

Ein glücklicher Zufall hat uns ein paar Zahlen aufbewahrt, die das beleuchten. Wir besitzen das Verzeichnis eines Aufgebots für Franken, Schwaben und Bayern, das Kaiser Otto II. im Jahr 982 zum Kriege gegen die Araber in Unteritalien erließ. Es lehrt, daß Bischöfe und Äbte mehr als doppelt soviel Gepanzerte stellen wie alle weltlichen Großen zusammen. Der größte unter diesen, der „Herzog" des Elsaß — das Elsaß bildete damals zeitweise ein Sonderherzogtum innerhalb des schwäbischen Stammes — führt 70 Mann; die Bischöfe von Mainz, Köln, Straßburg und Augsburg jeder allein 100. Und so durchweg. Nach dem Elsässer sind unter den weltlichen Kontingenten die Höchstzahlen 30 und 40, wogegen Reichenau und Fulda 60, Lorsch und Weißenburg 50 Ritter schicken.

Zählt man zusammen, was die Kirche dem Reich an ideellen und materiellen Kräften bietet, so ist es nicht zu viel gesagt: auf der Kirche ruht die Macht der Krone, neben dem Reichsgut ist sie der starke Pfeiler, der die Macht des Königs trägt.

ZWEITES KAPITEL

Die auswärtigen Aufgaben des Reiches. — Die doppelte Front. — Lotharingien und die Westgrenze. — Die Ostgrenze: Ungarn und Slawen. — Italien und das Kaisertum. — Lombardisches Königreich. — Römisches Kaisertum. — Burgund. — Die Kaiserpolitik eine Verirrung? — Ihre realpolitischen Beweggründe. — Ihr Nutzen.

Eine gewaltige Macht war es für damals, die der deutsche König in seiner Hand vereinigte, als es ihm einmal gelungen war, die Herrschaft im ganzen Land, gestützt auf die Kirche, zu erringen. Nirgends ringsum gab es ein Reich, das sich mit dem deutschen hätte messen können, da im Westen das französische Königtum zur selben Zeit in Ohnmacht versank und im Süden, in Italien, die Zersplitterung noch nicht überwunden war, die der Zerfall des fränkischen Reiches dort hinterlassen hatte. Deutschland war, modern gesprochen, im Abendland die einzige Großmacht der Zeit.

Welchen Aufgaben diente nun diese Großmacht?

Es kann keinen größeren Irrtum geben als die Vorstellung, die oft unbewußt oder nur halbbewußt, doch ziemlich verbreitet ist, als ob Staaten, Reiche, Könige sich ihre Aufgaben nach Belieben wählen dürften und die Politik eines Landes aus der Laune seines Herrschers erwüchse. Das kann wohl einmal als vorübergehende Verirrung vorkommen und immer nur in dem sehr beschränkten Sinn, daß eine vorhandene Möglichkeit aus persönlicher Vorliebe des Herrschers überschätzt oder eine For-

derung für dringlicher gehalten wird, als sie ist. Im allgemeinen sind jedem Staat seine Aufgaben von außen her gestellt, und es kann sich für die Regenten nur darum handeln, sie zu erkennen und richtig gegeneinander abzuwägen. Das, was die Aufgaben stellt, ist die Geographie: die Lage und Art des Landes. Durch Lage und Art wird jedem Lande vorgeschrieben, ob und wie es sich zu verteidigen hat, ob und wie es wachsen soll und kann. Darum ist der konstante Faktor, der die politische Geschichte aller Zeiten mit am stärksten bestimmt, eben die Geographie.

Auch die deutsche Geschichte steht von Anfang an unter dem Zwang der geographischen Lage. Durch sie wird ihr ein Problem gestellt, das sich vom ersten Tage durch alle Jahrhunderte bis in die Gegenwart hinzieht und heute wohl auch dem blindesten Auge sichtbar ist: das Problem der doppelten Front. Kampf nach zwei Fronten ist gleichsam das Leitmotiv der deutschen Geschichte. Es entspringt daraus, daß Deutschland ein ausgesprochenes Binnenland ist, das zwischen großen fremdartigen Nachbarvölkern liegt und von ihnen nur durch schwache oder gar keine natürlichen Scheidelinien getrennt wird.

Das trat schon bei der Entstehung des altdeutschen Staates hervor und äußerte sich sofort in gleichzeitigen Kämpfen gegen Ost und West.

Im Westen besaß das deutsche Reich bei seinem Entstehen (911) eine scheinbar vortreffliche Grenze: es reichte bis zum Rhein und den Vogesen. Was jenseits auf dem linken Ufer lag, das ehemalige Königreich, nunmehrige

Herzogtum Lotharingien — in modernen Begriffen: Lothringen, Pfalz, Rheinprovinz, Holland und Belgien bis zur Schelde — hatte den Abfall vom karolingischen Königshaus nicht mitgemacht und war somit „französisch" geworden. Wenn es dabei geblieben wäre, so hätte Deutschland eine natürliche Grenze mit einem Verlust auf anderem Gebiete erkauft, der einer dauernden Verstümmelung gleichzuachten wäre. Es handelt sich da nicht nur um einen beträchtlichen Bruchteil deutschen Volkes, sondern um Länder, die zu den am stärksten bevölkerten, am besten angebauten, reichsten und zivilisiertesten nördlich der Alpen gehörten und vor dem übrigen deutschen Reich einen weiten Vorsprung hatten. Man muß sich immer gegenwärtig halten, daß der größere Teil dessen, was das deutsche Reich damals umfaßte, kulturelles Neuland war. Für alle die Gebiete, die außerhalb der ehemaligen römischen Reichsgrenze lagen, in groben Umrissen also das rechtsrheinische Deutschland südwärts bis zum Neckar und zur Donau, beginnt die Entwicklung zur Zivilisation eigentlich ja erst mit Karl dem Großen, für die ehemals römischen Gebiete hat sie mit Augustus begonnen. Das ist ein Abstand von 800 Jahren, so weit wie von uns bis zum ersten Kreuzzug. Das darf man nicht unterschätzen. Es kommt hinzu, daß die früher römischen Gebiete rechts des Rheins — Baden, Württemberg, Altbayern — eher von den Römern aufgegeben und durch den Einbruch der Germanen stärker mitgenommen waren, während auf dem linken Ufer die Zivilisation keine ernste Unterbrechung erlebt hatte.

Schon aus diesen Gründen bedeutete der Verzicht auf

Lotharingien für das deutsche Reich eine Art von Selbstmord, eine Selbstverurteilung zur Bedeutungslosigkeit. Daß Konrad I. dennoch diesen Verzicht leistete, war ein Zeichen seiner Schwäche; er war nicht imstande, sich in Lotharingien als König durchzusetzen.

Heinrich I. aber benützte die Gelegenheit, dies rückgängig zu machen. Als im Jahre 923 der Karolinger auch im Westen vorübergehend entthront wurde und die Lothringer sich deshalb von Frankreich lossagten, griff Heinrich rasch und klug zu und sicherte sich selbst die Anerkennung. Damit war Lotharingien dem deutschen Reich gewonnen, seine Grenze bis an die Schelde, Maas, Argonnen vorgeschoben, der wertvollste Teil, einst das Kernstück des fränkischen Reiches, mit Deutschland vereinigt und Aachen, die Residenz Karls des Großen, zur ideellen Hauptstadt des deutschen Reiches gemacht — denn eine faktische konnte es in den damaligen, vorwiegend ländlichen Verhältnissen nicht geben.

Der neue Besitz mußte verteidigt werden, denn Frankreich wollte nicht gutwillig verzichten. Es hat noch im 10. Jahrhundert drei Versuche, im 11. wenigstens einen gemacht, sich Lotharingiens wieder zu bemächtigen, das heißt die Rheingrenze zu gewinnen. Die Versuche scheiterten alle an der Machtlosigkeit des westlichen Nachbarn, die zu erhalten die deutschen Könige aufmerksam bestrebt waren. Es ist nicht genug bekannt, wie Otto I. es verstand, in Frankreich den König und den Prätendenten und Führer der Aristokratie, die beide seine Schwäger waren, gegeneinander auszuspielen, so daß keine Partei der anderen überlegen wurde und der deutsche König

beiden überlegen blieb. Ähnlich haben Ottos Nachfolger es später gemacht, und Frankreich war und blieb ungefährlich.

Im Osten war die Aufgabe nicht so einfach. Hier hatte man es zunächst mit einem militärisch furchtbaren Gegner zu tun, den Ungarn. Seit den letzten Jahren des 9. Jahrhunderts saßen sie in dem heute noch nach ihnen genannten Lande und in Niederösterreich. Von dort aus fielen sie in die westlichen Länder ein, raubten, plünderten und zerstörten und schleppten die Bewohner fort. Im Kampf gegen sie war Konrad I. gescheitert. Heinrich I. konnte wenigstens Norddeutschland schützen. Der große Erfolg, der ihn zuerst berühmt machte, war sein Sieg über die bis dahin unbesiegbaren Ungarn im Jahre 933.

Aber das war reine Verteidigung und dabei eine mühsame und stets unsichere Verteidigung. Erst die Vernichtungsschlacht, die Otto I. 955 bei Augsburg den wiedergekehrten Ungarn lieferte, machte der Landplage ein Ende. Jetzt konnte man zum Gegenangriff übergehen und die Eindringlinge aus den ehemals bayrischen Gebieten in Niederösterreich vertreiben. Den siegreichen Waffen folgte der Strom deutscher Ansiedler aus Bayern. Bis an die Leitha und darüber hinaus erstreckte sich die deutsche Kolonisation der südlichen Ostmark: das deutsche Österreich entstand.

Leichter wurde man mit den übrigen Nachbarn im Osten fertig, den Slawen, oder wie man sie damals nannte, den Wenden jenseits der Elbe, Saale und des Böhmerwaldes. Sie waren weder politisch geeint noch militärisch gefährlich, ein Bündel kleiner Völker, von geringer Kraft

im Krieg wie im Frieden. Schon Heinrich I. vermochte die nördlichen von ihnen, an Elbe und Havel, zu unterwerfen. Der Gewinn ging 983 wieder verloren, als die Wenden sich einmal in Masse gegen die deutsche Herrschaft erhoben; nur das Land zwischen Saale und Elbe wurde behauptet. Behauptet wurde auch die Einverleibung des Landes Böhmen, dessen Herzog (später König) seit 929 dem deutschen König huldigte und mit der Zeit in die Reihe der deutschen Reichsfürsten als der vornehmste der Laien einrückte. Wer die Bedeutung der Lage Böhmens kennt — Bismarck hat es die Zitadelle Europas genannt —, der wird die Wichtigkeit dieses Erfolges nicht unterschätzen. Es bildet die Hauptfestung an des Reiches Ostgrenze.

Die Festung wurde wertvoll, als seit dem Jahr 1000 für ein Menschenalter vorübergehend ein einiges großpolnisches Reich unter Boleslaw dem Tapfern entstand, das auf Kosten des deutschen zu wachsen begann. Dieser Gefahr zu begegnen, haben Heinrich II. und Konrad II. große Anstrengungen gemacht. Die längste Zeit vergeblich, bis es endlich 1031 nach dem Tode Boleslaws dank der Uneinigkeit seiner Erben und dank der Unterstützung durch den Großfürsten von Kiew gelang, das großpolnische Reich zu zertrümmern und dem polnischen Königtum für rund 250 Jahre ein Ende zu machen.

So waren in West und Ost die natürlichen Aufgaben gelöst, die Grenzen Deutschlands gesichert durch die Ohnmacht der Nachbarn. Das deutsche Volk schien die Wahl zu haben, wenn es wachsen, erobernd sich ausbreiten wollte, ob es die Richtung nach dem Westen

oder die nach dem Osten oder beide zugleich einschlagen wollte.

Es hat keines von beiden getan. Im Südosten hat Kolonisation und Eroberung an den Grenzen des eigentlich madjarischen Volkslandes schon früh Halt gemacht. An Eroberung Polens ist nie gedacht worden. Hier wie dort begnügte man sich mit einer ziemlich platonischen Anerkennung der deutschen Oberhoheit. Auch der Vorstoß, den Heinrich I. in Brandenburg und Mecklenburg bis an die Ostsee unternahm, wurde nach dem Abfall der Wenden im Jahre 983 nicht wiederholt. Es ist genug, die Nachbarn im Zaum zu halten, daß sie die Grenze respektieren und Tribut entrichten. Mehr wird nicht erstrebt. Von Annexionsversuchen nach Westen hin ist erst recht nicht die Rede.

Statt dessen richten sich die Blicke seit der Mitte des 10. Jahrhunderts dauernd nach Süden: Italien ist das Ziel der deutschen Auslandspolitik, der deutschen Machtentfaltung, der deutschen Ausbreitung.

Wir stehen damit vor einer neuen Epoche: der Entstehung des deutschen Kaisertums. Es erfüllt die ganze ältere deutsche Geschichte, drei Jahrhunderte sind von ihm beherrscht, und auch später, als es in der Wirklichkeit längst vergangen war, hat seine Erinnerung noch eine starke, schließlich sogar steigende Wirkung geübt. Dieser Tatsache wird es also vor allem gelten gerecht zu werden, sie anschaulich zu sehen und ihre Ursachen zu erkennen, wenn wir die altdeutsche Geschichte, wenn wir unsere eigenen Vorfahren wirklich verstehen wollen.

Im Jahre 951 wurde der erste Versuch unternommen,

Oberitalien zu unterwerfen. Gerufen von der Opposition im langobardischen Reich gegen dessen König Berengar II., überschritt Otto I. die Alpen, überwand den Gegner und nötigte ihn zur Anerkennung der deutschen Oberhoheit. Zugleich sicherte er sich den freien Zugang zum Lande: Berengar mußte die Alpenübergänge und das ganze Festland östlich der Etsch abtreten; sie wurden zu Bayern geschlagen.

Der Aufstand der Herzöge in Deutschland 953/54 und der Ungarnkrieg 955 hatten den Verlust dieser Errungenschaften zur Folge. Berengar machte sich wieder unabhängig und nahm das abgetretene Gebiet zurück. Zugleich strebte er, sein Reich nach Süden auf Kosten des Kirchenstaats zu erweitern, vielleicht auch Rom zu unterwerfen. Der bedrohte Papst rief Otto zu Hilfe, und Otto eröffnete 961 den zweiten italienischen Krieg, der in kurzem zur vollständigen Eroberung des langobardischen Königreichs führte. Berengar endete in deutscher Gefangenschaft, Otto selbst machte sich zum König des Reichs. Zugleich ließ er sich im Januar 962 in Rom zum Kaiser krönen; das heißt, er nahm die Souveränität auch in Rom und dem päpstlichen Gebiet an sich.

Die folgenden Jahre sind erfüllt von Kämpfen und Verhandlungen mit dem Kaiser von Konstantinopel, um das Erworbene zu sichern. Das Ergebnis ist, daß man sich in Konstantinopel dazu bequemt, das neue Kaisertum in Rom anzuerkennen, und auch die Tatsache hinnimmt, daß die langobardischen Fürstentümer in Unteritalien, Benevent, Capua, Salerno, unter deutsche Ober-

hoheit treten, wogegen Otto darauf verzichtet, die griechisch gebliebenen Küstenstädte zu annektieren.

Damit sind die staatsrechtlichen Umrisse des Kaisertums für lange Zeit festgestellt. Nur einmal ist vielleicht in der Folgezeit durch Otto II. der Versuch gemacht worden, den deutschen Einfluß über ganz Unteritalien auszudehnen. Es war im Kampf gegen die Araber, die von Sizilien aus vordrangen. Der Versuch, wenn er ernst gemeint war, was keineswegs feststeht, führte 982 zu einer Niederlage des deutschen Heeres und endete im folgenden Jahre mit dem frühen Tode des jungen Kaisers.

Die deutsche Herrschaft im langobardischen Reich ist nicht schwer zu behaupten gewesen. Nur einmal, nach dem Tode Ottos III. (1002), ist dort der Versuch gewagt worden, sich von Deutschland wieder unabhängig zu machen. Tatsächlich hat wenigstens ein Teil des Landes damals etwa 12 Jahre lang einen einheimischen Großen, Hartwin von Ivrea, als König anerkannt. Aber doch nur ein Teil, der andere hielt am deutschen Herrscher fest, und als Hartwin starb, war Kaiser Heinrich II. allgemein anerkannt. Nach dessen Tod (1024) erstarb der Versuch der Emanzipation schon im Keime, da sich kein Träger für die freie Lombardenkrone finden wollte. Französische Große, denen man sie anbot, dankten für die aussichtslose Ehre.

Von da ab ist die Verbindung der Lombardei mit Deutschland fest; niemand hat mehr daran gedacht, sie zu lösen.

Stütze der deutschen Herrschaft ist in der Lombardei wie in Deutschland selbst die Kirche. Die Bischöfe sind

auch hier die geborenen Parteigänger des Königs, da er allein ihnen die Reichsunmittelbarkeit und damit ihre ganze Machtstellung verbürgen kann gegenüber den weltlichen Dynasten, die nach der Unterwerfung der Kirchen in Italien ebenso streben wie in Deutschland die Herzöge. Die Bischöfe waren es denn auch, die die Partei Heinrichs II. gegen Hartwin hielten und Heinrich zum Siege verhalfen. Seitdem war es immer öfter vorgekommen und schließlich ein Grundsatz der Politik der deutschen Kaiser geworden, daß die Bistümer, wo es anging, mit deutschen Geistlichen besetzt wurden. Gegen die Mitte des 11. Jahrhunderts sind in der östlichen Hälfte von Oberitalien die Mehrzahl der Bischöfe solche deutsche Einwanderer, die der König eingesetzt hat, damit sie die deutsche Politik in Italien vertreten und stützen.

Mehr Schwierigkeiten hat die Sache in Rom gemacht. Hier hatte schon Otto I. mit Abfall und Empörung zu tun. Er war genötigt, den Papst, der ihn zu Hilfe gerufen hatte, absetzen und bei wiederholtem Abfall eine Anzahl Hinrichtungen vornehmen zu lassen. Später ist das noch öfters vorgekommen, ja das deutsche Kaisertum hat sogar mehrfach, in der Kindheit Ottos III. und nach seinem Tode (1002), für Jahre ganz ausgesetzt. Schließlich konnte es aber immer wieder hergestellt werden, und seit Konrad II. (1027) bürgert sich die Vorstellung ein, daß der deutsche König ohne weiteres ebenso wie König der Lombardei auch Kaiser der Römer ist. Rom, Italien und Deutschland bilden eine feste Einheit, und der in Deutschland gewählte König ist zugleich Herrscher im Gesamtreich, für das der Name eines rö-

mischen Reiches aufkommt. Völlig durchgedrungen ist diese Vorstellung, daß das deutsche Reich ein römisches Reich und Rom die Hauptstadt sei, erst im 12. Jahrhundert. Aber vorhanden ist sie schon um 1040. Schon damals kommt für den deutschen König, der noch nicht in Rom die Kaiserkrone empfangen hat, der Titel eines römischen Königs, *rex Romanorum*, vor, sogar im amtlichen Sprachgebrauch. Das deutsche Reich und der deutsche König hatten also endlich ihren Titel gefunden, indem sie im römischen Reich und Kaisertum aufgingen.

Ob die Behauptung Italiens auf die Dauer möglich gewesen wäre ohne die Annexion eines anderen früher selbständigen Reiches, ist die Frage. Es handelt sich um das Königreich Burgund, das die heutige Westschweiz (westlich der Aare), die Franche-Comté, Savoyen, Dauphiné und Provence umfaßte. Die Eroberung erfolgte nach dem Aussterben des einheimischen Königshauses im Jahre 1034 durch Konrad II. Eigentlichen Machtzuwachs hat diese neue Herrschaft kaum gebracht, ihr Wert lag in der erleichterten Verbindung zwischen Deutschland und Italien. Bis dahin hatte man nur die Pässe des Brenner und Septimer benutzen können, von denen der zweite für militärische Zwecke wenig geeignet war, so daß Verona den einzigen bequemen Zugang bildete — sehr leicht zu sperren. Jetzt standen auch die vorzüglichen Straßen über den Großen Bernhard, Mont Cenis und Mont Genèvre zur Verfügung*), man konnte also im Kriegsfall unter Umständen an zwei Stellen, im Veronesischen und Mai-

*) Eine Benutzung des Gotthardpasses ist vor dem 13. Jahrhundert nicht nachweisbar.



ländischen, zugleich einmarschieren. Nicht zu reden von den Wirkungen, die es haben mußte, wenn in Friedenszeiten der Verkehr zwischen Deutschland und Italien statt auf zwei Straßen auf fünfen oder vieren ungehindert sich abspielen konnte.

Daran muß man auch in Italien ein Interesse genommen haben. Warum hätten sonst die italienischen Bischöfe sich an der Eroberung Burgunds beteiligt? Geführt von den Erzbischöfen von Ravenna und Mailand, rückten sie von Süden ins Land, während die Deutschen unter Kaiser Konrad von Norden, von Basel aus, heranzogen. Es war wie die Eröffnung eines Tunnels: er wird von zwei Seiten zugleich gebohrt. Der neue Tunnel zwischen Deutschland und Italien hat sogleich gewirkt. Noch unter Konrad II. beginnt die klassische Zeit der deutschen Herrschaft in Italien, die unter seinem Sohn und Nachfolger Heinrich III. zur Blüte gedeiht.

Dies ist die Erscheinung des altdeutschen Kaisertums, wenn man es als realpolitische Bildung betrachtet; sozusagen das empirische Kaisertum. Man wird vielleicht von dieser Darstellung überrascht und befremdet sein, weil man an ein Bild gewöhnt ist, das etwas anders aussieht. Allerdings pflegt man das Kaisertum der Ottonen, Salier und Staufer in der Literatur wohl anders zu zeichnen. Da ist die Rede von einer Weltherrschaft mit religiös-kirchlichem Nimbus, von einem „heiligen" römischen Reich deutscher Nation, das eine kirchlich geweihte Erneuerung des altrömischen *imperium orbis universi* habe sein wollen. Da spricht man von dem steten Bestreben der deutschen Herrscher, die von der Kirche

geweihte höchste Würde der Christenheit zu erwerben, die ihnen mit dem Vorrang vor allen Königen zugleich einen Herrschaftstitel über alle Lande des Erdkreises verliehen haben soll. Also eine Art weltliche Theokratie, deren praktischer Nutzen allerdings schwer zu finden wäre. Denn eine Herrschaft über die Nachbarreiche haben die deutschen Kaiser tatsächlich niemals ausgeübt; in dieser Hinsicht wäre ihr Kaisertum immer nur ein Titel geblieben.

Das ist für unser Gefühl etwas sehr Fremdartiges. Man müßte, wenn dies wirklich die Idee des Kaisertums gewesen wäre, schon eingestehen, daß die altdeutschen Herrscher ihre auswärtige Politik von Beweggründen haben bestimmen lassen, die wir kaum noch als politische gelten lassen könnten. Dies aber würde nichts anderes bedeuten als die schärfste Verurteilung ihres Tuns, denn eine Politik, die sich nach unpolitischen Gesichtspunkten richtet, ist unter allen Umständen schlecht. Sie ist zwar mitunter gemacht worden, aber Erfolg und Nutzen hat sie noch nie gehabt.

An solchen Verurteilungen des altdeutschen Kaisertums hat es denn auch nicht gefehlt. Angesehene Geschichtschreiber haben sich dahin vernehmen lassen, dieses beständige Streben deutscher Könige nach Italien sei eine Verirrung gewesen und habe sich am deutschen Volke bitter gerächt. Geblendet durch den mystischen Glanz der Kaiserkrone hätten die deutschen Könige bescheidenere, aber näherliegende und darum wichtigere Aufgaben vernachlässigt, nämlich die stetige Stärkung ihrer Macht in Deutschland, sei es durch Beseitigung der Stammesherzöge, sei es durch Ausdehnung der Grenzen und Ko-

lonisation nach dem Osten, was schon damals zur staatlichen Einigung der Nation hätte führen können. Die Kritiker können sich scheinbar auf das Urteil der Geschichte berufen. Die Kaiserpolitik ist schließlich gescheitert, und, wie Heinrich von Sybel, der geistvollste und bedeutendste Vertreter dieser Ansicht, sich ausdrückt, den Traum einer theokratischen Weltherrschaft, den ihre Herrscher träumten, hat die Nation mit jahrhundertelanger Ohnmacht und Zersplitterung bezahlen müssen.

Dieses Urteil scheint auf den ersten Blick einleuchtend. Man kann sich nicht wundern, daß unter Gelehrten wie Laien nicht wenige dazu neigen, die italische Politik der deutschen Könige für eine Verirrung zu halten, weil sie eines festen Zieles und dauernden Nutzens entbehrte und schließlich doch die Kräfte des Reiches überstieg.

Ich glaube nicht, daß man damit den Menschen und Dingen gerecht wird. Ich kann mich vor allem nicht dazu verstehen, ganze Generationen der Vergangenheit für politisch verblendet oder töricht zu halten. Denn darum wird es sich handeln: nicht ein einzelner Herrscher, etwa Otto I., hätte geirrt, sondern ebenso auch alle seine Nachfolger. In der langen Reihe deutscher Könige von Otto I. bis zu Otto IV., also während 250 Jahren, ist nicht einer, der nicht hätte Kaiser werden wollen. Für alle ohne Ausnahme ist die Kaiserkrone das gegebene Ziel ihres Strebens. Zudem war das deutsche Reich, wie wir wissen, nichts weniger als eine absolute Monarchie, seine Politik wird von den Fürsten bestimmt, kein König wäre in der Lage gewesen, gegen den Willen der Nation militärische Unternehmungen zu machen. Es ist also gar nicht daran

zu denken, daß eine Politik, die 250 Jahre lang festgehalten wird, nicht nach dem Sinne der Nation gewesen wäre. War sie verkehrt, dann waren eben acht Generationen von Deutschen politische Narren. Wir sind ja nun heute mit der Vorstellung vertraut, daß ganze Völker — nicht nur das deutsche — zeitweilig von politischem Irrsinn befallen werden. Aber daß die Krankheit einmal 250 Jahre gedauert haben sollte, ist doch schwer zu glauben, und zudem handelt es sich in der Zeit, von der wir reden, nicht um die Massen des politisch unwissenden und darum leicht anzusteckenden Volkes, das in neueren Zeiten mitreden darf — die Massen sind im frühen Mittelalter völlig einflußlos —, sondern um die Fürsten, also um einen kleinen Kreis von Personen, die man sich als wirkliche Staatsmänner vorstellen darf — man muß dabei vor allem an die Bischöfe denken —, um Männer, die in der Politik zu Hause sind und sie mit Sachkenntnis und Überlegung treiben, die die Wirklichkeit kennen, Erfahrungen sammeln und eine politische Tradition haben. Ehe man diese Männer, die klügsten Köpfe der Nation während zweieinhalb Jahrhunderten, in Bausch und Bogen als Narren oder Toren verurteilt, wird man doch untersuchen müssen, welche Beweggründe denn dazu geführt haben mögen, daß das deutsche Reich bei der Ausbreitung seiner Macht die Richtung weder nach Osten noch nach Westen einschlug, die beide offen lagen, sondern sich nach Süden wandte, wo scheinbar die Grenze durch nationale Gegensätze — Deutsche und Welsche — und durch ein großes geographisches Hindernis, die Hochalpen, so scharf wie möglich bezeichnet war.

Die Frage nach den Beweggründen muß um so mehr gestellt werden, weil sie bisher auffallenderweise vernachlässigt worden ist. Statt nach den Motiven zu forschen, hat man sie als bekannt vorausgesetzt: für die einen ist es nur „der mystische Glanz der Kaiserkrone", für die anderen außerdem noch die alte und unausrottbare Sehnsucht der Deutschen nach dem Lande, wo die Zitronen blühen, der Zug zur Sonne. Prüft man aber die Dinge näher, so stellt sich heraus, daß beides falsch ist.

Die romantische Sehnsucht nach dem Lande der Sonne ist den Deutschen des 10. und 11. Jahrhunderts sehr fremd. Wo sie einmal darauf zu sprechen kommen, äußern sie deutlich Abneigung gegen Land und Leute. Italien und die Welschen sind ihnen unangenehm; das Klima ist mörderisch, und die Menschen sind falsch und treulos. Versuche, sich dort niederzulassen, haben — außer den Bischöfen, die der Kaiser hinschickte — in dieser ganzen Zeit nur verschwindend wenige gemacht, und als Kaiser Otto III., der Sohn einer griechischen Prinzessin, der sich als Grieche und Römer fühlte und sein Deutschtum geringschätzte, seinen Sitz in Rom aufschlug, verlor er die Liebe der Deutschen. Die Romantik moderner Italienfahrer dürfen wir als Motiv der Kaiserpolitik getrost streichen.

Aber auch mit der kirchlichen Romantik, dem Zauber des Weltkaisertums, ist es nicht anders. Die Zeitgenossen Ottos I., der dieses Kaisertum gründete, wissen nichts davon, und in den folgenden 200 Jahren ist nie davon die Rede, ausgenommen wiederum Otto III., diesen völlig undeutschen Herrscher. Der gefiel sich in der Rolle eines

römischen Weltkaisers und wollte über Reich und Kirche gebieten als Diener Christi und der Apostel. Aber eben darum wandten sich die Deutschen von ihm ab; hätte er länger gelebt, er hätte sich in Deutschland schwerlich behauptet.

Dieses angebliche „heilige" römische Reich, das man seit Otto I. bestehen lassen möchte, ist in Wahrheit eine viel spätere Konstruktion, eine Theorie, die sich erst festsetzte, als das Reich in Wirklichkeit nicht mehr bestand. Bei seiner Entstehung ist von religiös-kirchlicher Romantik nicht das mindeste zu spüren. Es ist eine höchst nüchterne, ganz realpolitische Sache, eine Frage der Macht und weiter nichts. Als solche werden wir suchen müssen es zu verstehen.

Gewiß darf man dabei die kirchlichen Gesichtspunkte nicht ganz außer acht lassen. Für einen König wie den deutschen, der sich in der Hauptsache auf die Kirche stützte, verstand es sich von selbst, daß auch seine auswärtige Politik mit kirchlichen Interessen übereinstimmen mußte. Das war hier ohne Frage der Fall. Man kann sich denken, daß der Schutz der römischen Kirche, der seit alters mit dem Kaisertum verbunden war, das Ansehen des deutschen Herrschers nicht wenig erhöhte. Das wäre psychologisch ganz im Sinne der Zeit gedacht und wäre wohl noch berechtigter, als wenn Regierungen der jüngsten Vergangenheit sich als Vorkämpfer des Weltfriedens und Völkerbunds empfohlen haben.

Man kann auch weitergehen und finden, der deutsche König, dessen Herrschaft auf der Beherrschung der deut-

schen Kirche ruhte, habe ein Interesse daran gehabt, auch in Rom zu gebieten, wo das geistliche Oberhaupt der deutschen Bischöfe saß. Auch diese Erwägung könnte mitgesprochen haben.

Vor allem aber: das deutsche Kaisertum im 10. Jahrhundert entsprach der Überlieferung. Noch war es ja kein Jahrhundert her, daß das fränkische Reich untergegangen war, noch war die Erinnerung daran lebendig, daß das Abendland eine Einheit gebildet hatte unter dem Zepter eines fränkischen Kaisers und Königs, in der guten alten Zeit, in deren Hintergrund sich die mächtige Gestalt Karls des Großen immer gewaltiger und immer leuchtender erhob, je weiter man zeitlich von ihr abrückte. Noch erschienen die Sonderreiche, die sich auf dem Boden des fränkischen Gesamtreichs gebildet hatten, als Teile eines Ganzen, und der feste Zusammenhang der römisch-katholischen Kirche sorgte dafür, daß diese Vorstellung lebendig blieb. Ein fränkischer König war ja auch Otto I., unbestritten der mächtigste von allen: auch außerhalb der eigenen Grenzen, in Frankreich, in Burgund, in der Lombardei übte er bestimmenden Einfluß. War es da nicht der gegebene und natürliche Wunsch, daß in seinem Reich und in seiner Person die größten und schönsten Erinnerungen wieder aufleben möchten, von denen die damalige Welt wußte? Man darf doch nicht vergessen, daß Otto die Herrschaft sowohl im lombardischen Königreich wie in Rom angetragen wurde. Hätte er darauf verzichten sollen, verzichten können, ohne sich selbst klein zu machen?

Stellen wir uns einmal vor, welches die Folgen ge-

wesen wären, wenn Otto I. „in weiser Selbstbeschränkung“, wie seine modernen Kritiker ihm empfehlen, auf die angebotene Herrschaft in Italien verzichtet hätte. Ein italienisches Großreich, ein geeintes Italien unter dem Lombardenkönig Berengar schien sich bilden zu wollen. Wenn das gelang — und ohne das Eingreifen der Deutschen konnte es gelingen —, so wäre südlich der Alpen eine zweite abendländische Großmacht entstanden, mit der man auch im Norden alsbald hätte rechnen müssen. Ein geeintes Italien hätte unfehlbar binnen kurzem ein fühlbares Übergewicht erhalten und auch auf Deutschland und sogar in Deutschland einen Druck ausgeübt. Man male sich einmal aus, was das unter Umständen bedeuten konnte: der deutsche König auf die Bischöfe angewiesen, und der Papst von einem italienischen Kaiser abhängig! Jeder Zwiespalt im deutschen Reich, jede Erhebung der Herzöge lieferte dann das deutsche Königtum dem Italiener aus; er war tatsächlich der Oberherr und konnte es auch der Form nach werden.

Aber auch auf einem anderen Gebiet hätte ein geeintes Italien auf Deutschland gedrückt. Es wäre in der Lage gewesen, die Deutschen ganz nach Belieben vom Weltverkehr abzuschneiden. Dabei müssen wir gewissen geographischen Vorstellungen gründlich entsagen, in denen wir heute zu denken gewohnt sind, die aber auf das frühe Mittelalter gar nicht passen. Für uns liegt Deutschland in der Mitte Europas, im Mittelpunkt des großen Verkehrs. Das Deutschland von damals ist in mehrfacher Hinsicht Europas Hinterhaus; es steht in der Zivilisation zurück, an seiner Ostgrenze beginnt die Wildnis, da ist

die Welt zu Ende; und es liegt abseits der großen Heerstraße des Welthandels, dessen Hauptschlagader von Vorderasien und Konstantinopel durch das Mittelmeer nach Italien und von hier über die Westalpen nach Frankreich läuft, an Deutschland vorbei, das ja im 10. Jahrhundert, wie wir schon wissen, nur über den Brenner und Septimer Anschluß an Italien hat. Je mehr man also in Deutschland das Bedürfnis fühlte, am Welthandel teilzunehmen und sich die Güter höherer Zivilisation zu eigen zu machen, die der Osten dem Westen über Italien sandte, desto dringender mußte man wünschen, die Verbindung mit dem Osten, mit Konstantinopel, sich zu sichern. Die Stelle, wo diese Verbindung zu finden war, hieß Venedig, die freie Stadt, die dem Namen nach noch immer zum byzantinischen Reich gehörte und auch tatsächlich seinen Brückenkopf und den Hauptstützpunkt seines Handels im Westen bildete.

Nun male man sich weiter aus, in welche Lage Deutschland gekommen wäre, wenn sich zwischen seine Grenzen und Venedig ein geeintes und starkes italienisches Reich geschoben hätte! Deutschland wäre vom Welthandel abgeschnitten gewesen, so oft es dem Italiener paßte; oder anders ausgedrückt, es hätte für seinen Verkehr mit Venedig, für alles, was es aus dem Osten bezog, dem italienischen Reich buchstäblich seinen Zoll entrichten müssen. Schon um dem vorzubeugen, war ein deutscher König genötigt, in Italien einzugreifen, die Bildung des italischen Einheitsstaats zu verhindern. Das wirksamste Mittel hierzu, auf die Dauer vielleicht das einzige wirksame Mittel war, daß man selbst die Herrschaft in die

Hand nahm. Wie so oft in der Geschichte, ist auch hier die Eroberung aus einem Bedürfnis der Abwehr hervorgegangen.

Daß dies keine nachträgliche Konstruktion ist, zeigt das Verfahren, das Otto I. einschlug. Er hat sich keineswegs sofort auf die römische Kaiserkrone gestürzt. Rom steht überhaupt die längste Zeit ganz im Hintergrund. Worum es sich zunächst handelt, ist das lombardische Reich. Auch dieses wird nicht sofort „annektiert", sondern zunächst (952) bestehen gelassen und nur zur Anerkennung der deutschen Oberhoheit und Abtretung des Hinterlandes von Venedig nebst den dorthin führenden Zugangsstraßen genötigt. Deutlich sieht man hier, worauf es den Deutschen ankommt: unmittelbare Verbindung mit Venedig. Aber es stellt sich heraus, daß diese Politik keine Sicherheit bietet, bei erster Gelegenheit geht das Gewonnene wieder verloren. Jetzt erst (962) entschließt man sich zum Äußersten, zur Unterwerfung des ganzen lombardischen Reiches. Ein Handelsvertrag mit Venedig, der schon bald darauf geschlossen wird und den Venetianern in Ottos Reich die gleiche Freiheit des Verkehrs gewährt, die sie bisher im Gebiet des langobardischen Königs genossen haben, drückt das Siegel darunter.

Ottos Nachfolger haben nicht anders gehandelt. Auch ihr Augenmerk ist hauptsächlich auf Oberitalien gerichtet, insbesondere auf den Nordosten. Diesen Teil vor allem suchen sie fest in der Hand zu behalten. Aquileja und Verona werden möglichst eng mit Deutschland, an Bayern und Kärnten angegliedert, verbunden, in die Bistümer des Landes nach Möglichkeit deutsche Geistliche gesetzt.

Rom und das Kaisertum sind im Vergleich damit gleichsam nur Flankenschutz, unentbehrlich, wenn man das lombardische Reich sicher beherrschen will, denn von einem selbständigen Rom aus könnte ein Aufstand in Oberitalien leicht genährt werden, zumal bei der Abhängigkeit von Rom, in der sich die italischen Bischöfe befinden; sind sie doch zum Teil unmittelbare Suffragane des Papstes. Darum muß man Roms und des Papstes sicher sein, will man nur Oberitalien behaupten. Zu diesem Zweck genügt es aber, daß in Rom eine deutschfreundliche Adelspartei regiere und ein deutschfreundlicher Papst auf Petri Stuhl sitze. Dafür sorgen die deutschen Kaiser, weiter gehen sie nicht. Rom und der Kirchenstaat sind autonom, in ihre inneren Angelegenheiten wird möglichst wenig eingegriffen. Von Otto III., der es anders machen wollte, muß man dabei absehen; seine Politik fand in Deutschland weder Billigung noch Unterstützung, er war aus der Rolle gefallen.

Alles in allem sind auch die Anstrengungen nicht allzu groß gewesen, die Deutschland im ersten Jahrhundert des Kaisertums gemacht hat, um die Herrschaft in Italien zu erwerben und zu behaupten.

Gegen Ungarn und Polen hat man öfter zu Felde ziehen müssen und größere Opfer gebracht. In Italien verzeichnet die Geschichte dieser ganzen Zeit bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts eine einzige größere und verlustreiche Schlacht, die Niederlage Ottos II. im Jahre 982, und diese spielt nicht im natürlichen Bereich des Kaisertums, wurde nicht geschlagen um der Kaiserkrone willen, sondern bei einer exzentrischen Unternehmung jenseits

der Grenzen, die Otto I. seinem Reich gezogen hatte. Alles andere hat sich verhältnismäßig mühelos und verlustlos abgespielt; so groß war die Überlegenheit Deutschlands.

Daß es sich auch gelohnt habe, brauchen wir nicht zu bezweifeln. Gerade so gut könnte man in Frage ziehen, ob sich für das moderne England die Herrschaft in Indien gelohnt habe. Italien war damals in jeder Hinsicht das reichste, in Wirtschaft und Zivilisation vorgeschrittenste Land. Daß der ständige Austausch mit ihm, der durch die deutsche Herrschaft belebt wurde, auf die Entwicklung Deutschlands höchst förderlich gewirkt hat, ist unbestreitbar. Aber auch im ganz trivialen Sinne muß es sich bezahlt gemacht haben, daß man über die Alpen zog. Italien war das Land des Bargelds, das im Norden noch selten und teuer war. Hier hatte der König, ganz abgesehen von dem Recht des Siegers, seit alter Zeit wertvolle Rechte der Besteuerung. Zölle und Wegegelder gehörten ihm und trugen bei dem hochentwickelten Handelsverkehr bedeutende Summen ein. Sogar eine direkte Heersteuer stand ihm zu — woran er in Deutschland gar nicht denken konnte. Wir brauchen nicht zu zweifeln, daß Otto I. und seine Nachfolger aus diesen Einnahmequellen zu schöpfen verstanden haben, und daß Deutschland durch ihre Herrschaft in Italien — kurz gesagt — reicher geworden ist. Was der einzelne Deutsche gewonnen hat, der im Gefolge des Königs über die Alpen zog oder sich zum Bischof im Welschland machen ließ, entzieht sich jeder Berechnung.

Wo hätte man in damaligen Zeiten einen Ersatz finden können für das, was Italien bot?

Die Kritiker des altdeutschen Kaisertums weisen auf den Osten, auf die weiten Strecken wendischen Landes, die der Besiedlung harrten. Sie vergessen die Frage, was denn diese Länder damals wert waren. In den Sümpfen jenseits der Elbe waren keine Reichtümer zu holen; noch hatte man nicht gelernt, sie auszutrocknen — das blieb späteren Zeiten mit entwickelterer Technik vorbehalten. Und die Sandbüchse der Mark Brandenburg ist der kümmerlichste Teil des Reiches noch jahrhundertelang geblieben und ist ja auch heute noch kein Juwel. Nur mit unendlichen Mühen hat dieses ganze Neuland später dem deutschen Volke nutzbar gemacht werden können. Im 10. und 11. Jahrhundert fehlte dafür das erste und wichtigste Mittel: die Menschen. Das Deutschland Ottos I. hatte noch keinen Überschuß an Bevölkerung, wohl aber noch genug rodungsfähiges Land in den eigenen Grenzen. Sehen wir doch, daß sogar die schon einmal vollzogene Unterwerfung der Wenden an der Havel und in Mecklenburg nach 983 aufgegeben wird. Es lohnte offenbar nicht, denn besiedeln konnte man das Wendenland ja doch nicht.

Mit diesem Argument der versäumten Kolonisierung des Ostens sollte man also nicht kommen, wenn man der Politik der ersten deutschen Kaiser etwas am Zeuge flicken will. Wer ihnen hätte raten wollen, die lombardische und die römische Krone und alle Schätze Welschlands fahren zu lassen, um dafür wendische Sümpfe und Sandhügel zu erobern, den hätten sie ausgelacht, und alle Zeitgenossen hätten in das Gelächter eingestimmt. Wenn schon einmal erobert werden sollte — und ein Kriegerstaat wie

der altdeutsche muß erobern, wenn er seine Natur und seine Stärke behalten will; der Imperialismus ist die Signatur dieser frühen Zeiten, in allen Ländern, auch die Engländer haben ihn und die Franzosen; jene besaßen zuzeiten mehr als halb Frankreich und wollten es dreihundert Jahre lang nicht fahren lassen, und diese zogen aus unter der Fahne des Kreuzes, um sich im Orient Herrschaften und Fürstentümer zu gründen — wenn, sage ich, Deutschland erobern sollte, so war Italien, so wie die Dinge damals lagen, das natürliche Ziel. Jede vernünftige Expansion bewegt sich in der Richtung des geringsten Widerstandes und des größten Gewinns, so wie das Wasser den Berg hinabfließt. Beides traf damals in Italien zusammen: der Widerstand war so gering, wie der Gewinn groß war. Die Unterwerfung Italiens, die Gründung des deutsch-römischen Reiches war also unter den gegebenen Verhältnissen die richtige Politik.

Wir haben länger hierbei verweilt, und ich glaube nicht, daß ich dies zu rechtfertigen brauche. Handelt es sich doch um eine Erscheinung, die der ganzen älteren deutschen Geschichte ihren Stempel aufgedrückt hat, die man also verstehen muß, wenn man die Anfänge des staatlichen Lebens unserer Nation verstehen will; und überdies um eine politische Tat, die bis auf diesen Tag die glänzendste geblieben ist, die der deutschen Nation glückte. Ich möchte wünschen, daß es mir gelungen sei, einige Fingerzeige zu geben, wie man den Gedanken nachkommen kann, die unsere Vorfahren auf diesen Weg führten, ohne daß man genötigt wäre, sie für törichter zu halten als spätere Geschlechter.

DRITTES KAPITEL

Bruch mit der Kirche. — Heinrich III. und die Reform des Papsttums. — Feindliche Mächte in Italien. — Abfall des Papsttums. — Gregor VII. und Heinrich IV. — Sturz und Erlöschen des Kaisertums. — Niedergang des Königtums in Deutschland. — Wiederherstellung des Kaisertums durch Friedrich I. — Die Weltmacht Heinrichs VI. — Der Zusammenbruch von 1198. — Untergang des Kaisertums. — Ursachen des Untergangs. — Auflösung des Reiches. — Landesstaaten und Landeshoheit.

Der altdeutsche Staat ruhte auf der Kirche; auch das Kaisertum, die Herrschaft in Italien, konnte nicht bestehen ohne die wohlwollende Unterstützung und treue Ergebenheit des Papstes. An dem Tag, wo diese Voraussetzungen nicht mehr bestanden, wo die Kirche dem König den Gehorsam aufsagte und der Papst des Kaisers Feind wurde, waren Staat und Reich, Königtum und Kaisertum in ihrem Dasein in Frage gestellt.

Dieser Tag kam. Reich und Kirche zerfielen in den siebziger Jahren des 11. Jahrhunderts und bekämpften einander fast fünfzig Jahre lang mit äußerster Erbitterung. Und als der Kampf vorüber war, da war doch kein wirklicher Friede gewonnen, nur ein Waffenstillstand. Reich und Kirche blieben Gegner, die wohl oft nach Verständigung strebten, aber sie auf die Dauer doch nicht finden konnten. Das Ende war, wie jeder weiß, der Untergang des deutschen Kaisertums und die Auflösung des deutschen Staates.

Nicht mit einem Schlage ist der Bruch mit der

Kirche gekommen, nicht von heute auf morgen sind die beiden Mächte einander feind geworden, die so lange Hand in Hand gegangen waren und beide dabei ihre Rechnung gefunden hatten. Langsam und in der Stille hat das Ereignis sich vorbereitet, hervorgegangen schließlich aus dem Zusammentreffen unheilvoller Ereignisse mit einem gründlichen Umschwung in den herrschenden Ideen.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Staatskirche des früheren Mittelalters ihrer religiösen Bestimmung nur sehr unvollkommen entsprach. Sie diente weltlichen Zwecken und tat es auf weltliche Art. Sie war ein Machtmittel und ein Vermögensobjekt und wurde dementsprechend behandelt. Wenn man ihre Ämter und Würden nicht geradezu kaufte und verkaufte, was oft genug vorkam, so forderte man doch unter allen Umständen Dienste von ihr, die nichts weniger als geistlicher Art waren. Ihre Geistlichen unterschieden sich oft nicht von den Laien, ihre Bischöfe und Äbte zogen einher wie Rittersleute, und das Beispiel, das der Klerus, hoch und niedrig, mit seinem Lebenswandel gab, war vielfach nichts weniger als erbaulich.

Dagegen machte sich seit der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts eine Reformbewegung geltend, die ihren Hauptsitz in Ostfrankreich und Lothringen hatte. Sie kam auch in Deutschland und Italien zum vollen Durchbruch, als Heinrich III. (1039—1056) sich ihrer annahm. Er war von der neuen religiösen Auffassung persönlich ergriffen, er hielt es für seine Herrscherpflicht, die Kirche zu säubern. Aber er war durchaus nicht willens, dabei etwas

von seiner eignen Macht preiszugeben. Daß er der Herr der Kirche sei, sollte sich eben darin zeigen, daß er sie reformierte, das Ergebnis der Reform sollte ihn erst recht zum Herrn machen und die Kirche, die gesamte katholische Kirche mit allen ihren großen moralischen und materiellen Mitteln dem deutschen Kaiser zur Verfügung stellen. In diesem Sinn begnügte er sich nicht mit örtlichen Maßnahmen, mit der Reform einzelner Bistümer und Klöster, wie man das schon früher manchmal gesehen hatte; er setzte den Hebel am Schwerpunkt an, in Rom. Das Papsttum sollte im Geiste der neuen Zeit reformiert werden und alsdann selbst die ganze Kirche reformieren.

Die Zustände, die in Rom herrschten, luden vielleicht am meisten dazu ein. So weit war es da gekommen, daß drei Prätendenten einander die Papstwürde streitig machten und keiner wirklich regierte, als Heinrich III. im Jahre 1046 in Italien erschien. Er ließ ohne weiteres alle drei absetzen. Niemand widersprach, so sehr beherrschte der Kaiser die Lage. Klerus und Volk von Rom übertrugen ihm sogar die erbliche Befugnis, so oft der päpstliche Stuhl leer wurde, den neuen Inhaber, den sie wählen sollten, zu benennen, wie das schon bei Otto I. geschehen und noch von Otto III. gehandhabt worden war.

Indem Heinrich von diesem Recht Gebrauch machte, enthüllte er seine Absicht. Er benannte einen deutschen Bischof; als dieser bald darauf starb, wiederum einen Deutschen, und ebenso auch später, so oft eine Vakanz eintrat. Viermal hintereinander sind auf sein Geheiß deutsche Bischöfe zu Päpsten erhoben worden.

Das war offenbar System, ein System, dessen Sinn und Zweck ohne weiteres klar ist: die römische Kirche sollte dem deutschen Reich ebenso eingegliedert werden wie irgendein Bischofssitz diesseits der Alpen. Wenn das geschah, beherrschte der deutsche Kaiser Rom am sichersten. Das System Ottos I. hatte seine Schwächen gezeigt. Nur zu oft hatten römische Stadtpäpste versagt oder war die deutsche Partei bei der Papstwahl unterlegen, und dann hatte der Kaiser mit Gewalt eingreifen müssen. Das war jetzt nicht mehr zu befürchten. Der deutsche Papst, den der deutsche Kaiser tatsächlich erhoben hatte, bürgte wohl für die Unterwürfigkeit der Hauptstadt.

Aber noch mehr. Ein deutscher Papst, der sich als Freund und Diener, wenn nicht geradezu als Werkzeug des Kaisers fühlte, schon weil er ohne den Schutz des Kaisers verloren war, mußte überall in der Welt für Deutschland arbeiten. Wenn er die Kirchen des Abendlands reformierte und sie eben damit der unmittelbaren Leitung Roms unterwarf, so konnte man sicher sein, daß dabei die deutschen Interessen nicht zu kurz kamen. Durch ihn, seinen Vertrauensmann, gleichsam seinen Stellvertreter, beherrschte der Kaiser Italien ganz anders als früher, durch ihn konnte er sogar in den benachbarten Ländern, in Frankreich, im skandinavischen Norden, in Polen und Ungarn seinen Einfluß geltend machen. Ein deutsches Papsttum als Ergänzung des deutschen Kaisertums — es war die Vollendung der deutschen Hegemonie im Abendland, ein klares, wohldurchdachtes und ebenso einfaches wie wirksames politisches System.

Aber ihm war keine Dauer beschieden. Der frühe Tod des Kaisers, der im Jahre 1056, noch nicht 40jährig, starb, stürzte alles um. Unfähige und gewissenlose Personen, die für das Kind Heinrich IV. die Regierung führten, ließen alles, was der große Kaiser soeben geschaffen hatte, verfallen und sich ins Gegenteil verkehren.

Die Reform der römischen Kirche war zwar unter deutschen Päpsten, aber größtenteils mit Hilfe von französischen Mönchen unternommen worden. In Deutschland hätte man die erforderlichen Kräfte kaum in der nötigen Zahl gefunden, man mußte sie aus dem Heimatlande der Reform, aus Lothringen und Burgund holen. Diese Männer hatten für die andere Seite ihrer Aufgabe, die Befestigung des deutschen Kaisertums, ihrer Natur nach kein Verständnis, eher Abneigung. Sie träumten nicht mehr nur von Reinigung, sondern vor allem von Befreiung der Kirche aus jeder weltlichen Herrschaft. Die Schwäche der deutschen Regentschaft gab dazu willkommene Gelegenheit. Nicht einmal Schutz konnte sie bieten gegen die Versuche der Römer, die nicht ausblieben, sich der fremden strengen Geistlichen zu entledigen. Man kümmerte sich in Rom bald nicht mehr viel um den deutschen König und seine Vormünder und holte sich Hilfe, wo man sie näher fand: bei italienischen Mächten.

Da war zunächst der Markgraf von Toskana, Gottfried, ein geborener Herzog von Lothringen, durch Heirat mit der Erbin von Toskana zu seiner Würde gelangt, von Heinrich III. stets bekämpft, nach des Kaisers Tod unangefochten Herr in Toskana und am Nordfuß des

Apennins bis Mantua. Er, seine Gemahlin Beatrix und später deren Tochter Mathilde stellten ihre ganze Macht in den Dienst der reformierten römischen Kirche, — nicht zum Vorteil des deutschen Königs. Dessen Herrschaft hatte sich auf die Bischöfe gestützt und die weltlichen Fürsten niedergehalten. Jetzt erhob sich ein weltliches Fürstenhaus zur beherrschenden Macht in Mittelitalien.

Eine andere Kraft wirkte in der Lombardei zerstörend gegen das Fundament der deutschen Herrschaft, ein pietistischer Volksaufstand in den Städten gegen das Regiment der Bischöfe. In heftigen Kämpfen erhoben sich die Massen des Stadtvolks, unter der Fahne der kirchlichen Reform, mit religiösen Schlagworten gegen die unsittlichen Priester, in Wahrheit gegen den vornehmen fränkisch-langobardischen Adel und die deutschen königlichen Bischöfe. Der Aufstand wurde von Rom aus gebilligt und unterstützt, und die lombardischen Bischöfe, statt wie bisher das deutsche Königtum zu tragen, riefen den König zu Hilfe im Kampf um ihre Stellung, die sie allein nicht halten konnten.

In Toskana eine rivalisierende Fürstenmacht befestigt, in der Lombardei die bischöflichen Stützen des deutschen Thrones wankend — die Aussichten waren trübe. Dazu aber kam ein dritter Gegner, mit der Zeit der gefährlichste: die Normannen in Unteritalien. Nachkommen nordischer Seefahrer, die sich der nach ihnen benannten Landschaft in Frankreich bemächtigt hatten und dort bald zu Franzosen geworden waren, sind seit dem Anfang des Jahrhunderts als Söldner ins Land gekommen; hier dann angesiedelt, haben sie sich rasch durch Nach-

zügler vermehrt und zu Eroberern entwickelt, denen seit etwa 1050 ganz Unteritalien Stück für Stück anheimfällt. Schon kann man erkennen, daß ihnen einmal der ganze Süden der Halbinsel gehorchen wird. Militärisch jedem Gegner überlegen, sind sie die Plage des Landes und eine stete Bedrohung ihrer Nachbarn, auch des Kirchenstaates. Sie zu überwinden, ist unmöglich. Das hat Papst Leo IX., der Elsässer, erfahren, als er 1053 mit deutschen Truppen den Kampf gegen sie aufnahm: er wurde geschlagen und gefangen und mußte kapitulieren, um die Freiheit wieder zu erlangen.

Da war es eine Wendung von größter Tragweite, und bezeichnet deutlich die neue Richtung, die nach dem Tode Heinrichs III. in Rom eingeschlagen wurde, daß das Papsttum nicht nur den Kampf gegen die Normannen aufgab, sondern sich geradezu mit ihnen verbündete. Im Jahre 1059 geschah es, daß die beiden bedeutendsten unter ihren Führern, Richard von Capua und Robert von Apulien, dem heiligen Petrus als Vassallen huldigten und von ihm alle ihre bisherigen und künftigen Eroberungen, Apulien, Kalabrien, Sizilien, zu Lehen nahmen. Der Papst wurde dadurch zum Obereigentümer von ganz Unteritalien und gewann in den besten Truppen, die es damals gab, eine persönliche Leibgarde. Mit beiden wandte er sich gegen das deutsche Kaisertum: er bedurfte seiner nicht mehr, er wurde unabhängig. Die nahen Normannen waren ein besserer Schutz und Rückhalt als der ferne deutsche König, sie konnten unter Umständen auch gegen ihn benutzt werden. Die neue Oberlehnsherrlichkeit des heiligen Petrus kreuzte sich außerdem mit der Tatsache,

daß seit Otto I. und Karl dem Großen das Binnenland von Unteritalien, das alte langobardische Fürstentum Benevent, die Oberhoheit des Kaisers anerkannt hatte. Hier stießen seit 1059 Interessen und Ansprüche von Reich und Kirche, Kaiser und Papst, handgreiflich aufeinander.

Noch in anderer Hinsicht macht das Jahr 1059 in den Beziehungen der beiden Mächte Epoche. In diesem Jahr tagte in Rom eine Synode. Papst Nikolaus II., ein Franzose und Günstling Gottfrieds von Toskana, leitete sie, nachdem er nicht ohne Kämpfe, aber ohne deutsche Hilfe sich gegen den Widerstand der Römer behauptet hatte. Die Versammlung faßte unter anderem einen Beschluß über die Formen der Papstwahl; sie schärfte alte Vorschriften in zeitgemäßer Abwandlung ein. Das erbliche Vorrecht Heinrichs IV., den Kandidaten zu bezeichnen, wagte man nicht ganz zu ignorieren, aber man schob es in einer Nebenklausel, mit einem rein formellen Vorbehalt beiseite. Der bestimmende Einfluß der deutschen Krone auf die Papstwahl sollte tatsächlich ein Ende haben, und er hatte jetzt wirklich ein Ende: nie wieder seit 1059 hat ein deutscher Herrscher ihn mit Erfolg auszuüben vermocht. Die Epoche der deutschen Vorherrschaft über Rom und die Kirche ist geschlossen.

Ein anderer Beschluß derselben Synode deutet in die Zukunft: es soll verboten sein, eine Kirche aus der Hand eines Laien zu empfangen. Das bedeutete, wenn es befolgt wurde, eine Revolution in allen Verhältnissen und in allen Ländern, denn es leugnete das überlieferte und geltende Recht der Laien, über Kirchen zu verfügen, die

sie gestiftet und erbaut hatten. Gegenüber dem deutschen Königtum aber zielte dieses Verbot auf die Grundlagen seines Bestehens. Wenn der König nicht mehr die Bistümer und Abteien des Reiches vergeben, Bischöfe und Äbte nicht mehr in ihr Amt einsetzen durfte, so glich er einem Mann, dem der rechte Arm und das rechte Bein abgehauen sind. Das war schlechthin unannehmbar. Gegen diese Neuerung mußte die deutsche Krone kämpfen bis zum letzten Aufgebot; sie hatte da ihr Dasein zu verteidigen.

Das Synodaldekret von 1059, das erste Verbot der „Laieninvestitur" ist zunächst nicht in Kraft getreten; nirgends hat man es beachtet. Aber es war und blieb ein Wegweiser in die Zukunft. Früher oder später mußte der Krieg zwischen Königtum und Kirche, Kaisertum und Papsttum offen ausbrechen.

Dazu kam es, als im Jahre 1073 Gregor VII. den päpstlichen Thron bestiegen hatte. Zu den Ideen, die vor ihm schon die römische Kirche beherrscht hatten, der Reform und Befreiung, brachte er eine neue mit: die Herrschaft der Kirche über die Welt. Im buchstäblichen Sinne: den Apostelfürsten gehört die Erde ebenso wie der Himmel, sie können über allen irdischen Besitz und Herrschaft verfügen, sie nehmen und geben nach Verdienst, alle Könige und Fürsten sind ihnen und ihrem irdischen Stellvertreter, dem Papste, zu Gehorsam verpflichtet und von Rechts wegen seine Vassallen und Lehensträger. Mit stürmischer Energie, mit leidenschaftlicher Ungeduld ging Gregor daran, diesen Forderungen Geltung zu verschaffen. Als er die Beachtung des In-

vestiturverbots überall, auch vom deutschen König, verlangte, war der offene Konflikt da.

Heinrich IV., der inzwischen herangewachsen war und die Wiederherstellung seiner königlichen Macht in Angriff genommen hatte, war soeben (1075) als Sieger aus einem Aufstand der Sachsen hervorgegangen, als er bei Ausübung seines althergebrachten Besetzungsrechts im Erzbistum Mailand auf den Widerstand des Papstes stieß, der ihm seinen Ungehorsam vorhielt und ihm mit dem Verlust seiner Krone drohte. Seine eigene Stellung überschätzend ließ der König sich dazu hinreißen, die Absetzung des Papstes durch eine Synode der deutschen Bischöfe in Worms, Ende Januar 1076, zu bewirken. Gregor antwortete ihm ebenfalls mit der Absetzung und dem Ausschluß aus der Kirche. Bald zeigte sich, wer der Stärkere war. Nicht nur der Aufstand in Sachsen lebte wieder auf, die deutschen Herzöge ersahen die Gelegenheit, den allzu mächtig werdenden König zu stürzen. Sie verbanden sich mit dem Papst. Nun kam es mehr denn je auf die Bischöfe an. Von ihnen hatte ein kleiner Teil, angesteckt von den französischen Ideen, von Anfang auf der Seite Gregors gestanden, die Mehrheit blieb dem König treu. Aber den offenen Kampf gegen den Papst, ihr kirchliches Oberhaupt, durchzufechten, hatten auch sie nicht mehr den Mut. Da entschloß sich Heinrich, um die gegnerische Koalition zu spalten und so die drohende Erhebung eines Gegenkönigs zu verhindern, zur kirchlichen Unterwerfung. Durch persönliche Buße vor dem Tor von Canossa, wo er den Papst schon auf der Reise nach Deutschland überrascht hatte,

Ende Januar 1077, nötigte er Gregor, ihm die Lossprechung und Aufnahme in die Kirche zu gewähren. Er war damit wieder regierungsfähig. Seinen Hauptzweck hatte er doch nicht erreicht: im März schon stellten die aufständischen Fürsten einen Gegenkönig auf. Aber ihre Partei war nun doch so weit geschwächt, daß Heinrich den Kampf um die Krone mit guten Aussichten aufnehmen konnte. Keinem der nacheinander erhobenen Gegenkönige ist ein Erfolg beschieden gewesen. Als auch Gregor wieder auf dem Kampfplatz erschien und im März 1080 zum zweitenmal Absetzung und Bann über Heinrich aussprach, antwortete der König mit Aufstellung eines Gegenpapstes durch deutsche und lombardische Bischöfe und mit bewaffneter Gewalt. Nach wiederholter Belagerung gelangte er 1084 zur Einnahme Roms und zur Kaiserkrönung. Durch die zu spät herbeikommenden Normannen ward er zwar zum Abzug genötigt, aber auch Gregor konnte sich in seiner Stadt nicht behaupten. Er folgte seinen Befreiern nach Süden und ist hier im folgenden Jahre (1085) einsam und verlassen, ja fast verschollen, in Salerno gestorben. Er war unterlegen.

Aber das war noch lange nicht die Entscheidung. Der Kampf ging weiter, und schließlich wendete sich das Blatt. Die Hilfskräfte des Papsttums zu besiegen, ist Heinrich nicht imstande gewesen. Als es Gregors zweitem Nachfolger, dem Franzosen Urban II., gelang, eine große Koalition zwischen den Normannen in Unteritalien, der Gräfin Mathilde von Toskana und den zu einer Liga zusammengeschlossenen lombardischen Städten zustande zu bringen, der sich auch die aufständischen Fürsten

Süddeutschlands anschlossen (1093), da brach Heinrichs Macht zusammen. Nun war die Reihe an ihm, als ein Hilfloser, Verschollener jahrelang in einem Winkel Oberitaliens zu sitzen, in Italien machtlos und von Deutschland abgeschnitten. Auch als die Verbindung der Gegner sich lockerte und ihm die Rückkehr nach Deutschland erlaubt war, hat er doch kaum den Schatten der früheren Macht wieder zu erlangen vermocht. In Deutschland selbst von der reformierten Partei nicht anerkannt, von der Kirche unerbittlich verflucht, hat er sich als Teilkaiser eben noch behauptet, bis schließlich auch sein Sohn sich gegen ihn erhob und ihn stürzte (1105). Im Begriff, einen letzten entscheidenden Kampf um seine Krone zu kämpfen, ist er im Jahre 1106 gestorben, der unglücklichste der deutschen Könige. Das deutsche Kaisertum, die deutsche Herrschaft in Italien hatte schon vorher tatsächlich aufgehört. Hier behaupteten jetzt die örtlichen Mächte unter der Führung Roms das Feld.

Die folgenden Jahrzehnte haben diesen Zustand nur befestigt. Daß Heinrich V. gelegentlich mit überlegenen militärischen Kräften erschien, hatte nur augenblickliche Wirkung, und die Art, wie unter diesem Kaiser der lange Streit um die Investituren beendet wurde, besiegelte sogar den Rückzug der deutschen Macht aus Italien. Im sogenannten Konkordat von Worms (1122) wurde ein Unterschied gemacht zwischen den Kirchen Deutschlands und Italiens. In Deutschland blieb der Einfluß des Königs auf die Besetzung von Bistümern und Abteien erhalten; in Gegenwart des Königs sollten die Wahlen stattfinden und der Gewählte die Weihe seines

Amtes erst empfangen, wenn er vom König belehnt war und ihm als Vassall gehuldigt hatte. In Italien war es umgekehrt. Hier waren die Wahlen frei, und die Weihe erfolgte sogleich; die nachträgliche Belehnung und Huldigung, wenn sie überhaupt stattfand, wurde damit zur bloßen Form. Damit war dem deutschen Kaisertum der Boden entzogen, auf dem scin Einfluß in Italien bis dahin in erster Linie geruht hatte.

Dabei ist es denn auch geblieben. Heinrichs V. Nachfolger, Lothar, hat wohl in Rom die Kaiserkrone empfangen (1133), er hat auch am Ende seiner Regierung (1136/37) im Einverständnis mit dem Papst, der ihn brauchte, einen glänzenden Feldzug durch die Halbinsel bis tief nach Apulien hinein ausgeführt, was ihm bei den Zeitgenossen den Ruhm eintrug, mit Karl dem Großen verglichen zu werden. Aber das war nur eine Episode ohne dauernde Folgen. Schon der nächste Herrscher, der Staufer Konrad III. (1138—52), ist gar nicht mehr in Italien erschienen. Von Romzug und Kaiserkrönung war auch unter ihm wohl viel die Rede, aber es blieb bei der Absicht. Als sie der Ausführung am nächsten schien, starb Konrad. Italien hatte sich gewöhnt, seine eigenen Wege zu gehen, die Herrschaft des deutschen Königs war zur leeren Form geworden, das Kaisertum tatsächlich erloschen.

Aber auch das Königtum in Deutschland hatte im Kampf mit der Kirche schwer gelitten. Um die Grundlagen ihrer Macht in Deutschland, die Beherrschung der Kirchen des Reichs, zu retten, hatte die Krone im Wormser Konkordat auf den früheren Einfluß in Italien ver-

zichtet. Die Rechnung erwies sich als falsch, da Heinrich V. schon nach drei Jahren starb (1125). Nur ihm persönlich wollte die Kirche die Zugeständnisse des Konkordats gemacht haben, das mit seinem Tode erloschen sei. Der neue König, Lothar von Sachsen, bisher schon Parteigänger der Kirche und wesentlich unter ihrer Beihilfe erhoben, war nicht in der Lage, alte Rechte, die nicht mehr gelten sollten, energisch zu verteidigen. Noch weniger war es Konrad III., persönlich von Kirche und Geistlichkeit abhängig und von ihnen gegängelt. Sogar in einen Kreuzzug, den er nicht gewollt hatte und der ein grober politischer Fehler war, ließ er sich durch geistliche Einflüsse drängen. Die deutsche Kirche wurde „frei", das heißt sie entzog sich dem Einfluß der Krone und verfiel dafür um so mehr der Beherrschung durch Rom.

Die Wirkungen dieses Zustands zeigt Konrads ganze Regierung. Er hat auch in Deutschland niemals wirklich geherrscht. In dem großen Kampf zwischen den beiden übermächtigen Geschlechtern der Babenberger und Welfen hat er sich nur als Parteigänger oder Parteihaupt der Babenberger halten können. Über den Parteien zu stehen, die beide mächtiger waren als er, wie es sich für den König geziemt hätte, war ihm nicht möglich, da ihm die Hauptstütze königlicher Macht, die sichere Herrschaft über die Kirche, entzogen war. Auch die Tage des deutschen Königtums schienen gezählt, und es könnte so aussehen, als hätte die natürliche Entwicklung schon damals, um die Mitte des 12. Jahrhunderts, den Zustand der Zersplitterung und Ohnmacht herbeiführen müssen,

der, wie wir wissen, hundert Jahre später tatsächlich eingetreten ist.

Aber so weit war es doch noch nicht. Es lagen in der Nation und in der Zeit noch Kräfte genug, die nur auf den Weckruf einer starken Persönlichkeit warteten, um dem Reich zu neuer Erhebung zu verhelfen. Das Schicksal hat es gefügt, daß nach dem Tode Konrads in Friedrich I. der rechte Mann (1152) an die Spitze des Reiches trat. Mit ihm beginnt ein neuer Abschnitt. Der Lauf der deutschen Geschicke, der schon recht bedenklich abwärts zu führen schien, wird gehemmt, gewendet, und noch einmal geht es empor, in raschem Anstieg bis zum höchsten Gipfel.

Bei Friedrich I. spüren wir zum ersten Male in der deutschen Geschichte den lebendigen Odem einer großen Persönlichkeit. Es fehlt viel daran, daß wir uns schmeicheln dürften, ihn als Menschen und Charakter zu kennen. Auch sein Bild, soviel auch die Zeitgenossen von ihm erzählen, ist kein farbiges Gemälde, kaum eine Zeichnung in flüchtigen Umrissen. Aber daß man es mit einem überragenden Manne, einem Herrscher von seltenem Können und Wollen zu tun hat, das lehrt jede Seite seiner Geschichte, das lehren seine Taten ebenso wie die Urteile der Zeitgenossen.

Es ist der Mühe wert, dies festzustellen. Denn damit ist gesagt, daß die Epoche, die sein Regierungsantritt bedeutet, auch sein persönliches Werk ist. Wohl hat er bedeutende Mitarbeiter gehabt, einen Reinold von Dassel, einen Wichmann von Magdeburg, einen Philipp von Heinsberg, einen Christian von Mainz, lauter Staats-

männer von großem Schnitt. Aber sie waren und blieben seine Diener und er ihr Herr. Es bezeichnet am besten seine persönliche Größe, daß er stets über ihnen stand und immer neue große Diener fand.

Daß seine Taten ihm gehören, erkennt man schon daran, daß er unmittelbar beim Regierungsantritt das Programm aufstellt, nach dem er regieren will. Er hat es festgehalten bis zuletzt, und er hat es erfüllt. Es lautet in großzügiger Kürze: *ut Romani imperii celsitudo in pristinum suae excellentiae robur reformetur* — daß das erhabene römische Reich in alter Kraft und Herrlichkeit wiederhergestellt werde; oder anders ausgedrückt: Wiederaufrichtung des Kaisertums, des Kaisertums, wie es gewesen war, als einer politischen Wirklichkeit, also mit einem Wort der deutschen Herrschaft in Italien.

Die Verhältnisse kamen ihm entgegen. In Italien hatten sie sich seit dem Verschwinden des deutschen Kaisertums in einer Weise entwickelt, daß den Päpsten selbst seine Wiederherstellung dringend erwünscht sein mußte. Mit der deutschen Herrschaft zugleich war in den Kämpfen des Investiturstreits die Macht der Bischöfe in der Lombardei zusammengebrochen, die Städte hatten sich unabhängig gemacht und traten als Herren des Landes auf. Das Beispiel wurde in Rom nachgeahmt, und auch die Päpste sahen sich aus der Herrschaft über ihre Stadt und deren Landgebiet verdrängt und zeitweilig vertrieben. Dazu kam, daß in Unteritalien die verschiedenen normännischen Herrschaften zum Einheitsstaat, dem Königreich Sizilien, zusammengewachsen waren, einer Großmacht, die das Meer beherrschte und mit dem Druck

ihrer übermächtigen Nachbarschaft auch auf dem Kirchenstaat lastete. Wenn Gregor VII. davon geträumt und Urban II. den Traum zeitweilig erfüllt gesehen hatte, daß der Papst als Haupt einer Koalition von Kleinstaaten die Halbinsel beherrschen solle, so war das längst vorüber. Der Papst sah sich eingeklemmt zwischen stärkeren oder widerspenstigen Nachbarn, ohne feste Grundlage seiner Macht; ihm ging die Luft aus.

Was war natürlicher, als daß er seine hilfesuchenden Blicke auf den deutschen König richtete? Die Wiederaufrichtung des Kaisertums, die deutschen Waffen sollten ihm Entlastung, Befreiung, Schutz und Rückhalt bringen. Zu diesem Zweck hatte Lothar seinen glänzenden Feldzug unternommen, aber nach seinem Tode war alles wieder geworden wie zuvor. Konrad III. war nicht mehr dazu gekommen, den Wünschen des Papstes zu entsprechen. Das erwartete man jetzt von Friedrich.

Diese Bedürftigkeit der päpstlichen Politik gab Friedrich die Handhabe, vor allem in Deutschland die Grundlagen königlicher Herrschaft wieder zu festigen. Er konnte es sich erlauben, den alten Einfluß der Krone auf die Besetzung der Bistümer wiederherzustellen, ohne daß Rom es gehindert hätte. Die deutsche Kirche gehorchte ihm wieder und hat ihm so eifrig und treu gedient wie einst Otto I. Mit ihren persönlichen und materiellen Kräften hat er zum wesentlichen Teil die Wiederaufrichtung der deutschen Herrschaft in Italien durchgeführt.

Den ersten Versuch dazu konnte er im Bunde mit dem Papst unternehmen (1153/54). Er scheiterte vollständig. Auf seinem ersten italienischen Feldzug gelang es ihm

weder die lombardischen Städte zur Unterwerfung unter die deutsche Herrschaft zu nötigen, noch auch nur dem Papste wieder zum Besitz seiner Hauptstadt zu verhelfen. Der geplante Feldzug gegen Sizilien wurde überhaupt nicht angetreten.

Die Folge dieses Scheiterns war, daß der Papst sich enttäuscht von der deutschen Allianz abwandte, sich dem Sizilianer in die Arme warf und sich mit den Lombarden verband. Friedrich stand nunmehr vor der Frage, ob er auf sein Programm verzichten oder den Versuch wagen sollte, es gegen den vereinigten Widerstand von ganz Italien, gegen die lombardischen Städte, gegen den König von Sizilien, gegen den Papst mit Gewalt durchzuführen. Er entschied sich für das Zweite.

Im Jahre 1158 begann er den Kampf. Er hat ihn nicht gewonnen. Wohl gelang nach vierjährigem Kriege die Unterwerfung der ganzen Lombardei, aber doch nur für kurze Zeit. Je fester die deutsche Verwaltung — eine unmittelbare Beamtenregierung, die schon ganz aus dem gewohnten Rahmen feudaler Einrichtungen heraustritt — in den Städten und Landschaften eingriff, desto stärker wuchsen die stillen Widerstände an. Als Friedrich 1167 wieder selbst in Italien erschien, um das Errungene zu befestigen, fand er bereits an mehreren Stellen offene Auflehnung vor. Wie nun vollends eine kaiserliche Armee, die soeben Rom eingenommen hatte, im vollen Lauf der Erfolge durch eine Epidemie vernichtet ward, da erhob sich der größte Teil Oberitaliens in einem Aufstand, der sich nicht mehr bezwingen ließ. Gegen Sizilien ist es nie zu einem ernsten Angriff gekommen, und den

Hauptgegner, den Papst, zu fassen, erwies sich als unmöglich. Es nützte dem Kaiser nichts, ja es schadete ihm wohl eher, daß sich bei der Wahl im Jahre 1159 das Papsttum gespalten hatte. Denn nun galt der eine der Streitenden überall als Werkzeug des deutschen Kaisers, und mit um so größerer Leidenschaft nahm die Kirche fast im ganzen Abendland außerhalb Deutschlands, in Frankreich, in England, in Skandinavien, Partei für seinen Gegner. Überall fürchtete man, wenn der kaiserliche Papst siegte, daß die Deutschen auch die Kirche beherrschen würden, und gegen diese angebliche Weltherrschaft lehnten sich die anderen Völker mit um so größerer Erbitterung auf, als sie den Deutschen einen Vorrang auf geistigem Gebiete durchaus nicht zuerkennen wollten, sie vielmehr als zurückgeblieben und ungebildet geringschätzten.

Der Rückhalt am Ausland, vor allem bei der Geistlichkeit Frankreichs, ist es denn auch in letzter Linie gewesen, der es dem römischen Papste, Alexander III., möglich machte, sich gegen die militärische Macht des Kaisers zu behaupten. Der französische König bot ihm Zuflucht, als er sich in Italien nicht sicher fühlte, und die französischen Kirchen gaben ihm das Geld, dessen er bedurfte, um sich zu halten. Das Spiel wurde vollends hoffnungslos für Friedrich, als auch die östlichen Mächte sich einmischten. Venedig, Konstantinopel, durch die auftauchende Möglichkeit eines geschlossenen deutsch-italienischen Wirtschafts- und Handelsgebietes bedroht, ergriffen gegen den Kaiser Partei, und ihre Unterstützung führte den Lombarden Kräfte zu, die zu bezwingen die

deutsche Macht nicht ausreichte. Die Niederlage bei Legnano (1176), an sich nicht einmal eine Schlacht ersten Ranges — es wurde dort nur ein Teil des deutschen Heeres durch einen überraschenden Angriff zersprengt — brachte Friedrich zu der Überzeugung, daß er das Spiel nicht gewinnen könne.

So entschloß er sich, es aufzugeben, aber nur, um es sofort mit neuen Figuren von vorne zu beginnen. Im Frieden von Konstanz (1183) verzichtete er auf die unmittelbare Unterwerfung der Lombardei, erkannte die Autonomie der Städte an und begnügte sich damit, daß sie ihrerseits die Oberhoheit des Kaisers anerkannten. Dafür suchte und fand er Ersatz in Toskana. Es war die Erbschaft der Gräfin Mathilde, der Freundin und Bundesgenossin Gregors VII., die ihm die Grundlage für ein eigenes kaiserliches Territorium bieten sollte. Die große Gräfin, die Letzte ihres Geschlechts, hatte ihr riesiges Eigengut dem heiligen Petrus hinterlassen, aber niemals war es den Päpsten gelungen, in den Besitz dieses kostbaren Vermächtnisses zu gelangen. Jetzt hatte der Kaiser die ganze große Gütermasse in seine Hand gebracht. Von hier aus beherrschte er Mittelitalien und hielt zugleich den Papst und die Lombarden in Schach. Auch mit dem König von Sizilien glückte es ihm, Frieden, Freundschaft und enges Bündnis zu schließen, das durch die Heirat des deutschen Kronprinzen, des jungen Königs Heinrich VI., mit der sizilischen Prinzessin Konstanze besiegelt ward.

So hatte Friedrich politisch zu siegen verstanden, nachdem er militärisch gescheitert war. Bei allen Völkern

wurde sein Name gepriesen als der des glänzendsten Helden und größten Herrschers, den die Welt seit Karl dem Großen gesehen habe. Auch der Papst hatte sich gefügt; er lebte wieder unter dem Schutze deutscher Waffen in dem nur widerwillig gehorchenden Rom. In der unbestrittenen Rolle eines Führers der abendländischen Christenheit konnte Friedrich seine Regierung beschließen, indem er (1189) auszog zur Befreiung des Heiligen Grabes, das soeben (1187) in die Hände der Ungläubigen gefallen war. Er hat dieses Ziel nicht mehr erreicht, da ihn der Tod schon unterwegs ereilte. Aber auch so hatte er seine Lebensaufgabe erfüllt, das Kaisertum war wiederhergestellt in alter Kraft und Würde, ja schöner, als es je früher gewesen. Nicht an Otto I. oder Heinrich III. denkt die Nachwelt bis auf unsere Tage, wenn vom altdeutschen Kaisertum die Rede ist, sondern an Friedrich den Rotbart. Ihn hat Sage und Dichtung zur Verkörperung dieses größten Gedankens unserer nationalen Frühzeit ausersehen, und auch die Geschichte kann ihm diese Rolle nicht bestreiten.

Und doch hat auch Friedrich den Gipfel der Vollendung nicht erstiegen. Dies war erst seinem Sohn, Heinrich VI., vorbehalten. Daß das sizilische Königshaus 1189 im Mannesstamm ausstarb, gab ihm als Gemahl der Konstanze den Anspruch auf die Krone des südlichen Reiches. Er hat ihn in jahrelanger zäher Arbeit, begünstigt vom Glück, wie es selten geschieht, durchgesetzt. Als er sich zu Weihnachten 1194 in Palermo krönen ließ, gehorchte ihm ganz Italien, beugte sich ihm der König von England, erkannte auch der Franzose seine Vor-

macht an. Mehr noch, viel mehr: im Besitze Siziliens ist das Kaisertum eine Seemacht, es kann das Mittelmeer beherrschen, und sein Arm reicht bis in den Orient. Das sollte sich sofort zeigen. Als Heinrich den steckengebliebenen Kreuzzug des Vaters wieder aufnahm, da bequemte sich Konstantinopel, ihm Hilfe zu leisten, und die Könige des Morgenlandes drängten sich herbei, dem Stern der deutschen Größe zu huldigen: die Herrscher von Zypern und Klein-Armenien nahmen ihre Reiche vom römischen Kaiser zu Lehen.

Die deutsche Weltmacht war begründet, stolzer, weiter hinausgreifend als selbst unter Heinrich III. Ebenso jäh wie damals und noch vollständiger, endgültiger ist sie zusammengebrochen, als Heinrich VI. am 28. September 1197, ein Mann von 32 Jahren, starb.

Unter den denkbar ungünstigsten Umständen traf dieser Todesfall das Reich. Wieder wie 1056 war der Erbe ein Kind, der noch nicht dreijährige Friedrich, zum deutschen König wohl gewählt, aber noch nicht gekrönt. Es verschwand gerade im entscheidenden Augenblick die beherrschende Persönlichkeit, und niemand war da, sie zu ersetzen. Vollends zum Verhängnis, zur Katastrophe wurde der Regierungswechsel aber doch erst durch die ruchlose Haltung eines Teiles der deutschen Fürsten. Jetzt, wo alles darauf ankam, geschlossen zusammenzustehen, um das Erbe des großen Staufers, die Machtstellung des Reiches, den Rang der Nation zu behaupten, jetzt gerade spalteten sie sich. Gegen den kleinen Staufer traten die Welfen mit dem Anspruch auf die Krone hervor, das Ausland, England von der einen, Frankreich von

der anderen Seite, mischte sich ein, und eine zwiespältige Wahl war (1198) das Ergebnis: Philipp von Schwaben gegen Otto von Braunschweig.

Mit dieser Doppelwahl von 1198 ist der Untergang des deutschen Kaisertums eigentlich schon entschieden. Denn nun hatte die Macht, die durch sein Emporsteigen am tiefsten gesunken war, die Freiheit gewonnen, sich wieder zu erheben: das Papsttum, der alte Gegenspieler und Hauptgegner.

Es war bisher weder ganz unterworfen noch innerlich gewonnen. So große Mühe Friedrich sowohl wie Heinrich sich darum gegeben hatten, es war nicht gelungen, zu endgültiger Verständigung mit Rom zu gelangen. Man hatte sich dort wohl in die Übermacht des Kaisers gefügt, sich aber für später alles vorbehalten. Nach wie vor war der Papst der Gegner des Kaisers, die Kirche die Feindin des Reiches.

Kaum war Heinrich VI. tot, so trat das offen hervor. An die Spitze der Erhebung, die sofort in Toskana wie in Sizilien ausbrach, stellte sich der Papst. Sein Ziel war nichts Geringeres als die Zerstörung des Kaisertums. Er hat es erreicht, dank der ehr- und pflichtvergessenen, politisch törichten Haltung der deutschen Fürsten, dank aber auch dem Umstand, daß eben in diesem Augenblick an die Spitze der Kirche ein Mann trat, der alle Eigenschaften besaß, um das Werk durchzuführen, Innozenz III. Seine Erhebung und die deutsche Doppelwahl geben dem Jahr 1198 den Charakter einer Epoche. Wiederum wendet sich der Lauf der Dinge; was 1152 begann, 1194 vollendet schien, wird jetzt rückgängig gemacht. Auf die Wieder-

herstellung des Kaisertums folgt sein Untergang, der Sieg der Kirche.

Innozenz hat den vollen Sieg der Kirche nicht mehr erlebt, aber vorbereitet und gesichert hat er ihn, soweit das menschenmöglich war. Worauf es ihm ankam, war nichts anderes als der Gedanke Gregors VII., den wir schon kennen: die deutsche Macht aus Italien zu verdrängen, um sich selbst zum Führer und Oberhaupt der italischen Staaten zu machen. Deshalb war ihm nichts willkommener als der Zwiespalt in Deutschland, der ihm in Italien freie Hand gab, die eigene Macht auszubreiten und zu befestigen.

Der Kirchenstaat war zu klein für die führende Rolle, die sein Fürst, der Papst, nach dem päpstlichen Programm spielen sollte. Darum beeilte sich Innozenz, ihn zu vergrößern. Unter dem Titel der Rekuperation, Rückforderung alter Rechte, griff er erobernd zu und eignete sich aus dem herrenlos gewordenen Reichsgebiet weite Länder an, das Herzogtum Spoleto, die Mark Ancona. Daß er nicht auch Toskana annektieren konnte, lag nicht an ihm; die toskanischen Städte lehnten die Unterwerfung ab. Aber auch so legte sich der vergrößerte Kirchenstaat wie ein breiter Graben quer über die Halbinsel, das Königreich Sizilien vom kaiserlichen Italien trennend.

Diese Erwerbung sollte der künftige Kaiser gutheißen. Um diesen Preis war die päpstliche Anerkennung nebst Aussicht auf die Kaiserkrone zu haben. Bis dahin behielt Innozenz sich seine Entscheidung vor. Denn das war sein neuer Anspruch: über das Recht eines gewählten deutschen Königs sollte der Papst entscheiden.

Den päpstlichen Wünschen hat sich zuerst Otto willfährig erwiesen. Aber er zog in Deutschland den kürzeren. Schon sah sich auch Innozenz genötigt, mit Philipp zu unterhandeln, man schien der Verständigung sogar recht nahe, da wurde Philipp (1208) aus Privatrache ermordet. Nun stand Otto, da auch die staufischen Parteigänger sich ihm unterwarfen, mit einem Male unbestritten an der Spitze des geeinten Deutschlands. Er wiederholte seine früheren Versprechungen, wurde daraufhin zur Kaiserkrönung eingeladen und erschien in Italien. Aber wie ihm hier alles zu Füßen fiel, er überall als Erbe der alten Kaisermacht anerkannt wurde, da erinnerte er sich mit einem Male nicht mehr seiner Versprechungen und behandelte auch die neu annektierten Teile des Kirchenstaates, als ob sie noch dem Reich gehörten. Ja noch mehr. Einmal im Besitz von Ober- und Mittelitalien, trat er in die Fußstapfen Heinrichs VI., wendete sich nach Süden und begann die Eroberung des sizilischen Reiches.

Das nötigte Innozenz zu verzweifelten Entschlüssen. Er exkommunizierte Otto. Aber was nützte ein Bannstrahl, wenn keine weltlichen Waffen ihn unterstützten? Man brauchte einen weltlichen Arm, um die Sentenz zu vollstrecken. Nur einer konnte das sein, und der war selbst gefährlich: Friedrich von Sizilien. Man mußte ihn in Deutschland als Gegenkönig aufstellen, daß er Otto in den Rücken falle, dann war noch Aussicht auf Rettung. Aber war das Rettung, wenn der Sohn Heinrichs VI. wieder in Deutschland und Italien, von der Nordsee bis zur Küste Afrikas, herrschte? Wo blieb da die Unabhängigkeit der Kirche, wo die Hoffnung, den vergrößerten

Kirchenstaat zu behaupten? Das Heilmittel schien ebenso schlimm wie die Krankheit.

Innozenz hat sich dennoch entschlossen, es anzuwenden und den Teufel durch Beelzebub auszutreiben. Er rechnete richtig, daß der von der Kirche wiedereingesetzte Staufer niemals so gefährlich werden konnte wie ein über die Kirche siegender Welfe.

Auf sein Anstiften beriefen deutsche Fürsten (1211) Friedrich von Sizilien zum deutschen König, und Friedrich zögerte nicht, nach Deutschland zu eilen, um die Krone seiner Väter zu erwerben. Auch Otto machte jetzt kehrt, um in Deutschland seine Stellung zu verteidigen. In dem anschließenden Kampf trug Friedrich den Sieg davon. Aber nicht durch eigene Kraft. Er verdankte seine Erhebung der römischen Kirche und seinen Erfolg französischem Gelde und französischen Waffen. Das ist das Bezeichnende an diesem ganzen Kronstreit: er ist eine Begleiterscheinung ausländischer Kämpfe, und seine Entscheidung wird durch ausländische Kräfte herbeigeführt.

Europa steht damals im Zeichen des hochauflodernden Kampfes der Westmächte, England und Frankreich. Otto ist als Neffe des englischen Königs der Bundesgenosse Englands — ohne das englische Geld hätte er schon seine Wahl gar nicht erreicht — darum unterstützt Frankreich ebenso nachdrücklich den Staufer. Der englisch-französische Streit wird auf deutschem Boden ausgefochten, und die deutschen Könige sind die Figuren im europäischen Spiel, das von der Themse, der Seine, dem Tiber aus gelenkt wird. Wie oft hat sich seitdem Ähnliches wiederholt, wie oft ist Deutschland das Schachbrett der euro-

päischen Kampfspiele gewesen! Hier, 1214, ist es zum ersten Male geschehen. Als Philipp II. von Frankreich (1214) bei Bouvines das kaiserlich deutsche Heer vernichtend schlug, war der englisch-französische Krieg zugunsten Frankreichs entschieden. Den Vorteil daraus zog Friedrich II.: der französische Sieg befreite ihn von dem Rivalen, und als dieser ihm den Gefallen tat, schon vier Jahre darauf (1218) zu sterben, war er unbestritten König in deutschen Landen. Nach weiteren zwei Jahren konnte er sich in Rom zum Kaiser krönen lassen.

Aber das war nicht mehr das alte deutsche Kaisertum. Seine überragende Macht war dahin. Die deutsche Hegemonie war verschwunden, und an ihre Stelle hatte sich die eben erst entstandene französische Großmacht geschoben. Es bildet auch einen Einschnitt, daß bei Bouvines zum ersten Male seit Menschengedenken ein deutsches und ein französisches Heer in großer Feldschlacht die Waffen kreuzten und die Deutschen unterlagen. Auch in Italien bedeutete das Kaisertum Friedrichs II. zunächst nicht allzuviel. Er hatte von Anfang an — wie hätte es anders sein können? — die päpstlichen Eroberungen anerkennen müssen, auch das mathildische Gut und damit die beherrschende Stellung in Toskana dem Papst überlassen. In der Lombardei mußte er mit einer rein theoretischen Oberhoheit sich begnügen. Er ist in erster Linie — wenn nicht nur — König von Sizilien. Von hier aus hat er freilich später den Versuch gemacht, das Verlorene wiederzugewinnen und sein Kaisertum zu einer einheitlichen monarchisch-absoluten Regierung in ganz Italien auszugestalten. Er ist dabei auf die alten Gegner

gestoßen, die schon seinem Großvater wie auch schon seinem Ahnherrn Heinrich IV. gegenüberstanden: auf die verbündeten lombardischen Städte und die römische Kirche, hinter die sich die Geistlichkeit des Abendlands, vor allem wiederum Frankreichs stellte. Er hat sie ebensowenig wie seine Vorgänger zu überwinden vermocht. Die eigentliche Machtfrage freilich ist nicht entschieden worden, denn mitten im Kampf ist Friedrich II. (1250) gestorben.

Wir brauchten diese Vorgänge nur mit einem Seitenblick zu streifen. Sie gehören der deutschen Geschichte nicht an, wie denn Friedrich II. überhaupt kein deutscher Herrscher mehr genannt werden kann. Er war und blieb ein Fremder in dem Lande seiner Vorfahren, das er nach dem Abzug (1220) nur noch zweimal für kurze Zeit (1235–37) besucht hat; der erste Ausländer auf dem deutschen Throne. Wie er sich als Italiener fühlte, so liegen auch die Ziele seines Strebens ganz im Süden der Alpen. Deutschland war für ihn ein Nebenland, das seinen Wert hatte als Quelle besten Soldatenmaterials, im übrigen aber ohne Interesse. Er hat es vernachlässigt und die deutschen Dinge ihren eigenen Lauf nehmen lassen. Als er starb, da war es ein italienischer Kaiser, der von der Bühne abtrat, kein deutscher mehr. Das Kaisertum hatte Deutschland den Rücken gekehrt. Die Deutschen haben es ihm vergolten und sich seit Friedrich II. nur wenig noch und mit der Zeit immer weniger um ihre frühere Vormacht in Italien gekümmert, obwohl ihnen das Recht, in der Person ihres Königs zugleich den römischen Kaiser zu stellen, nicht bestritten

wurde. So kam es, daß die Welt über 60 Jahre seit dem Tode Friedrichs II. keinen Kaiser kannte. Er war entbehrlich geworden. Das deutsche Kaisertum war als politische Macht erloschen, die erste große Epoche der deutschen Geschichte war zu Ende.

Wir haben nach den Ursachen zu fragen. Wie erklären wir uns diesen Ausgang, ebenso matt und kleinlich, wie der Anfang und Fortgang kühn und stark gewesen war? Woran ist das staufische Kaisertum gescheitert?

Ehe wir die Antwort suchen, werden wir uns darüber klar sein müssen, daß dieses Kaisertum der Staufer schon etwas anderes war als das der Ottonen und ersten Salier. Diese hatten Italien von Deutschland aus durch die von ihnen eingesetzten Bischöfe und den Papst regiert. Seit dem Investiturstreit war das nicht mehr möglich. Statt dessen hatte Friedrich I. die unmittelbare Landesherrschaft mit einer Verwaltung durch eigene kaiserliche Beamte eingerichtet; zuerst in der Lombardei, dann, als der Versuch dort sich als undurchführbar erwies, in Toskana. Heinrich VI. hatte das Königreich Sizilien hinzugewonnen und beherrschte von dort aus, zumal durch seine Seemacht, die ganze Halbinsel. Das staufische Kaisertum hat seinen Schwerpunkt nicht mehr in Deutschland, in Italien vorzugsweise liegen seine Aufgaben und seine größten Machtmittel. Warum nun ist es so rasch gefallen?

Die bequemste Antwort, die denn auch am häufigsten gegeben wird, lautet: es ging über die Kräfte. Die Beherrschung Italiens in den Formen, die sie unter den beiden großen Staufern angenommen hatte, war mehr als die Deutschen auf die Dauer leisten konnten, darum

mußte sie verloren gehen. Woraufhin denn die weisen Schulmeister der Weltgeschichte die tadelnde Bemerkung nicht zu unterlassen pflegen, daß es „klüger“ gewesen wäre, auf ein so aussichtsloses Unternehmen von vornherein zu verzichten. Insbesondere hat man es getadelt, daß die Staufer die alten historischen Grenzen des Kaisertums überschritten und das sizilische Reich hinzuerworben haben. Diese Überspannung habe sich gerächt, und insofern sei eigentlich die sizilische Heirat Heinrichs VI. das wahre Unglück gewesen.

Dieser Gedanke verkennt die politische Lage Italiens im 12. Jahrhundert ebenso vollständig wie die dauernden geographischen Bedingungen seiner staatlichen Gestaltung. Wie hätte sich ein deutscher Kaiser in der nördlichen Hälfte der Halbinsel behaupten sollen, wenn im Süden eine Großmacht bestand, die das Meer, die Küsten, die Häfen beherrschte und den Handel der oberitalischen Seestädte, damit aber auch des ganzen Hinterlandes unter Umständen zerstören konnte? Diesen Nachbar zu dulden, war auf die Dauer unmöglich. Gerade so gut hätte man Alt-Rom zumuten können, sich mit der Machtstellung Karthagos abzufinden, oder Viktor Emanuel II., das Königreich Neapel bestehen zu lassen. Zu Zeiten der Ottonen und Salier war das etwas anderes gewesen, weil damals Unteritalien zerplittert und dadurch ohnmächtig war. Seit es eine sizilische Großmacht gab, hieß es für die deutschen Herrscher: alles oder nichts! Sollte es wieder ein Kaisertum, eine deutsche Herrschaft in Italien geben, so mußte sie sich bis nach Sizilien erstrecken. Mit anderen Worten: man mußte das sizilische Reich

entweder zerstören oder annektieren. Eine Verständigung mit ihm, wie Friedrich I. sie zunächst erzielt hatte, war doch nur eine Etappe auf diesem Wege — die Annexion Siziliens, als die Möglichkeit dazu sich bot, lag in der Natur der Dinge.

Ist diese Politik wirklich über die Kräfte Deutschlands gegangen? Es könnte so aussehen, wenn man den Ausgang kennt. Aber war denn die Aussichtslosigkeit des Unternehmens so sicher vorauszusehen, wie sie sich — scheinbar — auf Grund des augenfälligen Mißerfolges nachträglich behaupten läßt? Weder Friedrich I., der doch von allen Zeitgenossen als der Klügsten einer gerühmt wird, noch die vielen bedeutenden Männer, die ihn umgaben, können an den Aussichten des Erfolges gezweifelt haben; sie hätten sonst sicherlich auch die Konsequenz gezogen und eine andere Politik gemacht. Zudem ist es unverkennbar, daß gerade diese Politik von der Nation mit einer Entschlossenheit gebilligt und getragen worden ist, über die kein Zweifel bestehen kann. Friedrich I. und Heinrich VI. haben ihr Volk hinter sich gehabt, als sie darauf ausgingen, ihm die Hegemonie zurückzuerobern, die es schon verloren hatte. Auch die staufische Kaiserpolitik ist in diesem Sinne national gewesen. Der Erfolg hat ihr ja auch recht gegeben; die erstrebte Wiederherstellung gelang.

Aber sie hatte keinen Bestand. Was ist es gewesen, das das wiederhergestellte Kaisertum so bald schon wieder zu Fall brachte?

Lassen wir die Tatsachen sprechen, so springt eine vor allen in die Augen: der frühe Tod Heinrichs VI.

Kein Zweifel, daß die Dinge ganz anders hätten laufen können, hätte er nur zwanzig, ja nur zehn Jahre länger gelebt. Also ein äußerer Unglücksfall hat mindestens sehr stark mitgespielt.

Man wird einwenden: eine Gründung, die solche Schläge nicht überlebt, ist überhaupt nicht lebensfähig. Eben darin erprobt eine politische Schöpfung ihr Daseinsrecht, daß sie sich im Unglück behaupten kann. Wäre das staufische Reich, die deutsch-italische Weltmacht einem richtigen und gesunden Gedanken entsprossen, so hätte sie nicht durch einen unzeitigen Personenwechsel umgeworfen werden können.

Das wäre gleichbedeutend mit der Forderung, daß die Bäume von Anfang an dicke Stämme haben, oder daß die Menschen als Erwachsene zur Welt kommen müßten. Auch eine Staatsgründung bedarf der Zeit, um fest einzuwurzeln und Holz anzusetzen; in ihren Anfängen ist jede eine zarte Pflanze, die leicht zerbrochen, zertreten oder ausgerissen werden kann. Auch die Staaten sind Kinderkrankheiten ausgesetzt, an denen sie in der Jugend sterben, während sie in späterem Alter nicht viel davon zu fürchten haben. Wie würde man über Friedrich den Großen urteilen, wenn er bei Kunersdorf den Tod gefunden hätte? Ob die junge preußische Großmacht eine solche Krisis überlebt haben würde, ist doch auch recht zweifelhaft. Preußen blieb die Probe erspart, die staufische Schöpfung ist in ihr zugrunde gegangen. Woran lag das? Was fehlte ihr, das ihren dauernden Bestand verbürgt haben würde, und welches waren die gegnerischen Kräfte, die sie zerstören konnten?

Die Antwort ist bald gefunden, wenn man nur die Tatsachen im Auge behält: das Kaisertum ist gefallen, weil es gar nicht verteidigt wurde. Anstatt gemeinsam nach außen Front zu machen, spaltete sich im kritischen Augenblick die politische Vertretung der Nation, der Fürstenstand, in zwei Parteien, die einander während zehn Jahren (1198—1208) und dann nochmals sechs Jahre lang (1212—18), im ganzen also, mit vierjähriger Unterbrechung, zwanzig Jahre lang leidenschaftlich bekämpften. Als nach der Ermordung Philipps von Schwaben die Einheit vorübergehend wiederhergestellt war, sah man sogleich, daß die Kräfte des Reiches vollkommen genügten, um die Herrschaft in Italien zu behaupten. Ohne Schwertstreich hat Otto IV., als er 1209 an der Spitze des Reichsheeres in Italien erschien, das deutsche Regiment auf der ganzen Halbinsel wiederhergestellt. Er war im Begriff, auch Sizilien zu unterwerfen, als in seinem Rücken zum zweiten Male der Zwiespalt unter den deutschen Fürsten ausbrach. Durch den Abfall einiger Fürsten, die Friedrich II. zum Gegenkönig erhoben, sah Otto sich genötigt, seine Krone in Deutschland zu verteidigen und Italien fahren zu lassen.

Da ist es doch mit Händen zu greifen, woran das Kaisertum zugrunde gegangen ist: an der Uneinigkeit der Fürsten, die sich um die Krone stritten, anstatt sie in der Gefahr zu verteidigen. Die Doppelwahl also von 1198 mit ihren weiteren Folgen, dem rund zwanzigjährigen Bürgerkrieg, hat es zerstört.

Nichts wäre verkehrter als die Vermutung, die Spal-

tung bei der Königswahl 1198 habe mit der Frage der Kaiserpolitik auch nur das mindeste zu tun. Otto IV. hat, kaum daß er allgemein anerkannt war, die italienische Politik der Staufer in vollem Umfang aufgenommen. Seine Erhebung zum Gegenkönig ist also nicht eine Tat politischer Opposition, sondern dynastischen Ehrgeizes. Und ganz ebenso ist es später, als Friedrich II. dem Welfen entgegengestellt wurde.

Das deutsche Reich hat also die Kaiserpolitik der Staufer durchaus nicht bewußt abgelehnt, aber es hat sie vernachlässigt und ihre Errungenschaften nicht verteidigt, als sie bedroht waren, obwohl es ein leichtes gewesen wäre, sie zu behaupten. Mit einem Bruchteil der Kräfte, die in den langjährigen Kämpfen um das Königtum in Deutschland zum Schaden des Ganzen verbraucht wurden, hätte man das Kaisertum in Italien und damit den Vorrang der Nation auch in der größten Krisis leicht behaupten können.

Wir wissen nun also, woran das deutsche Kaisertum zugrunde gegangen ist: an der Uneinigkeit, der Selbstsucht, der Kurzsichtigkeit der deutschen Fürsten. Wer kann sich darüber täuschen, daß hier Eigenschaften verhängnisvoll hervortreten, die uns auf den Blättern der deutschen Geschichte immer wieder begegnen: der Mangel an Sinn für das Ganze und Gemeinsame, die Bevorzugung des Besondern und Eigenen, die Schwäche des politischen Instinktes! Diese Nationalfehler sind schuld daran, daß Deutschland seine beherrschende Stellung im Abendland um die Wende des 12. zum 13. Jahrhundert verspielt hat.

Indessen so bequem kann man sich die Sache doch nicht machen, daß man einfach sagt: ihre Uneinigkeit hat die Deutschen wie immer so auch damals zugrunde gerichtet. Wie kam es denn, daß diese Uneinigkeit um 1200 so verhängnisvoll und ohne jede Hemmung wirken konnte, während sie bis dahin doch im ganzen überwunden worden war? Und wie kam es, daß man später nicht mehr den Versuch einer Wiederherstellung machte? Auch um 1100 war einmal alles verloren gewesen, und doch konnten die Nachfolger Heinrichs IV. immer wieder auf die alten Pläne zurückkommen, bis das Werk unter Friedrich I. gelang. Nach 1220 ist das nicht mehr geschehen. Deutschland hat Friedrich II. bei seinem Kampf um die Herrschaft in Italien nur sehr lau unterstützt und schließlich ganz im Stich gelassen. Als er von der Kirche abgesetzt wurde, ließ man ihn auch in Deutschland in weiten Kreisen fallen und erhob Gegenkönige. An den alten Überlieferungen früherer Tage scheint man damals, im 13. Jahrhundert, nicht mehr festgehalten zu haben. So etwas hat immer seine besonderen Gründe; auch hier sind sie vorhanden und nicht schwer zu entdecken.

Die Verfassung des Reiches war bereits in einer Umwandlung begriffen, die den auseinanderstrebenden Kräften freie Bahn schuf, während sie die Zusammenfassung zur Einheit sehr erschwerte. Das ist das Verhängnisvolle an dem Sturz des Kaisertums, und darum hat es sich von diesem Fall auch nicht wieder erheben können, weil mit ihm zeitlich zusammenfällt eine Veränderung im deutschen Staatsleben, die man in aller Kürze be-

zeichnen kann als die beginnende Auflösung des Reiches. Das gibt der Epoche von 1198—1220 ihre besondere Bedeutung: sie bildet einen Abschluß und einen Anfang zugleich, das Kaisertum, das heißt die Hegemonie im Abendlande ist zu Ende, und die Auflösung des Reiches beginnt.

Die Auflösung des Reiches hat nicht erst mit dem Aufhören des Kaisertums und dem Schwinden der auswärtigen Machtstellung begonnen, sie ist noch viel weniger eine Folge hiervon. Das wird zwar oft behauptet. Das Kaisertum, sagt man, habe in seinen Sturz das deutsche Königtum mit verwickelt; in dem vergeblichen Streben nach der Kaiserkrone hätten sich die Kräfte des Königtums erschöpft, darum sei das Ende der Kaiserträume zugleich das Grab der deutschen Einheit geworden.

Nur eine sehr oberflächliche Betrachtung der Dinge kann zu diesem Urteil kommen. In Wahrheit war das, was wir die innere Auflösung des Reiches nennen können, schon längst im Gange und ist nur durch die großen Erfolge nach außen, unter Friedrich I. und Heinrich VI., noch eine Weile verdeckt und aufgehalten worden. Als diese Erfolge dahinschwanden und der Zusammenbruch der äußeren Machtstellung kam, da trat alsbald sichtbar hervor, wie die Dinge im Innern standen.

Um was es sich handelt, läßt sich mit wenig Worten sagen: der König beherrschte die Fürsten nicht mehr, weil er zu viel von seiner früheren eigenen Macht verloren hatte.

Erinnern wir uns, worauf die Macht des Königs beruht hatte: in erster Linie auf dem reichen Königs-

gut, den ausgedehnten Grundherrschaften der Krone, die den Unterhalt eines zahlreichen Ritterheeres ermöglichten. Das Königsgut nun ist schon in den Bürgerkriegen des Investiturstreites arg zusammengeschmolzen, verschenkt, verliehen, geraubt worden. Daher zum Teil die klägliche Schwäche Konrads III.; er war schon schwächer als einzelne Fürstenhäuser, wie die Welfen und Babenberger. Auch Friedrich I. hatte im Anfang seiner Regierung keine beherrschende Stellung. Er errang sie sich teils durch seine Erfolge in Italien, wo er vor allem sehr viel Geld gewann, dann durch systematische Landerwerbungen, indem er nämlich die Reichskirchen nötigte, ihre Besitzungen in großem Umfang dem Königshaus zu Lehen zu übertragen. Aber dieser Gewinn und dazu noch einiges mehr ging den Staufern im Kampf um die Krone wieder verloren. Da ist das Königsgut geschmolzen wie Butter an der Sonne, es leistet unter Friedrich II. entfernt nicht mehr dasselbe wie früher. Zudem ist es durch seine Zersplitterung, seine Streulage in seinem Wert herabgesetzt.

Dagegen hat sich die Macht der Fürsten gehoben. Sie verfügen über geschlossene Gebiete, die sich abrunden und wachsen, während das Königsgut zerbröckelt. Die Krone ist geschwächt, ihre Konkurrenten haben sich gestärkt.

Es sind nicht mehr die Stammesherzöge der früheren Zeit. Die alten Herzogtümer sind nur noch dem Namen nach vorhanden, ihrem Umfang nach sind sie geschwunden durch Teilung. Vom alten Herzogtum Bayern, das unter Otto I. noch den ganzen bayrischen Volksstamm

vom Lech bis zur Leitha und von der Donau bis an die Südabhänge der Ostalpen umfaßt hatte, sind schon 980 Kärnten, 1156 Österreich, 1180 Steiermark als selbständige Herzogtümer abgetrennt worden. Sachsen wird 1180 geteilt zwischen Köln und Anhalt. Nur Schwaben, das im Besitz des staufischen Königshauses ist, hat sich erhalten. Aber als das staufische Haus erlischt und seine Besitzungen unter die Nachbarn aufgeteilt werden, verschwindet auch das Herzogtum Schwaben.

So beobachten wir überall ein Zerbrechen und Zerbröckeln. Statt auf Zusammenfassung in großen Machtkomplexen, geht die Entwicklung auf Teilung, Spaltung, Zersplitterung. Der Versuch Heinrichs des Löwen, als Herzog von Bayern und Sachsen eine straff zentralisierte Doppelmacht von großem Gebietsumfang in Nord und Süd zugleich zu errichten, endete mit dem Sturz des Herzogs, der der Verbindung des Kaisers und der benachbarten Fürsten erlag. Seine Lande wurden zerschlagen.

Durch diesen Prozeß der Zerbröckelung ist nun aber das Fürstentum als Ganzes nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt worden. Der geringere Umfang des Territoriums erleichterte die Regierung, erlaubte die stärkere Zusammenfassung. Das Fürstentum gewann an Festigkeit, was es an Ausdehnung verlor. Es entstanden in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts wirkliche Landesregierungen, Landesstaaten, die diesen Namen viel eher verdienten als das Reich. Das Reich, die Herrschaft des Königs war im Grunde ja nur eine Summe von Oberhoheiten; die wirkliche Regierungsgewalt an Ort und

Stelle — Gericht, Polizei, bewaffneter Schutz und Befestigung, Zoll und Münze und vor allem das Recht der Steuern — lag in den Händen der Landesherren. Man faßt diese Rechte unter dem Schlagwort der Landeshoheit zusammen. Die staatliche Hoheit wird ausgeübt durch den Landesherrn, und der König, von dem sie in der Theorie abgeleitet wird, greift nur gelegentlich ein. Wie oft, das wird von seiner Macht und seinem Ansehen abhängen. Die Landesherren werden seine Einmischung immer ungern sehen und sie möglichst auszuschließen suchen.

Diesen Zustand fand Friedrich II. vor, als er nach Deutschland kam. Es ist von größter und dauernder Bedeutung, daß er keinen Versuch machte, ihn zu ändern. In seiner Gleichgültigkeit gegen die deutschen Verhältnisse trat er den fürstlichen Landesherren die volle staatliche Hoheit in ihren Gebieten ein für allemal ab. Zuerst erhielten die geistlichen Fürsten 1220, dann 1232 alle Landesherren (*domini terrae*) das ausschließliche Recht der Befestigung, des Geleites, des Gerichts, der Münze. Freiwillig zog sich der König aus den Territorien zurück und beschränkte sich selbst auf die Rolle eines Oberrichters und Aufsehers. Das Reich wurde damit zu einer Abstraktion, während die Landesherren alle konkrete staatliche Gewalt an sich zogen.

Das Königtum der früheren Zeit hatte noch eine zweite, beinahe stärkere Stütze seiner Macht besessen: das war die Herrschaft über die Kirchen des Reichs. Wir wissen, was es bedeutete, daß diese Stütze ihm infolge des Investiturstreites und der Gefügigkeit Lothars

und Konrads III. gegen die Geistlichkeit entzogen wurde, und daß Friedrich I. auf die alten Rechte seiner Krone zurückgriff.

Nach Heinrichs VI. Tode ging auch diese Errungenschaft der Wiederherstellung bald wieder verloren. Eine sehr natürliche Reaktion gegen die starke Ausnutzung machte sich unter den Bischöfen geltend, ein Teil von ihnen ging in die Opposition und war es zufrieden, als Papst Innozenz III. die Axt an die Pfahlwurzel des deutschen Königtums legte. Er benutzte den Streit um die Krone, um ihre Bewerber zum Verzicht auf jeden Einfluß auf die Bischofs- und Abtswahlen zu nötigen. Sowohl Otto IV. wie Friedrich II. haben sich diesem Begehren gefügt. Der Verzicht, den Friedrich in der Goldenen Bulle von Eger (1213) aussprach, gab den deutschen Kirchen die „Freiheit", das heißt: der Einfluß der Krone auf ihre Besetzung hörte auf. Dem deutschen Königtum aber war seine Lebensader unterbunden.

Friedrich II. hat auch hier nicht daran gedacht, Geschehenes rückgängig zu machen. Um doch nicht ganz ohne eine feste Partei im Fürstenstand zu sein, bemühte er sich, die Bischöfe zu gewinnen durch Gunst und Zugeständnisse. Darum sanktionierte er, wie wir hörten, ihre volle Landeshoheit; er hoffte vielleicht, sie durch solche Geschenke an sich zu fesseln. Er hat seinen Zweck nicht erreicht, wohl aber hat er die alten Grundlagen des Königtums vollends zerstört. Als der Papst ihm den Krieg erklärte, ließen ihn zuletzt auch die Bischöfe im Stich, bildeten Partei gegen ihn und erhoben Gegenkönige. Wie sollten sie nicht? Als Geistliche hatten sie ja dem Papst zu

gehorchen, und als Fürsten des Reiches waren sie selbständige Landesherren wie einst die Herzöge geworden, ein jeder der Regent eines eigenen Staates mit besonderen Aufgaben und Interessen. Das Reich ging sie wenig mehr an, sie hatten von der Krone nichts zu erwarten, höchstens zu fürchten, daß ihnen die neu verliehenen Rechte wieder beschnitten würden.

Dies sind die wahren Ursachen für den Untergang des Königtums und die Auflösung des Reiches, die sich in Deutschland gleichzeitig mit dem Ende des Kaisertums in Italien abspielten. Sie sind nicht im mindesten die Folge davon, daß die italienische Kaiserpolitik der Staufer scheiterte, eher umgekehrt: die Kaiserpolitik wurde undurchführbar und mußte aufgegeben werden, weil das Königtum in Deutschland selbst die Herrschaft verlor.

Hier könnte die Kritik einsetzen. Warum, so dürfte man fragen, haben die staufischen Könige nicht zunächst ihre Macht im eigenen Lande ausgebaut, bevor sie an große auswärtige Aufgaben herantraten? Haben sie nicht den Oberstock des Hauses errichtet, ehe die Fundamente fertig waren?

Daran ist etwas Wahres. Es war nicht natürlich und darum gefährlich, daß das Reich imperialistische Politik machte, für die seine Verfassung wenig geeignet war. Imperialismus, wenn er glücken soll, setzt straffe Einheit des Staates voraus, die Möglichkeit, jederzeit alle Kräfte des Ganzen für den einen Zweck ins Feld zu führen. Darum ist der Imperialismus der Franzosen und Engländer von Erfolg gewesen; sie besaßen die volle Staatseinheit, die es erlaubte, das Gewicht der ganzen

Nation auf einmal und dauernd, nicht nur für ein paar heiße Augustwochen, in die Waagschale des Schicksals zu werfen. Dem altdeutschen Reich fehlte diese Einheit des Willens, darum steckte in der imperialistischen Politik der Staufer, die auf Beherrschung Italiens gerichtet war, von Anfang an ein Fehler, der beim Tode Heinrichs VI. verhängnisvoll hervortrat, als das Reich sich spaltete, wo es der Einheit am dringendsten bedurft hätte. Nur darf man den staufischen Königen, insbesondere Friedrich I. keinen Vorwurf machen, als hätten sie etwas versäumt, indem sie nicht vor allem auf Befestigung ihrer Stellung in Deutschland ausgingen und die italischen Pläne vertagten. So lagen die Dinge nicht. Als Friedrich I. zur Regierung kam, war das Königtum schon in die zweite Linie gedrängt, von den Fürsten überragt. Ihm raten, er solle seine Macht in Deutschland stärken, wäre dasselbe gewesen, wie wenn man einem, der im Sumpfe steckt, sagen wollte, er möge sich selbst an den Haaren herausziehen. Die einzige Möglichkeit, aus dem Sumpf der Machtlosigkeit herauszukommen, war, daß man einen auswärtigen Halt ergriff. In Italien hat sich Friedrich die größere Macht geholt, mit der er in Deutschland später auch die mächtigsten Fürsten überragte und zum Beispiel seinen bedeutend stärkeren Vetter, Heinrich den Löwen, eines Tages stürzen konnte. Daß es etwas Unnatürliches hatte, wenn der Schwerpunkt des Königtums außerhalb Deutschlands lag, ist nicht zu leugnen. Aber in der Politik kann es sich nur um das handeln, was möglich ist. Etwas anderes als die Politik Friedrichs I., die Wiederherstellung des Kaisertums, war um

die Mitte des 12. Jahrhunderts schon nicht mehr möglich, wenn der König sich nicht dauernd mit der untergeordneten Rolle begnügen wollte, die Konrad III. gespielt hatte.

Der bleibende Erfolg ist dem Streben der Staufer versagt gewesen. Aber auch der vorübergehende war ein Gewinn. Die schönsten Erinnerungen unserer älteren Geschichte hängen daran. Man stelle sich einmal vor, wie die altdeutsche Geschichte aussehen würde ohne Barbarossa und Heinrich VI.! Wer da weiß, was Erinnerungen im Leben der Völker bedeuten, der wird das nicht gering schätzen. Von der Erinnerung an die staufischen Kaiser hat die deutsche Nation Jahrhunderte gezehrt, als sie politisch auf schmale Kost gesetzt war. Vielleicht verdankt sie es am meisten diesen Erinnerungen, wenn sie später wieder eine Zeit der Größe erlebt hat.

VIERTES KAPITEL

Die Landesstaaten. — Drohender Zerfall des Reichs. — Wiederherstellung des Königtums. — Albrecht I. — Wechsel der Dynastien. — Die Kurfürsten. — Die Ordnung Karls IV. — Schöpfungen der landesstaatlichen Epoche. — Grundzüge staatlichen Lebens. — Der politische Charakter der Nation. — Kleinstaat und Kleinbürgertum. — Charakter deutscher Politik. — Die Städte. — Bürgertum und Adel.

Von den Vorstellungen der Größe und des Glanzes, von dem Zauber der Poesie und Schönheit, der die älteste Zeit in den Augen des späteren Betrachters umwebt, von all dem müssen wir Abschied nehmen, wenn wir uns jetzt der zweiten großen Epoche deutscher Geschichte zuwenden, dem Zeitalter der Landesstaaten.

Von dem staatlichen Zustand, in dem der Untergang des staufischen Hauses Deutschland zurückgelassen hatte, sich ein anschauliches Bild zu machen, ist außerordentlich schwer. Die beherrschende Königsmacht ist vollständig verschwunden; es gibt zunächst gar keinen König. Daß sich mehrere Herren gleichzeitig diesen Titel beilegen, hat nichts zu bedeuten. Heinrich Raspe und Wilhelm von Holland, ebenso wie schon Konrad IV. und später Richard von Cornwall und Alfons von Kastilien heißen Könige, aber sind es nicht, sie sind nur Prätendenten. Wie wenig sie bedeuten, beweist die Tatsache, daß die beiden Letztgenannten Ausländer sind, von denen der eine nur ein paar kurze Gastrollen in „seinem" Reich gegeben, der andere es nie gesehen hat.

Derweilen geht die Entwicklung der Landesstaaten rasch vorwärts. Wie jeder Staat, wollen sie vor allem wachsen. Sie haben dieses Bedürfnis um so mehr, da sie bei ihrer Entstehung meistens des festen geographischen Zusammenhangs entbehren. Sie bestehen aus mehreren getrennten Stücken, Lappen und Fetzen von Land. Diese streben natürlicherweise nach Vereinigung, das Territorium will sich abrunden. Da das nur auf Kosten anderer Territorien möglich ist, so entsteht ein dauernder Zustand, den man als Kampf aller gegen alle bezeichnen könnte. Der Bürgerkrieg ist an der Tagesordnung. Das Erlöschen eines Fürstenhauses ruft ihn fast immer hervor, aber auch jeder andere Anlaß führt die Nachbarn in Waffen gegeneinander. Dieser Zustand hat sich mit der Zeit abgeschwächt, die Erbfolgekriege und Grenzfehden werden seltener, aber aufgehört haben sie nie, solange das deutsche Reich bestand. Noch die Schlesischen Kriege Friedrichs des Großen und der Bayrische Erbfolgekrieg Josephs II. sind nichts anderes gewesen als die Kämpfe, die das 13. und 14. Jahrhundert erfüllen.

Am schlimmsten war es nach der Natur der Dinge zu Anfang, in der „kaiserlosen, der schrecklichen Zeit". Da sah es aus, als würde die Einheit des Reiches, die staatsrechtliche Ordnung völlig aufhören und das einfache Recht des Stärkeren an die Stelle treten. Die Folge davon ist ein buntes Kaleidoskop, das von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wechselt. Allmählich kristallisieren sich an einigen Stellen einzelne größere Staatenblöcke, denen die Abrundung und Abschließung nach außen einigermaßen

gelingt, wie das Herzogtum Bayern, die Landgrafschaft Thüringen verbunden mit der Mark Meißen, und vor allem das um Österreich, Steiermark und Kärnten vergrößerte Königreich Böhmen unter Ottokar II. Zwischen und neben ihnen die große Zahl der Mittleren und Kleinen, der Geistlichen und Weltlichen, Fürsten, Grafen, Freiherrn und schließlich auch Städte, deren einige sich zu unabhängigen kleinen Staaten aufzuschwingen vermögen.

Ob dieser Zustand sich nicht verewigt haben, ob das Bedürfnis nach Sicherheit des Verkehrs allein stark genug gewesen sein würde, ihm von innen heraus ein Ende zu machen, ist ganz ungewiß. Denkbar wäre es wohl, daß an Stelle des Königtums, dessen die Stärkeren nicht bedurften und das die Schwachen nicht schaffen konnten, eine Vielheit von Bündnissen sich gebildet hätte, die im Zusammenschluß der Nachbarn und durch Selbsthilfe einigermaßen für Ordnung und Sicherheit in den eigenen Grenzen gesorgt und sich gegeneinander mißtrauisch und feindselig abgeschlossen hätten; ähnlich wie es seit Ende des 13. Jahrhunderts tatsächlich im südlichsten Teile Schwabens, der heutigen Schweiz, geschehen ist, mit dem Ergebnis, daß daraus mit der Zeit ein eigener Staat erwuchs. So hätten auch an anderen Stellen, etwa am Rhein, in Niedersachsen und Westfalen, in Bayern, in Thüringen und Franken derartige provinzielle Bündnisse, Eidgenossenschaften, den Ausgang zu neuer partikularistischer Staatenbildung abgeben können. Ansätze dazu waren hie und da bemerkbar.

Es ist nicht dazu gekommen infolge eines Eingriffs vom Ausland her. Die Kirche hatte Kaisertum und Kö-

nigtum zerstört, die Kirche hat das Königtum wiederhergestellt, weil sie in ihrer augenblicklichen Lage wieder eines Kaisers zu bedürfen glaubte. Papst Gregor X. war es, der im Jahre 1273 die Wahl eines allgemein anerkannten Königs in Deutschland erzwang, den er als Kaiser in Italien zur Herstellung des Gleichgewichts zu benutzen gedachte. Der Gewählte war Graf Rudolf von Habsburg. Es ist eine eigene Ironie des Schicksals, daß er, der doch eigentlich nur erhoben war, um Kaiser zu werden, den stets gehofften, oft schon beschlossenen Zug über die Alpen, der ihm die Krone der Staufer verschaffen sollte, nie hatte antreten können. Schon dadurch bedeutet sein Königtum etwas Neues: das Kaisertum der Deutschen ist tatsächlich überwunden, die Herrschaft in Italien ist erloschen.

Trotz wiederholter Versuche, sie wiederherzustellen, ist es dabei geblieben. Der Anlauf, den Heinrich VII. 1310—13 unter scheinbar günstigen Umständen machte — günstig, weil ihn die Kirche anfangs unterstützte —, kam nicht zum Ziel, da der neue Kaiser mitten im Kampfe starb, und die Wiederholung unter Ludwig dem Bayern 1327 bis 1329 scheiterte vollständig. Karl IV. schloß mit diesen Illusionen ab, indem er sich mit einer bloß formellen Kaiserwürde und nomineller Oberhoheit über die italienischen Staaten begnügte, die ihm gewisse pekuniäre Vorteile und die Möglichkeit stärkerer diplomatischer Einmischung in die italienischen Verhältnisse bot.

Daran hat sich denn auch in der Folgezeit nichts geändert. Der eigentliche Gewinn, den Deutschland aus den verfehlten Romzügen Ludwigs und der nüchtern ver-

zichtenden Politik Karls davontrug, war, daß die Festsetzung Frankreichs in Italien verhindert wurde. Dieselbe Gefahr, die einst Otto I. über die Alpen geführt hatte — daß Italien zu einem geschlossenen großmächtlichen Handelsgebiet werde, das Deutschland von der Hauptstraße des Weltverkehrs abschneiden konnte —, dieselbe Gefahr ist im 14. Jahrhundert glücklich beschworen worden. Eine Vielheit von Staaten im Süden der Alpen, die einander politisch und wirtschaftlich bekämpften, tat die gleichen Dienste wie früher die deutsche Herrschaft: die Straßen des Weltverkehrs blieben den Deutschen zugänglich.

Aber nicht bloß im Verzicht auf die Überlieferungen der großen Vergangenheit liegt das Neue an dem Königtum Rudolfs I. und seiner Nachfolger. Es hat auch seine sehr positive Seite, es trägt einen völlig veränderten Charakter; denn es ruht auf ganz anderer Machtgrundlage. Nicht mehr Königsgut und Beherrschung der Kirchen sind seine tragenden Pfeiler. Jenes ist bis auf dürftige Reste dahingeschmolzen in den Flammen des staufischen Bürgerkriegs, diese ist längst aufgegeben. Der neue König bedeutet im Reich genau so viel, wie er als Landesherr kraft seiner eigenen Hausmacht vorstellt. Trivial ausgedrückt: er muß als König aus seinem Privatvermögen leben, das Reich zahlt ihm keine Zivilliste.

Die Folge davon ist, daß jeder König seine Hausmacht zu vergrößern sucht. Das haben sie alle getan, die seit 1273 einander ablösten, von Rudolf I. bis auf Karl IV., mit der gleichen Zähigkeit, wie einst ihre Vorgänger an dem Streben nach der Kaiserkrone festgehalten hat-

ten. Und hier brauchen wir nach der Erklärung nicht erst zu fragen, sie versteht sich von selbst. Wo jeder Fürst an Macht zu wachsen suchte, so oft die Gelegenheit sich bot, wie sollte da der König nicht desgleichen tun? Jeder, der zur Krone gelangt, streckt seine Hände aus, um zu dem, was er schon besitzt, dem Erbe seiner Väter, ein neues Territorium, auch zwei und mehr sich anzueignen. Im Streben sind sie einander alle gleich, nur im Erfolg sind sie verschieden. Rudolf I. glückt die Eroberung von Österreich und Steiermark, die er Ottokar von Böhmen abnimmt. Die Schlacht auf dem Marchfeld (1278) begründet die Macht des „Hauses Österreich", wie die Habsburger sich jetzt nennen. Adolf von Nassau scheitert, als er sich Thüringen und Meißen anzueignen versucht. Albrecht I. ist im Begriff, diese beiden Lande zu seinen väterlichen Besitzungen, zu dem von ihm bereits erworbenen Königreich Böhmen und der Anwartschaft auf Holland hinzuzufügen, als ihn die Mörderhand seines Neffen (1308) aus dem Wege räumt. Heinrich VII. macht seinen Sohn zum König von Böhmen, und Ludwig der Bayer gewinnt Brandenburg, Holland und Tirol.

Wegen dieser „Hausmachtpolitik" stehen die späteren Könige bei der Nachwelt in üblem Ruf. Man pflegt ihnen vorzuwerfen, sie hätten sich um „das Reich" nicht gekümmert und nur den Interessen ihres Hauses gedient. Verkehrter kann man gar nicht urteilen. Der König, wie er nach 1250 dastand, konnte dem Reich, das heißt der Nation keinen größeren Dienst leisten, als wenn er seine eigene Hausmacht so viel wie irgend möglich mehrte.

Einen anderen Weg, die Einheit des Reiches zu fördern, dem Zwiespalt der Fürsten zu steuern, gab es nicht, als daß die Krone an Macht über jeden einzelnen und auch über eine Mehrheit von ihnen hinauswuchs, immer höher, bis sie schließlich alle zusammen überragte und überschattete. Anders aber ließ dieses Ziel sich nicht erreichen als durch Annektierung ganzer Territorien zu dem Besitz des Königshauses. Wo das Landesfürstentum alles beherrschte, konnte der König über Deutschland nur herrschen, wenn er der größte der Landesfürsten war. Als letztes Ziel auf diesem Wege winkte die Alleinherrschaft des Königs, die staatliche Einigung der Nation.

Einmal schien es, als wäre dieses Ziel schon fast erreicht. Das war in den zehn Jahren, als Albrecht I. (1298—1308) regierte. Von seinem Vater hatte er eine Macht ererbt, der sich in Süddeutschland nichts an die Seite stellen konnte. Mit seinen ausgedehnten Besitzungen im Elsaß, im südlichen Schwarzwald und in der Schweiz überragte er alle Nachbarn. Dazu kamen Österreich und Steier, weite, reiche, vorzüglich verwaltete Länder. Albrechts staatsmännischem Geschick und Feldherrntalent gelang es — woran sein Vorgänger Adolf gescheitert war —, die Opposition der Fürsten am Rhein zu brechen, als sie sich gegen ihn aufzulehnen versuchten. Er gewann die Städte für sich, indem er klug und weitblickend den Handel auf dem Rheinstrom von allen landesherrlichen Zöllen befreite, eine Maßregel, die zugleich geeignet war, den Verkehr zwischen Italien und den nördlichen Ländern von den französischen Straßen hinweg nach Deutschland zu lenken. In dieser schon so

starken Stellung unternahm es der König, auch Böhmen, Meißen, Thüringen für sein Haus zu gewinnen. Wenn das glückte, besaß er auch im Nordosten Deutschlands ein Übergewicht, dem sich niemand mehr hätte entziehen können. Er hätte Deutschland ganz beherrscht.

Aber es war keine leichte Aufgabe. Die Widerstände waren stark. In Böhmen regte sich mächtig die nationale Opposition, in Meißen und Thüringen wollte der einheimische Adel von dem Süddeutschen nichts wissen, den man als vorzüglichen Landesherrn, aber auch als strengen, rücksichtslosen Regenten weithin kannte. Noch war der Kampf nicht entschieden, die Waage schwankte. Eben sammelte der König alle seine Machtmittel, Truppen und Geld, da traf ihn in den letzten Vorbereitungen zum entscheidenden Feldzug der Dolch des Neffen, und in einer sinnlosen Tat persönlichen Hasses versank die schönste Zukunftsaussicht der deutschen Nation. Denn die Gelegenheit kam nicht wieder, und von nun an beherrschten die partikularen Gewalten das Feld.

Wodurch diese wechselnden Ansammlungen von Machtgebieten in den Händen des jeweiligen Königshauses für das Reich schädlich wurden, das war der immer wiederholte Wechsel der regierenden Dynastien. Auch darin unterscheidet sich die neue Zeit von der alten. Früher hatte man im allgemeinen an dem Grundsatz festgehalten, daß das bisherige Königshaus den neuen König zu stellen habe. Dazu führte die Rechtsanschauung, daß der König — wie die ursprüngliche Bedeutung des Wortes nahelegt — der Edelste im Volk sein solle; und wer konnte

edler sein, als der von Königen abstammte? Dafür sprach aber auch die praktische Rücksicht, daß die Konzentration der Machtmittel von Generation zu Generation gesichert blieb, wenn der neue König zugleich der Vermögenserbe seines Vorgängers war. Reichsgut und königliches Hausgut blieben so stets beisammen im Besitze desselben Geschlechtes.

Seit 1250 ist dieser Grundsatz aufgegeben; das Gegenteil gilt. So oft die Person des Königs wechselt, ebenso oft löst ein Geschlecht das andere auf dem Throne ab. Das ist Absicht: der Sohn soll nicht dem Vater folgen, weil das den König zu stark machen würde. Die Fürsten haben kein Interesse daran, daß der Mächtigste von ihnen König sei, im Gegenteil, er darf nicht zu mächtig werden. Sie sehen in ihm, seit sie Landesherren geworden sind und eigene Staaten regieren, nicht mehr den rechtmäßigen Herrn, sondern den unbequemen Rivalen, den man nicht aufkommen lassen darf. Jeder Staat hat von Natur die Tendenz zur Souveränität, zur Unumschränktheit. Die deutschen Territorien, wie sie seit Friedrich II. geworden, waren Staaten, aber sie waren nicht souverän, solange der König über ihnen stand. Um so mehr begehrten sie es zu werden, wenn nicht dem Rechte nach, so doch in Wirklichkeit, und sie waren es, wenn der König nicht die Macht hatte, seine oberherrlichen Rechte geltend zu machen. Darum ist es gut für sie, wenn auf einen König, der sein Haus groß gemacht hat, ein anderer folgt, der wieder von vorne anfangen muß. Daß dieser dann die erbitterte Opposition der Erben seines Vorgängers sich gegenüber sieht

und daß die Arbeit der letzten Generation sich immer gegen die folgende kehrt, das war den Herren gleich; sie verloren nichts dabei, wenn auch das deutsche Reich der Penelope glich, die nachts auftrennt, was sie am Tage gewoben.

Gleichwohl ist es die Frage, ob dieser stete Wechsel der Dynastien eingetreten wäre, hätte sich nicht seit 1250 eine Einrichtung festgesetzt, die die frühere Zeit nicht gekannt hatte: die Kurfürsten. In alten Zeiten hatte die Gesamtheit der Fürsten den König gewählt. Jetzt war dieses Recht zum Vorrecht eines engen Kreises eingeschrumpft, im letzten Grunde, weil die große Masse der Fürsten einer Königswahl gleichgültig gegenüberstand. Sie blieben fort, und die sieben Fürsten, die in der staufischen Zeit bei der Wahl und Krönung des neuen Königs einen Ehrenvorrang erworben hatten, sahen sich allein bei dem Geschäft, sie wurden zu Wählern schlechthin, zu Kurfürsten. So interesselos stand man allgemein der Frage gegenüber, daß eine kleine Gruppe von weniger Mächtigen ein für allemal in den Besitz des Vorrechts kam, dem Reiche den König zu setzen, den dann auch die Mächtigeren annehmen sollten. Denn unter den Kurfürsten ist der einzige, der nach seiner Macht zu den Fürsten ersten Ranges gehört, der König von Böhmen. Pfalz, Sachsen und Brandenburg sind Mächte zweiter Ordnung, und Mainz, Köln und Trier gehören schon in die dritte Reihe. Daß diese Herren an ihrem Königswahlrecht ängstlich festhielten, an dem einzigen, was sie aus der Menge ihrer Genossen emporhob und ihnen Bedeutung verlieh, das versteht man leicht. Aber daß dies

ein natürlicher und gesunder Zustand gewesen sei, wird niemand behaupten. Ungesunde Einrichtungen rächen sich immer. Der Spaltpilz des Kurkollegs, der auf dem Sumpfboden des staufischen Bürgerkriegs gewachsen war, hat das Reich bei jeder Königswahl aufs neue vergiftet. Mehr als alles andere hat er die Bildung einer festen, starken Königsmacht verhindert.

Es hat nicht an Versuchen gefehlt, dem abzuhelfen. Schon Rudolf I. soll sich mit Plänen getragen haben, die Krone in seinem Hause erblich zu machen — einen ersten Anlauf dazu hatte schon Heinrich VI. genommen. Albrecht I. war auch diesem Ziele nah und hätte es wohl erreicht, wenn ihm längeres Leben und Erfolg in seinen Eroberungsplänen beschieden gewesen wäre. Mit seinem Tode fiel auch diese Möglichkeit dahin, und Karl IV., der die verworrenen Verhältnisse des Reiches auf allen Gebieten zu ordnen suchte, hat das Bestehende anerkannt und zu benutzen gestrebt, indem er den Kurfürsten ihre Vorrechte vermehrte und sie durch Reichsgesetz — die Goldene Bulle von 1356 — verbriefte, in der Berechnung, damit eine feste Partei im Reiche zu gewinnen, auf die sein Haus sich als regierendes stützen könne. Im ganzen ist ihm das auch gelungen. Der Wechsel der Dynastien hört jetzt auf, die böhmischen Luxemburger, die Söhne Karls, Wenzel und Siegmund, sind einer nach dem andern zur Regierung gekommen, und nach dem Aussterben des Hauses mit Siegmund (1437) ist die Krone auf dessen Schwiegersohn Albrecht II. und damit auf das Haus Habsburg-Österreich übergegangen, bei dem sie dann bis zuletzt verblieb.

Die Zeit, von der wir reden, erfreut sich bei den Gebildeten keiner hohen Wertschätzung. Man kann das niemand verargen. Der Mensch sucht auch in der Vergangenheit nach Erscheinungen — Personen und Vorgängen — die seine Aufmerksamkeit fesseln, sei es durch menschliche Züge oder durch die Größe und Folgenschwere des Geschehens. Das Kleine und Kleinliche stößt ab, es ermüdet und langweilt.

Der deutschen Geschichte nach 1250 fehlt jeder große Zug. Wo er einmal sichtbar wird, wie etwa bei Albrecht I., da bleibt es bei einem Aufleuchten, hinter dem die Nacht nur um so dunkler erscheint. „Es kommt nichts dabei heraus“ — das ist der Eindruck, den man bei all diesen fortwährenden Kämpfen und Streitigkeiten gewinnt. Der Begriff der *querelle d'Allemand* scheint nirgends besser zu passen. Es fehlt zudem neben der Größe auch die Einheit im Bilde. Darum läßt sich die Geschichte dieser ganzen Zeit so schwer oder gar nicht darstellen. Der Erzähler kann ja die Einheit der Handlung ebensowenig entbehren wie der Dramatiker. Die deutsche Geschichte des 13.—15. Jahrhunderts kennt keine Einheit der Handlung. Was nach Einheit aussieht, wenn man die Geschichte der Könige hervorzieht, das ist Täuschung. Die Geschichte der Könige ist nur ein Teil und nicht immer der wichtigste Teil des Ganzen. Daneben läuft die Landesgeschichte in zahllosen Fäden einher, die sich kreuzen und verknüpfen und nicht selten zum gordischen Knoten verwirren. Die Gleichgültigkeit des Nachlebenden gegenüber diesem so vielgeschäftigen und doch so nichtigen Treiben ist also nur zu begreiflich.

Sie ist aber gleichwohl sehr zu bedauern. Denn schließlich ist bei diesem jahrhundertelangen plan- und ziellosen Kräfteverbrauch, wo die Entwicklung dauernd auf dem toten Punkt zu stehen scheint — schließlich ist dabei doch etwas herausgekommen. Für die späteren Zeiten der Nation bis heute sind diese Jahrhunderte sogar von viel größerer Bedeutung als die heroischen Zeiten des Kaisertums. Sie hat ihre bleibenden Staatsformen erst damals gefunden, und mehr als das: ihr Charakter hat damals seine Prägung erhalten. Wer die Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirkung auf die Gegenwart betrachtet, muß darum zugeben, daß die trüben Zeiten nach dem Interregnum eigentlich interessanter sind als alle Herrlichkeit der Staufer. Die Taten Barbarossas gehören völlig der Vergangenheit an, Rudolf von Habsburg und Karl IV. leben sozusagen noch heute fort. Unter ihnen — wenn wir sie als Repräsentanten der ganzen Epoche nennen — sind die deutschen Landesstaaten geworden, die von da ab bis heute die deutsche Geschichte trugen und auch nach den jüngsten Wandlungen nicht ganz verschwunden sind, ja vielleicht niemals ganz verschwinden werden.

Und nicht nur dies. Wer heute etwas von deutscher Vergangenheit sehen will, der kann ihren Spuren auf Schritt und Tritt begegnen: Kirchen und Rathäuser, Burgen und Stadtmauern reden vernehmliche Sprache. Aber wie selten führen sie uns hinauf über die Schwelle, hinter der das altdeutsche Kaisertum den ewigen Schlaf seiner abgeschlossenen Geschichte schläft! Was können sie uns erzählen von Friedrich Rotbart und seinem Sohn, von Heinrich IV. und Otto I.? Spärliche Reste, die man

mühsam aufsuchen muß, sind von jenen großen Tagen übrig geblieben. Vielleicht ist es im Grunde mehr, als die Schulweisheit sich träumen läßt, aber es muß erst gesucht und gesammelt werden und wird niemals den Wettbewerb aushalten können mit dem, was das 14. und 15. Jahrhundert uns hinterlassen haben. Diese Zeiten sind es, die noch heute wirken, in ihrem Schatten leben und wandeln wir.

Kein Geringerer als Goethe hat das einmal bemerkt. Er erzählt im Anfang von „Dichtung und Wahrheit", wie er in seiner Jugend den Römer zu Frankfurt besucht habe. „Von Karl dem Großen vernahmen wir manches Märchenhafte, aber das historisch Interessante fing für uns erst mit Rudolf von Habsburg an."

Das historisch Interessante — das heißt das, was noch den lebenden Menschen anging, auf ihn Bezug hatte, auf ihn wirkte. So erschien es dem klugen Knaben damals, um 1756, und so ist es noch heute, so ist es heute wieder. Friedrich Rotbart ist zum zweitenmal im Kyffhäuser verschwunden, Rudolf von Habsburg und Karl IV. aber stehen mitten unter uns.

Wir hätten demnach allen Grund, gerade die Geschichte ihrer Zeit uns recht gegenständlich klarzumachen. Trotz aller Verworrenheit des Bildes müßte es doch gelingen, es wiederzugeben und festzuhalten. Dazu ist nun hier weder Gelegenheit noch Nötigung. Wir können und müssen uns auch hier auf die Hauptzüge beschränken. Es genüge uns, festzustellen, was die wirren Geschlechter, die nach 1250 kamen, Dauerndes geschaffen und der Nachwelt hinterlassen haben, welches die dauernden Ergebnisse dieser Epoche sind.

Das sind vor allem die bleibenden Grundzüge des staatlichen Lebens.

Man wird einwenden: wie kann das richtig sein, da doch inzwischen so tiefgreifende Umwälzungen die Staatsformen des Mittelalters in Deutschland wie anderswo zerbrochen und neue hervorgebracht haben? Der Einwand ist leicht zu widerlegen. Sieht man aufs Ganze, so sind trotz aller Wandlungen, trotz 1806 und 1848, trotz 1870 und 1918, ja sogar trotz 1933, die Grundlinien des staatlichen Baues in Deutschland heute noch im wesentlichen dieselben, die im 13.—15. Jahrhundert gezogen wurden. Genau wie damals leben und denken wir auch heute noch vorzugsweise in den Grenzen des Landesstaats. Das Ende des alten Reiches 1806 hat ihn gestärkt, die Gründung des neuen 1870 ihn schonend bestehen lassen, der Umsturz von 1918 ihn nicht beseitigen können und der Umschwung von 1933 noch nicht Zeit gehabt, seine Spuren zu tilgen.

Es sind ja auch dieselben Staaten, die damals entstanden und heute noch als „Länder“ das Gesamtbild beherrschen. Viele, die meisten von ihnen, sind inzwischen verschwunden, aber die, die gegen 1500 in der vordersten Reihe standen, sind auch heute da und sind immer noch die maßgebenden. Österreich und Brandenburg-Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen stehen auf den Grundmauern, die zwischen 1200 und 1500 gelegt wurden. So fest sitzen die Wurzeln, die sich nach 1250 in den deutschen Boden eingruben.

Der alte Landesstaat war dynastisch nach seiner Entstehung. Er war die Herrschaft eines Fürstenhauses, ge-

gründet auf dessen ererbtes Recht über Land und Leute. Lediglich die Rechte, die Macht, der Wille eines Hauses waren maßgebend dafür, ob mehrere Gebiete zu einem Staat zusammenschießen oder ein Gebiet in zwei oder mehrere Teile auseinanderspringen sollten. Durch Erbschaft werden Länder vereinigt, die miteinander oft nicht das mindeste gemein haben, nicht einmal die Nachbarschaft — man denke an das Fürstentum Mömpelgard im Elsaß, das zu Württemberg, oder an die bayerische Oberpfalz, die zur Kurpfalz gehörte — nach Erbrecht wird ein einheitliches Land geteilt und zerrissen, wie zum Beispiel Hessen-Darmstadt und Hessen-Kassel und die thüringischen Staaten. Daß die linksrheinische Pfalz einen Teil des Landes Bayern bildet, geht zurück auf die Zufälligkeiten des dynastischen Erbrechts. So fest ist der Zusammenhang der dynastisch vereinigten Territorien im Laufe der Zeit geworden, daß er die Dynastie überdauern kann. Länder, die eine gewisse Zeit von dem gleichen Fürstenhaus regiert wurden, empfinden sich als staatliche Einheit, obwohl sie sonst vielleicht nicht viel Gemeinsames haben. Man denkt dabei in erster Linie an Bayern, dessen Bevölkerung sich aus bayerischen, schwäbischen und fränkischen Bestandteilen zusammensetzt und sich doch als Einheit fühlt und eins bleiben will. Die Besonderheit des fürstlichen Hausstaates hat sich dem Volke eingeprägt, so daß es sie als seine eigene Art empfindet, von der es nicht läßt.

Wir dürfen hier einen bestimmenden Zug im politischen Leben der Nation feststellen, der die Zeit nach 1200 sehr scharf von der vorausgehenden unterscheidet.

Partikularismus gab es früher und später, aber der Partikularismus ist ein anderer geworden. Er wurzelte zu Anfang der deutschen Geschichte in der Stammesart. Jetzt ist das verschwunden. Der Partikularismus der späteren Zeiten — und so noch heute — ist in der Wurzel dynastisch und staatlich.

Man kann das für ein Unglück, sogar für unvernünftig erklären, aber man kann es nicht mit einem Strich beseitigen. Wir haben es ja auch nach 1918 erlebt, daß das staatliche Sonderbewußtsein und Selbstgefühl der Landschaften, obgleich bloß geschichtlich geworden, auf keinerlei zwingenden natürlichen Ursachen beruhend, sich dennoch nicht durch Beschlüsse wegdekretieren ließ, und seien sie auch mit noch so großer Stimmenmehrheit gefaßt. Das hätte man im voraus wissen können, wenn man sich bemüht hätte, den „ausgefahrenen Geleisen der Geschichte“ nachzugehen; es wird auch künftig zu beherzigen sein. Eine Vergangenheit von rund sechs Jahrhunderten, die dem ganzen Leben eines Volkes ihre Spuren tief eingeprägt hat, läßt sich nun einmal nicht mit dem Tintengummi parlamentarischer oder bürokratischer Gesetzesmacherei ausradieren. Denn

„. . keine Zeit und keine Macht zerstückelt
Geprägte Form, die lebend sich entwickelt.“

Das wird eine weise Staatskunst nicht vergessen dürfen, wenn sie, nachdem die Formen der Landesstaaten gefallen sind, daran geht, die letzten Hindernisse der inneren Reichseinheit hinwegzuräumen.

An der „Unvernünftigkeit“ dieses neuen Partikularismus braucht man sich übrigens nicht allzusehr zu

stoßen. Das Leben ist ja überhaupt recht unvernünftig, und die wahre Weisheit zeigt sich immer darin, daß sie damit rechnet und die schlimmen Folgen aufzuheben sucht, ohne sich anzumaßen, das Übel mit einem Griff beseitigen zu wollen.

Viel schlimmer war — und ist — etwas anderes. Die Ausbildung der landesherrlichen Sonderstaaten hat den Typus der deutschen Menschen in ungünstiger Weise beeinflußt, weil diese Staaten alle so klein waren. Um das zu finden, braucht man durchaus nicht den Maßstab der heutigen Weltmächte an sie zu legen. Auch nach damaligen Begriffen, verglichen mit Frankreich und England, sind die deutschen Staaten sämtlich Kleinstaaten. Das gilt sogar von den größten unter ihnen, wie dem Königreich Böhmen und dem Herzogtum Österreich-Steiermark-Kärnten; und diese größeren sind seltene Ausnahmen, die große Mehrzahl sind Zwergstaaten wie Reuß, Waldeck oder Liechtenstein.

Ein kleiner Staat ist immer etwas Unnatürliches, Widersinniges, weil er seine eigentliche Bestimmung nicht erfüllen kann. Der Zweck des Staates ist ja, die Bedürfnisse, die Wünsche, die Interessen seiner Bewohner wahrzunehmen. Dazu bedarf er der Macht; er muß Zwang anwenden können, nach innen und nach außen. Fehlt ihm die Macht, so kann er seinen eigentlichen Daseinszweck nicht erreichen. Er wird sich genötigt sehen, Umwege einzuschlagen, Schleichwege zu gehen, wenn nicht gar von vornherein zu verzichten. Unter allen Umständen wird er die Neigung haben, sich seine Ziele möglichst niedrig zu stecken, sich mit dem unbedingt Notwen-

digen und wohl auch mit weniger zu begnügen. Ein kleiner Staat kann nur kleine Ziele haben und kleine Mittel brauchen.

Nun wirkt aber ein jeder Staat auf den Charakter seiner Bürger, und das keineswegs bloß durch die Art, wie er sie regiert, durch Verfassung und Verwaltung. In einem Staat, der sich viel gefallen lassen muß, weil er sein Recht nicht vertreten kann, werden bald auch die Bürger sich gewöhnen, Unrecht, das sie nicht abwenden können, zu dulden. Wo der Staat keine höheren Ziele erstreben kann, wie sollen da die einzelnen Bürger sich an größere Aufgaben wagen? Sie wissen ja im voraus, daß sie dabei keinen Schutz und keine Unterstützung finden werden. Und endlich: wo der Staat gezwungen ist, seine berechtigten Forderungen zu erschleichen oder zu erbetteln, da wird der einzelne unter den Einwohnern es erst recht verlernen, offen und gerade auf sein Ziel loszugehen. Auch er wird die krummen Wege für die sichersten halten und ihnen den Vorzug geben.

Wie richtig das ist, lehrt die Erfahrung in Vergangenheit und Gegenwart an hundert Stellen. Am schlagendsten tritt es hervor, wo ein Volk ohne Staat zu leben gezwungen ist, wie die Juden. Umgekehrt: das freie, offene und sichere Auftreten, das manche Nationen in allen ihren Angehörigen zeigen, ist nur möglich auf dem tragenden Boden eines großen, festgefügten und starken Staates. Sogar die Erinnerung an frühere Macht und Größe kann diese Eigenschaften erzeugen, wie das Beispiel der Holländer und Spanier lehrt.

Wenden wir diese Beobachtungen auf den Deutschen

an, wie er uns in den späteren Jahrhunderten des Mittelalters und seitdem entgegentritt, so finden wir sie Zug für Zug bestätigt. Der deutsche Landesstaat kennt nur kleine Ziele und Aufgaben. Ein paar Quadratmeilen Land hinzuzuerwerben, eine unbequeme Grenzfestung im Nachbargebiet zu beseitigen oder sich anzueignen und vor allem etwas mehr Steuern aus den lieben Untertanen herauszupressen — darum dreht sich die hohe Politik der allerdurchlauchtigsten Herren. An Eroberungen im großen Stil, die ihn etwa zum Herrn des ganzen Reiches machen könnten, hat auch unter den Königen seit Albrecht I. keiner mehr gedacht. Seit Karl IV. die Vorherrschaft seines Hauses auf ein System von kleinen Schlauheiten gegründet hat, ist der große Ehrgeiz, der die Kräfte steigert und damit die Entwicklung vorwärts bringt, in den Reihen der deutschen Fürstenschaft ausgestorben. Eine Ausnahme macht vielleicht Herzog Leopold von Österreich, der 1386 bei Sempach fiel. Seine Eroberungen, die bis nach Italien reichten und Triest an Österreich brachten, seine Pläne, die habsburgischen Lande in Süddeutschland zu geschlossener Einheit abzurunden, haben unstreitig einen großen Zug. Aber in seiner ganzen Erscheinung wirkt er inmitten seiner deutschen Zeitgenossen wie der Pfau unter den Hühnern, und er ist denn auch gescheitert: seinem Unternehmen fehlte die tatsächliche Grundlage, es paßte nicht in die deutschen Zustände.

Wie eng und kleinlich sieht es vollends aus, wenn wir in das Innere der Territorien blicken! Da sehen wir die Herren Stände — Geistlichkeit, Ritterschaft, Städte — untereinander nicht eben sehr eng befreundet,

jeder um seine eigenen Vorrechte vor allem bemüht, und alle nur darin einig, dem Landesherrn die Regierung möglichst zu erschweren und die Steuern zu verweigern. Hat der Fürst nur kleine Zwecke, so haben die Stände gar keine. Der Klerus denkt an seine Pfründen, die Ritterschaft an ihre Grundrenten, die Städter an ihr Handelsgeschäft — einen gemeinsamen Zweck, der sie einte und über sie selbst hinaushöbe, hat keiner. Sie sind sich Selbstzweck.

Dem entspricht das Bild des deutschen Menschen. Der kleine Staat, in dem er zu leben gezwungen ist, hat ihm den Horizont verengt. Er kennt nur eine kleine Welt, in der man sich vorsichtig bewegen muß und sich nicht zu gerade aufrichten kann, um nicht mit Füßen und Ellbogen oder mit dem Kopf anzustoßen. Große Ziele wird er nicht verfolgen, weil er weiß, daß er sie doch nicht würde erreichen können. Beleidigungen, Kränkungen draußen hinzunehmen, wird er sich früh gewöhnen müssen, weil niemand da ist, ihn wirksam zu schützen. Und die Umwege und verdeckten Pfade wird er lieber gehen als den geraden, offenen Weg, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen immer noch die sicherern sind. Vor allem aber eines wird ihm fehlen: das freie Selbstbewußtsein, der natürliche Stolz auf das, was er ist und bleiben will. Diese Regungen kann er sich nicht erlauben, weil sie nur auf dem Grunde der Zugehörigkeit zu einem starken, geachteten und gefürchteten Gemeinwesen möglich und erlaubt sind.

Wer kennt nicht dieses Bild? Es ist uns oft genug vorgehalten worden, und niemand wird leugnen, daß es

für ganze Jahrhunderte der Wahrheit entspricht. Man pflegt es gewöhnlich auf den Dreißigjährigen Krieg und seine Folgen zurückzuführen. Mit Unrecht: es ist vierhundert Jahre älter, es stammt schon aus dem 13. Jahrhundert und hat sich seitdem nur immer fester eingraben können.

Was für eine kümmerliche Rolle spielen doch seit dem Verschwinden des Kaisertums die Deutschen in der europäischen Geschichte! Wenn sie es versuchen, mit gepanzerter Faust in die große Politik einzugreifen — man denke etwa an die Romzüge Heinrichs VII. und Ludwigs des Bayern —, so ist ihnen im besten Fall ein ehrenvoller Mißerfolg beschieden nach krampfhaften Anstrengungen, die etwas Abenteuerliches an sich haben und mit ihrem Mißverhältnis von Kraftaufwand und Ergebnis im Grunde fast komisch wirken. Auch ihre Diplomatie zeigt immer aufs neue, daß sie auf der großen Bühne Europas nicht zu Hause sind: sie bewegen sich da recht linkisch und werden in der Regel benutzt, wenn nicht übers Ohr gehauen. Was für eine klägliche Figur macht doch gelegentlich selbst der klügste und weltkundigste der deutschen Fürsten, Kaiser Karl IV., wenn er einmal (1365) bei einem Besuch in der Provence, die ja noch offiziell zu „seinem" Königreich Burgund gehört, es gewagt hat, in „seiner" Hauptstadt Arles sich feierlich krönen zu lassen, und dann, als die Landesherrin, die Königin von Neapel, deswegen Protest einlegt, sich beeilt, sich zu entschuldigen mit der Versicherung, daß seine Krönung den Rechten der Königin keinen Eintrag tun solle! Und Karl IV. war immerhin vermöge seiner Klug-

heit ein Faktor der europäischen Politik, den man auch im Ausland ernst nahm. Anders als sein zweiter Nachfolger Ruprecht der Pfälzer, den die Venezianer und Florentiner auf ihre Kosten zum Romzug kommen ließen, aber vor Brescia schon wieder heimschickten, weil die Sache ihnen zu teuer wurde. Anders auch als Karls zweiter Sohn Siegmund, dessen „Romzug" ein geradezu groteskes und in seiner Ärmlichkeit beschämendes Schauspiel war. Von Mailand erst gedungen, dann unterwegs im Stich gelassen, ohne Truppen, ohne Geld, von der Stadt Siena verpflegt, von den Florentinern beinahe gefangen, schließlich durch skrupellosen Parteiwechsel mit Mühe befreit, hat er sich die Kaiserkrone geradezu erschlichen durch die Dienste, die er den italienischen Mächten leistete, die ihn überdies auch unterhalten mußten.

Wenn das am grünen Holz der Könige geschah, was kann man von dem dürren Reisig der kleinen und mittleren Landesfürsten erwarten! Sie kommen in ihrer Masse für die übrige Welt gar nicht in Betracht. Höchstens soweit sie mit ihren Untertanen Kriegsdienste für fremde Rechnung leisten können. Dafür allerdings sind sie sehr gut zu brauchen, wenn man sie bezahlt, und dazu sind sie auch immer gern bereit, wenn die Bezahlung reichlich ist. Denn hinter dem Gelde laufen sie alle her. Um Geld zu bekommen, verdingen sie sich heute an den König von Frankreich, morgen an den von England, übermorgen an den Herrn von Mailand und überübermorgen an die Republik Venedig. Ist es doch sogar vorgekommen — die Beweise liegen urkundlich im Pariser Archiv —, daß eine ganze Koalition westdeutscher Fürsten, geführt

von König Adolf von Nassau, unter Bruch der geschworenen Eide und trotz empfangener Hilfsgelder den König von England im Stiche ließ, als der Franzose mehr zahlte.

Die Geldgier und Käuflichkeit dieser Herren ist draußen sprichwörtlich. Daß die Königswahlen seit dem Aufkommen der Kurfürsten ein Markt waren, auf dem die einzelne Stimme ihren Preis hatte, wußte jedermann. So hat man in Frankreich ein halbes Jahrhundert lang allen Ernstes das Ziel verfolgen können, einen Prinzen des eigenen Königshauses in Deutschland wählen zu lassen, nicht weil Deutschlands Krone so begehrenswert war, sondern weil man auf diesem Umweg am einfachsten zum Kaisertum und zur Beherrschung Italiens gelangen konnte. Daß es möglich sei, daran zweifelte niemand, wenn nur genug Geld daran gewendet wurde. Gegenüber dieser Niedrigkeit wirkt es schon beinahe wie staatsmännische Größe, wenn ein Herzog von Österreich sich 1324 verpflichtet, die Wahl des Franzosen zum deutschen König zu unterstützen gegen Einverleibung aller größeren Städte am Oberrhein und in der Schweiz in die habsburgische Landesherrschaft.

In solchen Zügen — die Beispiele ließen sich vermehren — spricht sich immer wieder das eine aus: die Fürsten haben Sinn nur für ihre eigensten Angelegenheiten und ihren persönlichen Vorteil; das Ganze und sein Wohl gilt ihnen nichts. Reich und König sind für sie entweder eine Hilfe, die man für eigene Zwecke ausnutzen darf, oder ein Gegner, den man bekämpfen muß. Daß man ihnen dienen, Opfer für sie bringen soll, ist

eine leere Redensart, die in der Praxis nicht ernst genommen wird.

Aber nichts wäre verkehrter und ungerechter, als diesen Vorwurf gegen die Fürsten allein zu erheben. Sie sind sogar in gewissem Sinne entschuldigt, insofern sie als Herren eines eigenen Staates diesem zunächst verpflichtet waren und für dessen Interessen zu sorgen hatten. Die gleiche Entschuldigung konnten die Stände der Territorien nicht für sich anführen, wenn sie dem Fürsten hartnäckig die Mittel für seine Politik verweigerten. Sie hatten keinerlei höhere Rücksichten zu nehmen, und an das Reich und die Nation dachten sie noch viel weniger als ihr Landesherr; sie wollten ganz einfach nichts zahlen und nichts leisten, weder etwas für den Fürsten noch für den Kaiser.

Man hat früher zeitweilig geglaubt, von diesem Urteil eine Gruppe des Volkes ausnehmen zu können: die Städte. Allen Ernstes hat man gemeint, es wäre zuzeiten möglich gewesen, daß der König, gestützt auf die Städte, den Egoismus der Fürsten bräche und sich wieder zum Herrn im Reich machte. In dem Bürgertum der Städte wollte man die Träger des Reichs- und Einheitsgedankens sehen gegenüber den Fürsten, die den Partikularismus der Landschaften verkörperten. Ein sonderbarer Einfall, der uns warnend zeigt, in was für Irrtümer die Geschichtschreibung verfallen kann, wenn sie sich dem Einfluß von politischen Tagesmeinungen hingibt. Es war nämlich in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, in den Tagen, wo das liberale Bürgertum Deutschlands sich einbildete, das neue deutsche Reich unter Bismarck ge-

schaffen zu haben und zu regieren. Was das Bürgertum im 19. Jahrhundert angeblich geleistet haben sollte, das — so lautete die selbstgefällige Meinung — hätte es schon im 13. und 14. Jahrhundert geleistet, wenn nur der König als Bismarck seiner Zeit sich an die Spitze des Nationalvereins von damals gestellt hätte.

In Wahrheit war gerade das Bürgertum der Städte für solche Aufgaben so unbefähigt wie nur irgendein anderer Stand. Was war denn die deutsche Stadt, und was wollte sie?

Das Emporkommen der Städte zu wirtschaftlicher und politischer Macht fällt mit der Auflösung des Reiches zusammen und spielt sich ab von Anfang an im Gegensatz zum Landesfürstentum. Dem Rechte nach gehört jede Stadt dem, auf dessen Grund und Boden sie steht; sie ist also grundherrlich, landesherrlich, nicht frei, nicht selbständig. Aber eine Anzahl von Städten hat es vermocht, sich von der Herrschaft ihrer Grundherren loszumachen, wo diese zu schwach waren, ihr Recht zu behaupten. Es sind bischöfliche Städte, die auf diese Art zu „freien" Städten wurden: Augsburg, Straßburg, Basel, zeitweilig auch Köln, Mainz und andere. Eine zweite Gruppe, die größere, ist dadurch zu einer gewissen Freiheit gelangt, daß sie auf Reichsboden, auf altem Königsgut erbaut ist und das Reich die Macht verloren hat, sie zu beherrschen, und sich nun damit begnügt, sie zu besteuern. Darunter sind große Orte wie Nürnberg, Frankfurt, Ulm, aber noch mehr kleine und kleinste: Friedberg, Wetzlar, Reutlingen, Dinkelsbühl, Rothenburg und viele andere. Beide Gruppen haben das ge-

mein, daß sie ihre Unabhängigkeit wahren wollen: sie wollen keine Landstädte werden, nicht im Territorium eines benachbarten Fürsten aufgehen. Ein rein negatives Ziel — und ein noch krasserer Partikularismus als der der Fürsten. Wenn diese Städte sich immer wieder auf das Reich beriefen, immer wieder mit lauter Stimme verkündigten, sie seien des Reiches und wollten des Reiches bleiben, so war das nur die Formel, in der sich ihr engherzigstes Sonderstreben am schönsten ausdrücken ließ. Opfer für das Reich zu bringen, fiel diesen ehrsamen Bürgersleuten nicht im Traume ein. Wenn sie dem König ihre Steuern zahlten und seine Gunst gelegentlich noch durch Extrageschenke erkauften, so taten sie es nicht, um dem Reiche zu dienen, sondern weil der Nachbarfürst, dem sie zum Opfer zu fallen fürchteten, noch mehr gefordert haben würde. Und was hatte denn das Reich davon, was war der Nation damit gedient, daß Reutlingen Reichsstadt blieb und nicht württembergisch wurde? Es war genau, wie Schiller im „Wilhelm Tell" von den ersten Eidgenossen sagen läßt: „Den Kaiser will man zum Herrn, um keinen Herrn zu haben." Der Patriotismus diente hier als Feigenblatt des schnödesten Partikularismus.

Abgesehen von der eigenen Unabhängigkeit kennen diese Städte nur noch eines: das eigene Geschäft. Sie verlangen, daß der Handel sichere und freie Straßen habe, und weil die Fürsten die Wege zu Land und zu Wasser mit Zöllen sperren und die Ritter sie als Wegelagerer unsicher machen, darum sind sie Gegner von beiden und rufen nach König und Reich.

Darum verbinden sie sich auch untereinander zu gemeinsamem und gegenseitigem Schutz, wo König und Reich versagen. Diese Städtebündnisse, die seit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts auftreten, deren eines, der Rheinische Bund von 1254, kurze Zeit große Ausdehnung und eine gewisse Bedeutung gewann, haben die in Vorurteilen befangene bürgerlich-liberale Geschichtschreibung der siebziger und achtziger Jahre in die Irre geleitet. Der scheinbar großzügige Charakter solcher Verbände — über landschaftliche Grenzen hinweg, auf weite Entfernungen — kann den Eindruck erwecken, als wäre hier ein Keim nationaler Einigung, sei es auch aus egoistischen Interessen, vorhanden gewesen, den man nur zu entwickeln brauchte. Das wiederholte sich, als sich seit 1376 die schwäbischen Reichsstädte, dann 1381 die oberrheinischen Freistädte unter sich, zuletzt beide Gruppen gemeinsam zusammentaten zum Schutz ihrer Rechte und Bedürfnisse gegen die Fürsten. Da ist es sogar zum Krieg gekommen (1388/89), in dem Städte und Fürsten Süddeutschlands in zwei großen Koalitionen ihre Kräfte maßen und die Städte in zwei entscheidenden Schlachten, bei Döffingen durch Eberhard von Württemberg, bei Worms durch den Pfalzgrafen Ruprecht, besiegt wurden (August und November 1388).

Man hat diese Niederlagen der Städte beklagt und sich ausgemalt, was alles hätte geschehen können, wenn sie gesiegt und sich als Sieger über das partikularistische Fürstentum dem König zur Verfügung gestellt hätten. Man hat zu fragen unterlassen, ob das überhaupt möglich war und ob die Städte etwas Derartiges gewollt

hätten und wollen konnten. In Wahrheit war an dergleichen gar nicht zu denken. Ein Sieg der schwäbischen und rheinischen Städte im Jahre 1389 hätte die Verfassung des Reiches doch nicht von Grund aus umgestaltet. Dazu war das Fürstentum schon im Süden viel zu stark, nicht zu reden von Norddeutschland, wo es das Feld ganz allein beherrschte. An eine Reichsreform im unitarischen Sinn konnten die Städter darum gar nicht denken, selbst wenn sie so etwas wollten. Sie wollten es aber auch nicht. So hohes Streben ging weit über ihren Horizont, der ja noch viel enger war als der fürstliche. Worum es ihnen zu tun war, das war lediglich die Behauptung ihrer Sonderstellung gegenüber den Fürsten und größere Freiheit des Verkehrs. Das haben sie im ganzen erreicht auch ohne Sieg; es blieb nach ihrer Niederlage alles beim alten, und mehr erstrebten sie nicht.

Allerdings war seit den Tagen von Döffingen und Worms die Waagschale der Städtemacht immer leichter geworden. Eine ganze Anzahl bisher freier Städte hat seit der Mitte des 15. Jahrhunderts ihre Freiheit verloren und die Herrschaft der Fürsten auf sich nehmen müssen. Frei blieben nur wenige große — Regensburg, Nürnberg, Augsburg, Ulm, Basel, Straßburg, Frankfurt, Köln — und die Masse der kleinen in Schwaben und der Wetterau, auf die nicht viel ankam. Im allgemeinen ist Deutschland das Land der Fürsten geworden, die Städte haben nicht einmal die Gleichberechtigung mit jenen erstritten. Auf dem Reichstag, wo sie schon im 14. Jahrhundert gelegentlich, seit dem 15. immer öfter und zuletzt regelmäßig erscheinen, werden sie doch keines-

wegs immer um ihre Ansicht gefragt, im allgemeinen nur dann, wenn Kurfürsten und Fürsten unter sich nicht einig werden können.

Es wäre nicht gerechtfertigt, bei diesen Dingen so lange zu verweilen, wenn es nur darauf ankäme, einen Irrtum der neueren Geschichtschreibung zu bekämpfen, der von der Wissenschaft schon aufgegeben ist, mag er auch hie und da noch wieder auftauchen. In der Tat handelt es sich um Wichtigeres. Die Stellung, die die Städte und das Bürgertum in unserer Geschichte einnehmen, ist etwas Deutschland Eigentümliches, eine Besonderheit, die bei anderen Nationen in dieser Art nicht vorkommt. In der französischen Geschichte bedeuten die Städte im allgemeinen wenig oder nichts bis zur Revolution von 1789. Paris, die Hauptstadt mit ihrer ganz einzigartigen Stellung, macht gelegentlich eine Ausnahme, aber auch nur sehr vorübergehend. In England ist das noch mehr der Fall. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts spielen auch dort die Städte gar keine Rolle. Sogar London, das eine gewisse Ausnahmestellung genießt, hat doch keinen selbständigen Einfluß. In beiden Ländern wird darum die Geschichte bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts völlig vom Adel beherrscht und gemacht. In Frankreich hat das Bürgertum sich erst seit 1789 die Herrschaft errungen und den Adel verdrängt, in England hat es seit etwa hundert Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen, aber es marschiert bis heute zum großen Teil immer noch Arm in Arm mit dem Adel, wenn nicht einfach in seinem Gefolge.

Ganz entgegengesetzt ist die Entwicklung in Italien gewesen. Dort haben die Städte schon sehr früh, im 11.

und 12. Jahrhundert, ein Übergewicht, das von Generation zu Generation steigt. Sie schieben den Adel — und auch die Geistlichkeit — beiseite und übernehmen durchaus die Führung im Leben der Nation. Von den Städten geht darum auch die Staatenbildung aus. Nur der Süden, das Königreich Sizilien-Neapel, und der äußerste Norden, Piemont, machen eine Ausnahme. Hier ist der Adel der herrschende Stand und der Staat darum feudal und agrarisch. Im übrigen Italien ist die Stadt überall der beherrschende Kern des Landesstaates. Man braucht ja nur ihre Namen zu nennen, um es zu wissen: Mailand ist die Lombardei, Venedig ist nicht nur die Stadt, sondern ein ganzer Staat, Florenz ist Toskana — die Hauptstadt gibt dem Staat den Namen, wie sie ihm das Leben gegeben hat. Die Folge davon ist, daß dort der Bürgerstand alles andere überwiegt. Der heutige Adel selbst ist zu 99 Hundertsteln aus dem Bürgerstand hervorgegangen.

In Frankreich und England beherrscht das Territorium die Stadt, in Italien hat die Stadt das Territorium unterworfen. Deutschland steht in der Mitte. Hier ist es dem Fürstentum, das den Adel darstellt und führt, nicht gelungen, die Städte ganz in seinem Landesstaat aufgehen zu lassen; und noch weniger haben die Städte daran denken können, sich die fürstlichen Staaten zu unterwerfen. Infolgedessen bestehen hier Adel und Bürgertum nebeneinander als zwar nicht ganz gleich berechtigte, auch nicht gleich mächtige Faktoren, aber doch jeder in seiner Art für sich, vom andern abgesondert und ihm gegenüber auf Selbständigkeit bedacht.

Man kann darin einen Vorzug sehen, insofern dadurch das innere Leben der Nation eine Bereicherung erfährt. Aber es ist doch sehr die Frage, ob die Nachteile nicht größer sind. Unter dem Gesichtspunkt der nationalen Einheit und Zusammenfassung aller Kräfte war es jedenfalls kein Glück, daß zu der politischen Zersplitterung, die durch die Ausbildung der Landesstaaten geschaffen wurde, auch noch die scharfe soziale Scheidung trat, die das Bürgertum unabhängig vom Adel und in Gegensatz zu ihm hinstellte.

Denn Adel und Bürgertum sind in Deutschland Feinde, in einer Weise wie man das in anderen Ländern gar nicht kennt. Noch heute. Das ist ein altes Erbteil; es beruht auf der Gegnerschaft, die seit den späteren Jahrhunderten des Mittelalters zwischen Stadt und Land, Bürgertum auf der einen, Fürsten, Herren und Rittern auf der anderen Seite bestanden und sich zeitweilig und an manchen Orten zu erbittertem Haß gesteigert hat. In der gehässigen Verbissenheit, womit der demokratische Bürger heutzutage dem „Baron" gegenübersteht, klingt etwas nach von der Stimmung der zahllosen großen und kleinen Fehden, die einst zwischen Städten und Herren ausgefochten wurden, von der ohnmächtigen Wut des wehrlosen Bürgers gegen die Stegreifritter, die ihrerseits den „Pfeffersack" verachteten, ausbeuteten und bei Gelegenheit „niederwarfen" und beraubten.

In diesen Kämpfen der alten Zeit waren Kräfte und Waffen zu ungleich, als daß es zu einer klaren Entscheidung hätte kommen können. Waren die Herren militärisch ohne Zweifel überlegen, so waren es die Städte

finanziell ebenso sehr. Mehr und mehr, das heißt je mehr mit steigender Zivilisation das Wirtschaftsleben sich entfaltete, nahm der Reichtum der Städte zu. Seit dem Ende des 13. Jahrhunderts wird Deutschland ein Land der Städte, der Industrie und des Handels, wo das Geld sich in den Händen der Bürger sammelt, während der Adel in seiner Masse verarmt. Ein Verhältnis bildet sich heraus, das man nicht natürlich nennen kann: politische und wirtschaftliche Macht stehen einander getrennt und feindselig gegenüber, und keine ist imstande, die andere zu überwinden und sich mit ihr zu vermählen.

Wer in diesem Streit etwa dem Bürgertum den Sieg wünschen möchte — wir hörten schon, daß er unmöglich war; aber es lohnt die Mühe, bei dieser Phantasie zu verweilen —, der würde doch schwerlich für die Gesamtentwicklung das Richtige treffen. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob und inwieweit städtisches Bürgertum überhaupt zur Leitung eines größeren Staates befähigt ist. Zur Führung der deutschen Nation war der deutsche Bürger des ausgehenden Mittelalters jedenfalls wenig geeignet. Wir sprachen schon davon, daß ihm die Weite des Blickes noch mehr abging als seinem Rivalen. Der Bürger ist ja nicht nur Städter, sondern Kleinstädter. Auch die großen Städte jener Zeit sind in Wirklichkeit klein — man schätzt die größten auf etwa 20 000 Einwohner, so daß das heutige Tübingen nach damaligen Begriffen eine ganz große Stadt sein würde — und der Horizont von Menschen, die ihr Leben in einer Gemeinschaft von 10—20 000 Köpfen verbringen, ab-

geschlossen gegen die Außenwelt durch dicke Mauern, hohe Türme und enge Tore, die es vernehmlich künden, daß die Grundlage des Ganzen die Furcht ist; scharf unterschieden in Sitte und Lebensauffassung, gleichsam eine Ausnahme von der Regel — der Horizont solcher Leute kann nur eng und ihr Denken und Fühlen alles andere als groß und kühn sein. Die weiten Reisen, die der eine oder andere als Kaufmann zu machen hat, können diesen Mangel nur teilweise heben, er wird im Herzen, im Wollen und Streben immer ein Kleinbürger bleiben. Erst sehr spät, um 1500 erst, wird diese kleinbürgerliche Enge hie und da überwunden, aber es sind immer nur wenige Einzelne, denen das gelingt, wie die Fugger und Welser, deren geschäftlicher Horizont die Welt umspannt. Aber eben auch nur ihr geschäftlicher Horizont; der politische deckt sich damit keineswegs. Vielmehr fällt es auf, wie kleinlich gerade diese großen Kaufherren um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert in politischen Fragen denken und urteilen. Einen Jacques Coeur, den Großkaufmann von Bourges, der unter Karl VII. den Befreiungskampf Frankreichs gegen England finanzierte, sucht man unter ihnen vergebens. Sie denken an sich und höchstens noch an ihre Stadt. Der Kaiser ist ihr Freund, weil sie mit ihm gute Geschäfte machen, das Reich, die Nation scheinen für sie nicht zu existieren. Und das waren die Größten und Besten, Ausnahmen von der gemeinen Regel, und darum daheim auch nicht sonderlich geliebt.

So kommt denn alles zusammen, das Bild zu runden. Die unglückliche Anlage, die dem Volk von jeher an-

haftete, die Neigung, das Einzelne, Eigene, Besondere auf Kosten des Allgemeinen, Ganzen, Gemeinsamen zu bevorzugen, hat durch die Ausbildung des Kleinstaates auf den Trümmern des Reiches die üppigste Nahrung erhalten. Sie hätte durch den Staat und seine Aufgaben und Forderungen überwunden werden können und sollen, statt dessen ist sie gerade durch ihn in verhängnisvoller Weise gesteigert worden. Der Deutsche wird durch die Kleinheit der öffentlichen Verhältnisse, in denen er leben und sich bewegen muß, selbst eng und klein. Wie im Leben der Nation der große Zug fehlt, so fehlen auch die großen Charaktere, fehlt das große Wollen.

Ein unerfreuliches Bild, dieser *circulus vitiosus*, wo die unglückliche Anlage des Volkscharakters eine verfehlte staatliche Organisation erzeugt und die verfehlten Staatsformen wiederum die angebornen Mängel des Charakters steigern und verewigen. Aber „die Welt ist voller Widersprüche". Auch dieses Bild hat glücklicherweise eine Kehrseite, die ganz anders aussieht. Dieselbe Zeit, von der wir bisher so wenig Erhebendes zu sagen hatten, die den deutschen Kleinstaat und Kleinbürger geschaffen hat, sie hat dem deutschen Volke zugleich seine größte räumliche Ausdehnung und den Erwerb eines Ansehens und Einflusses gebracht, die noch lange vorhalten sollten und bis auf den heutigen Tag nachwirken — auch hier also Errungenschaften von bleibenderem, nachhaltigerem Wert und darum von größerer historischer Bedeutung als die glänzende Machtentfaltung der Kaiserzeit.

FÜNFTES KAPITEL

Eroberung des Nordostens. — Herrschaft auf der Ostsee. — Die deutsche Hanse. — Deutscher Einfluß in den Nachbarreichen. — Verlust Preußens. — Aufstand in Böhmen. — Niedergang der Hanse. — Gefahren von Frankreich und Burgund. — Das Problem der doppelten Front.

Das altdeutsche Reich hatte in seinen Anfängen die Elbe und Saale zur Ostgrenze gehabt. Als Karl IV. (1347) die Regierung antrat, reichte es bis zur Narwa und zum Peipussee. Eine Ausbreitung hat dort stattgefunden in derselben Zeit, die man als die Zeit des Niederganges in der Reichsgeschichte zu bezeichnen pflegt, von so erstaunlichem Umfang und von so beträchtlichem Gewicht, daß sich mit der Zeit eine völlige Verschiebung des Schwerpunkts daraus ergeben hat.

Der Schwerpunkt der deutschen Geschichte hatte noch zu Anfang des 13. Jahrhunderts durchaus im Westen und Süden des Landes gelegen, auf der Linie Köln-Frankfurt-Augsburg. Es sollte eine Zeit kommen, wo das Schwergewicht an die Elbe und Oder, etwa auf die Linie Hamburg-Breslau rückte und in Berlin seinen Mittelpunkt fand, in einer Landschaft also, die in den ersten Jahrhunderten gar nicht zum Reich gehört hatte und nicht einmal von Deutschen bewohnt gewesen war. Diese schlichte geographische Tatsache gibt beredteren Aufschluß als viele Worte darüber, was die Ausdehnung des Reichsgebiets nach Nordosten bedeutet. Wir haben es

bei dem Beginn dieser Bewegung mit einer der folgenschwersten Epochen der deutschen Geschichte zu tun.

Von jeher hatte das deutsche Reich die Oberhoheit über seine wendischen Nachbarn jenseits der Elbe und Saale beansprucht. Es hatte auch nicht an Versuchen gefehlt, diese Völker näher an das Reich heranzuziehen. Das Mittel dazu sollte die christliche Mission sein. Aber dauernde größere Erfolge wurden durch diese Politik nicht erzielt, wahrscheinlich nicht einmal erstrebt. Sie war ja im Grunde nur defensiv gedacht. Die Nachbarn sollten gezähmt und dadurch ungefährlich gemacht werden.

Ein ganz anderer Zug kommt um die Mitte des 12. Jahrhunderts hinein. Von da ab handelt es sich nicht mehr um Bekehrung der Wenden, die man zu friedlichen, gehorsamen Nachbarn haben möchte, sondern um ihre Unterwerfung, großenteils Ausrottung und um Besitzergreifung von ihrem Boden in Form der Kolonisation. Die neue Politik läßt sich mit Sicherheit auf zwei Männer zurückführen, die sie zuerst, etwa gleichzeitig miteinander, erfolgreich eingeschlagen und mit ihr bei allen Beteiligten im größten Maßstab Nachahmung gefunden haben. Der eine ist Albrecht der Bär, der Markgraf der sächsischen Nordmark, der sich um 1144 als „Erbe“ eines Wendenfürsten zum Herrn des benachbarten Gebiets an der Havel macht und seitdem den Titel eines Markgrafen von Brandenburg führt — der Begründer des brandenburgischen Staates. Viel unscheinbarer ist die Gestalt des zweiten, aber seine Wirkung unmittelbarer und stärker. Graf Adolf von Holstein aus

dem Hause Schauenburg war nur ein kleiner Herr, aber er hat doch der Geschichte ganz Deutschlands eine neue Wendung gegeben, indem er um 1140 das Land der Wagrier an der Ostküste von Holstein eroberte und nach Ausrottung der meisten Bewohner der Besiedlung mit deutschen Bauern erschloß. Es ist der Mühe wert, die biblisch klingenden Worte zu hören, mit denen der zeitgenössische Geschichtschreiber, Pfarrer Helmold von Bosau am Plöner See, das Ereignis erzählt. „Weil aber das Land menschenleer war, sandte der Graf Boten aus in alle Lande, nämlich nach Flandern und Holland, nach Utrecht, Westfalen und Friesland, auf daß alle, die von der Landnot bedrückt wurden, mit ihren Hausgenossen kämen, um schönsten Boden, weiten Raum, reich an Früchten, überreich an Fischen und Fleisch und einladend durch üppige Weiden, zu empfangen. Und er sprach zu den Holsten und Stormarn: ‚Habt ihr nicht das Land der Slawen unterworfen und es erkauft mit dem Tod eurer Brüder und Väter? Warum also kommt ihr als die letzten, es in Besitz zu nehmen? Seid doch die ersten und wandert herüber in das ersehnte Land und bebauet es und nehmet Teil an seinen Köstlichkeiten, da euch der beste Teil davon gebührt, die ihr es der Hand der Feinde entrissen habt.‘ Auf diesen Ruf erhob sich eine ungezählte Menge aus verschiedenen Stämmen, nahmen ihr Gesinde mit und ihre Habe und kamen ins Land der Wagrier zum Grafen Adolf, um den Boden zu empfangen, den er ihnen versprochen hatte.“ Das ist der Anfang der deutschen Kolonisation im Nordosten.

Was Adolf von Schauenburg in Holstein tat, wieder-

holte Albrecht der Bär in Brandenburg. Das Beispiel, das sie gaben, wurde nachgeahmt vom Erzbischof von Magdeburg, vom Markgrafen von Meißen, ja von den slawischen Fürsten selbst in Mecklenburg, Pommern und Schlesien. Der wendische Kreuzzug (1147) mit seiner wenig christlichen Losung „Wer sich nicht taufen läßt, soll sterben" sorgte für freien Platz, und aus ganz Norddeutschland strömten die Ansiedler herbei.

„Nach Ostland woll'n wir reiten,
Wohl über die grüne Heiden,
Ja, frisch hin über die Heiden,
Dort ist ein bess'rer Ort."

So sang man im fernen Flandern. Der neuerschlossene Osten erschien weithin als das gelobte Land aller, die zu Hause keine Stätte fanden.

Die Wirkung konnte nicht ausbleiben. Mecklenburg und Pommern, Brandenburg, Meißen — das spätere Königreich Sachsen —, die Lausitz und Schlesien sind bald deutsche Länder geworden, in denen der Slawe von den deutschen Einwanderern aufgesogen ist bis auf spärliche Reste.

Zugleich war noch etwas Größeres geschehen. Mit der Besiedlung von Ostholstein hatte der Deutsche zum erstenmal die Ostsee erreicht. Die Wirkung läßt denn auch nicht auf sich warten.

Hören wir nochmals den Zeitgenossen. „Hierauf" — so fährt Helmold fort — „kam Graf Adolf an einen Ort, der Buku heißt, und fand dort den Wall einer verlassenen Burg, die Cruto, ein Häuptling und Feind Gottes,

erbaut hatte, und eine geräumige Insel, eingefaßt von zwei Flüssen, der Trave und der Wakenitz ... Dort nun begann der wackere Mann, angesichts der günstigen Beschaffenheit des Platzes und des prachtvollen Hafens, eine Stadt zu bauen und nannte sie Lübeck." Das geschah im Jahre 1143. Der erste deutsche Hafen an der Ostsee war geschaffen, ein Jahr bevor Albrecht der Bär von Brandenburg Besitz ergriff. Aber der kleine Graf von Holstein war nicht der Mann, die gewonnenen Möglichkeiten voll auszunutzen. Dazu mußte ein Größerer kommen, dessen Arm stärkeren Rückhalt bot. Das war Heinrich der Löwe, der mächtige Herzog von Sachsen. Er bewog 1157 den Grafen, ihm die Stadt abzutreten, und nun erst konnte sie sich voll entfalten. Daß sie beim Sturze Heinrichs des Löwen (1180) Reichsstadt wurde, kam ihrer Entwicklung erst recht zustatten. Es hat nicht lange gedauert, so haben die Deutschen von hier aus die Ostsee ganz zu beherrschen begonnen.

Die Ostsee hatte bis dahin anderen Völkern gehört. An ihrer Südküste trieb der Wende seinen Kahn, fischend und raubend, über sie hinweg fuhren in alter Zeit die Schweden, später die Dänen. Jetzt erschien der Deutsche, schob die anderen beiseite, und die erste Frucht seiner Arbeit war die Gründung einer deutschen Kolonie am jenseitigen Gestade der Ostsee, in Livland.

Mission und Handel hatten schon früher den Weg dorthin gewiesen. 1201 erfolgte mit der Gründung der Stadt Riga die Anlage des festen Brückenkopfes, von dem aus die Erschließung und Eroberung des Landes vor sich gehen konnte, das Werk eines geistlichen Staaten-

gründers, Alberts von Bremen, der als Missionsbischof von Livland die neue Kolonie in kurzer Zeit geschaffen hat. Schon 1225 konnte die abschließende Organisation des Landes erfolgen.

Um jene Zeit schien es, als wäre die Heimatbasis, von der aus die Kolonie gegründet war, verloren. Widerwillig waren die Dänen vor dem Vordringen der Deutschen zurückgewichen. Sie machten Anstrengungen, ihren Platz wiederzuerobern, und es sah einen Augenblick so aus, als sollte alles schon Errungene dem neidischen Nachbarn anheimfallen. In der Zeit des Thronstreits der Staufer und Welfen hatte auch hier der Feind des Deutschtums gewonnenes Spiel. Waldemar der Siegreiche, der Dänenkönig, machte sich zum Herrn von Holstein, Mecklenburg und Pommern, Lübeck und Hamburg unterwarfen sich ihm, und auch jenseits des Meeres trat er als Rivale der Deutschen auf: Estland mußte ihm überlassen werden, in Reval erbaute er seine Königsburg. Aber gegen ihn erhoben sich schließlich vereint alle deutschen Nachbarn, und in der Schlacht bei Bornhövede (1227) nahm die dänische Größe ein jähes Ende. Dänemark war für lange Zeit außer Gefecht gesetzt.

Ein dritter Bewerber um den Besitz der Ostseeküsten hatte sich längst gemeldet: die Polen, die danach strebten, das Land der Preußen und den Stromlauf der Weichsel mit dem Hafen von Danzig in ihre Gewalt zu bringen. Weil dazu die eigenen Kräfte nicht reichten, rief Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden ins Land. Der Orden kam (1230), faßte Fuß in Preußen, aber er schob den Polen beiseite und ließ sich das

Land von Friedrich II. schenken. Indem er nun Schritt vor Schritt in mühevollen Kämpfen Preußen eroberte und der deutschen Ansiedlung die Tore öffnete, wurde die ganze Südküste der Ostsee zu deutschem Lande. Schon 1252 war in Memel der östlichste Punkt erreicht, erst 1309 wurde Danzig den Polen abgenommen. Gegen 1240 hatte der Orden seinen Einzug auch in Livland gehalten, und als es ihm glückte, 1346 Estland dem dänischen König abzukaufen, da erstreckte sich die deutsche Herrschaft ununterbrochen das ganze Meer entlang, von der unteren Elbe bis an den Peipussee und die Narwa.

Der Wert dieser neuen Erwerbungen liegt nicht nur in dem vergrößerten Wohnraum, der damit dem deutschen Volke gewonnen war, sondern mindestens ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, in der Herrschaft über eine der vornehmsten Handelsstraßen. Wenn Deutschland im Laufe des 13. Jahrhunderts ein Land der Städte, das heißt des Handels und des Handwerks wurde, wenn in den neugewonnenen Gebieten die Städte zahlreich emporblühten wie in der Heimat, so darf man darin eine mittelbare Wirkung des Handelsverkehrs sehen, der sich den Deutschen seit dem Anfang des Jahrhunderts auf der Ostsee eröffnet hatte und mit der Zeit ganz in ihre Hand geriet.

Das Mittelalter, das heißt die Zeit bis zur Entdeckung der neuen Seewege über den Ozean, kannte nur zwei Hauptadern des Welthandels. Die eine ging über das Mittelmeer, die andere durch die Ostsee in die Nordsee. Jene führte dem Abendland die Waren von Vorder-

asien und Indien zu, diese vermittelte den Austausch mit der weiten russischen Tiefebene. Bestanden hatte sie wohl von jeher, aber recht eigentlich lebendig wurde sie erst, als die Eroberung der Ostseeküsten durch die Deutschen begann. Man darf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung nicht danach schätzen, was der Ostseehandel etwa in neueren Zeiten gewesen ist; da trat er gegenüber dem mächtigen transozeanischen Verkehr immer mehr zurück. Ehe aber diese neuen Straßen erschlossen wurden, darf man seinen Wert wohl annähernd dem auf dem Mittelmeer gleichstellen. Eine ganze Reihe der notwendigsten Rohstoffe wurde über die Ostsee entweder aus ihren Küstenländern — Preußen, Polen, Livland, Schweden — oder aus dem ungeheuren russischen Hinterland nach dem Westen geführt: Getreide, Flachs und Hanf, Wachs, Honig, Butter, Häute, Fett und Talg, Holz, Harz, Teer, Asche, Eisenerz, Kupfer und Pelzwerk, und schließlich — um einen Hauptartikel zuletzt zu nennen — Fische. Umgekehrt waren die Ostseeländer ein dankbares Absatzgebiet für die Industriewaren des Westens, vor allem Tuche, dazu Salz und Wein und alles das, was durch Vermittlung der westlichen und südlichen Länder aus dem Orient kam.

Diesen gesamten mächtigen Austausch haben nun die Deutschen seit dem 13. Jahrhundert fast ganz in ihre Hand zu bringen verstanden. Der deutsche Kaufmann und der deutsche Schiffer sind es, die die Waren des Ostens nach dem großen Welthandelsmarkt in Flandern führen und dort die Rückfracht in Empfang nehmen, auf die der Osten wartet. Durch festes Zusammenhalten,

gemeinsames Auftreten haben sie es verstanden, sich nahezu ein Monopol auf dem russischen Markt zu verschaffen. Mit dem deutschen Kaufmann kann in Nowgorod am Ilmensee keine andere Nation in Wettbewerb treten, und die Herrschaft über den russischen Handel sichert ihm wiederum in den westlichen Ländern ein Übergewicht, das ihn befähigt, sich auch dort eine bevorzugte Stellung zu erwerben.

Es ist bekannt, wie eben aus dem Zusammenschluß der deutschen Kaufleute auf den ausländischen Märkten und aus der gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen mit der Zeit ein Bündnis der deutschen Heimatstädte erwuchs, die an dem Handel auf der Ostsee beteiligt waren: die deutsche Hanse. Ihr Geburtsjahr vermag niemand anzugeben. Sie ist nie „gegründet", nie „beschlossen" worden, sie ist entstanden. Gegen die Mitte des 14. Jahrhunderts tritt sie uns fertig entgegen als ein Bündnis, das die meisten Städte Norddeutschlands mit Einschluß der Kolonien, von Kampen an der Südersee bis Reval am Finnischen Meerbusen, umfaßt, und zwar nicht nur die an der Küste, sondern ebenso die Binnenstädte, die auf den Verkehr mit der Küste angewiesen waren. Ihr Zweck ist kein anderer, als die Herrschaft über Schiffahrt und Handel auf der Ostsee den Deutschen zu erhalten. Man hat sie oft überschätzt, indem man ihr Absichten zuschrieb, die sie nicht verfolgte und nicht verfolgen konnte, und von ihr erwartete, daß sie gleichsam Ersatz für die fehlende Großmacht des Reichs hätte leisten oder den Keim für seine Neuordnung auf städtisch-bürgerlicher Grundlage abgeben sollen. Dergleichen ist

den Hansen nie in den Sinn gekommen, es lag weit außer ihrem Gesichtskreis. Sie hatten einzig und allein ihr Handelsinteresse im Auge und hätten es als ungehörige Zumutung empfunden, dieses Interesse hinter andere, nationalpolitische Zwecke zurückzustellen. Sie waren auch weder so einig noch so fest organisiert, wie es aus der Ferne wohl erscheinen kann; im Gegenteil, auch unter ihnen nahmen die Sonderinteressen einen breiten Raum ein und lähmten nur zu oft das Handeln. Im letzten Grunde fehlte der Hanse überhaupt jede Zwangsgewalt gegen ihre Mitglieder, sie selbst beruhte ganz auf Freiwilligkeit. Darum war der Verband auch nur aufrecht zu erhalten, indem man an Opferwilligkeit und Unterordnung der einzelnen Mitglieder keine hohen Ansprüche stellte. Auf der Bescheidenheit ihrer politischen Ziele und Unternehmungen beruhte schließlich der Bestand der Hanse, jede große aktive Politik hätte sie gesprengt.

Nur ein einziges Mal in ihrer langen Geschichte ist sie als Ganzes handelnd im großen Stil aufgetreten. Das war, als König Waldemar IV., der Wiederhersteller des dänischen Königtums, die Axt an die Wurzel des deutschen Ostseehandels legte, indem er ihm seine Stützpunkte auf Gotland und Schonen wegnahm. Da taten sich im Jahre 1367 die Seestädte der Hanse in der Konföderation von Köln zusammen, eröffneten gemeinsam den Krieg und zwangen Dänemark im Frieden von Stralsund 1370 zur Unterwerfung.

Mit diesem Erfolg ist nicht nur der Besitz des Ostseehandels den Deutschen gesichert, auch politisch üben sie in den nordischen Nachbarländern eine offene Vor-

herrschaft. In den Kämpfen der nächsten Zeit um die Kronen von Dänemark, Schweden und Norwegen gibt die Hanse allemal den Ausschlag, und deutsche Fürsten — Herzöge von Mecklenburg und Pommern, Grafen von Oldenburg, einmal sogar ein Bayer — sind es, die da die Herrschaft erstreben, erringen, besitzen und wieder verlieren, bis im Jahre 1397 der Vertrag von Kalmar die Vereinigung der drei Reiche bringt, wiederum nach dem Willen und durch das Eingreifen der Hanse.

Von der deutschen Kolonisation an der Ostsee und ihren Folgen durften wir wohl etwas ausführlicher reden. Handelt es sich doch hierbei — was nur zu oft vergessen wird — um die größte Tat, die das deutsche Volk in allen Jahrhunderten vollbracht hat, eine Tat, die allein genügen würde, ihm seinen Platz unter den führenden Kulturvölkern zu sichern. Man braucht ja nur das weite Gebiet , von dem dabei die Rede ist, von der Elbe bis zum Peipus, auf der Karte zu betrachten. Es war eine Wildnis gewesen und ist durch die Deutschen in ein Land hoher Kultur verwandelt worden. Diese Leistung kann sich schon mit dem messen, was im Altertum die Römer aus den unterworfenen Provinzen gemacht haben. Übertroffen wird sie nur durch die Kolonisation der Angelsachsen in den neuen Weltteilen. Aber mit dem Maßstab ihrer Zeit gemessen, ist die Arbeit der Deutschen in den Ostseeländern mindestens ebenso hoch zu schätzen.

Die Wirkungen der deutschen Kolonisation beschränkten sich keineswegs auf die Grenzen des Gebietes, das für das Reich selbst gewonnen war. Sie gingen tatsächlich sehr weit darüber hinaus, über ganz Polen und Ga-

lizien, bis in die Ukraine und nach Rumänien erstreckten sie sich.

Polen denken wir uns mit Recht als den Erbfeind der Deutschen im Osten. Seit zu Beginn des 14. Jahrhunderts die bisherige Vielheit polnischer Fürstentümer zu einem Königreich zusammengefaßt war, hat Feindschaft zwischen ihm und dem deutschen Nachbar bestanden. Und doch ist auch Polen in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts einmal unter deutschen Einfluß geraten. König Kasimir selbst, der einzige polnische Herrscher, der den Beinamen des Großen führt, hat dazu die Hand geboten. Im Frieden von Kalisch 1343, den er mit dem Deutschen Orden schloß, beendete er für ein Menschenalter und mehr die alten Streitigkeiten, verzichtete auf Danzig und leitete eine Politik der Anlehnung an Deutschland ein. Deutsche Kolonisten zog er ins Land, ließ sie Dörfer und Städte gründen, denen er deutsches Recht verlieh, und überzog so sein Reich mit einem Netz deutscher Siedlungen. Als ihm die Eroberung von Ostgalizien gelungen war, machte er es dort ebenso. Damals wurde in den Kirchen von Krakau und Lemberg deutsch gepredigt, vor Gericht in deutscher Sprache verhandelt, und die Universität Krakau war eigentlich eine deutsche Hochschule im polnischen Land. Über die Stärke dieses deutschen Einflusses geben die Zahlen Auskunft. Man hat berechnet, daß die Gesamtzahl der Ortschaften mit deutschem Recht in Polen und Galizien etwa 650 beträgt, und die Mehrzahl von ihnen dürften doch ursprünglich deutsche Ansiedlungen gewesen sein. Was das Land dabei gewonnen hat, darüber haben sich polnische

Geschichtschreiber in früheren Zeiten offen ausgesprochen. Der erste von ihnen, Johann Dlugosz, der etwa ein Jahrhundert später schrieb, hat gemeint, König Kasimir hätte ähnlich wie Augustus von sich sagen können, er habe ein Reich von Holz vorgefunden und eines von Stein hinterlassen. Andere haben noch im 16. und 17. Jahrhundert anerkannt, ohne die Arbeit der Deutschen wäre Polen nie soweit gekommen, und ihre Ansiedlungen unterschieden sich bis zuletzt in der vorteilhaftesten Weise von den polnischen. Ein Zeugnis wider Willen legt auch die polnische Sprache bis auf unsere Tage ab, wenn sie sich für die Dinge des Geschäftsverkehrs und städtischen Gemeindelebens deutscher Lehnworte in großer Zahl bedient.

Man kann es mit einem Worte nennen, was da im Gebiete der Weichsel und Karpathen von den Deutschen geleistet wurde. Es ist das gleiche wie an den Küsten der Ostsee: das Land wurde der höheren Gesittung erschlossen. Sieht man sich diese Tatsache an und überlegt man, was seitdem aus diesen Ländern geworden ist, als der deutsche Einfluß nachließ oder ganz aufhörte, so möchte man sagen: wenn es erlaubt ist, bei ganzen Völkern von Lebensaufgaben zu sprechen, die ihnen in besonderer Weise innerhalb der Menschheit zugewiesen sind, so lehrt die Geschichte, daß der Beruf des deutschen Volkes in der Zivilisierung seiner östlichen Nachbarn liegt. Gegen 1400 hätte niemand es bestritten, daß der ganze Norden und Osten, die skandinavischen Länder, Polen und auch Ungarn das seien, was man heute deutsche Interessensphäre nennen würde, und etwas später

ist das sogar in formeller Weise anerkannt worden. Auf den großen Kirchenversammlungen von Konstanz und Basel hat man unbedenklich die Dänen und Schweden ebenso wie die Polen und Ungarn zur deutschen Nation gerechnet. Alle diese Länder waren eben nichts anderes als Tochtergebiete der deutschen Kultur.

Möglich war dies alles doch nur, weil das Deutschtum gegenüber den östlichen und nördlichen Nachbarn eine nicht bloß kulturell überlegene Macht darstellte. Kaiser und Reich haben freilich daran keinen Anteil. Ihre Leistung auf diesem ganzen Gebiet beschränkt sich auf den Eingriff, mit dem Friedrich I. im Jahre 1163 Schlesien von Polen trennte und es enger mit dem Reich verband, wodurch der Germanisierung des Landes Vorschub geleistet wurde. Dies ist denn aber auch alles, was das Reich für die Ausbreitung des Deutschtums getan hat. Denn die Belehnung der livländischen Bischöfe mit den von ihnen eroberten Gebieten (1207 und 1225) als Fürstentümern des Reichs, die Schenkung Ostpreußens an den Deutschen Orden kann man nicht als Leistungen des Reiches, nur als solche der Reichskanzlei ansehen. Ohne Reichshilfe ist der Nordosten dem Deutschtum erobert worden; darum hat die neue Gründung auch den Verfall der Reichsmacht überleben können.

Die Mächte, die der deutschen Kolonisation und dem deutschen Einfluß in den Nachbarländern des Ostens und Nordens den notwendigen Rückhalt boten, waren die Hanse und der Deutsche Orden. An ihrer Entstehung war das Reich ganz unbeteiligt, wie es sie auch später nie unterstützt hat. Das aber ist das schier Wunderbare an

diesem ganzen Schauspiel, das die deutsche Kolonialbewegung des Mittelalters bietet, daß sie so ganz und gar von partikularen Kräften, ohne jeden Halt an einer starken Zentralgewalt entstanden und darum doch nicht minder von bewußt nationalem Geiste erfüllt ist. Deutsch war die Hanse, und deutsch war der Orden. Wie jene keinen anderen Zweck kannte, als die gemeindeutschen Interessen und nur sie dem Ausland gegenüber zu verfechten, so ist der Orden allem, was nicht deutsch von Ursprung ist, grundsätzlich verschlossen, der einzige streng nationale geistliche Orden, den das Mittelalter kennt. Wie stark müssen doch die Triebfedern gewesen sein, die eine solche Bewegung, so mächtig, so weit ausgreifend, so geschlossen und bewußt, entstehen ließen ohne jeden einheitlichen Plan und Entschluß, völlig spontan aus dem Lebensbedürfnis örtlicher Kräfte, wie die Auswirkung eines natürlichen Instinktes! Kann man diesem Anblick die Bewunderung nicht versagen, so meldet sich allerdings zugleich auch das Bedauern: was hätte mit solchen Kräften nicht gewonnen werden können bei einheitlicher und planmäßiger Leitung durch eine starke Reichsgewalt! Da es daran vollständig gebrach, so war das Ergebnis freilich nirgends ganz befriedigend. Die letzten Konsequenzen wurden nicht gezogen, die allein dem ganzen Werke dauernde Sicherheit verschafft haben würden, und die Grenze erhielt eine unmögliche Gestalt. War doch der Zusammenhang zwischen Livland und Preußen wesentlich auf den Seeweg gegründet, da man die Eroberung des dazwischen liegenden Samogitien (Kowno) unterließ.

Kaiser Karl IV., der kluge Beobachter und Rechner,

hat die Möglichkeiten, die hier im Osten lagen, wohl erkannt und zu benutzen versucht. Er, der auf anderen Gebieten so unbedenklich verzichtete und Forderungen der Vergangenheit abschrieb, hat im Osten eine weitaussehende Politik der Expansion ins Auge gefaßt. Sein Plan war, von Böhmen aus die gesamten Nachbarländer unter der Herrschaft eines deutschen Fürstenhauses zu einigen. Darum erwarb er von den Wittelsbachern die Mark Brandenburg, schloß mit den Habsburgern einen Erbvertrag, der beim Aussterben eines der beiden Häuser die Gesamtmasse der böhmischen und österreichischen Länder in eine Hand bringen sollte, und verlobte seinen jüngeren Sohn Siegmund mit der Erbtochter des Königs Ludwig von Ungarn, der seit 1370 auch König von Polen geworden war. Wären diese Pläne zur Vollendung gereift, so hätte sich ein brandenburgisch-böhmisch-polnisch-ungarisches Großreich gebildet, das von der Elbe bis an den Dnjestr, die untere Donau und den Balkan gereicht hätte — denn so weit ging damals die ungarische Oberhoheit, sie umfaßte Rumänien und Serbien mit — ein Reich, in dem das deutsche Element die Führung besessen hätte. Der politische Gedanke, der in späteren Jahrhunderten die Seele des habsburgischen Staates sein sollte, ist hier zum ersten Male vorahnend gefaßt worden.

Zur Verwirklichung ist es damals nicht gekommen. Karl IV. starb 1378, vier Jahre bevor der ungarisch-polnische Erbfall (1382) eintrat. Nur mit großer Mühe und unter langen Kämpfen gelang es Siegmund, die ungarische Krone zu behaupten, die polnische ging ihm verloren. Und dieser eine Fehlschlag leitete eine Gegen-

bewegung ein, die schließlich für das Deutschtum zum Verlust seiner Vormacht im Osten führen sollte.

Stütze und Rückgrat der deutschen Vormacht auf dem Festland war der Deutsche Orden in Preußen und Livland. Man hat ihn ähnlich überschätzt wie die Hanse: seine Erfolge haben über seine Kraft getäuscht. Er war niemals sehr groß, seine Herrschaft, auf militärische Gewalt gegründet, oft in brutalen Formen ausgeübt, wurzelte nicht tief im Lande. Behaupten konnte er sich, solange ihm keine geschlossene Großmacht gegenüberstand. Mit zwei Gegnern hatte er stets zu rechnen, mit Polen und Litauen, beide unter sich aufs tiefste verfeindet. Solange ihre Feindschaft dauerte, war der Orden sicher. Sie fand im Jahre 1386 ihr Ende, als die Polen, nach dem Tode Ludwigs, um den deutschen Kronanwärter zu verdrängen, den Großfürsten Jagiel von Litauen ins Land riefen und ihm mit der Hand der jüngeren Königstochter die Königskrone gaben. Dieser polnisch-litauischen Verbindung gegenüber war die Lage des Ordens in Preußen kritisch. Ungeschick und fehlerhafte Führung in Politik und Krieg taten das übrige, und im Jahre 1410 kam der Zusammenbruch. Die vereinten polnisch-litauischen Massen stellten das Heer des Ordens bei Tannenberg zur Schlacht, bevor noch das livländische Kontingent herangekommen war. Die Niederlage war vollständig, die Macht des Ordens von diesem Tage an gebrochen, zumal sich im Innern, bei Adel und Städten des Landes, Auflehnung zeigte, die schließlich in Revolution mündete. Ein halbes Jahrhundert noch hat der Orden seine Stellung zu verteidigen gesucht, dann mußte er, da das Land und die

Städte ihm den Rücken kehrten und mit den Polen gemeinsame Sache machten, im Frieden von Thorn 1466 kapitulieren. Der westliche Teil seines Gebietes mit Danzig wurde dem polnischen König überlassen, für den östlichen seine Lehnshoheit anerkannt. Preußen war dem Reich verloren gegangen.

Um dieselbe Zeit, wo die deutsche Machtstellung den entscheidenden Stoß bei Tannenberg erhielt, wurde sie noch an einer anderen Stelle entwurzelt: in Böhmen. Das tschechische Königreich verdankte sein Emporkommen wesentlich der starken deutschen Einwanderung, die von den Herrschern des Landes fast immer begünstigt worden war. Dementsprechend nahm das deutsche Element eine beherrschende Stellung im Lande ein. Aber eben die Kulturarbeit, die von ihm geleistet wurde, weckte mit der Zeit die nationale Reaktion der Tschechen. Sie fand ihren Ausdruck in der lebhaften religiös-sozialen Bewegung, die an den Namen Johann Hus anknüpft. Sie war von allem Anfang an zugleich eine nationale Bewegung, gerichtet auf Beseitigung der deutschen Vorherrschaft in Staat und Kirche, Wissenschaft und Wirtschaft. Mit der Vertreibung der Deutschen von der bis dahin von ihnen geleiteten Universität Prag im Jahre 1409 begann der Kampf, in dem es den vereinten Kräften der Kirche und des Reiches nicht gelang, den böhmischen Separatismus zu besiegen. Man sah sich schließlich genötigt, mit den Ketzern zu paktieren und ihnen in kirchlicher und politischer Hinsicht weitestgehende Selbständigkeit und Sonderrechte einzuräumen. Mit der alten Herrschaft der Deutschen in Böhmen war es seitdem vorbei. In

den hussitischen Kriegen hatte man in Böhmen enge Fühlung mit Polen gesucht und gefunden, ein polnischer Prinz hatte zeitweilig die Rolle eines böhmischen Ketzerkönigs gespielt. Auch nach dem Friedensschluß blieb die Spitze gegen das Deutschtum. Das Regiment Georgs von Podiebrad, der zuerst als Reichsverweser, seit 1458 als König die Regierung führte, war ausgesprochen national-tschechisch. An der Stelle also, die für den germanisierenden Einfluß der Deutschen im Osten bisher den Mittelpunkt und Stützpunkt gebildet hatte, regierte jetzt slawisches Wesen in offen bekannter Gegnerschaft gegen alles Deutsche.

Sehen wir so die deutsche Vormacht im Osten seit Beginn des 15. Jahrhunderts auf dem Festland im Rückgang, so wird auch ihre Seeherrschaft wenig später in Frage gestellt. Gegenüber dem deutschen Schiffahrts- und Handelsmonopol auf der Ostsee treten die Holländer — die sich der Hanse niemals angeschlossen hatten — als Mitbewerber auf, sehr bald mit überlegener Arbeitsleistung. Die Hanse hat versucht, die Konkurrenten mit Gewalt zu beseitigen, indem sie ihnen die Fahrt nach der Ostsee verbot. Aber in dem zweijährigen Kriege, der darüber ausbrach (1438—40), wurde das Ziel nicht erreicht. Die Holländer erzwangen sich im Friedensschluß die vorläufige Zulassung, und sie sind nicht nur nie wieder verdrängt worden, sondern haben von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in steigendem Maße die Deutschen wegzuarbeiten vermocht. Der Anfang vom Ende ist also auch hier um die Mitte des 15. Jahrhunderts unverkennbar. Die Ostfront Deutschlands, vor kurzem noch so mächtig

und angriffsstark, ist auf der ganzen Linie in die Verteidigung gedrängt, ins Wanken geraten, stellenweise schon durchbrochen.

Um dieselbe Zeit hat sich Ähnliches auch im Westen abgespielt. Das geographische Problem der doppelten Front, das dem deutschen Reich bei seiner Entstehung als Geschenk der Nornen in die Wiege gelegt ist, die Bedrohung von Ost und West zugleich, ist im 15. Jahrhundert in voller Schärfe wieder aufgelebt und hat die Lage des Reiches zu beherrschen angefangen.

Im Westen hatte sich an der Grenze Deutschlands eine überlegene Großmacht in demselben Augenblick gebildet, wo die Macht des altdeutschen Reiches zugrunde ging. Philipp II., der Gründer der französischen Einheit, ist der Zeitgenosse des Bürgerkriegs der Staufer und Welfen. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, wie vielsagend die Tatsache ist, daß der erste Sieg, den Franzosen über Deutsche erfochten — bei Bouvines 1214 —, den Streit um die deutsche Krone entschied. Die neue Militärmacht Frankreichs bedeutete von allem Anfang eine Bedrohung der deutschen Grenzen: sie strebte nach Erwerbungen auf Kosten des deutschen Reiches. Die französisch sprechende Bevölkerung in den Grenzlanden Lothringen und Hennegau forderte dazu heraus. Dazu tauchen schon früh in französischen Köpfen allerhand Vorstellungen auf von natürlichen Grenzen, die das Königreich haben müsse. Schon im Anfang des 14. Jahrhunderts hat man in Paris davon gesprochen, der Rhein sollte Deutschland von Frankreich scheiden. Daneben laufen die Bestrebungen französischer Könige, sich selbst oder

ihrem Hause die deutsche Krone zu verschaffen. Bei den deutschen Fürsten findet dergleichen keine grundsätzliche Ablehnung. Haben doch — ich erwähnte es schon — die Habsburger im Jahre 1324 kein Arg darin gefunden, dem Franzosen zur Wahl zum deutschen König zu verhelfen, wenn er ihnen dafür sämtliche wichtigeren Städte am Oberrhein und in der Ostschweiz überlassen wollte. Die eigene Hausmacht ist dem normalen deutschen Fürsten wichtiger als das Reich.

Da ist es denn kein Wunder, daß das französische Vordringen nur schwachen Widerstand fand. Es richtete sich zunächst auf Lothringen und das ehemalige burgundische Reich. Die Bistümer und Städte an der Maas und Mosel, Toul und Verdun, mit ihrer Nachbarschaft sind schon zu Ende des 13. Jahrhunderts teils annektiert, teils unter französisches Protektorat gekommen. Die Franche-Comté und Lyon gehen denselben Weg, 1343 auch das Dauphiné. Karl IV. regelte 1378 die schwebenden Fragen, indem er die Regierungsgewalt im burgundischen Königreich an Frankreich abtrat, nachdem er vorher Savoyen und die Westschweiz davon getrennt und zu Deutschland geschlagen hatte — die Grenze also, die Frankreich bis nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts behalten hat.

Daß die Verluste nicht größer waren, erklärt sich nur aus der Lage, in der Frankreich selbst sich befand. Der dauernde Kampf, den es gegen England um seinen Bestand zu führen hatte, der sogenannte Hundertjährige Krieg, hat Deutschland lange Zeit den besten Schutz gewährt. Gegen Ende dieses Krieges, als die Engländer den kürzeren zogen, ward das mit einem Schlage klar. Da er-

schien im Jahre 1444 die durch Waffenstillstand beschäftigungslos gewordene französische Armee in Lothringen und im Elsaß, bezog hier ihre Winterquartiere, forderte von Metz und Straßburg die Unterwerfung und machte einen Angriff auf Basel. Ihre Anträge wurden zurückgewiesen, und der Abzug schließlich durch Verhandlungen und Drohungen erreicht. Aber es hatte doch an einem Haar gehangen, so wäre das Elsaß damals französisch geworden.

Doch das waren kleine Episoden verglichen mit dem, was gleichzeitig der neu entstandene burgundische Staat ins Werk setzte. Erwachsen durch Vereinigung des französischen Herzogtums Burgund mit der gleichfalls französischen Grafschaft Flandern (1386), hat dieser neue Großstaat von Anfang an eine rücksichtslose Expansion ebenso auf Kosten der französischen Krone wie des deutschen Reiches betrieben. Artois und Picardie auf der einen Seite, auf der anderen Brabant, Hennegau, Holland und zuletzt (1440) Luxemburg fallen ihm nach und nach zu. Die Oberhoheit des Reiches erkannte der Herzog auch für die zweifellosen Reichsgebiete nicht an, die er erworben hatte. Alle Versuche Kaiser Siegmunds, dem entgegenzutreten — er hat einmal im Bunde mit Frankreich den Krieg an Burgund erklärt — scheiterten schon im ersten Beginnen.

Seit 1467 steht an der Spitze der neugebackenen Großmacht Herzog Karl der Kühne. Seine Wünsche gehen weiter: bis an die Alpen, ja womöglich über sie hinweg bis nach Genua will er gebieten, ein Reich von Meer zu Meer gründen, das alte lotharingische Reich wieder aufleben lassen — und natürlich König werden. 1469 gelingt es ihm, im Elsaß Fuß zu fassen. Der verschuldete Habsbur-

ger Siegmund von Tirol hat ihm die alten Besitzungen und Rechte seines Hauses im Elsaß und im Schwarzwald für Geld verpfändet. 1473 fällt Lothringen, der Herzog liefert die Festungen des Landes an Karl aus. 1474 erlebte man einen Angriff auf das kurkölnische Neuß, der zwar eben noch abgewehrt wurde, aber doch deutlich erkennen ließ, wohin der Kompaß der burgundischen Pläne zeigte: das linke Rheinufer war in Gefahr.

Beschworen wurde sie nicht durch das Reich, nicht durch den Kaiser und den Reichstag, sondern durch ein Bündnis der betroffenen oberrheinischen Städte und Herren mit den Schweizern, die in entschlossenem Angriff der ganzen burgundisch-elsässisch-lothringischen Herrlichkeit ein jähes Ende bereiteten. Als Karl der Kühne auf dem Schlachtfeld bei Nancy im Januar 1477 mit dem Sieg und seiner letzten Armee zugleich das Leben verlor, da war das Elsaß befreit, das linke Rheinufer gerettet. Es war eine Episode gewesen, aber die Episode hatte die Lage des Reiches grell beleuchtet: es war wehrlos. Und wer konnte sagen, ob mit dem Tode Karls die Gefahr im Westen endgültig vorüber war? Ob nicht bald ein anderer dasselbe Spiel mit besserem Erfolg beginnen würde? Es kam alles darauf an, was nun aus dem burgundischen Reich wurde, das der Herzog seiner einzigen Tochter hinterlassen hatte. Wenn etwa ihr angestammter Lehnsherr, der König von Frankreich, die Hand darauf legte und mit dem Besitz zugleich die Aufgaben und Absichten seines Vorgängers antrat, dann waren die Gefahren, mit denen Karl der Kühne das deutsche Reich bedroht hatte, in gesteigertem Maße wieder da.

Gleichzeitig ballten sich im Osten die Wolken unheim-

lich zusammen. Seit 1468 hatte dort ein Kampf um Böhmen begonnen. Matthias Corvinus, der König von Ungarn, hatte die Eroberung des Landes in Angriff genommen, noch vor der Entscheidung war Georg von Podiebrad (1471) gestorben, Polen hatte sich eingemischt, und die beiden Eroberer hatten die Beute geteilt: das eigentliche Königreich Böhmen behielt ein polnischer Prinz, während die Nebenländer Mähren, Schlesien und die Lausitz mit Ungarn vereinigt wurden. Wie lange wird der siegreiche Magyare sich damit begnügen? Österreich liegt mitten zwischen seinen Landen; es hat in den Kampf um Böhmen nicht einzugreifen gewagt, weil sein Fürst sich zu schwach fühlt. Dieser Fürst aber ist niemand anders als der deutsche Kaiser Friedrich III. Kaiser und Reich haben nicht mehr die Macht oder nicht den Mut, den Verlust von Reichslanden wie Böhmen und Schlesien zu verhindern. Werden sie Österreich verteidigen können?

Köln und Straßburg auf der einen Seite, Wien auf der andern in Gefahr — schlimmer konnte die Lage nicht sein. Mit aller Wucht drückte das Problem der doppelten Front auf Deutschland. Das Reich schien dem Schicksal entgegenzugehen, dem so manches Land in gleicher Lage früher oder später verfallen ist, der Aufteilung unter die Nachbarn.

Aber so ist es nicht gekommen. Wieder einmal wendet das Schicksal seinen Lauf, die Gefahr wird gebannt, und neue Möglichkeiten eröffnen sich durch eine launenhafte Verknüpfung von Ereignissen, die das Haus Habsburg zur Großmacht und Weltmacht emporheben und damit auch Deutschland für einige Zeit größeres Gewicht und stärkeren Schutz gewinnen lassen.

SECHSTES KAPITEL

Landesstaat und Landesfürsten seit dem 15. Jahrhundert. — Kaiser Friedrich III. — Die burgundische Heirat. — Maximilian I. — Die spanische Erbschaft. — Kaiserwahl Karls V. — Habsburgische Hauspolitik. — Deutschland unter Fremdherrschaft.

Man dürfte nicht behaupten, daß es für das Reich aussichtslos gewesen wäre, den Kampf auf beiden Fronten aufzunehmen. Die Kräfte würden vielleicht noch gereicht haben. Denn Deutschland besaß zwar noch längst nicht die zahlreiche Bevölkerung von heute — Frankreich hatte damals, wenn nicht mehr, so doch kaum viel weniger Menschen —, aber das beste Soldatenmaterial, das auch der französische König nicht entbehren konnte. Den östlichen Nachbarn war es in jeder Hinsicht überlegen und konnte zudem im Westen bei einigermaßen geschickter Politik auf Bundesgenossen rechnen. Der Kampf wäre also nicht hoffnungslos gewesen. Voraussetzung dafür war allerdings ein entsprechender Zustand im Innern: die vorhandenen Kräfte hätten organisch zusammengefaßt werden müssen zur Einheit des Willens. Mit einem Wort: das Reich hätte eine Einheit sein müssen.

Das Gegenteil davon war der Fall. Gerade das 15. Jahrhundert ist eine Zeit größter Zersplitterung der Kräfte, ebenso sehr wie die Zeit des Interregnums. Es ist die Blütezeit der Landesstaaten. Sie haben Fortschritte gemacht und in ihrer Sphäre nicht wenig erreicht. Aus der Anarchie landständischer Willkür haben sich die meisten

herausgearbeitet, das Fürstentum hat über Ritter und Städte gesiegt. Der Keim eines geschulten Beamtentums hat sich gebildet, das sich mit dem Staat verwachsen fühlt, von ihm und für ihn lebt, ihn trägt und verteidigt. Eine geordnete Verwaltung, ausreichende Finanzen sind geschaffen. Bekannt genug ist, was in Brandenburg die ersten Hohenzollern in dieser Beziehung leisteten, wie sie den unbotmäßigen Adel, die „Raubritter" niederzwangen, die Städte ihrem Willen unterwarfen. Gleiches oder Ähnliches hat sich in derselben Zeit in den meisten Territorien abgespielt, wenn auch nicht überall in ebenso dramatischen Formen und mit ebenso durchschlagendem Erfolg.

Auch im Reich entscheidet sich um die Mitte des 15. Jahrhunderts der Sieg der Fürsten gegenüber den Städten. Eine Anzahl von ihnen, die bisher frei gewesen war, wird zur Unterwerfung unter die Landesherren genötigt. Am augenfälligsten Mainz (1462). Die Zeit der großen Städtebünde ist vorbei, das Fürstentum hat auf der ganzen Linie triumphiert.

Auf dieser Grundlage erwächst der Typus des fürstlichen Landesvaters, der mit mehr oder weniger Verständnis und Selbstherrlichkeit auch für die Bedürfnisse seines Volkes sorgt, weil er damit die eigenen Kräfte mehrt, ein Herrschertypus, der gegen Ende des 15. Jahrhunderts öfter auftritt — man kann an Eberhard von Württemberg denken, aber auch an Gerhard von Jülich — und im folgenden Jahrhundert in Friedrich dem Weisen von Sachsen seine beste Ausprägung findet.

Unter den Fürstenhäusern stehen einige, im Besitz größerer Gebiete, als die maßgebenden voran: die Wittels-

bacher, Wettiner, Welfen, Habsburger, Hohenzollern — diese seit 1415 in Brandenburg. Aber sie sind nur selten einig; zum Beispiel sind die Welfen durch Erbteilungen geschwächt, die Wittelsbacher in zwei Linien gespalten, Bayern und Pfalz, die von jeher einander feindlich sind. So bleiben als führende Mächte außer den Habsburgern Bayern, Wettin und Brandenburg. Das zuletzt genannte Haus ist wohl das einflußloseste, weil sein Land weit abgelegen und sehr arm ist. Größere Bedeutung geben ihm zeitweilig seine fränkischen Erblande bei Nürnberg: Ansbach, Bayreuth, Kulmbach. Aber sie werden durch Erbteilung aufgegeben. Wettin hat seit 1423 zu den altangestammten Landen Meißen und Thüringen auch das Herzogtum in Ostsachsen und damit die Kurwürde gewonnen, ist aber seit 1485 geteilt in die ältere (ernestinische) thüringisch-sächsische und die jüngere (albertinische) meißnische Linie, die einander auch nicht immer grün sind.

Die Zerspaltung der größeren Dynastien macht es einigen kleineren Herrschaften möglich, zu Zeiten eine fast ebenbürtige Rolle zu spielen. So Württemberg, 1495 zum Herzogtum erhoben, und Hessen, das durch Erbschaften — Katzenelnbogen, Ziegenhain — beträchtlich wächst.

Man kann nicht behaupten, daß durch die Stärkung des Fürstentums die innere Ordnung des Reiches an Klarheit und Festigkeit zugenommen hätte. Eher ist das Gegenteil der Fall. Was die Fürsten an Macht gewannen, das verlor der König. Es wäre immer noch leichter gewesen, über einer Schar von kleinen, innerlich schwachen Landesstaaten das königliche Ansehen zu wahren. So

aber sehen wir seit Mitte des 15. Jahrhunderts das Königtum in eine Bedeutungslosigkeit versinken, die an die Zeiten des Interregnums erinnert.

Aber auch die innere Ruhe des Reiches ist dabei nicht größer geworden. Die gekräftigten Landesherren, zumal die größeren, haben ihre neu gewonnene Stärke zunächst benutzt, um weiter zu wachsen auf Kosten der Nachbarn. Insbesondere die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts ist erfüllt von Grenz- und Erbfehden: Pfalz *contra* Bayern, Bayern *contra* Hohenzollern und so weiter. Dies sind die eigentlichen Interessen der fürstlichen Herren, wie sie sie verstehen, darum dreht sich ihr Denken und Handeln, darin erschöpfen sie ihre oft nicht geringen persönlichen Kräfte. Der klassische Vertreter dieser Gesellschaft ist der Brandenburger Albrecht Achilles, der sein halbes Leben in Fehde und Krieg zugebracht hatte und selbst so oft verwundet wurde, daß sein Leib ganz von Narben bedeckt war. Er ist ungewöhnlich klug, *vulpes germanica*, den deutschen Fuchs nennt ihn ein Italiener, dabei rastlos tätig, unternehmend und ausdauernd, ein geistreicher Mann und feiner Diplomat, in jeder Hinsicht eine bedeutende Erscheinung, und doch, was ist von seinem tatenreichen Leben übrig geblieben? Man ist in Verlegenheit, es anzugeben. Ebenso ist es bei manchem andern unter den Zeitgenossen. Die Ziele sind zu geringfügig, und so macht das Ganze fast den Eindruck der Zwecklosigkeit.

Das war nun die politische Führung der Nation in einer Zeit, wo ihre Lage zwischen den Nachbarstaaten jeden Tag gefährdeter wurde. Daß das Reich unter diesen Umständen eine auswärtige Politik eigentlich gar nicht

hat, kann man leicht begreifen. Woher sollten die Mittel dazu kommen? Die vorhandenen Kräfte braucht man ja zum inneren Kampf. Und woher die Einsicht, der Blick für die Weltbegebenheiten? Das Auge ist ja ganz auf die allernächste Nachbarschaft eingestellt. Es sieht sehr scharf im Horizont des eigenen Bergfrieds, ziemlich klar noch innerhalb der umgebenden Landschaft, aber wenn der Blick sich auf Gesamtdeutschland richtet, fängt er an sich zu trüben, und bis ins Ausland reicht er überhaupt nicht. Ein gemeinsames Interesse der Nation wird vollends von den Fürsten nicht empfunden. Die Verluste an der Westgrenze des Reiches sind ebenso gleichgültig hingenommen worden wie die Unterwerfung des Deutschen Ordens unter Polen. Das Reich gleicht einem Tier, dessen einzelne Glieder unter sich durch kein Zentralorgan verbunden sind, so daß der Schmerz des einen nicht von allen mitempfunden werden kann. Man kann Stücke von seinem Leibe abschneiden, ohne daß es ihm weh täte.

Das Reich hat einen König und Kaiser; der sollte doch nach der Theorie die Rolle des Zentralorgans spielen. Aber nirgends tritt es deutlicher hervor, wie wenig Theorie und Wirklichkeit sich decken. Siegmund ist der letzte Kaiser, der es noch versucht hat, Reichspolitik zu machen. Es ist ihm schon nur selten gelungen. Sein Nachfolger Albrecht II. kam in den wenigen Monaten, da er König hieß (1438/39), gar nicht dazu, und dessen Nachfolger Friedrich III. (1440—93) hat es in langen 53 Regierungsjahren nicht einmal unternommen.

Gleich zu Beginn erregte er den schwersten Anstoß durch einen Versuch, mit ausländischen Kräften die Inter-

essen seines Hauses auf dem Boden des Reiches zu verfolgen.

Das Haus Habsburg war seit Rudolf I. das stärkste unter den deutschen Fürstenhäusern. Das Oberelsaß, die innere und östliche Schweiz, der südliche Schwarzwald waren sein alter Besitz. Österreich und Steiermark hatte Rudolf hinzugewonnen, Kärnten und Tirol waren unter Karl IV. erworben worden. Dafür waren die Besitzungen in der Schweiz seit 1315 mehr und mehr verloren gegangen an die „Eidgenossenschaft", die sich zuerst am Vierwaldstätter See auf habsburgischem Boden gebildet, allmählich das ganze Gebiet vom Jura bis nach Graubünden aufgesogen hatte und unter der Führung der Städte Zürich und Bern zu einem eigenen Staatenbund heranwuchs. Als Kaiser Friedrich III. zur Regierung kam, besaß Habsburg hier von seinem alten Reichtum nur noch einen spärlichen Rest auf dem linken Ufer des Oberrheins.

Das Verlorene wiederzubekommen, war des Kaisers nächstes Ziel. Dabei war ihm die Würde des Königs ebenso gleichgültig wie die Sicherheit des Reiches. Es kam heraus, daß er selbst es gewesen war, der im Jahre 1444 die französische Armee ins Land gerufen hatte, um sich ihrer gegen die Schweizer zu bedienen. Er leugnete zwar, aber die Franzosen veröffentlichten das Schreiben, mit dem er sie eingeladen hatte, und als sie unverrichteter Dinge wieder abzogen, hatte der Kaiser zu dem Schaden eines verfehlten Unternehmens noch die Schande.

Es zeigt sich hier, wie sehr selbst der König aufgehört hatte, national zu denken. Er war ein Landesherr geworden wie alle andern. Reichspolitik, Reichsinteressen

kannte auch er nicht mehr, nur noch Interessen und Politik des Hauses Habsburg, und nur als Mittel, die Hausinteressen wirksamer wahrzunehmen, hatte auch die Kaiserkrone einen Wert für ihn.

Im übrigen hatte Friedrich mit seinem verunglückten Vorstoß gegen die Eidgenossenschaft dieser nur zu größerer militärischer Festigkeit verholfen. Dreißig Jahre später, im Kriege gegen Karl den Kühnen, zeigte sich, daß dieser Bund von Städten und Ländern militärisch und politisch viel leistungsfähiger war als alle Fürsten. Die Eidgenossen, die „Schwyzer", wie man damals anfing zu sagen, waren durch den Sieg über den großen Burgunderherzog eine europäische Macht geworden. Sie fühlten sich auch als solche. Ihre Zugehörigkeit zum deutschen Reich ward von ihnen selbst nicht mehr ernst genommen, sie machten ihre eigene Politik, ohne das Reich, und da der Kaiser aus dem Hause Habsburg ihr Erbfeind war, auch gegen Kaiser und Reich.

Auch nach diesem Verlust wäre das Haus Habsburg, die *illustris domus Austriae*, immer noch das stärkste im Reich gewesen, ohne die fatalen Erbteilungen und die daraus entspringenden Feindschaften. Kaiser Friedrich III. war zunächst nur Herzog in Steiermark und Kärnten, Österreich gehörte seinem Neffen Ladislaus, dem Sohn Kaiser Albrechts II., für den er nur als Vormund regierte. Erst 1458 fiel es ihm beim Tode des Neffen zu. Im Elsaß und im Schwarzwald regierte sein Bruder und nach dessen Tode der Vetter, Herzog Siegmund von Tirol. Mit beiden stand man sich nicht gut. Und was war dieser Kaiser Friedrich selbst für ein Mann! Phlegmatisch,

apathisch bis zur feigen Würdelosigkeit, dabei felsenfest überzeugt von der künftigen Größe seines Hauses, hat er einem seiner Räte zu der spöttischen Bemerkung Anlaß gegeben: „Wir wollen im Stillsitzen die Welt erobern.“ An das deutsche Reich hat er wohl schwerlich jemals gedacht. Es ist vorgekommen, daß er einmal siebenundzwanzig Jahre lang seine Erblande nicht verlassen, sich „im Reich“ nicht gezeigt, auf allen Reichstagen sich nur durch Gesandte hat vertreten lassen, wie ein ausländischer Fürst. Das war der Mann, der für das Reich hätte einstehen und es vor Verlusten bewahren sollen. Er tat das Gegenteil: die Verluste, die das Reich zu seiner Zeit erlitt, sollten nach seinen Berechnungen zur Erhöhung seines eigenen Hauses dienen.

Gegen die Eroberungspläne Karls des Kühnen hat Friedrich nie einen Finger gerührt. Es war ihm ganz recht, daß der burgundische Staat wuchs, denn er hoffte ihn zu beerben. Karl hatte nur eine Tochter, und die sollte des Kaisers Sohn Maximilian heiraten. Überhaupt erben, heiraten — das waren die Mittel, wodurch Österreich damals zu wachsen gedachte. Auch im Osten. Mit den Eroberungen des Ungarn (oben S. 155) hat sich Friedrich abgefunden, denn er stand mit ihm seit 1463 in einem Erbvertrag, der im Falle des Aussterbens des einen Hauses dem anderen die Nachfolge zusicherte. Matthias aber war kinderlos. Also winkte im Westen die burgundische, im Osten die ungarische Erbschaft, zwei Reiche, beide ohne Schwertstreich zu gewinnen!

So krämerhaft dachte und rechnete das Oberhaupt der deutschen Nation.

Aber das Schicksal erlaubt sich manchmal, mit den Menschen in grotesker Laune zu spielen. Es hat die dumm-pfiffige Berechnung des tatenscheuesten aller Herrscher schließlich wie mit aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen in Erfüllung gehen lassen.

Die Verlobung Maximilians mit Maria, der Erbtochter von Burgund, beständig erstrebt, war bei Lebzeiten Karls nie zustande gekommen, weil der Herzog diese beste Karte in seinem diplomatischen Spiel nicht weggeben wollte. Kaum war er tot, so gelang das Geschäft. Die Stände der Niederlande, um sich gegen Frankreich zu schützen, das die Hand auf die Erbschaft Karls legen wollte, riefen den Erzherzog herbei und gaben ihm die Hand ihrer Fürstin. Als Gemahl der Maria, dann, nach ihrem frühen Tode (1482), als Vormund seines Sohnes Philipp, hat Maximilian sich in schweren Kämpfen in den Niederlanden behauptet und dem burgundischen Staat die Fortdauer gesichert. Damit war der Eckstein gelegt für die neue habsburgische Macht.

Auch für die deutsche Geschichte ist die burgundische Heirat von 1477 ein Ereignis von weitesttragenden Folgen. Das ohnehin mächtigste deutsche Fürstenhaus erhielt dadurch einen Machtzuwachs, der es über alle anderen weit emporheben mußte. Die Kaiserkrone konnte ihm nun nicht mehr entrissen werden, wenn man nicht den Bürgerkrieg im Reich entfesseln wollte. Es mußte sie auch fordern, denn nur als regierendes Kaiserhaus konnten die Habsburger ihre zerstreuten Lande — am Niederrhein und der Schelde, am Oberrhein, in den Ostalpen und an

der Donau — in gegenseitiger Verteidigung zusammenfassen und behaupten.

Diese neue Hausmacht verwickelte aber das Reich zugleich in auswärtige Beziehungen, die ihm früher in dieser Weise nicht bekannt gewesen waren. Der burgundische Staat war nicht nur der Gegner Deutschlands, sondern noch viel mehr der Feind Frankreichs gewesen. Mit dem Lande vererbte sich auch der Gegensatz gegen die französische Krone auf die Habsburger und verschärfte sich jetzt. Nur gezwungen hatte der König von Frankreich Maximilian im Besitz der Erbschaft geduldet, Teile davon — Bourgogne, Franche-Comté, Picardie, Artois — hatte er ihm vorenthalten und den Gedanken nie aufgegeben, auch das übrige, vor allem Flandern, sich selbst anzueignen. Umgekehrt dachte Maximilian nicht daran, auf das Ganze zu verzichten, was ihm nach seiner Auffassung aus dem Nachlaß des Schwiegervaters zustand. Bekommen hat er nur die Franche-Comté und Artois, zu deren Abtretung Frankreich sich 1493 bequemte; Picardie und Bourgogne blieben Forderung und nie aufgegebener Anspruch. Damit verewigte sich der feindliche Gegensatz zwischen Frankreich und Österreich, der von da ab in immer wachsendem Maße ganz Europa für Jahrhunderte beherrscht hat.

Es konnte nicht anders sein, als daß Deutschland in ihn verwickelt wurde. Ganz von selbst übertrug er sich von Frankreich und Österreich auf das deutsche Reich, an dessen Spitze das Haus Österreich stand, und der Same für die deutsch-französische Erbfeindschaft, die bis dahin nicht bestanden hatte, war gestreut. Er hat rasch

gekeimt und immer stärker getrieben und schließlich als schädliches Gewächs über die Geschichte der deutschen Nation für alle Zeiten seinen Schatten geworfen. Niemand vermag zu sagen, ob es nicht auch ohne die Heirat von 1477 zu einer dauernden Verfeindung der beiden Nationen gekommen wäre. Die geographischen Bedingungen im Verein mit dem Charakter des französischen Volkes hätten sie mit der Zeit dennoch herbeiführen können. Aber darum ist es doch Tatsache, daß der Gegensatz zum ersten Male dadurch ausgebrochen ist, daß Österreich der Erbe des burgundisch-niederländischen Staates wurde. Dies ist die Bedeutung des Jahres 1477 für die deutsche Geschichte.

Während so im Nordwesten das Haus Habsburg durch Erwerb neuer Herrschaften den Grund legte für künftige Größe, hatte es im Südosten seinen alten Besitz verloren. Im Jahre 1485 hielt Matthias von Ungarn seine Zeit für gekommen. Er überfiel Niederösterreich, besetzte es und nahm seinen Sitz in der habsburgischen Hauptstadt Wien. Kaiser Friedrich hatte nichts tun können, als „im Reich" eine Zuflucht suchen. Die Hilfe, die er forderte, gab man ihm nicht. Dagegen zwang ihn die Notlage, seine Zustimmung dazu zu geben, daß ihm ein Mitregent zur Seite gesetzt wurde. Am 16. Februar 1486 wurde sein Sohn Maximilian I. zum römischen König gewählt.

Ein merkwürdiger Mann, einer von denen, die Zeitgenossen und Nachlebenden Rätsel aufgeben. Von reicher, vielseitiger Begabung, Künstler und Soldat, allen Fürsten des Reiches an Talenten und Kenntnissen weit überlegen; von rastloser Tätigkeit, im Großen wie im Kleinen, der

glänzendste Repräsentant der Herrscherwürde, und doch kein Herrscher, weil ihm die Selbstbeherrschung, das innere Gleichgewicht von Geist und Wille, Phantasie und Verstand, die Stetigkeit des Wollens, das sichere Augenmaß für die Wirklichkeit abgingen.

Daß er König wurde, bedeutete die tatsächliche Abdankung des alten Kaisers, denn Maximilian nahm sogleich die Zügel der Reichsgeschäfte in die Hand. Er hat auch, sobald die Verhältnisse in den Niederlanden es ihm erlaubten und der Tod des kinderlosen Matthias (6. April 1490) die Gelegenheit bot, die Rückeroberung von Österreich ausgeführt. Mehr zu erreichen gelang ihm nicht. Die Ungarn waren nicht zu bewegen, daß sie den Erbvertrag von 1463 anerkannten, nach dem eigentlich jetzt Maximilian hätte König von Ungarn werden müssen. Sie wählten den polnischen Böhmenkönig Ladislaus zu ihrem Herrn. Österreich mußte sich mit der Tatsache abfinden, daß ihm im Osten eine Doppelmacht Böhmen-Ungarn gegenüberstand, als Sekundogenitur der Jagellonen, dynastisch und politisch gestützt auf den Rückhalt des großpolnischen Reiches, das damals neben Polen und Litauen und Weißrußland auch Preußen, Galizien und die Ukraine umfaßte, das größere Polen von Meer zu Meer, das so vielen Polen in neuer Zeit als Ziel und Aufgabe vorgeschwebt hat.

Maximilian hat den Kampf mit dieser gewaltigen Verbindung von Nachbarstaaten, die doch stets die stärkste Bedrohung Österreichs enthielt, nicht ernstlich aufgenommen, auch als er 1493 durch den Tod seines Vaters Herr in den Erblanden geworden war. Vielmehr hat

er nach Osten die Politik des Vaters fortgesetzt, gerichtet auf Bündnis und Erbverbrüderung. Nach langen Schwankungen führte sie 1515 zum Ziel. Der alte Erbvertrag wurde von Ungarn und Böhmen erneuert und durch eine Doppelheirat gestützt: Ludwig, der Kronprinz von Ungarn und Böhmen, vermählte sich mit Maria, der Enkelin des Kaisers, dessen Enkel Ferdinand dagegen die böhmische Königstochter Anna heiratete.

Maximilian war im Osten zu vorsichtiger Genügsamkeit gestimmt, weil alle seine Gedanken der Westfront galten, der Bekämpfung Frankreichs. Mit allen Mitteln, allen Künsten der Waffen und der Diplomatie hat er sie betrieben, Kriege erklärt und Verträge geschlossen, Verträge gelöst und aufs neue Krieg geführt, immer in dem einen Bestreben, Frankreich nicht mächtiger werden zu lassen, weil ein stärkeres Frankreich unfehlbar nach der burgundischen Erbschaft seines Hauses greifen würde. Dahin gehörte vor allem, daß er den Franzosen entgegentrat, als sie 1494 an die Unterwerfung Italiens gingen.

Mit diesem Jahre beginnt, wie jeder weiß, die Zeit der immer erneuten Kriege um den Besitz der Halbinsel, die den Handel auf dem Mittelmeer und damit zu jener Zeit noch die hauptsächlichste Welthandelsstraße Europas beherrschte. Wir brauchen diese verwickelten militärisch-diplomatischen Vorgänge hier nicht im einzelnen zu verfolgen. So verworren die Füllung des Bildes ist, so einfach sind die Umrisse, was den Anteil Maximilians betrifft. Wenn er heute sich mit den italienischen Staaten verbindet, um die Franzosen zu verjagen, und sie für italienisches Geld mit deutschen Soldaten in Toskana

bekämpft, um dann morgen vielleicht mit ihnen auf Kosten der Italiener sich zu verständigen; wenn er den einen Tag von Wiederherstellung der deutschen kaiserlichen Herrschaft in Rom mit klangvollen Worten redet und am nächsten Tage statt dessen den Krieg gegen Venedig eröffnet, um sich das festländische Gebiet der Republik anzueignen — so läuft doch durch alle diese Widersprüche und Winkelzüge ein leitender Gedanke: zu verhindern, daß die Franzosen die alleinigen Beherrscher Italiens werden, weil sie in dieser Stellung, im Besitz der dadurch gewonnenen Übermacht einen unerträglichen Druck auf die österreichischen Erblande in Tirol und Flandern ausüben würden. Nur in den Mitteln schwankt der Kaiser. Wenn es möglich scheint, Frankreich ganz aus Italien zu vertreiben, beteiligt er sich am Kriege. Schwindet die Aussicht darauf, so sucht er die Verständigung mit dem Gegner, um wenigstens eine Teilung der Beute zu erreichen und sich einen möglichst großen Anteil zu sichern.

Mit allen seinen Bemühungen hat er doch nichts weiter erreicht, als daß die Franzosen in Mailand und Oberitalien, die Spanier in Neapel und dem Süden die Herren wurden. Er selbst ging leer aus und hätte sich sagen müssen, daß seine Lebensarbeit anderen zugute gekommen sei, hätte nicht das Schicksal ihm noch in elfter Stunde die Gunst erwiesen, daß sein Nachkomme die Rivalen, vor deren größerer Macht er selbst immer hatte zurückstehen müssen, schließlich beerben durfte.

Am 23. Januar 1516 starb Ferdinand der Katholische, der erste Gesamtherrscher der spanischen Reiche von Aragon und Castilien. Sein Erbe war des Kaisers Enkel

Karl, seit dem Tode seines Vaters Philipp (1506) schon Herr der Niederlande. Der Zufall von Geburt und Tod hatte dem jungen Habsburger den Weg auf den Thron eines Reiches gebahnt, das mit Spanien und Neapel die märchenhaften, noch kaum erschlossenen Goldländer jenseits des Ozeans verband. Dazu der burgundische Staat und die habsburgischen Erblande in Deutschland, seit 1491 in einer Hand vereinigt durch das Aussterben der letzten der Nebenlinien (Tirol). Ein Reich, wie die Welt es noch nicht gesehen, konnte der Kaiser seinem Enkel hinterlassen, wenn er selbst dereinst von der Bühne abtrat.

Für diesen Fall galt es nur noch eines vorzubereiten: Karl mußte deutscher Kaiser werden. Das war eine Notwendigkeit, wenn ihm sein Besitz erhalten bleiben sollte. Denn gesetzt den Fall, ein anderer regierte im deutschen Reich, so konnte dieser, so machtlos er in Deutschland auch sein mochte, doch im Bunde mit dem ständigen Gegner Frankreich höchst gefährlich werden, zum mindesten die Verbindung der auseinanderliegenden Gebiete stören, vielleicht den Niederlanden, vielleicht Österreich in den Rücken fallen. Die Kaiserwürde allein bildete das einigende Band für die zerstreuten Glieder des neuen habsburgischen Weltreichs, sie mußte gewonnen werden, wenn das Reich bestehen sollte.

Maximilian hat das Ziel nicht mehr erreicht. Er starb im Januar 1519, ehe die Kaiserwahl Karls gesichert war. Seine und des Enkels Räte mußten das Werk vollenden. Jedermann weiß, was nun geschah; wir können uns darum kurz fassen.

Die französische Politik, angesichts der Gefahr, die die Wahl Karls für Frankreich bedeutete — Einkreisung durch die rivalisierende Macht —, entschloß sich, den eigenen König als Kandidaten aufzustellen. Mit Geld und klangvollen Reden sollten die Kurfürsten bestochen werden. Sie nahmen beides. Aber auch die Boten Karls zahlten und versprachen; und sie konnten außerdem drohen, denn sie hatten Soldaten bereit. Maximilian hatte sich eine feste Partei im Reiche geschaffen, deren Kern der Schwäbische Bund bildete, die einzige brauchbare Organisation in Deutschland, die einzige Macht, die im Besitz einer stets schlagfertigen Truppe war. Eben in diesem Augenblick hatte der Bund gezeigt, was er konnte, indem er den Herzog Ulrich von Württemberg vertrieb. Sein Land wurde zunächst vom Bunde eingenommen, der es alsbald dem Habsburger abtrat. Das siegreiche Heer stand auch für weitere Zwecke bereit.

Unter diesem militärischen Druck ist die Wahl im Juni 1519 in Frankfurt entschieden worden. Wenn es einen Augenblick geschienen hatte, als könnte der Franzose aus ihr hervorgehen, so war das Täuschung gewesen. Die Wahl Karls war von vornherein gewiß. Nur eine Möglichkeit gab es, sie zu vermeiden: wenn ein dritter, ein neutraler Kandidat, gefunden wurde. Aber er fand sich nicht. Der einzige, der es hätte sein können, Friedrich der Weise von Sachsen, lehnte ab. „Er wolle lieber ein mächtiger Herzog als ein schwacher König sein.“ Man hat es ihm oft als Feigheit zum Vorwurf gemacht, aber es war doch vor allem Selbsterkenntnis. Außer dem Ehrgeiz fehlten ihm noch andere Eigen-

schaften, deren er bedurft hätte, um sich als Kaiser zu behaupten. Welche Rolle hätte er spielen können zwischen Österreich und Frankreich? Er wäre alsbald von den Franzosen abhängig geworden, und die Folge wäre gewesen, daß der Kampf der europäischen Großmächte auf deutschem Boden ausgefochten wurde, wie es hundert Jahre später wirklich geschehen ist. Dies wenigstens ist vermieden worden, indem die Kurfürsten am 28. Juni 1519 Karl von Spanien zum römischen Kaiser wählten.

Aber davon abgesehen, kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß diese Wahl für Deutschland ein schweres Unglück bedeutete. Jedermann wußte, daß sie im Keime die Kriegserklärung des Reiches an Frankreich enthielt. Das Programm der spanisch-burgundischen Politik kannte man. Von der burgundischen Seite ging es auf die bekannten Eroberungen, Picardie und Bourgogne, das heißt auf die Zerstörung der französischen Staatseinheit. Und selbst wenn darauf verzichtet wurde, von der spanischen Seite war Mailand das Ziel, das heißt die Zerstörung der französischen Vormacht in Europa. Die Franzosen in Mailand und Genua zu dulden, war dem spanischen König von Neapel auf die Dauer unmöglich, und als römischer Kaiser gewann er einen Rechtstitel auf Mailand, das ein Herzogtum des römischen Reiches war.

Maximilian hatte zeit seines Lebens sich abgemüht, das deutsche Reich in seinen Krieg gegen Frankreich hineinzuziehen. Es war ihm nie ganz gelungen. Die deutschen Reichsstände, Fürsten wie Städte, nahmen an diesen Fragen gar kein Interesse. Sie sahen nur die Lasten,

die ihnen in Form von Geldzahlungen aus dem Kriege erwachsen sollten, sie sahen für sich keinen Gewinn. Es wäre auch schwer gewesen, nachzuweisen, was der Herzog von Sachsen oder Bayern oder die Stadt Frankfurt davon hatte, wenn der Kaiser die Picardie oder Bourgogne gewann, die Franzosen aus Mailand zu weichen zwang oder sich des venezianischen Festlandes bemächtigte. Maximilian wies darauf hin — mit allem Feuer seiner glänzenden Beredsamkeit hat er es wiederholt getan —, daß es gelte, der deutschen Nation ihren Rang unter den Völkern zu sichern, ihr altes Recht zu verteidigen, das die Welschen ihr entreißen wollten. Er meinte das Kaisertum damit, nach dem die Franzosen die Hand ausstreckten. Aber er fand nur laue Hörer unter den Fürsten. In den tieferen Schichten des Volkes mochte man ihm Beifall zollen, in den politischen Kreisen, an den Höfen, in den Ratsstuben blieb das Echo aus.

Die neueren Beurteiler haben sich gespalten. Die einen nehmen die Partei des Kaisers und tadeln die Fürsten, daß sie aus Eigensucht die Interesssen der Nation vernachlässigt hätten. Maximilian ist für sie die Verkörperung des nationalen Gedankens in der auswärtigen Politik. Die andern geben der Opposition recht und bestreiten dem Kaiser die Befugnis, im Namen der nationalen Bedürfnisse zu sprechen, weil diese Schlagworte in seinem Munde nur Vorwand für rein egoistische, dynastische Wünsche gewesen seien. Die zweite Richtung hat insofern unstreitig recht, als man Maximilian I. unmöglich für einen nationaldeutsch gesinnten Herrscher erklären kann. Er verstand es freilich sehr gut — was ver-

ständ dieser hochbegabte, aber innerlich unausgeglichene und haltlose Mann nicht alles! — er verstand es sehr gut, in Deutschland und mit den Deutschen volkstümlich zu sein, aber ein Deutscher war er doch nicht. Im Familienverkehr sprach und schrieb er nur Französisch, am wohlsten fühlte er sich unter den burgundischen und wallonischen Edelleuten in den Niederlanden, und gelegentlich entschlüpfte ihm eine verächtliche Bemerkung über diese viehisch dummen Deutschen *(questi bestiali Tedeschi)*. Auch seine Politik nahm auf die Interessen der deutschen Nation keine Rücksicht, wo es sich um den Vorteil des Hauses Habsburg handelte.

Den Beweis hat er geliefert bei dem Abkommen mit Polen, Ungarn und Böhmen 1515. Da hat er Rechte der Nation geopfert, um seinem Hause Aussicht auf einen Gewinn zu eröffnen. Noch hatten Kaiser und Reich den Frieden von Thorn nicht anerkannt, durch den der Deutsche Orden und Preußen sich Polen unterwarfen. Ohne die Genehmigung des Reiches blieb dieser Friede anfechtbar. Maximilian hat sie 1515 erteilt, als er den Erbanspruch auf Ungarn und Böhmen sich und seinen Nachkommen sichern wollte. Es ist wohl weniges so gewiß wie die Tatsache, daß der Kaiser die Fahne der deutschen Nation und des römischen Reiches nur schwenkte, wenn sie ihm als Deckmantel für eigene dynastische Interessen gute Dienste tat. Die Frage kann höchstens sein, ob nicht die Erhöhung des Kaiserhauses von selbst dem Reich und der Nation zugute gekommen wäre.

Die Stände des Reiches hatten auch dafür keinen Sinn. Von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Was lag

ihnen an größerer Macht des Reiches? Sie hätte mit Opfern an eigenem Gelde und eigener Macht erkauft werden müssen. Denn das war doch vor allem sicher: wurde das Reich stärker, so gewann der Kaiser eine Übermacht über die Fürsten, die mit dem geltenden Recht und allen Überlieferungen in Widerspruch stand. Daß die Fürsten dazu nicht die Hand bieten wollten, versteht sich leicht.

Wir aber dürfen wohl fragen, ob es wirklich ein Gewinn für Deutschland gewesen wäre, wenn die Ziele Maximilians erreicht wurden; wenn der burgundische Staat seinen früheren Umfang wieder erhalten und der Kaiser etwa gar das Venezianische dauernd in Besitz genommen hätte. Das ohnehin kosmopolitische Fürstenhaus, das man kaum mehr unter die deutschen rechnen durfte, im Besitz noch weiterer undeutscher, französischer, italienischer Lande — hätte es Deutschland wohl noch um seiner selbst willen gewürdigt, würdigen können, hätte es nicht vielmehr immer wieder, wie schon Max es 1515 tat, die nationaldeutschen Interessen hintangestellt hinter seine eigenen internationalen Ziele und Bestrebungen?

So versteht man nicht nur die zögernde, ablehnende Haltung der Reichsstände gegenüber dem Drängen des Kaisers, man kann ihr auch eine gewisse sachliche Berechtigung nicht absprechen.

Nun war durch die Wahl von 1519 noch unendlich viel mehr geschehen, als was Max erstrebt hatte: die deutsche Krone war einem Herrscher ausgeliefert, der in Deutschland nur ein Nebenland sehen konnte, wichtig

durch seine geographische Lage als Verbindungsglied zwischen seinen getrennten Herrschaften und als Aufmarschgebiet für den Krieg gegen Frankreich, wertvoll durch die Soldaten, die es stellen konnte, im übrigen aber zu einer dienenden Rolle verurteilt gegenüber den Hauptlanden Spanien, den Niederlanden und Italien. Und dieser Herrscher verfügte zudem über eine Macht, die wirklich gefährlich werden konnte. Hatte man sich schon gegen den Großvater aufgelehnt, weil er zu selbstherrlich zu werden drohte, was sollte nun erst mit dem Enkel werden, der im Notfall seine spanischen Truppen und sein niederländisches Geld in und gegen Deutschland spielen lassen konnte? Es war kein Gespenst der Phantasie, wenn man am Horizont die Gefahr eines ausländischen Willkürregiments in dem freiheitsgewohnten deutschen Reich auftauchen sah.

Die Kurfürsten müssen das wohl gefühlt haben, denn sie suchten sich dagegen zu schützen; aber nur in der naiven Weise, in die der Spießbürger allemal verfällt, wenn er sich in die große Politik verirrt: durch eine Urkunde. Sie wollten dem neuen Kaiser die Hände binden durch eine Wahlkapitulation, in der er versprach, alle Rechte und Privilegien zu achten, seine Regierung, insbesondere seine auswärtige Politik nach dem Rate der Kurfürsten zu führen, seinen Sitz in Deutschland aufzuschlagen, keinen Reichstag außerhalb Deutschlands zu halten, niemand außer Landes vor Gericht zu laden, amtlich nur die deutsche und die lateinische Sprache zu gebrauchen, keine fremden Truppen ins Reich zu bringen, das Reich nicht in fremde Kriege zu verwickeln und end-

lich ein „Reichsregiment“, einen ständischen Regierungsbeirat einzusetzen. Das bedeutete im Grunde nichts anderes, als daß der neue Kaiser von vornherein die Regierung aus der Hand geben sollte. Die Naivität dieses Aktenstückes ist unübertrefflich. Es gesteht unverhüllt die Angst, die man vor dem fremden Kaiser hat, und sucht doch Deckung gegen ihn hinter — einem Pergament. Als ob ein Kaiser sich jemals an derartige Klauseln gebunden haben würde, wo es sein Interesse war und er die Macht hatte, sich darüber hinwegzusetzen!

So ist es denn auch gekommen. Wenige Worte stehen in der Wahlkapitulation, die Karl nicht gebrochen hätte, und die deutschen Stände haben sich schließlich genötigt gesehen, dem Kaiser in offenem Aufstand gegenüberzutreten, um sich von der Fremdherrschaft zu befreien. Das ist ihnen gelungen, aber die dauernden Folgen der Kaiserwahl von 1519 haben sie nicht abzuwenden vermocht. Durch sie ist Deutschland, das unpolitische, ungeeinte, willenlose, hineingezogen worden in den Strudel der europäischen Machtkämpfe, in denen es mit jedem Menschenalter mehr zu der Rolle eines untergeordneten Faktors, eines bloßen Objektes fremder Bestrebungen herabsank. Das ist die Bedeutung des Jahres 1519: was 1477 gesät war, ist damals aufgegangen.

Es hätte aber niemals so verhängnisvoll werden können, hätte nicht im selben Augenblick die schwerste innere Krisis auf geistigem Gebiete begonnen. Das ganze furchtbare Verhängnis, das in der Erhebung des spanisch-burgundischen Karl schlummerte, wird uns klar werden, wenn wir daran gehen, uns zu erinnern, was im geistigen

Leben des deutschen Volkes geschehen war und weiter geschehen sollte zu derselben Zeit, wo durch die Erhebung eines fremden Herrschers auf den deutschen Kaiserthron das Ausland mit seinen Interessen, Bestrebungen und Machtmitteln bestimmenden Einfluß auf das deutsche Schicksal erhielt.

SIEBENTES KAPITEL

Allgemeiner Aufschwung um 1500. — Erwachen des nationalen Bewußtseins. — Die Verfassungskrisis. — Die kirchliche Krisis. — Luthers Auftreten. — Karl V. — Der Reichstag zu Worms. — Das Religionsedikt. — Fortgang der lutherischen Bewegung. — Des Kaisers Schwäche. — Unfähigkeit der Protestanten. — Sieg und Sturz des Kaisers. — Ergebnis des Kampfes. — War die Reformation ein Unglück?

Es ist üblich, bei dem größeren Teil der deutschen Vergangenheit von Zeiten des Verfalls zu reden. Auch vom Beginn des 16. Jahrhunderts hat man das behauptet, und nicht nur wegen der unbestreitbaren Unerfreulichkeit der staatlichen Verhältnisse. Die große Umwälzung auf kirchlichem Gebiet, die mit dem Jahr 1521 einsetzt, galt die längste Zeit allgemein und gilt heute noch vielen als eine Folge und ein Zeichen des Verfalls, ein Ergebnis verrotteter Zustände. Dies Urteil ist unhaltbar. Deutschland stand zu Beginn des 16. Jahrhunderts nichts weniger als im Zeichen des Verfalls. Wer die Dinge unbefangen auf sich wirken läßt, kann sich dem Eindruck eines stetig zunehmenden Aufschwungs nicht verschließen, der um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert einsetzt und in den beiden folgenden Jahrzehnten in einer wirklichen Blütezeit auf vielen Gebieten gipfelt.

Auf dem Felde der Volkswirtschaft ist der gewaltig gestiegene Reichtum unverkennbar. Er ist bereits so sehr angewachsen, daß wir manchen Erscheinungen be-

gegnen, die uns aus neuerer und neuester Zeit als Kennzeichen wirtschaftlicher Übersättigung vertraut sind: Ansammlung von Großkapital, Ringbildung, Spekulation sind um 1500 bekannte und vielbesprochene Erscheinungen. Noch kann sich Deutschland an Wohlstand nicht mit Italien, den Niederlanden oder Frankreich messen, obwohl einzelne Erscheinungen zeigen, daß der Abstand nicht überall sehr groß gewesen sein kann. Auf dem internationalen Geldmarkt zum Beispiel sind die Medici als führendes Bankhaus um 1500 abgelöst worden durch die Fugger von Augsburg. Gewiß darf man sich daraufhin nicht jeden Kaufherrn von Straßburg oder Nürnberg als Millionär denken; gewiß war der Besitz noch sehr ungleich verteilt, gewiß gab es Landschaften und Staaten, die als arm anzusehen waren, und daß nicht jeder seine bürgerliche Nahrung fand, beweist die Leichtigkeit, mit der man im deutschen Reich Söldner werben konnte. An diesem Artikel war eigentlich nie Mangel, ganz anders als in Frankreich, wo die Bevölkerung trotz ihrer größeren Kopfzahl und Dichte keinen ausreichenden Überschuß für militärische Zwecke darbot. Aber im ganzen genommen ist Deutschland doch ein wohlhabendes Land und vor allem ein Land von wachsendem Wohlstand.

Dem Reichtum geht die Bildung zur Seite. Das ist eine verhältnismäßig neue Errungenschaft. Bis zur Gründung von Prag hatte es im ganzen Reich keine einzige hohe Schule gegeben außer denen, die die Bettelorden hie und da für ihre Angehörigen unterhielten und die natürlich nur beschränkten Umfang und entsprechend

beschränkte Wirkung haben konnten. Wissenschaft und höhere Bildung mußte auch der Deutsche sich damals noch in Frankreich oder Italien holen. Vor allem in Frankreich. Die geistige Bildung des deutschen Altertums war von dort her bestimmt gewesen.

So auch die Dichtung. Man weiß, daß die höfische Epik ebenso wie der Minnesang durchaus Nachahmungen, zum großen Teil sogar einfach Übersetzungen französischer Muster sind. Französische Stoffe, oft auch französische Vorstellungen sind es, die da in französischen Formen behandelt werden, und man wird kaum widersprechen dürfen, wenn eine Autorität wie Gervinus geurteilt hat, daß die Nachahmung das Vorbild, zumal in der Lyrik, nicht entfernt erreiche. Das Nibelungenlied bildet in jeder Hinsicht eine Ausnahme.

Erst gegen Ende des 14. Jahrhunderts löst sich der Bann. Mit Eröffnung der Universitäten in Prag (1348) und Wien (1365) verliert Frankreich sein Monopol des gelehrten Unterrichts. Die große Kirchenspaltung von 1378, die bewirkte, daß Deutsche und Franzosen zu verschiedenen Päpsten hielten, vollendete die Emanzipation. Seit der deutsche Geistliche nicht mehr in Paris studieren und lehren konnte, weil er dort als Schismatiker galt, sprossen die deutschen Universitäten aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen: Heidelberg, Köln, Erfurt, Leipzig, Rostock, Freiburg, später Basel, Greifswald, Ingolstadt und Tübingen, zuletzt Wittenberg und Frankfurt an der Oder wetteifern untereinander und mit den altberühmten Schwestern im Welschland. Sie haben sie nicht erreicht, geschweige denn übertroffen, aber sie leisten das Ihre

in vollem Umfang, und sie bewirken durch ihr Vorhandensein, was bei ihrer Gründung gewiß nicht beabsichtigt war: daß die höhere, wissenschaftliche Bildung, trotz ihres kosmopolitischen Schemas und ihrer internationalen Zusammenhänge, doch einen besonderen, man darf wohl sagen nationalen Charakter erhält.

Das gleiche ist der Fall in der schönen Literatur. Der Einfluß französischer Muster ist völlig geschwunden. Die Barbarisierung, die in Frankreich selbst infolge des Hundertjährigen Krieges Platz griff und die Dichtung verstummen ließ, zugleich auch wohl die Verspießbürgerung der deutschen aristokratischen Schicht, die sich seit dem Ende der staufischen Weltpolitik in immer engeren Kreisen bewegte, und endlich das Hervortreten des Bürgertums, das in der Dichtung, im Meistergesang, die Führung ergriff, wirkten zusammen, um Deutschland von der französischen Literatur frei zu machen. Sogar am Hofe Karls IV., der doch selbst noch französisch erzogen war und in Paris studiert hatte, begegnet man bei reger Pflege literarischer Interessen keinerlei französischem Einfluß mehr. Was seit der Mitte des 14. bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts in deutscher Sprache geschrieben und gedichtet worden ist, steht geistig nicht eben hoch, aber es trägt gegenüber den soviel bedeutenderen Schöpfungen des 12. und 13. Jahrhunderts — das Nibelungenlied natürlich immer ausgenommen — den Stempel deutscher Art, ist in der Wurzel national.

Auch von der bildenden Kunst gilt dasselbe. In mächtigem Ansturm hatte die französische Gotik mit ihrer Technik und ihrem Geschmack im 13. Jahrhundert

Deutschland erobert. Auch die Kunst der letzten Jahrzehnte des Mittelalters ist noch gotisch, aber es ist keine französische Gotik mehr. Der Kunstgeschmack hat sich vom Ausland befreit und für das deutsche Empfinden auch einen eigenen deutschen Ausdruck gefunden. Die Kirchen und Rathäuser dieser Zeit legen bis heute das beredteste Zeugnis dafür ab, wie sehr das deutsche Volk in künstlerischen Dingen auf eigenen Füßen zu stehen gelernt hatte. So hat ja schon der junge Goethe das beginnende 16. Jahrhundert die einzige Zeit genannt, „da Deutschland eine eigene vaterländische Kunst zu haben sich berühmen konnte".

Nimmt man alles in allem, so ist das Urteil wohl begründet, daß es noch keine Zeit gegeben hatte, in der das deutsche Geistesleben so sehr sich selbst angehört und so wenig mit fremden Bestandteilen und Einflüssen vermischt die eigentümliche Art des Volkes ausgesprochen hätte, wie die Jahrzehnte, die man das ausgehende Mittelalter nennt.

Zugleich bekommt das Bild einen eigentümlichen Zug, der Deutschland vor andern Ländern auszeichnet. Das ist die erstaunliche Verbreitung geistiger Bildung in weitesten Volkskreisen. Mit den Universitäten sind auch die Mittel- und Volksschulen aufgeblüht, und als die Erfindung des Buchdrucks den Namen der Deutschen zum ersten Male in Verbindung mit einer Großtat der Technik in aller Welt berühmt machte, da war in Deutschland selbst das Mittel gefunden, um auch den weitesten Kreisen die Teilnahme an geistigem Schaffen und geistigen Kämpfen zu eröffnen. Durch diese seine „deutsche

Kunst“ hat das deutsche Volk mit einem Schlage einen Vorsprung vor allen andern, nicht zwar in der Größe und dem Wert seiner geistigen Schöpfungen, wohl aber in ihrer Verbreitung in allen seinen Schichten gewonnen.

Daß es sich hier um ein Erwachen des deutschen Volksgeistes handelt, der von Geschlecht zu Geschlecht Größeres schaffend nach dem höchsten Ausdruck sucht, das beweisen uns die Namen, die zu Beginn des neuen Jahrhunderts in den Annalen deutscher Dichtung und Kunst verzeichnet stehen: Sebastian Brant und Hans Sachs, Albrecht Dürer, Matthias Grünewald und Hans Holbein. Nicht überall ist die gleiche Höhe erreicht worden, aber der kräftige Aufschwung, das neue Leben auf allen Gebieten sind unverkennbar. Ulrich von Hutten hatte recht, wenn er ausrief: „Die Wissenschaften blühen, die Geister wachen auf, es ist eine Lust zu leben!“

In allem spürt man den frischen Zug starken nationalen Selbstbewußtseins. Er weht uns entgegen aus den Schriften der Gelehrten wie aus den Erzeugnissen der Tagesliteratur. Man durchforscht die deutsche Vergangenheit, um zu zeigen, daß die Deutschen ein Volk großer Taten und Leistungen von jeher gewesen sind, allen andern ebenbürtig, ja sogar den Römern überlegen. Hat doch schon Hermann der Herusker römische Legionen geschlagen! Die Zeit und die Politik Maximilians haben wesentlich dazu beigetragen, solche Gedanken zu wecken und zu nähren. Zum ersten Male seit Menschenaltern hatte man wieder Gelegenheit, sich in europäischen Verhältnissen zu bewegen, deutsche Söldner kämpften unter

einem deutschen König in Flandern, Italien, Ungarn, oft siegreich, immer achtunggebietend, und wenn auch das Ergebnis den Anstrengungen nicht entsprach, so hatte man sich doch fühlen gelernt. Man wußte, was man unter günstigeren Umständen können würde. In diesem Boden wurzelt Martin Luthers kernhaftes deutsches Gefühl, aus ihm ist Huttens Entschluß erwachsen, fortan nur noch deutsch zu schreiben.

Das Selbstbewußtsein steigert sich oft zur lächerlichen Selbstvergötterung. Das erste Buch über deutsche Geschichte ist auch eines der chauvinistischsten, die je geschrieben wurden: Jakob Wimpfelings *Epitome rerum germanicarum*. Begreiflich genug: je weniger die Wirklichkeit der hohen Selbsteinschätzung und den großen Erinnerungen entsprach, desto leichter schlug der berechtigte Stolz in eitle Überhebung um.

Notwendig mußte das Mißverhältnis zwischen Ideal und Wirklichkeit in denkenden Köpfen ein tiefes Unbehagen erzeugen. Je mehr man auf die eigene Vergangenheit stolz zu sein und sich des eigenen Wertes zu freuen sich berechtigt glaubte, um so bitterer mußte man es empfinden, daß der Deutsche im Kreise der Nationen so wenig galt. Die Ursache hierfür konnte nicht verborgen bleiben. Ringsum hatten sich die Nachbarn zu fest geschlossenen Staaten gebildet, dem Deutschen fehlte der nationale Staat. Die Reichsverfassung genügte nicht; sie machte das Reich ohnmächtig nach außen und verzehrte die Kräfte im Innern in Fehde und Unfrieden.

Das hatte man schon seit zwei Menschenaltern lebhaft gefühlt, Weiterblickende hatten schon damals die Gefahr

der Fremdherrschaft als letzte Konsequenz dieses Zustands erkannt. Schon 1433 hatte Nikolaus von Cues in seiner *Concordantia Catholica* geschrieben: „Eine tödliche Krankheit hat das deutsche Reich befallen; wird ihr nicht schleunig ein Gegengift gegeben, so wird der Tod unausweichlich eintreten. Man wird das Reich in Deutschland suchen und es nicht mehr finden, und in der Folge werden die Fremden unsere Wohnsitze nehmen und sie unter sich teilen, und so werden wir einer andern Nation unterworfen werden." Das Bedürfnis nach Abhilfe hatte seit den dreißiger Jahren zu Beratungen über eine Reform des Reiches geführt, die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wieder auflebten, ohne ein Ergebnis zu zeitigen. Sie konnten keines haben, weil die Absichten der Verhandelnden einander widersprachen. Für die Fürsten sollte die Reform das Mittel sein, ihren eigenen Anteil an der Regierung des Reiches sicherzustellen und zu vermehren. Aus eben diesem Grunde mußte der Kaiser sie bekämpfen, und auch die Städte waren natürliche Gegner jeder Steigerung fürstlicher Macht, bei der ihre Sonderrechte nur leiden konnten. Einer Stärkung der kaiserlichen Zentralgewalt aber widerstrebten Fürsten und Städte in gleicher Weise. Darum sind die Verhandlungen lange Zeit ganz unfruchtbar.

Anders wurde es erst, als Maximilian sich bewogen sah, auf die Wünsche der Fürsten einzugehen, um die Unterstützung des Reiches für seine europäische Politik zu gewinnen. Aber die Ergebnisse enttäuschten doch sehr. Alles, was zustande kam, war die Einsetzung eines obersten, von den Ständen zu besetzenden Reichsgerichts,

des Reichskammergerichts, das aus Geldmangel nicht in Gang kam, und der Erlaß eines ewigen Landfriedensgesetzes (beides 1495), das auf dem Papier blieb, weil es an ausführenden Organen fehlte.

Es konnte nicht anders sein, als daß die wiederholten, zum Teil erregten Verhandlungen über Verfassungsreform die Erwartungen weckten und die Ansprüche steigerten, und als das Ergebnis enttäuschte, war das Unbehagen um so größer. Es war so, daß mit der bestehenden Verfassung eigentlich niemand zufrieden war: der Kaiser nicht, weil sie ihm keine Machtmittel bot, die Fürsten nicht, weil sie ihnen nicht den entscheidenden Einfluß gewährte, und die Nation nicht, weil das Reich in dieser Verfassung den Vergleich mit den Nachbarnationen nicht aushielt und einer gefährdeten Zukunft entgegenging.

Ungelöst hatte die Regierung Maximilians das Verfassungsproblem hinterlassen. Das Reich, die Nation lebten in einer politischen Krisis, und die Frage war, ob die Tendenzen auf weitere Beschränkung der Zentralgewalt durch ständische Einrichtungen Erfolg haben oder ob es dem Kaiser gelingen würde, sich wieder stärker als früher zur Geltung zu bringen. Karl V. hatte bei seiner Wahl weiter nachgegeben als sein Großvater. Die Tätigkeit des Reichskammergerichts und die Handhabung des Landfriedens wurden gesichert. Vollends mit der Einsetzung eines Reichsregiments, die Karl versprach, hätten die Fürsten über den Kaiser triumphiert. Aber nur politische Kinder, wie die deutschen Fürsten damals waren, konnten glauben, daß der spanisch-burgundische Welt kaiser sich durch eine derartige Zusage gebunden fühlen

werde. Lebte man doch in einer Zeit, wo in der großen europäischen Politik Versprechungen nur gemacht, Eide nur geschworen wurden, um nicht gehalten, und Bündnisse geschlossen wurden, um gebrochen zu werden. Drei Jahre vorher war Machiavellis *„Principe“* erschienen, das Buch, das die praktische Staatskunst der Zeit, wie sie in allen übrigen Ländern außer in Deutschland bewußt geübt wurde, in dogmatische Formeln faßte. Karl V. brauchte das Buch nicht zu kennen, um nach seinen Lehren zu handeln. Ihm so wenig wie irgendeinem Herrscher oder Staatsmann der Zeit hatte Machiavelli etwas Neues zu sagen. Nur die Deutschen ahnten noch nichts davon. Die deutsche Verfassungsfrage mußte darum früher oder später zur Machtprobe zwischen dem Kaiser und den Fürsten werden.

Ungleich tiefer griff eine zweite Krisis, die beim Regierungsantritt Karls V. soeben ausgebrochen war: die religiös-kirchliche. Sie ist keine Besonderheit Deutschlands, das ganze Abendland hat sie erlebt. Aber sie ist in Deutschland zuerst zum Ausbruch gekommen und hat hier am tiefsten und nachhaltigsten gewirkt.

Seit einem Jahrhundert und länger hatte die Kirche ihre frühere Stellung, von der aus sie das ganze Leben, das staatliche sowohl wie das geistige, beherrscht hatte, mehr und mehr eingebüßt. Steigende Laienbildung, erwachende wissenschaftliche Kritik, genährt am Studium des römisch-griechischen Altertums, zunehmende Abhängigkeit des Papstes von den weltlichen Großmächten hatten den alten Respekt vor Kirche und Geistlichkeit untergraben. Daß die Kirche selbst zugab, ja mit Em-

phase verkündigte, reformbedürftig zu sein, daß sie auf drei Konzilien an der Reform arbeitete und doch nichts Wirksames zustande brachte, leitete Wasser auf die Mühlen der Kritik. Als um die Wende des Jahrhunderts das religiöse Bedürfnis stärker wurde, die Ansprüche an den Klerus stiegen, wuchs auch die Unzufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen. Sie paßten nicht mehr, sie genügten nach keiner Richtung. Die Formen des Kultus mit ihrem starken Einschlag von Aberglauben verletzten den aufgeklärten Sinn, die Lebensformen des Klerus empörten das strengere sittliche Empfinden. Den Anspruch der Geistlichen und der Kirche, das öffentliche und private Leben zu beherrschen, wollte man in weitesten Kreisen nicht mehr anerkennen. Das war überall so.

Dazu kam etwas, das nur Deutschland betraf. Die katholische Kirche war bisher eine zentralisierte Monarchie unter dem Papst als absolutem Herrscher gewesen. Von Rom aus wurden die Kirchen aller Länder regiert und nach Bedarf ausgenutzt. In den Reformkämpfen des 15. Jahrhunderts war das für die außerdeutschen Länder stark eingeschränkt worden. In England wie in Frankreich und Spanien und sogar in Italien war die Staatsgewalt imstande gewesen, ihre Interessen nach Maßgabe der Verhältnisse wahrzunehmen. Überall war die Nation in kirchlichen Dingen Herrin ihrer selbst geworden. Von ihr hing es ab, wie viel sie einer auswärtigen Macht, wie es der Papst war, einräumen wollte.

Auch in Deutschland war das erstrebt worden, aber es wurde nicht erreicht, weil es hier an der starken, zentralisierten Staatsgewalt fehlte, die dem Papst mit

dem nötigen Nachdruck hätte gegenübertreten können. Es war wohl auch ein Konkordat (1448) abgeschlossen, das der Ausübung päpstlicher Regierungsrechte Grenzen zog, aber diese Grenzen waren erheblich weiter als in anderen Ländern, und was die Hauptsache war, der Papst betrachtete alles mehr als freies Zugeständnis von seiner Seite und band sich nicht streng daran.

Durch die kirchliche Emanzipation der westlichen Länder waren die Einnahmen der Kurie von dorther zurückgegangen. Es war nur natürlich, daß man Entschädigung anderswo suchte. Man fand sie in Deutschland. Je weniger Frankreich und England zahlten, desto mehr wurde Deutschland herangenommen. Ein beliebtes Mittel dazu waren die Ablaßpredigten. In anderen Ländern wären sie kaum gestattet worden, in Deutschland konnte man die Erlaubnis dazu bei den Landesherren durch Beteiligung am Gewinn erkaufen und tat es gern und oft.

Dieser Zustand wurde stark empfunden. Man sah, wie sehr die Behandlung, die man selbst erfuhr, sich von der Rücksichtnahme unterschied, deren sich andere Länder erfreuten, man übertrieb es wohl auch — sehr natürlicherweise — und man fühlte sich verkürzt, unterdrückt, ausgebeutet. Gegen Rom richtete sich darum am schärfsten das erwachende Selbstbewußtsein der Nation, und mit der allgemeinen Kritik am geistlichen Stande und der Auflehnung gegen seine Vorzugs- und Herrenstellung verband sich die Erbitterung gegen den päpstlichen Hof, in dem man eine fremde Macht erblickte, die das deutsche Volk entrechtete, unterdrückte und ausbeutete. Auf den Reichstagen kehren die Beschwerden gegen den römi-

schen Hof alle Augenblicke wieder. Die *Gravamina nationis germanicae*, „Beschwerungen der deutschen Nation", wurden fast zu einem stehenden Punkt der Tagesordnung, und von den breiten Schichten des Volkes wurden sie mit lauter Zustimmung begleitet. Rom ist der Feind der deutschen Nation, wenn nicht der einzige, so doch der Hauptfeind. In den Schriften Ulrichs von Hutten hat diese Stimmung ihren klassischen Ausdruck gefunden.

Die schleichende Krisis kam offen zum Ausbruch, als am 31. Oktober 1517 der Augustinermönch Martin Luther in Wittenberg mit einem wissenschaftlichen Protest gegen die Ablaßpraxis der Kurie und ihrer Werkzeuge hervortrat. Da zeigte sich bald, wie die Dinge lagen. Der Fall, der doch zunächst eine rein persönliche und akademische Angelegenheit war, erregte sofort das höchste Aufsehen, überall beschäftigte man sich damit, und als die Kurie gegen den Mann das Verfahren wegen ketzerischer Lehrmeinungen eröffnete und er ihr entschlossen den Gehorsam verweigerte, da war Doktor Martinus in kurzem der Held der Nation. Der Streit selbst führte ihn bald weiter, als er hatte gehen wollen. Er wurde genötigt, die letzten Konsequenzen seiner Anschauungen zu ziehen und zu bekennen, daß für ihn die römische Kirche keine Autorität mehr sei, daß ihre gesamten Herrschaftsrechte, ihre hierarchische Ordnung, ja der Unterschied zwischen Priestern und Laien jeder Grundlage entbehrten.

Damit hatte er Ungezählten aus der Seele gesprochen. Seine Erklärung war der Schlachtruf zur Lossagung von Rom. Der entscheidende Augenblick, wo dieses Bekennt-

nis in die Welt hinausging, die Disputation Luthers mit Johann Eck in Leipzig im Juli 1519, liegt nur um wenige Tage entfernt von der Kaiserwahl zu Frankfurt. Als Karl V. gegen Ende des nächsten Jahres auf deutschem Boden erschien, fand er Deutschland in den Anfängen einer kirchlichen Revolution.

Es ist für jedes Volk und zu allen Zeiten ein Unglück, wenn es mit einem anderen, größeren und stärkeren staatlich verbunden wird. Die freie Entfaltung seiner angeborenen Art wird dadurch im günstigsten Fall erschwert, in der Regel gehindert und vielleicht ganz erstickt werden. Besonders verhängnisvoll aber ist eine solche Verbindung in Zeiten der Krisis, wenn Altes überwunden wird und Neues ans Licht drängt. Niemals ist es wichtiger als in solchen Augenblicken, daß das Volk sich entwickeln könne, wie es geschaffen ist, daß es sein Schicksal selbst bestimme, mit einem Wort, daß es frei sei.

Wäre das deutsche Volk im Jahre 1519/20 frei gewesen, so kann man sich ohne viel Phantasie vorstellen, wie die Dinge gelaufen wären. Es hätte sich zunächst, wie immer, gespalten. Ein Teil hätte die Losreißung von der römischen Kirche vollzogen und neue Formen gefunden, ein anderer, der sehr viel kleinere ohne Zweifel, wäre dem alten Wesen treu geblieben. Beide hätten einander nach anfänglichem heftigem Gezänk allmählich dulden und anerkennen gelernt, und die spätere Zukunft hätte entschieden, ob nicht schließlich auch die Minderheit dem Beispiel der Mehrheit folgen würde.

Aber Deutschland war nicht frei. Es hatte sich einen

ausländischen Herrscher zum Kaiser gesetzt, und dieser Herrscher war König von Spanien. Nach Abstammung und Erziehung burgundischer Niederländer, mußte er doch die Interessen seines Hauptreiches Spanien überall voranstellen. Karl V. konnte auch in Deutschland nur mit Rücksicht auf Spanien Politik machen.

Das hatte in jenem Augenblick eine doppelte Bedeutung. In der Verfassungsfrage mußte der neue Kaiser noch viel entschiedener als seine Vorgänger Stellung nehmen gegen die Tendenzen, die in der Reichsreformbewegung zum Ausdruck kamen. Wenn für ihn die deutsche Krone nicht nur eine Last sein, wenn sie seine politischen Pläne fördern sollte, so mußte er danach streben, Deutschland ganz in die Hand zu bekommen. Da mußten ihm die Forderungen der Fürsten nach Mitregierung, Mitbestimmung sogar in der auswärtigen Politik im höchsten Maße hinderlich sein. Wäre er auch nicht die selbstherrliche Natur gewesen, die er war, er hätte doch auf Bekämpfung alles dessen ausgehen müssen, was man in Deutschland als erworbenes Recht reichsständischer Freiheit anzusehen gewohnt und weiter auszugestalten bestrebt war. Karl V. konnte in der Verfassungsfrage nur in undeutschem Sinne regieren wollen.

Noch schroffer war der Gegensatz in der kirchlichen Frage. Persönlich befangen in den Gedankenkreisen der katholischen Reform, die im 15. Jahrhundert Europa beherrscht hatte, durch die ganze Art des spanischen Volkes und alle Überlieferungen des spanischen Staates aufs engste an die Seite der katholischen Kirche gefesselt, konnte Karl V. der religiösen Bewegung, die er in Deutsch-

land vorfand, nur von Grund aus ablehnend gegenüberstehen. Weder für die Auflehnung des deutschen Nationalbewußtseins gegen die Herrschaft Roms noch für die Unabhängigkeit persönlicher Gewissensüberzeugung gegenüber der Autorität der Kirche hatte er das mindeste Verständnis. Aber selbst hätte er es gehabt, er hätte den deutschen Wünschen doch keine Rechnung tragen dürfen um seiner Spanier willen. Der Herrscher des Reiches, das im Kampf für den katholischen Glauben gegen die Mauren entstanden und groß geworden war und in die Fundamente seines Bestehens den Scheiterhaufen der Inquisition eingebaut hatte, der König des Volkes, das noch immer in Kreuzzugsstimmung lebte, konnte sich dem Vorwurf nicht aussetzen, daß er irgendwo die Ketzer gegen die Kirche beschütze und begünstige.

Auf der anderen Seite war doch auch die Stellung Deutschlands gegenüber dem Kaiser nicht gerade schwach. Wenn man nur klar erkannte, um was es sich handelte, und entschlossen und einig vorging, so konnte man die Unabhängigkeit Deutschlands wohl noch retten. Der Kaiser hatte Deutschland doch viel zu nötig. Schon das Versagen der deutschen Kräfte, vollends eine offene Auflehnung, etwa die Aufstellung eines Gegenkaisers, konnte für Karl verhängnisvoll werden. Er sah sich genötigt, die deutschen Bestrebungen zu schonen.

So war die Lage, als Karl V. im Januar 1521 seinen ersten Reichstag in Worms eröffnete. Sogleich platzten die Gegensätze aufeinander. In der Verfassungsfrage verlangten die Fürsten das versprochene Reichsregiment. Der Kaiser, unvorsichtig die Maske lüftend, antwortete:

er wolle nicht für geringer geachtet werden als seine Vorgänger, sondern für höher, weil er mächtiger sei als sie. „So steht denn unser Sinn dahin, daß das Reich nach altem Herkommen nicht viel Herren habe, sondern einen, und der wollen wir sein.“ Schließlich fand man das Kompromiß auf der mittleren Linie: das Regiment wurde geschaffen, aber nur für die Zeit der Abwesenheit des Kaisers und nur für innere Angelegenheiten. Dafür bewilligten die Stände dem Kaiser eine Rüstung, wie er sie begehrte, ein stattliches Heer von 24 000 Mann „zum Romzug“, wie es hieß, in Wahrheit zur Eroberung Mailands und zum Krieg gegen Frankreich.

Schon bei diesem ersten Schritt zeigte sich die politische Unfähigkeit der Fürsten. Wenn sie ihren Gegenspieler durchschauten — und er machte es ihnen leicht genug —, so hätten sie keinen Mann und keinen Groschen hergeben dürfen, um seine Macht noch mehr zu stärken, solange er nicht jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands entsagte, etwa durch Einsetzung eines römischen Königs, der mit unumschränkter Vollmacht für ihn regierte. Aber so weit reichte der politische Blick der Reichsstände nicht. Ihre hergebrachte Uneinigkeit, der alte Gegensatz zwischen Städten und Fürsten tat das übrige: schon nach drei Jahren war Karl imstande, von Spanien aus das Reichsregiment zu sprengen und die Regierung ganz in die eigene Hand zu nehmen. Wenn der Druck seiner Übermacht sich trotzdem nicht so bald fühlbar machte, so hatte man das nur den internationalen Verwicklungen zu danken, die den Kaiser dauernd fesselten.

Wie begrenzt einstweilen seine Macht noch war, zeigte sich am deutlichsten in der Art, wie er die kirchliche Frage zu behandeln genötigt war. Gegen Martin Luther hatte Rom die Exkommunikation ausgesprochen, und Luther hatte die Urkunde öffentlich und feierlich verbrannt. Über den Widerspenstigen hätte nach altem Reichsrecht — es stammte aus der Zeit Friedrichs II. — die Reichsacht verhängt werden müssen. Aber man konnte schon gar nicht mehr wagen, streng nach dem Recht zu verfahren. Denn dieser Mönch stand seit kurzem da als der gefeierte Führer des größten Teiles der Nation im Kampfe gegen Rom. Er hatte im August 1520 eine Schrift erscheinen lassen „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung". Da entwarf er das Programm einer Kirchenreform für Deutschland und forderte die Fürsten des Reiches — das ist der christliche Adel der Nation — zur Durchführung auf. Damit hatte er aller Welt aus der Seele gesprochen. Auch solche, die seine theologischen Lehrmeinungen mißbilligten und vor seiner Auflehnung gegen die Kirche erschraken, waren doch sehr bereit, sich das meiste aus seinen Reformvorschlägen anzueignen und wenigstens auf diesem Felde ein gut Stück Weges ihm zu folgen. So konnten seine Freunde es ohne viel Mühe erreichen, daß entgegen allem geltenden Recht und Brauch der Reichstag beschloß, den von der Kirche verurteilten Ketzer noch einmal zu verhören, ehe er ihn preisgab. Das war an sich schon eine revolutionäre Neuerung. Das Reich selbst war sozusagen auf dem Wege, lutherisch zu werden.

Jedermann weiß, wie das Verhör verlief. In stand-

hafter Überzeugungstreue verweigerte Luther den geforderten Widerruf. Er verschmähte es aber auch, sich dem Urteil eines Konzils zu unterwerfen, weil auch ein solches nach seiner Überzeugung nicht die letzte Autorität sei. Damit hat er eine vielversprechende Möglichkeit verscherzt. Hätte er es über sich gewonnen, die Konzilsentscheidung anzurufen, er wäre als unbestrittener Sieger aus dem Verhör hervorgegangen. Der Kaiser selbst, im Konzilsglauben erzogen, hätte ihm zugestimmt, und die Stände des Reiches hätten ihn auf den Schild erhoben. Mit der Entscheidung des Konzils hätte es gute Wege gehabt. In keiner Frage waren ja die europäischen Mächte so uneins wie in dieser, die damals schon seit siebzig Jahren ungelöst auf der Tagesordnung stand, und vor allem der Papst hätte alles getan, was er konnte, um der Berufung eines Konzils aus dem Wege zu gehen. Luthers Lehre hätte also Zeit gehabt sich auszubreiten. Trat dann eines Tages das Konzil doch zusammen, so war es gewiß zu spät, die eingewurzelten Neuerungen auszurotten.

Man möchte Luther zürnen, daß er das nicht erkannte und benutzte. Aber er war kein Politiker, ihm war es nur um das Recht seiner persönlichen Überzeugung zu tun, und man kann von keinem Menschen verlangen, daß er anders handle, als er ist. Aber auch so war es schon deutlich genug, wie die Dinge lagen. Der Kaiser, der schon am 19. April, unmittelbar nach dem Verhör, zur Wahrung seines persönlichen Standpunktes eine feierliche Erklärung erlassen hatte, er werde die Reinheit des Glaubens schützen wie seine Väter — der Kaiser sah

sich dennoch außerstande, sogleich gegen den hartnäckigen Ketzer einzuschreiten. Erst am 26. Mai, als schon die meisten Reichsstände abgereist waren, wagte er es, den Achtspruch gegen Luther und seine Anhänger unter Verbot seiner Lehre und Schriften ausgehen zu lassen, der schon seit dem 8. Mai in der Kanzlei fertiggestellt war. Der Grund war, daß man den Widerspruch des Reichstags oder wenigstens einer starken Minderheit, wenn nicht gar Unruhen und gewaltsame Anschläge befürchtete. So ist das Wormser Edikt zustande gekommen: nicht auf geradem Wege, offen und ordnungsmäßig, sondern heimlich und erschlichen.

Mit seiner Ausführung hatte es denn auch seine besondere Bewandtnis. Luthers Person war in Sicherheit gebracht worden, und wie es im übrigen damit gehalten werden sollte, hing von den örtlichen Gewalten ab. Diese aber wandten sich in ihrer überwiegenden Zahl der neuen Richtung zu. Statt die Bewegung zu ersticken, hat das Wormser Edikt ihr vielmehr erst eigentlich zum Durchbruch verholfen. 1521/22 beginnt überall in Deutschland die praktische Reform, wie Luther sie in seiner Schrift an den christlichen Adel gefordert hatte: der Sturz der kirchlichen Obrigkeiten, die Einziehung der Kirchengüter, die Abschaffung des Zölibats und des Meßopfers.

Der Kaiser aber mußte machtlos zusehen. Ihm waren die Hände gebunden durch den Krieg gegen Frankreich, der mit jedem Jahr größeren Umfang annahm. Jetzt konnte er die Unterstützung Deutschlands nicht entbehren. Da verbot sich jedes schroffe Vorgehen, jede Ver-

letzung des Volksempfindens von selbst. Kam es doch schließlich so weit, daß Karl sich genötigt sah, gegen den Papst selber als den Bundesgenossen Frankreichs Krieg zu führen. Wie wertvoll war ihm da der Groll der Deutschen gegen Rom! Noch nie hatte die Söldnerwerbung besseren Erfolg gehabt als damals (1526), wo die Losung ausgegeben wurde: es geht gegen den Papst! Als die deutschen Landsknechte zu Ostern 1527 Rom erstürmten, da hatte Karl V. gesiegt. Der Friede von Cambrai (1529) machte ihn zum Herrn Italiens, die Gegner waren aus dem Felde geschlagen, der Kaiser triumphierte.

Nun sollte Deutschland an die Reihe kommen. In der Not des Kampfes hatte man es sich selbst überlassen müssen. Man hatte es sogar geduldet, daß im Augenblick der höchsten Spannung, 1526, der Reichstag zu Speier jedem Reichsstand ausdrücklich anheimstellte, in der Kirchenfrage sich nach dem Gebot des eigenen Gewissens zu verhalten: „wie man es vor Gott und Kaiserlicher Majestät zu verantworten gedächte“. Das hieß, in aller Form die Kirche zur Landesangelegenheit machen.

Karl gedachte nicht, das für immer zu dulden. Von allen religiösen Motiven abgesehen, er wäre ja nicht mehr Herr in Deutschland gewesen, wenn die Entscheidung in der Kirchenpolitik nicht bei ihm gelegen hätte, sondern jeder Stand sich in dieser Frage für souverän hätte halten dürfen. Verfassungsfrage und kirchliche Frage fielen hier in eins zusammen. Mit dem festen Vorsatz, dem ein Ende zu machen, kehrte Karl im Jahre 1530 nach Deutschland zurück.

Schon im Vorjahr hatte sich die Wendung angekündigt. Der Reichstag zu Speier, 1529, hatte unter dem Druck des kaiserlichen Willens die Ausführung des Wormser Ediktes zur Pflicht gemacht, aber mit dem Erfolg, daß eine Anzahl der angesehensten Stände dagegen Protest einlegte, daß in dieser Frage durch Stimmenmehrheit entschieden werde, da man drei Jahre zuvor einstimmig das Gegenteil beschlossen hatte. Die „Protestierenden“ — von ihnen schreibt sich der Name Protestanten her — hatten schon die letzten Konsequenzen ins Auge gefaßt, und als auch der Reichstag zu Augsburg, 1530, keine Einigung brachte, schlossen sie sich zu Ende des Jahres im Schmalkaldener Bund zur Verteidigung ihres Standpunktes zusammen. Der Kaiser schien entschlossen, Ernst zu machen und Gewalt anzuwenden, die Protestierenden ebenso, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. So standen die Parteien einander gegenüber, die Hand am Degenknauf.

Und doch hat es noch sechzehn Jahre gewährt, bis es zum entscheidenden Waffengang kam.

Wir brauchen hier nicht zu erzählen, wie dieses Zögern sich erklärt. Die Hauptursache ist nach wie vor die auswärtige Gebundenheit des Kaisers. Er sieht sich dauernd in einen Zweifrontenkrieg verwickelt. Der Krieg gegen Frankreich lebt wieder auf, und dazu kommt seit 1526 der Krieg gegen die Türken.

In der Schlacht bei Mohács war am 29. August 1526 das ungarische Reich zusammengebrochen, der König Ludwig hatte den Tod gefunden. Er war kinderlos gewesen, und so trat der Erbvertrag von 1515 in Kraft, des Kai-

sers Bruder Ferdinand wurde König in Böhmen und Ungarn. Ein Machtzuwachs für das Haus Habsburg, ohne Zweifel, aber schwer belastet mit der Hypothek der türkischen Nachbarschaft. Die Türkengefahr, die bisher mehr aus der Ferne gedroht hatte, rückte nun dicht heran. Schon das Jahr 1529 sah den Feind vor Wien, in den folgenden Jahren ward Ungarn die Beute der türkischen Eroberung. Habsburg mußte sich den einen Teil seiner Erbschaft erst erkämpfen, wenn es nur im Besitz von Österreich sicher bleiben wollte.

Unter solchen Umständen konnte man die Unterstützung der Deutschen unmöglich entbehren. Es ging nicht an, gleichzeitig den Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln. Die doppelten äußeren Gefahren nötigten Karl, in Deutschland sehr vorsichtig aufzutreten. Er gewährte Duldung, Aufschub, ließ disputieren, suchte hinzuhalten und Zeit zu gewinnen. Er nahm es hin, daß die Gegner, die Protestierenden, sein Haus (1534) aus Württemberg vertrieben. Sein Absehen war allein darauf gerichtet, zu verhindern, daß der Bund weiter wachse. Erst sollen die auswärtigen Schwierigkeiten gehoben sein, dann wird er sich der deutschen Frage zuwenden.

Es ist kein Zweifel — schon die Zeitgenossen erkannten es —, daß die Protestanten es gar nicht verstanden haben, diese Gunst der Lage auszunützen. Bei festem Zusammenhalt und entschlossenem Vorgehen hätten sie den Kaiser, wie man sagt, an die Wand drücken können. Dazu bedurfte es nicht einmal der Verbindung mit dem Ausland, an der man Anstoß nehmen könnte. Auch ohne das waren sie stark genug. Ihre Partei wuchs beständig durch den

Hinzutritt neuer Glaubensgenossen. Es wäre nur nötig gewesen, sie fest zu organisieren und dauernd schlagfertig zu erhalten. Sie haben es nie fertiggebracht, weil ihnen die elementarste politische Klugheit fehlte. Sie sahen weder die ganze Gefahr, noch wollten sie die Mittel, ihr zu begegnen. Da zeigte sich die ganze politische Minderwertigkeit der deutschen Fürsten, das Produkt der Kleinstaaterei. Wo sie mit einem Staatsmann von europäischem Schnitt zu tun bekommen, wie es Karl V. war, da machen diese Kirchturmspolitiker jämmerlich Fiasko. Daß von den Untertanen, den Geistlichen und Gelehrten nicht mehr verlangt werden kann, versteht sich. Sie alle haben den Kaiser nie durchschaut, ja sie sind ihm geradezu ins Netz gegangen. Am meisten gilt das von dem, den man mit Vorliebe als den politischen Kopf unter ihnen rühmt, Philipp von Hessen. Es ist bekannt, wie er durch den Schmutz seines Privatlebens, die berüchtigte Doppelehe, vom Kaiser abhängig wurde. In der Angst vor der Strafe, die er reichlich verdient hatte, warf er sich dem Kaiser in die Arme und gab sich dazu her, die Politik seiner Genossen in ängstlicher Liebedienerei zu durchkreuzen, wo doch alles darauf ankam, geschlossen und mutig vorzugehen.

Man wünschte sich wohl die Zeit, länger bei diesem Bilde zu verweilen. Mutet es doch in vielen Zügen an wie ein Gemälde aus jüngsten Tagen. Niemals früher waren die Enge des Gesichtskreises, die Kleinlichkeit der Gesinnung, dabei die zänkische Eigenrichtigkeit und querköpfische Rechthaberei angesichts großer, ewiger Pflichten und Möglichkeiten abstoßender hervorgetreten. Wer den

politischen Charakter der Deutschen des 16. Jahrhunderts — und leider nicht nur des sechzehnten! — kennenlernen will, der studiere die Geschichte des Schmalkaldischen Bundes! Ererbte Eigenschaften erscheinen hier gesteigert durch das neue Moment der freien individuellen Überzeugung in Glaubenssachen. Seit man es gelernt hat, in den letzten und wichtigsten Fragen nur das Wort Gottes und das eigene Gewissen zu hören, war die Neigung, sich anderen unterzuordnen, um gemeinsamer Ziele willen besondere Wünsche hintanzusetzen, wenn sie je bestanden hätte, völlig gewichen. Ein jeder kannte und suchte nur die eigene Sicherheit, den eigenen Vorteil; was aus den andern wurde, war gleichgültig. Daß nur gemeinsame Verteidigung unter gegenseitigen Opfern auch den Einzelnen retten konnte, wurde nicht begriffen.

Ein Glück, daß der Gegner diese innere Schwäche lange Zeit nicht durchschaute. Aber für immer konnte sie ihm doch nicht verborgen bleiben. Als die Schmalkaldener, unter dem Druck des geängstigten Landgrafen von Hessen, es nicht wagten, den Herzog von Cleve-Geldern, der gegen den Kaiser Rückhalt zur Behauptung seines Landes suchte, in ihren Bund aufzunehmen, und als sie darüber sogar die Verbindung mit England verloren (1540/41), da erkannte Karl, wie er selbst in seinen Denkwürdigkeiten schreibt, daß es nicht schwer, ja daß es eigentlich sehr leicht sein werde, mit ihnen fertig zu werden.

Von jetzt ab ändert er seine Haltung. Hat er bisher die Deutschen durch halbe Zugeständnisse zu beruhigen gesucht, um zunächst nach außen Herr der Lage zu werden, so macht er es von jetzt an umgekehrt. Er vertagt die

auswärtigen Streitfragen, schließt mit Frankreich den Verständigungsfrieden von Crépy 1544, erkauft von den Türken einen Waffenstillstand und sammelt alle Kräfte zur Niederwerfung der Protestanten. Im Jahre 1546 holt er zum Schlage aus. Wegen Ungehorsams und Landfriedensbruchs werden die Führer des Schmalkaldischen Bundes geächtet.

Wir verfolgen die militärischen Operationen nicht. Man weiß ja, wie die politische Unfähigkeit der Protestanten zu ihrer vollständigen Niederlage führte, wo ihnen eigentlich der Sieg so gut wie sicher war. Als in der Schlacht bei Mühlberg am Ostersonntag 1547 der Kurfürst von Sachsen von den Spaniern gefangen genommen war und Philipp von Hessen sich bald darauf freiwillig stellte, da war Karl V. Sieger in Deutschland und über Deutschland.

Er konnte jetzt die innerdeutschen Dinge nach seinem Willen ordnen. Mit all seiner großen Macht ist es ihm doch nicht gelungen. Die willkürliche Art, wie er die kirchliche Frage behandelte und zugleich die Fürsten seine Überlegenheit fühlen ließ, die Rücksichtslosigkeit, mit der seine Regierung sich täglich mehr als ein Regiment von Spaniern in Deutschland enthüllte, und schließlich die unzweideutige Absicht, die Verbindung mit Spanien durch Übertragung der Kaiserkrone auf seinen Sohn Philipp zu verewigen, führten zum Aufstand deutscher Fürsten unter Führung des Kurfürsten Moritz von Sachsen. Mit knapper Not entging der Kaiser selbst im April 1552 in den Tiroler Bergen der Gefangennahme. Die Herstellung der kaiserlichen Selbstherrschaft war gescheitert.

Aber der Preis war hoch. Nicht mehr aus eigener Kraft war es den Deutschen möglich gewesen, das, was sie jetzt „die viehische spanische Servitut" nannten, abzuschütteln. Man hatte ausländische Unterstützung nötig gehabt und sie erkaufen müssen. Im Vertrage von Chambord (15. Januar 1552) hatten Moritz und seine Verbündeten dem französischen König ihre Zustimmung zur Annexion von Metz, Toul und Verdun gegeben. Gleichzeitig mit ihrer Erhebung erfolgte der französische Handstreich. Metz, die Pforte zum Mittelrhein, war französisch, ehe man sich's versah. Umsonst suchte Karl das Geschehene rückgängig zu machen. Als seine Armee im Spätherbst 1552 in den Schützengräben vor Metz zugrunde ging, ohne die Festung nehmen zu können, da war er geschlagen und besiegt. Tief enttäuscht und verbittert räumte er das Feld und zog sich mehr und mehr von den Geschäften zurück, bis ihn schließlich körperliches Leiden und die Schwermut eines verfehlten Lebens ins Kloster trieben. Deutschland hatte er längst sich selbst überlassen.

Was man von Anfang an bei klugem, festem und vor allem einigem Vorgehen hätte haben können, das hatte man nun nach langen Kämpfen und unter schweren Verlusten erreicht. Die Entwicklung der deutschen Dinge blieb in den gewohnten Bahnen, die Wendung zum Einheitsstaat, die mit der Thronbesteigung Karls einzutreten schien, war aufgegeben. Der Kaiser war wieder in die Rolle zurückgedrängt, die er vor einem Jahrhundert gespielt hatte, und die Selbständigkeit der Landesfürsten und Reichsstädte fand keine Schranken mehr.

Dem entsprach auch die Art, wie die kirchliche Frage jetzt gelöst wurde. Wenn wir von den Vorbehalten und Deklarationen absehen, die den Augsburger Religionsfrieden von 1555 umgeben, und uns nur an die Hauptsache halten, so bestimmt er, daß in kirchlichen Dingen der Landesherr maßgebend ist und nicht das Reich. Jeder Stand des Reiches kann seine Konfession wählen. Oder anders ausgedrückt: die Landeshoheit, die schon längst die Polizei, das Gericht, das Heerwesen, die Finanzen umfaßt, wird jetzt auch auf die Kirche in vollem Umfang ausgedehnt.

Das lag unzweifelhaft in der Richtung, die die Entwicklung der Dinge in Deutschland seit dem 13. Jahrhundert eingeschlagen und festgehalten hatte. Es war, wenn man will, ein letzter Schritt zur Auflösung der Staatseinheit des Reiches. Man kann das wohl beklagen. Wenn wir uns die Geschichte wünschen dürften, wie sie unseren Bedürfnissen entspräche, so würden wir sagen: das Umgekehrte wäre unter mehr als einem Gesichtspunkt besser gewesen. Ein dauernder Sieg Karls V. hätte die Einheit des Reiches im Innern gestärkt, seine Macht nach außen wieder hergestellt und damit die ernsten Gefahren verscheucht, die der Nation in Ost und West mehr als je drohten. Mancher wird finden, daß, wenn es sich um Wiederherstellung staatlicher Einheit handelte, auch die Unterdrückung des Protestantismus in Kauf hätte sollen genommen werden.

Die große Frage ist nur, ob das möglich war. In Deutschland hätte es niemand gewollt, alles, ohne Unterschied der Konfession, hätte sich dagegen aufgelehnt. Nur

ein landfremder Herrscher konnte noch auf derartige Pläne verfallen. Auch die Fürsten und Stände, die aus Überzeugung an der alten Kirche festhielten, haben keineswegs gefordert, daß die anderen durch Zwang zur Umkehr genötigt würden. Bayern, das von Anfang an unerschütterlich auf der katholischen Seite stand, ist doch weit davon entfernt gewesen, die gewaltsame Bekehrungspolitik des Kaisers mitzumachen. Es gehörte sogar wiederholt, aus rein politischen Motiven, zur Opposition. Der Verlauf der Ereignisse bestätigt also, was wir vorhin sagten: wäre das deutsche Volk sich selbst überlassen geblieben, so hätte es sich sehr bald, vielleicht schon 1530, endgültig auf der Linie der Parität und Toleranz zusammengefunden, die seiner Natur und seinen staatlichen Zuständen entsprach. Daß das so lange verhindert wurde und schließlich auch nur unvollkommen gelang, ist dem fremden Herrscher zuzuschreiben, dessen außerdeutsche Interessen allerdings etwas anderes wünschenswert machten. Ein vollständiger Sieg Karls wäre darum auch nur möglich gewesen in der Form einer vollständigen Unterwerfung Deutschlands unter Spanien; und daß um diesen Preis die staatliche Einheit zu teuer erkauft worden wäre, wird wohl niemand bestreiten. Denn welchen Wert hätte die Staatseinheit gehabt, wenn das deutsche Volk in ihr nicht mehr sich selbst hätte treu bleiben dürfen?

Insofern muß man zugestehen, daß der Sturz Karls V. ein Glück und eine Notwendigkeit war, wenn die deutsche Art sich weiterhin entwickeln, das heißt wenn das deutsche Volk in geschichtlichem Sinn am Leben bleiben sollte.

Dagegen gibt es keine verkehrtere Behauptung als die

oft gehörte, das Auftreten Luthers und die durch ihn erzeugte Glaubensspaltung habe die Auflösung des Reiches herbeigeführt oder beschleunigt. Kehrt man den Satz um, so wird er richtig: weil das Reich schon halb aufgelöst war, konnte eine dauernde konfessionelle Spaltung entstehen. Wären die Landesstaaten nicht schon so mächtig und unabhängig gewesen, so wäre in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern die kirchliche Frage in einheitlicher Weise gelöst worden. Weil aber die Stände des Reiches schon einen so hohen Grad von Unabhängigkeit und Macht erlangt hatten, war schließlich auch Kaiser Karl nicht imstande, die Einheit des Glaubens zu erzwingen.

Bestehen bleibt nur das eine: durch die Ereignisse von 1517 und später ist zu den mancherlei Spaltungen, die bis dahin schon den Körper der deutschen Nation zerrissen — den Stammesunterschieden, der politischen Zersplitterung und den ständischen Gegensätzen — auch die schlimmste aller Entzweiungen hinzugekommen, die konfessionell-religiöse. Nichts hat seitdem die deutsche Geschichte stärker bestimmt als dieser Gegensatz der religiösen Bekenntnisse. Er wirkt bis auf den heutigen Tag, ja er hat in neueren Zeiten vorübergehend an Schärfe zugenommen. Wie unheilvoll das auf unser nationales Schicksal gewirkt hat, weiß jeder.

Ist es angesichts dessen nicht berechtigt, wenn man, ganz abgesehen von persönlicher Zugehörigkeit zur einen oder anderen Partei, lediglich vom Standpunkt der nationalen Interessen die Entstehung des Zwiespaltes beklagt und den, der ihn heraufbeschwor, für einen Mann des Unheils hält?

Ich glaube dieser Frage nicht ausweichen zu dürfen, wenn auch die Antwort, die ich zu geben habe, nur eine persönliche Ansicht sein kann, die nicht den Anspruch auf objektive Geltung erhebt.

Mir scheint, man wird auch hier darauf verzichten müssen, den Verlauf der Ereignisse korrigieren zu wollen, sei es auch nur in Gedanken. Es gilt vielmehr, ihn zu verstehen. Solche Vorgänge, wie die deutsche Reformation einer ist, spielen sich nach innerer Notwendigkeit ab, und insbesondere bei Luther hat man wie bei wenigen Menschen den Eindruck: er handelte, wie er mußte. Das eben ist das sittlich Große an ihm, das Achtung und Ehrfurcht heischt. Eher könnte man das deutsche Volk anklagen, weil es nicht die Kraft fand, den entstandenen Zwiespalt in der einen oder anderen Form zu überwinden. Aber auch diesem Vorwurf gegenüber gälte derselbe Einwand: auch das deutsche Volk konnte nicht anders, es mußte handeln, wie es war. Und wenn irgendwo, so spiegelt sich in der Geschichte der Reformationszeit der Charakter unseres Volkes, mit seinen Vorzügen und seinen Schwächen.

Ja, es mußte wohl so kommen, und vor der Einsicht dieser Notwendigkeit verstummen Vorwurf und Wunsch.

Sieht man nun aber die Dinge, wie sie einmal sind, als Ergebnis innerer Notwendigkeit, so entdeckt man bald, daß sie doch nicht nur zu beklagen sind. Die konfessionelle Spaltung, die Notwendigkeit des Zusammenlebens und der Auseinandersetzung mit Andersgläubigen hat dem deutschen Volksgeist eine Tiefe und einen inneren Reichtum gegeben, den andere Völker nicht kennen. Wer

diesen Trost nicht gelten lassen wollte, weil er auf dasselbe hinausliefe, wie wenn man den unheilbar Kranken um die innere Läuterung beneiden wollte, die er seinem Leiden verdanke — der Kranke wird im Gegenteil immer den Gesunden beneiden —, dem möchte ich etwas anderes zu erwägen geben.

Religion ist der letzte und tiefste Ausdruck des Seelenlebens. Darum hat ein jedes Volk seine eigene Religion, die seiner seelischen Art entspricht. Auch von dem scheinbar so uniformen Katholizismus gilt das. Er ist in Deutschland ein anderer als in Spanien und Unteritalien, in Frankreich ein anderer als in Nordamerika. Glücklich das Volk, dem es das Schicksal erlaubt, sich seine Religion ganz frei, nach seiner innersten Art zu wählen! Es wird dabei am besten gedeihen, seine Kräfte und Fähigkeiten am vollstėn entfalten können. Nun ist es eine Tatsache, die niemand übersehen kann, daß alle größeren Schöpfungen, mit denen das deutsche Volk seit der Reformation am Kulturleben der Welt in eigentümlicher Weise, Neues schaffend und neue Impulse gebend, teilgenommen hat, aus dem protestantischen Volksteil hervorgegangen sind. Was die Welt als deutsche Kultur kennt, das ist im wesentlichen protestantischen Ursprungs, ungeachtet der großen Zahl deutscher Katholiken. Nichts wäre verkehrter als daraus zu folgern, daß der Katholizismus an sich minderwertig sei. Bei Franzosen und Italienern ist es ja umgekehrt, da stammen die großen Taten sämtlich aus dem katholischen Volksleben. Es kann also wohl nicht anders sein, als daß für die eigentümliche Art des deutschen Geistes die prote-

stantische Religionsform die geeignetere, die passendere ist, um seine Kräfte zu wecken und zu entwickeln und ihn zum Höchsten zu befähigen. Die Ausnahme, die die Tonkunst zu bilden scheint, bestätigt nur die Regel. Sie lebt allein vom Gefühl, darum ist ihre Sprache erhaben über alle Gegensätze des Denkens und Wollens. Der deutsche Gedanke aber und das deutsche Gewissen sind von Natur protestantisch.

Sieht man die Dinge so an, so erkennt man wohl, wie notwendig es in einem noch höheren Sinne war, daß ein großer Teil der deutschen Nation sich von Rom losriß und seinen Weg ins Jenseits auf eigene Hand suchte. Es war notwendig, und es war ein Gewinn — trotz allem.

ACHTES KAPITEL

Der Sieg des Fürstentums. — Der Religionsfriede. — Die Gegenreformation. — Eingreifen Spaniens. — Die Kaiserwahl Ferdinands II. — Das pfälzisch-böhmische Abenteuer. — Der Krieg in Deutschland. — Des Kaisers Sieg. — Gustav Adolf. — Frankreichs Eintritt in den Krieg. — Der Westfälische Friede. — Deutschland 1648.

Der Friede von Augsburg hatte ein doppeltes Ergebnis festgestellt: den Sieg des Fürstentums über den Kaiser sowohl in der Verfassungsfrage wie in der Kirchenfrage. Deutschland blieb das Land der staatlichen Dezentralisation, man kann auch sagen der staatlichen Auflösung, und es blieb das Land der kirchlichen Zwiespältigkeit. Aus dem Kampfe um die maßgebende Stellung im Reich, der die ganze Regierungszeit Karls V. erfüllt hatte, war das Fürstentum nicht nur als Sieger in der Verteidigung hervorgegangen, insofern die Versuche des Kaisers, sich zum wirklichen Herrscher zu machen, abgeschlagen waren, es hatte auch einen ganz beträchtlichen Machtzuwachs eingeheimst. In allen Territorien, evangelischen wie katholischen, ist der Fürst Herr über die Kirche geworden. Wo die Reformation angenommen wird, ist das handgreiflich: die evangelischen Kirchen sind überall Landeskirchen, ihre Geistlichen sind Staatsbeamte. Dazu kommen die Einziehungen von Kirchengut, die natürlich die Macht des Landesherrn beträchtlich steigern. Aber auch in den katholischen Gebieten ist der

Fürst in kirchlichen Dingen maßgebend geworden, weil ohne ihn die Kirche sich gar nicht halten könnte.

Dem entspricht es, daß der Kaiser in den folgenden zwei Menschenaltern weniger als je zu bedeuten hat; die Kaiser aus dem Hause Habsburg nach 1555 sind trotz ihres größeren Landesstaates — der Hinzutritt von Böhmen zu Österreich machte sie an Quadratmeilen und Volkszahl allen anderen noch viel mehr überlegen als früher — kein maßgebender Faktor. Sie sind in beständiger Not infolge des Kampfes um Ungarn, das sie nur zum kleinsten Teil besitzen und wo sie von den Türken bedroht werden. Schwerlich hätten sie sich halten können ohne die wiederholte Hilfe des Königs von Spanien. So kommt es, daß das Kaisertum die Führung wieder so vollständig verliert wie zu den Zeiten Friedrichs III., nur daß die Fürsten jetzt nach ihrer größeren Macht und aus dem Bedürfnis ihrer konfessionellen Sonderinteressen eine bedeutend tätigere Politik betreiben, namentlich im Ausland. Dieses selbständige Auftreten von Hessen, Sachsen, Brandenburg, vor allem aber von Kurpfalz, an den auswärtigen Höfen, in Frankreich, England, den Niederlanden, in Skandinavien und Polen, neben der kaiserlichen Politik einherlaufend oder sie durchkreuzend, ist eine neue Erscheinung.

Es ist eine Folge der kirchlichen Spaltung. Aber keine notwendige. Mit dem Friedensschluß von 1555 hätte Deutschland sich vollkommen begnügt, wäre es sich selbst überlassen geblieben. Soweit es auf Deutschland allein ankam, hätte 1555 den Abschluß der Epoche von 1519 bilden können. Daß es nicht so kam, daß der Kampf

nach einiger Zeit wieder aufgenommen wurde, war durchaus dem erneuten und beständigen Eingreifen auswärtiger Mächte zuzuschreiben.

Der Religionsfriede hatte festgesetzt, daß jeder Reichsstand seine Konfession wählen und damit zugleich über die Konfession seiner Untertanen bestimmen dürfe. Eine Ausnahme wurde für die geistlichen Reichsstände gemacht, das heißt für die Bischöfe, Äbte und Äbtissinnen. Diesen sollte der Übertritt zum neuen Glauben verboten sein. Das war der sogenannte „geistliche Vorbehalt". Die Protestanten hatten ihn nicht anerkannt und ihren Widerspruch gegen das Ganze erst aufgegeben, als ihnen der Kaiser in einer persönlichen Erklärung, der „kaiserlichen Deklaration", zusicherte, daß in den geistlichen Territorien die Landstände das Recht des Übertritts zum evangelischen Bekenntnis haben sollten. Danach konnten Edelleute, Ritter und Städte in einem Bistum oder Klostergebiet protestantisch werden, während der Fürst katholisch bleiben mußte. Der Ausbreitung des Protestantismus stand also auch da nichts im Wege.

Das war aber nur ein Zugeständnis des derzeitigen Kaisers, kein Reichsgesetz, also von zweifelhafter Geltung und Dauer. Die Protestanten hatten sich damit begnügt, in dem Gefühl, daß sie auch so schon die Stärkeren seien. Das waren sie in der Tat. Wir haben aus den folgenden Jahren, 1557—59, Zeugnisse von venezianischen Gesandten, die darin übereinstimmen, daß in Wirklichkeit neun Zehntel von Deutschland schon protestantisch seien und daß es nur eine Frage der Zeit sei, so werde das ganze Land dem neuen Glauben gehören.

Tatsächlich hat man sich zunächst auch an den geistlichen Vorbehalt nicht gekehrt, soweit der Einfluß der protestantischen Fürsten reichte. Er war in Norddeutschland unbestritten, es gab dort keine katholische Dynastie mehr, und so wählte denn ein norddeutsches Bistum nach dem anderen einen protestantischen Prinzen zum Bischof. Wenn der auch die Weihe nicht empfing, so regierte er doch als „Administrator" sein Fürstentum. Auf diese Weise wurden die Bistümer zu Sekundogenituren benachbarter Fürstenhäuser — für diese ein weiterer Zuwachs an Macht. Im Jahre 1577 war es so weit, daß in ganz Norddeutschland nur noch Hildesheim von dieser Regel eine Ausnahme bildete.

Aber damals hatte der Protestantismus schon den Gipfel seiner Macht überschritten, die katholische Gegenbewegung hatte begonnen. 1573 setzte sich Fürstabt Balthasar von Dernbach in Fulda über die kaiserliche Deklaration hinweg und zwang die evangelische Ritterschaft seines Stifts zur Rückkehr in die katholische Kirche, 1574 folgte Erzbischof Daniel Brendel von Mainz im Eichsfeld diesem Beispiel, und 1575, bei der Wahl Rudolfs II., wurde die kaiserliche Deklaration nicht erneuert. Die „Gegenreformation" hatte begonnen.

Von Deutschland ist das nicht ausgegangen; einer fremden, ausländischen Missionstätigkeit war es zu verdanken, der Arbeit des spanischen Jesuitenordens und der römischen Kurie. In der ganzen Welt ist damals der Kampf der katholischen Kirche um die Wiedereroberung der verlorenen Gebiete im Gange. Seine Entscheidung fällt in dem Kriege zwischen der spanischen Krone und

den aufständischen Niederlanden, in dem die Nachbarstaaten eingreifen und England schließlich den Ausschlag gibt. 1572 beginnt der Aufstand der Provinzen, 1581 erfolgt ihre formelle Lossagung von Spanien, das Jahr 1588 bringt die Entscheidung mit der Vernichtung der spanischen Kriegsflotte durch die Engländer. Da sind die Würfel gefallen über das politische, das religiöse, das geistige Schicksal Europas.

Deutschland hat fast keinen Anteil daran genommen, außer durch die Soldaten, die auf seinem Boden angeworben wurden, um in beiden Lagern zu fechten. In passiver Neutralität sieht es dem Ringen zu, in dem schließlich doch auch sein eigenes Schicksal entschieden wurde. Das Eingreifen wurde ihm unmöglich gemacht durch seine Verfassung, aber auch durch den Charakter des deutschen Protestantismus.

Seine bisherigen Führer waren lutherisch, im Westen dagegen war man kalvinistisch, und nach echt deutscher Art wurde auch hier das Trennende stärker empfunden als das Gemeinsame. Das änderte sich nicht, ja es verstärkte sich nur, als der Kalvinismus, immer kampflustig, immer aggressiv, auch in Deutschland anfing, Eroberungen zu machen. Daß die kalvinische Kurpfalz in lebhaftem Tatendrang für Unterstützung der Glaubensgenossen in Frankreich und den Niederlanden warb, war für Kursachsen ein Grund mehr, sich dagegen zu stemmen. Es fürchtete für seine ererbte Führerrolle unter den Evangelischen, wenn die pfälzische Richtung siegte.

Ein ideales Moment ließ sich immerhin für die bequeme Neutralitätspolitik der lutherischen Stände an-

führen. Ihr Eingreifen in den Kampf der Westmächte barg die Gefahr in sich, daß der Krieg sich nach Deutschland zog und zum deutschen Bürgerkrieg wurde. Dies zu vermeiden, solange man nicht selbst bedroht war, schien der Mühe wert. Und bedroht fühlte man sich nicht. Wie sehr man es war, hätte man mit etwas mehr Weitblick wohl sehen dürfen. Indem man den religiösen Bürgerkrieg ängstlich zu vermeiden suchte, solange man ihn hätte gewinnen können, hat man es dahin gebracht, daß er ausbrach, als die Gegner die Überlegenheit erlangt hatten.

Unter dem Schutze des Religionsfriedens und der Neutralität hat gerade in diesen Jahren der Umschwung in Deutschland sich vollzogen. Zuerst auf dem Felde der Schule und der Bildung. 1562 war das gebildete Deutschland das protestantische. Damals mußte der Herzog von Bayern auf Beschickung des Konzils in Trient verzichten, weil er in seinem Lande keinen Menschen fand, der ihn vor Italienern und Spaniern hätte würdig vertreten können. Die wenigen katholischen Universitäten waren verödet und fristeten ein trauriges Dasein. Zwanzig Jahre später war das schon anders. Die Jesuitenkollegien, selbst im Besitz der überlegenen italienischen Schule, hatten die Erziehung der oberen Schicht sachte an sich gezogen, die vornehmere Bildung war jetzt die jesuitische. Der Orden hatte vor allem eine Anzahl junger Fürsten zu Werkzeugen erzogen, die im gegebenen Falle nicht versagten. Die katholische Partei war erwacht, fest geeint, entschlossen und klug geführt ging sie auf ihr Ziel los. Seit den achtziger Jahren setzt die gewaltsame

Reaktion an vielen Stellen ein. Die ersten Anzeichen aus den siebziger Jahren wurden schon erwähnt. Als sichtbaren Wendepunkt darf man den Kampf um Köln 1582—84 ansehen. Daß der Kurfürst Gebhard Truchseß von Waldburg bei seinem Übertritt zum Protestantismus von seinen neuen Glaubensgenossen keine wirksame Unterstützung fand — genau wie zweiundvierzig Jahre früher der Herzog von Cleve — und daß spanische Truppen von den Niederlanden her eingriffen und den Abtrünnigen vertrieben, hat über die ganze Zukunft des Niederrheins und Westfalens entschieden. Köln blieb katholisch, und in der Folge verschwanden jetzt vor den spanischen Bataillonen auch die protestantischen Administratoren aus den westfälischen Bistümern. Man darf es sich einprägen: spanische Soldaten haben diesen Eckstein des katholischen Deutschlands eingemauert.

Inzwischen stieg die Flut der Reaktion. Was der Verlust des Niederrheins und Westfalens nicht zuwege gebracht hatte, das bewirkte fünfundzwanzig Jahre später der Fall einer kleinen schwäbischen Reichsstadt. Im Jahre 1608 zwang Herzog Maximilian von Bayern, längst der streitbare Führer der Katholiken, die Stadt Donauwörth zur Annahme des katholischen Bekenntnisses und annektierte sie zugleich. Das rief endlich einen Anlauf zu tatkräftiger Gegenwehr bei den Protestanten hervor. Ein Teil von ihnen organisierte sich noch im selben Jahr unter der Führung von Kurpfalz in der evangelischen Union zur Verteidigung des Religionsfriedens. Bayern antwortete (1609) mit der Gründung der katholischen Liga. Der Bürgerkrieg schien vor der Tür zu stehen. Er mußte ein

europäischer Krieg auf deutschem Boden werden, denn Frankreich und Spanien waren eben im Begriff, handgemein zu werden. Am Streit um das Herzogtum Cleve schien er sich entzünden zu wollen, wo der katholische Pfalzgraf von Neuburg und der protestantische Kurfürst von Brandenburg als Erbanwärter einander gegenüberstanden.

Aber da stockte der Fluß der Ereignisse. Heinrich IV., im Begriff in die clevische Angelegenheit einzugreifen, wurde ermordet (1610), der völlig spanische, überdies geisteskranke Kaiser Rudolf II. durch seinen Bruder Matthias gestürzt (1611). Das bewirkte noch einmal einen Aufschub. Dem neuen Kaiser Matthias gelang es, den Ausbruch hintanzuhalten, indem er als Vermittler zwischen die Parteien trat. Es sah aus, als könnte der Friede doch noch gerettet werden, wenn nur Deutschland sich selbst überlassen blieb. Aber eben das sollte nicht sein. Wäre es auf die Deutschen allein angekommen, so kann man sich wohl vorstellen, daß der Friede trotz allem nicht gestört worden wäre. Daß es zum Kriege kam, war wesentlich dem Eingreifen Spaniens zuzuschreiben.

Das spanische Reich stand damals unter König Philipp III. in seiner stolzesten Blüte. Die Gedanken Karls V. lebten wieder auf, man wollte den großen Kampf gegen Frankreich wieder aufnehmen, und um ihn desto nachdrücklicher führen, den Gegner wieder wie zu Karls Zeiten von der Ostgrenze her fassen zu können, sollte der spanische König wiederum deutscher Kaiser werden. Davon hat man schließlich wohl abgesehen, aber nur, da sich ein einfacherer Weg zeigte.

Kaiser Matthias mit seiner schwachen Vermittlungspolitik genügte den katholischen Ansprüchen längst nicht mehr, und seine Regierung in den Hauslanden drohte zum Fiasko zu führen. So taten sich die Erzherzöge zusammen, um ihn zu beseitigen. Der ihn ersetzen sollte, war Ferdinand von Steiermark, der gelehrigste aller gelehrigen Schüler der Jesuiten. Sein eigenes Land hatte er schon mit Feuer und Schwert zum katholischen Glauben zurückgeführt, mit dem Bekenntnis, er wolle lieber Land und Leute verlieren, als die Ketzer darin dulden. Nun sollte er dasselbe Werk auch in Böhmen und Österreich verrichten. Dazu bedurfte man der Hilfe des spanischen Königs, des Hauptes der Familie, demgegenüber die deutsche Linie des Erzhauses ja immer die Rolle der armen Vettern spielte. Spanien allein konnte das so nötige Geld geben, und König Philipp war dazu auch bereit, wenn ihm ein Gegendienst geleistet wurde. 1617 kam ein Vertrag zustande: Spanien machte sich anheischig, die Erhebung Ferdinands zu unterstützen, wenn ihm dafür die österreichischen Besitzungen im Elsaß überlassen wurden.

Sofort ging man ans Werk. Matthias ward zuerst aus Böhmen, dann auch aus Österreich und Ungarn verdrängt, Ferdinand nahm die Regierung in die Hand. Mit ihm hielt die rücksichtslose, gewaltsame Bekehrung ihren Einzug. Die Antwort der Bevölkerung war überall der offene Aufstand. Der berühmte Prager Fenstersturz (23. Mai 1618) ist die dramatische Episode, die das Signal gab. In kurzem war Ferdinand aus Böhmen vertrieben, in Österreich seines Lebens kaum sicher, da starb 1619

Matthias, und die Kaiserwürde, die letzte, die ihm geblieben, war damit erledigt.

Im August 1619 versammelten sich die Kurfürsten in Frankfurt zur Wahl. Einziger Kandidat war Ferdinand. Es war wie eine verstärkte Wiederholung der Vorgänge, die hundert Jahre früher gespielt hatten. Was damals drohte, 1555 mit Mühe beschworen war, das kam jetzt wieder, unentrinnbar, für immer, wenn Ferdinand gewählt wurde. Man wußte, was er im Schilde führte, wußte auch, daß Spanien hinter ihm stand. Der religiöse Bürgerkrieg, die Einmischung des Auslands waren dann nicht mehr zu vermeiden. Und dennoch geschah es: am 28. August 1619 wurde Ferdinand fast einstimmig gewählt. Einzig Kurpfalz enthielt sich der Stimme, nachdem es einen letzten Versuch gemacht hatte, das Unheil abzuwenden, indem es dem Herzog von Bayern die Krone anbot. Maximilian lehnte ab, wie einst Friedrich der Weise abgelehnt hatte. Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Sehr treffend schrieben die brandenburgischen Gesandten an ihren Herrn: „Wie Jesus über Jerusalem geweint hat, so muß man über diese Wahl weinen, angesichts des Unheils, das aus ihr über Deutschland kommen wird." Und dabei hatten sie selbst, gemäß ihrer Weisung, für Ferdinand gestimmt!

Das Schauspiel hat etwas Unfaßliches, wie da die protestantischen Kurfürsten sich und ihrer Sache mit eigener Hand den Strick drehen. Die Erklärung liegt wohl in den Persönlichkeiten. In der gesamten Fürstenschaft jener Tage ist nur ein einziger Mann von Bedeutung, Maximilian von Bayern. Die übrigen allesamt, in

beiden Lagern, reichen kaum an das Mittelmaß heran. Am tiefsten aber standen gerade die, die nach Stellung und Überlieferung den Protestantismus zu vertreten beanspruchten. Johann Sigismund von Brandenburg und Johann Georg von Sachsen sind jämmerliche Tröpfe; man wird schwer entscheiden können, welcher von beiden der dümmere war. In diesem Fall handelten beide jedenfalls ganz gleich töricht und kläglich. Der Sachse hat auf dringende Abmahnungen sogar die klassische Antwort gegeben: „Ich weiß, es wird nichts Gutes daraus, ich kenne Ferdinand. Aber ein Mann ist kein Mann, man muß die Sache Gott anheimstellen.“ Sprach's und befahl seinem Gesandten, bei der Wahl mit den geistlichen Kurfürsten zu stimmen! Eine schöne Moral und noch schönere Staatsweisheit, die es dem lieben Gott überläßt, die Dummheiten gutzumachen, die seine allerhöchsten Stellvertreter auf Erden begehen. Zur Erklärung dieser Borniertheit sagte man, der Kurfürst sei völlig betrunken gewesen. Wo die wichtigsten Geschäfte von solchen Leuten in solcher Weise behandelt werden, da kann man sich freilich über nichts wundern.

Unter den protestantischen Mächten war eine, die sich von den übrigen zu unterscheiden suchte. Am kurpfälzischen Hof in Heidelberg hegte man weitaussehende Entwürfe und suchte sie mit großer Rührigkeit auszuführen. Hier herrschte der tätige, angriffslustige Geist des Kalvinismus, vertreten durch den leitenden Minister, den weltgewandten, projektenreichen Prinzen Christian von Anhalt. An feurigem Schwung und geistreichen Einfällen fehlte es ihm nicht, dafür aber um so mehr an Be-

sonnenheit und Augenmaß. Die evangelische Union war sein Werk, eine Organisation, die viel zu wünschen übrig ließ, noch schwächer und lockerer als einst der Schmalkaldische Bund. Es war eine Vereinigung der Machtlosen, die stärksten der protestantischen Fürsten blieben ihr fern. Diese und andere Erfahrungen hätten den Anhalter vorsichtig machen sollen. Statt dessen verfiel er auf den abenteuerlichen Einfall, dem drohenden Angriff der kaiserlich-katholischen Richtung durch einen Gegenangriff zuvorzukommen. Er bewog seinen Herrn, den Kurfürsten Friedrich, die Krone von Böhmen aus der Hand der Aufständischen entgegenzunehmen. Am 26. August, zwei Tage vor der Kaiserwahl in Frankfurt, wählte man in Prag den Pfälzer zum König.

Das bedeutete den Kampf auf Leben und Tod gegen Habsburg. Dieses mußte alles daransetzen, Böhmen wiederzugewinnen, wenn es nicht auch Österreich mit allen Nebenlanden verlieren wollte, die Kaiserkrone natürlich mit inbegriffen. Zu solchem Kampf durfte der Pfälzer nur herausfordern, wenn er zum mindesten die Masse des deutschen Protestantismus geschlossen und mit voller Kraft hinter sich wußte und außerdem auf Unterstützung bei wenigstens einer auswärtigen Großmacht zählen konnte. Keines von beiden war der Fall. Die protestantischen Stände ließen ihren Genossen von Anfang an im Stich. Abgesehen von der Gefahr, die sie schreckte, konnte es sie auch nicht reizen, den Pfälzer, der ihre Eifersucht ohnehin weckte, zum König von Böhmen und vielleicht zum Kaiser zu machen. Sachsen zog es vor, neutral zu bleiben und sich dafür von Ferdinand durch die Ab-

tretung der Lausitz bezahlen zu lassen. Vom Ausland her winkte nicht die leiseste Hilfe. Sogar Friedrichs Schwiegervater, König Jakob von England, hatte abgemahnt. Unter solchen Umständen, wo man sich nur auf die eigenen schwachen Kräfte der Pfalz und den Aufstand in Böhmen stützen konnte, war die Annahme der böhmischen Krone ein tollkühnes Abenteuer, ja ein Verbrechen.

Denn wie anders war das Bild auf der anderen Seite! Wie ein Mann traten die katholischen Mächte hinter Ferdinand. Bayern und die Liga stellten sich zur Verfügung, Spanien half nach Kräften — an der Überlegenheit der Partei, an der materiellen wie an der moralischen, war nicht einen Augenblick zu zweifeln. So vollzog sich das Verhängnis mit unheimlicher Geschwindigkeit. Schon am 8. November 1620 war mit der vernichtenden Niederlage des pfälzisch-böhmischen Heeres am Weißen Berge bei Prag alles entschieden, hilflos flüchtete der „Winterkönig" aus dem Lande, Ferdinand war unbestrittener Herr von Böhmen und Österreich. In beiden Ländern wurde die Bevölkerung, bisher weit überwiegend protestantisch, nun mit furchtbarer Härte zum Katholizismus zurückgezwungen. Die „Bekehrung" war zu einem guten Teil nichts anderes als Entvölkerung. Den deutschen Österreichern aber ist damals für lange Zeit das Rückgrat gebrochen worden. Auch ein Volk von festerem Stoff, als dieser Stamm es ist, würde eine solche gewaltsame Bekehrung, bei der alle tüchtigeren, charaktervolleren Individuen ausgerottet wurden, nicht durchmachen, ohne an seiner Seele Schaden zu leiden.

Aber auch für ganz Deutschland hat die Schlacht

am Weißen Berge die Bedeutung eines Tages, der über alle Zukunft entscheidet. Bismarck hat einmal erzählt, der Gedanke daran, wie anders alles hätte kommen müssen, wenn der Ausfall dieser Schlacht ein anderer gewesen wäre, habe ihm eine schlaflose Nacht bereitet. Und in der Tat, es ist gar nicht auszudenken, was die Folgen eines Sieges der Evangelischen gewesen wären. Man stelle sich nur vor, was das bedeutet, Österreich protestantisch, die Habsburger vertrieben, aus Deutschland verdrängt. Dieses Geschlecht, das bis auf unsere Tage nichts als Unheil und immer das größte Unheil über das deutsche Volk gebracht hat — Gott sei gedankt, daß seine traurige und verhängnisvolle Rolle jetzt endlich ausgespielt ist —, der religiöse Zwiespalt, wenn nicht beseitigt, so doch gedämpft und gemildert, zwischen Nord und Süd kein konfessioneller Gegensatz und dadurch vielleicht überhaupt kein unüberwindlicher Gegensatz mehr — es wäre zu schön, um wahr sein zu können. Und es ist in der Tat auch nur der Traum einer schlaflosen Nacht. Hätte es möglich sein sollen, die deutschen Protestanten hätten ganz andere sein müssen, als sie waren. So wie sie waren, ist es mehr als zweifelhaft, ob selbst ein Sieg der böhmisch-pfälzischen Waffen seine vollen Früchte getragen hätte. Daß schon der Sieg im Felde ausblieb, war nur natürlich. Um ihn zu erfechten, hätten nicht die Soldaten allein zahlreicher und die Feldherrn fähiger, es hätten vor allem die Staaten und Fürsten tüchtiger sein müssen. So kann man hier nicht sagen, der Zufall des Schlachtenglückes bestimme in einem Tage den Lauf der Dinge

für Jahrhunderte. Es war kein Zufall des Glücks, es war die unerbittliche Logik der Tatsachen, daß Friedrich geschlagen wurde und Ferdinand siegte. An diesem Tage wurde gleichsam das Experiment gemacht, wer der Stärkere sei.

Der Krieg um Böhmen betraf das übrige Reich noch nicht. Aber aus ihm ergab sich die Bestrafung des Pfälzers. Er war geächtet und mit der Vollstreckung der Acht der Herzog von Bayern beauftragt worden. Erst dadurch wurde der Krieg ins Reich hineingetragen. Man hätte das vermeiden können, es hätte Mittel und Wege genug gegeben, den Pfälzer, der sogleich ins Ausland geflüchtet war, dauernd unschädlich zu machen, ohne daß deshalb Deutschland zum Kriegsschauplatz wurde. Aber die Bundesgenossen des Kaisers wollten ihren Preis: Bayern verlangte das Pfälzer Land und die Kurwürde, die ihm versprochen war, die Spanier das Elsaß und die linksrheinische Pfalz. Die Hauptpersonen aber, die Jesuiten, forderten die Katholisierung des mächtigsten Territoriums in Süddeutschland.

So wurde der Krieg fortgesetzt, aus dem böhmischen wurde der pfälzische Krieg. Nach zwei Jahren war auch er beendet, die Pfalz war teils bayrisch, teils spanisch und sollte katholisch werden. Aber auch jetzt sollte es noch nicht zu Ende sein. Daß die evangelischen Truppen, die zuletzt in der Pfalz gefochten hatten, nach Norddeutschland ausgewichen waren, diente der Liga, den Bayern und den jesuitischen Drahtziehern als Vorwand, den Krieg nach Norddeutschland zu tragen, um auch hier die gewaltsame Katholisierung durchführen zu kön-

nen. Damit beginnt recht eigentlich die Tragödie Deutschlands. Denn nun mischte sich auch von der anderen Seite das Ausland ein. Das Erscheinen der ligistischen Truppen in Niedersachsen, wo ihnen einheimische Kräfte keinen Widerstand mehr leisten konnten, die Möglichkeit, auch den Norden Deutschlands in der Hauptsache wieder katholisch und im Schlepptau der spanischen Weltmacht fahrend zu sehen, bedeutete den Alarm für die evangelischen Nachbarländer, für die Niederlande, die skandinavischen Staaten, England. Koalitionen bildeten sich, Heere wurden mit ausländischem, holländischem oder englischem Gelde geworben, und Deutschland ward zum zweiten Male, wie vor vierhundert Jahren, das Schachbrett, auf dem die große Partie der europäischen Gegensätze ausgespielt wurde.

Der erste Versuch, den Siegeslauf der katholischen Waffen zu hemmen, schlug gänzlich fehl. Im Norden sollte Dänemark die Arbeit tun, im Süden Siebenbürgen und die Türken dem Kaiser in den Rücken fallen. Aber die Türken wurden durch Persien gefesselt, Siebenbürgen war allein zu schwach, und Dänemark versagte völlig. Das Heer der Liga unter Tilly beherrschte Niedersachsen, und des Kaisers Feldherr Wallenstein drang unaufhaltsam bis nach Jütland vor. Der Friede von Lübeck 1629 legte dem Kaiser ganz Deutschland zu Füßen. Ferdinand II. war Kaiser, wie es keiner vor ihm, auch Friedrich I. und Heinrich VI. nie gewesen waren.

In Wallensteins Kopf tauchten phantastische Pläne auf. Der Kaiser sollte sich zum Herrn der Fürsten, zum

Alleinherrscher in Deutschland machen, die Kaiserwahl abschaffen, das Erbrecht an der Kaiserkrone einführen, eine Flotte auf der Ostsee bauen und mit ihr der spanischen Seemacht die Hand reichen. Im fernsten Hintergrund winkte die Unterwerfung Italiens und ein Kreuzzug, der der Macht der Türken ein Ende bereiten sollte.

Auch für das, was von diesen Träumen Wirklichkeit werden konnte — und es war gewiß nicht alles Schimäre — hatte der beschränkte, phantasielose Ferdinand keinen Sinn. Ihn beherrschte ein anderer Gedanke: die Wiederherstellung der katholischen Kirche überall in Deutschland. Hätte er den Anregungen Wallensteins folgen wollen, so hätte er sich vor allem auch gegen seine bisherigen Bundesgenossen, Bayern, die geistlichen Kurfürsten wenden, dafür aber die konfessionellen Gegensätze zurückstellen müssen. Es galt zu wählen: entweder die politischen Möglichkeiten, die in den militärischen Erfolgen lagen, voll auszunutzen — dann empfahl es sich, auf konfessionelle Rückeroberung zu verzichten; oder das konfessionelle Ziel im Auge zu behalten — dann war die Umwandlung der Reichsverfassung unausführbar. Für Ferdinand kam das erste nicht in Frage. Er hat die genialen Gedanken seines großen Generals wahrscheinlich gar nicht verstanden. Darum versagte er sich ihm, entließ ihn und beschränkte sich auf den Erlaß des Restitutionsediktes (1629), das nichts anderes verlangte, als die Rückkehr zu dem Besitzstand, den die Evangelischen im Jahre 1555 eingenommen hatten.

Wäre das voll ausgeführt worden, so ist kein Zweifel,

daß der Protestantismus aus dem größten Teile Deutschlands ausgerottet worden wäre. Er wäre zu einer geduldeten Sekte in einigen norddeutschen weltlichen Fürstentümern, in Sachsen, Brandenburg, Braunschweig herabgesunken, ähnlich wie man früher die Hussiten in Böhmen geduldet hatte. Wie lange und in welchem Umfang er sich dabei gehalten haben würde, ist sehr die Frage. Mit der Zeit wäre er vielleicht zu einer konfessionellen Rarität herabgesunken wie die Waldenser oder Mennoniten. Für die geistige Kultur des Abendlandes hätte er kaum etwas bedeutet. Deutschland im allgemeinen hätte sich geistig und damit auch in jeder anderen Beziehung dem bayrisch-österreichischen Typus anbequemt.

Dieses Schicksal schien im Jahre 1629 fast unvermeidlich. Im Lande selbst gab es die Kräfte nicht mehr, es abzuwenden. Nur ein mehr oder weniger heldenhaftes Martyrium schien noch bevorzustehen. Wenn es doch anders gekommen ist, so war auch das dem Eingreifen des Auslands zuzuschreiben.

Die Erfolge des Kaisers, selbst in der bescheidenen Begrenzung, die Ferdinand ihnen gab, bedeuteten gleichwohl eine ungeheure Bedrohung der Nachbarn. Von ihnen waren drei schon außer Gefecht gesetzt: die Niederlande, England und Dänemark. Die am meisten Bedrohten hatten noch nicht eingegriffen: Frankreich und Schweden.

Für Frankreich war das, was in Deutschland geschah, bei der Verbindung, die zwischen den beiden Linien des Hauses Habsburg bestand, ein Sieg Spaniens. Blieb es

dabei, behaupteten die Spanier die Stellung, die sie sich auf dem linken Rheinufer geschaffen hatten, so war Frankreich dauernd eingekreist. Für Schweden wiederum war das Erscheinen der spanisch-katholischen Macht an der Ostsee eine unmittelbare Bedrohung. Die ganze Existenz der schwedischen Krone beruhte auf dem Protestantismus und der Herrschaft über die Ostsee. Beides war jetzt in Frage gestellt.

Es ist die bestimmende Tatsache in der neueren deutschen Geschichte, daß diese beiden Mächte, Frankreich und Schweden, sich zusammenfanden, um das, was in den letzten Jahren geschehen war, rückgängig zu machen. Aus dem Jahre 1629 stammt die große Denkschrift, in der Frankreichs großer Staatsmann, Kardinal Richelieu, seinem König auseinandersetzt, daß es nötig sein werde, in die deutschen Kämpfe einzugreifen, wenn man Frankreichs Unabhängigkeit und Größe für die Zukunft sichern wolle. Es ist ihm nicht leicht gefallen, zu diesem Zweck die Verbindung mit dem protestantischen Schwedenkönig zu suchen. Aber er hat das konfessionelle Vorurteil überwunden; die Interessengemeinschaft war zu stark, die Bedenken mußten schweigen. So kam das Bündnis zustande, das im Januar 1631 in Bärwalde geschlossen wurde. Gustav Adolf von Schweden stand bereits seit einem halben Jahr auf deutschem Boden, er hatte schon 1628 die Einnahme von Stralsund durch die Kaiserlichen verhindert. Jetzt konnte er den Krieg in großem Stil aufnehmen. Denn was ihm bisher fehlte, das Geld, das bekam er nun von Frankreich.

Acht Monate später (17. September 1631) gab sein Sieg

bei Leipzig den Dingen die entscheidende Wendung. Nicht nur ganz Norddeutschland war mit einem Schlage befreit, auch der Süden öffnete ihm die Tore. Im nächsten Jahre führte ihn sein Feldzug nach Bayern, er plante den Stoß ins Herz der österreichischen Erblande. Da trat ihm Wallenstein entgegen, den der Kaiser in der Not wieder herbeigerufen hatte, und durchkreuzte seine Pläne. Im November 1632 fand auf dem Schlachtfeld bei Lützen, in dem Augenblick, wo der Sieg errungen werden sollte, die Heldenlaufbahn des Königs ihr jähes Ende in einem echten Soldatentod. Das Meteor aus dem Norden war untergegangen, so plötzlich wie es erschienen. Aber auch die kurze Zeit, wo es leuchtete, hat genügt, dem deutschen Schicksal eine andere Bahn zu weisen.

Man hat behauptet, Gustav Adolf sei für Deutschland zu rechter Zeit gestorben. Ich kann dem nicht zustimmen. Gleichviel welches seine Pläne gewesen waren, ob er hat deutscher König und Kaiser, ob bloß Führer der vereinigten evangelischen Reichsstände werden wollen — daß sein Tod für Deutschland ein Unglück war, ist unter allen Umständen sicher. Gewiß, er war ein fremder König und hätte bei dauernden Erfolgen die Interessen seines Stammlandes nicht vernachlässigen dürfen. Aber je größer diese Erfolge, je stärker seine Stellung in Deutschland waren, desto weniger hätte er Schweden auf Deutschlands Kosten groß zu machen gebraucht. Schweden und Norddeutschland gehören geographisch zusammen und ergänzen einander, wie die beiden Völker einander nahe verwandt sind. Und Gustav Adolf war

nach Abstammung und Geistesart ebensosehr Deutscher wie Schwede. Unter ihm konnten beide Länder auf ihre Kosten kommen, und wenn dabei auf die Dauer das eine die Führung gewonnen hätte, so kann es doch nicht zweifelhaft sein, daß dies Deutschland, das größere, auch geistig überlegene gewesen wäre. Der Schwerpunkt in der Politik eines deutsch-schwedischen Doppelkönigtums hätte nach den Gesetzen der Natur in Deutschland gelegen, und die Verstärkung, die aus der Verbindung mit Schweden erwuchs, wäre Deutschland ebenso zugute gekommen, wie Schweden daraus für seine eigene Entwicklung Nutzen gezogen haben würde.

Das wurde nun ganz anders, als Gustav Adolf von der Bühne verschwand, ehe das Stück zu Ende war. Jetzt sah sich Frankreich genötigt, wenn nicht alle Anstrengungen umsonst sein sollten, mit immer größerem Anteil sich selbst am Kampfe zu beteiligen und demgemäß auch immer größeren eigenen Gewinn zu erstreben. Für sich allein waren die Schweden ohne die geniale Führung des Königs bei dem Widerstreben der deutschen protestantischen Fürsten zu schwach. Als das schwedische Heer 1634 bei Nördlingen eine schwere Niederlage erlitten hatte, fielen die wichtigsten protestantischen Stände vom Bündnis ab. Sachsen schloß zuerst 1635 seinen Frieden zu Prag, andere folgten. Der Kaiser gewährte allen Protestanten Amnestie und sicherte den konfessionellen Besitzstand von 1627 zu. Vielen schien das schon genug, zumal auch die katholische Liga sich jetzt auflöste. Der Krieg wäre erloschen, wenn es auf die Deutschen allein angekommen wäre. Aber das

konnte Frankreich jetzt nicht mehr zugeben, es hätte damit ja seinen Zweck verfehlt, die Zerstörung der spanischen Stellung am Rhein — darum griff es jetzt mit eigenen Kräften ein. 1635 erfolgte seine Kriegserklärung an Spanien. Immer tiefer stürzte es sich in den folgenden Jahren in die kriegerischen Unternehmungen, bis es schließlich als stärkster Faktor die militärischen Ereignisse und demgemäß die Friedensverhandlungen beherrschte. Die Folgen davon waren für Deutschland verhängnisvoll. Denn nun wurde der spanisch-französische Krieg auf deutschem Boden geführt und der Friede auf deutsche Kosten geschlossen.

Wir überblicken das Wirrsal der Ereignisse nur aus der Ferne. Während die schwedischen Kräfte sich erschöpfen und nur noch zu raschen Vorstößen und Streifzügen ausreichen, wachsen die französischen. Frankreich, bisher militärisch unfähig, militarisiert sich, bildet seine Armee aus, erzieht sich Feldherren. Seit 1643 stehen Condé und Turenne an der Spitze, und nun geht der Krieg seinem Ende zu. Als 1646 eine schwedische Armee unter Wrangel von Norden her und eine französische unter Turenne von Westen vordringend in Bayern sich die Hand reichten, war das Spiel eigentlich schon zu Ende. Nur Unschlüssigkeit und Ungeschick hat es noch bis 1648 verlängert. Zwei entscheidende Schläge erzwangen endlich den Frieden: im Mai erstürmten die Schweden Prag, im August vernichtete Condé bei Lens ein spanisch-österreichisches Heer. Am 24. Oktober 1648 wurde in Münster und Osnabrück der Friede unterzeichnet.

Er schließt die Epoche, die mit 1519 begann, und bucht

ihre Ergebnisse, wie der Kaufmann im Hauptbuch die Summe eines Kontos zieht.

In der Religionsfrage hat der Westfälische Friede grundsätzlich nichts Neues gebracht: die Gleichberechtigung der Bekenntnisse blieb bestehen. Es handelte sich nur um die Abgrenzung des Besitzstandes. Sie wurde auf das Jahr 1624 als Normaljahr abgestellt, während der Kaiser früher nur 1627 bewilligt hatte. Die drei Jahre machen einen großen Unterschied. Daß man auf 1624 zurückging, rettete den größeren Teil der norddeutschen Bistümer, außerdem auch Württemberg und die Pfalz zu beiden Seiten des Rheins für die Protestanten. Für den konfessionellen Gesichtspunkt also war der Krieg seit 1624 von kaiserlicher Seite unnütz geführt worden.

Noch mehr bezüglich der Verfassungsfrage. Alle absolutistischen Anläufe der Kaiser waren abgeschlagen. Die Freiheit der Stände wurde ausdrücklich anerkannt, ihre Selbständigkeit sogar in der auswärtigen Politik in aller Form verbrieft durch Zuerkennung des *ius foederis*, des Bündnisrechtes. Es war die Vollendung der Landeshoheit; die Stände des Reiches waren selbständige Staaten, wenn auch nicht souverän. War das Reich noch ein Staat? War es nicht nur ein Staatenbund? Darüber mochten die Theoretiker streiten. Samuel Pufendorf, die größte staatsrechtliche Autorität der Zeit, hat diese Verfassung wenig später (1667) als ein *„Monstrum“* bezeichnet. Absonderlich war sie gewiß. Wer dieses Reich noch für einen lebendigen Staat gehalten hatte, konnte jetzt sich eines anderen belehren. Der Westfälische Friede ist der Totenschein des deutschen Reiches.

Also auch hinsichtlich der Verfassungsfrage hätte man sich die furchtbaren Opfer des Krieges sparen können, und aufs neue erinnert man sich, daß er ja wesentlich durch das Eingreifen der spanischen Politik ausgebrochen und daß nur durch die langjährige Tätigkeit anderer fremder Mächte, Roms und der Jesuiten, die Voraussetzungen geschaffen waren, aus denen er überhaupt entstehen konnte. So ist der Dreißigjährige Krieg schon seinem Ursprung und Ausbruch nach ein Werk der Fremden in Deutschland.

Es war nur logisch, daß das Ausland den Gewinn aus dem Kriege davontrug. Die siegreichen Mächte, Schweden und Frankreich, forderten ihre Entschädigung. Sie brauchte sich damals noch nicht hinter dem Feigenblatt der „Wiedergutmachung“ und „Selbstbestimmung der Völker“ zu verstecken, man konnte zulangen, die Beute lag bereit. So nahm sich Schweden, was es vor allem brauchte, die Südküste der Ostsee in Vorpommern; dazu auch die Mündung der Weser mit den Bistümern Bremen und Verden. Frankreich aber forderte und erhielt die habsburgischen Besitzungen im Elsaß. Es hatte sich während des Krieges dort festgesetzt und räumte die Stellung nicht mehr.

Was diese Abtretungen bedeuteten — und es waren Abtretungen ans Ausland in beiden Fällen, wenn auch die Krone Schweden für die erworbenen deutschen Territorien in den Verband des Reiches eintrat — das muß man sich klar machen. In Vorpommern und an der Wesermündung gingen die besten Seehäfen verloren, die Deutschland noch für sich besaß, seit Danzig polnisch

und Hamburg unter den Einfluß des Dänenkönigs als seines Landesherrn geraten war, der seit 1460 zugleich Herzog von Holstein war.

Und nun vollends das Elsaß! Von allem Anfang an hatte Richelieu gerade diese Erwerbung ins Auge gefaßt und ihren Zweck in der Denkschrift von 1629 offen bekannt: *„Pour acquérir une entrée en Allemagne"*, „um einen Zugang zu Deutschland zu gewinnen". Schon damals hat er Straßburg und Lothringen als die Ziele des französischen Vordringens bezeichnet. Von hier aus konnte man Süddeutschland jederzeit in Schach halten, die süddeutschen Fürsten in die eigene Gefolgschaft ziehen und Österreich bedrohen. Als Operationsbasis zum Kriege gegen das deutsche Reich ist die Erwerbung des Elsaß gedacht, und diesen Zweck hat sie seitdem oft genug erfüllt.

Zugleich trat Frankreich auf als der Bürge der deutschen Reichsverfassung. Die einzige Urkunde, die in formeller Weise die Verhältnisse der Reichsstände zueinander und zum Kaiser, ihre Rechte und Pflichten im altdeutschen Reich regelt, ist der Westfälische Friede, also ein völkerrechtliches Dokument. Als ein Kampf für die Rechte und Freiheiten der Stände gegen die Versuche der Unterdrückung durch den Kaiser wurde der Krieg hier hingestellt, und das Ausland, der französische und der schwedische König garantierten jetzt die „teutsche Libertät". Deutschland war sozusagen ein französischer Schutzstaat geworden und der französische König der ständige heimliche Gegenkaiser.

Andere Verluste hatte der Friedensschluß lediglich fest-

zustellen. So den Verlust der Schweiz. Sie hatte sich schon seit 1475 als europäische Macht für sich gefühlt, seit 1500 ihre Zugehörigkeit zum Reich faktisch nicht mehr beachtet. Jetzt erlangte sie ihre formelle Entlassung aus dem Reichsverband. Auch hier war ein französisches Interesse im Spiel; denn ohne Werbungen in der Schweiz war die französische Armee nicht auf ihrer Höhe zu halten. Für Deutschland aber bedeutete diese Lostrennung, abgesehen von der Einbuße an wertvollem Volkstum, den Verlust der natürlichen geographischen Grenze im Süden und den Verlust von Orten, wie zum Beispiel der Stadt Basel, die durch ihre Lage und ihren Verkehr zu ihm gehören.

Ein weiterer Verlust wurde stillschweigend hingenommen: die Selbständigkeit der Niederlande. An ihrer Zugehörigkeit zum Reich war trotz aller burgundischen Herrlichkeit nie ein Zweifel gewesen. Erst ihr Freiheitskampf gegen Spanien und die Tatsache, daß das Reich sich nicht darum kümmerte, hatte sie zur selbständigen Macht, dann zur Großmacht emporwachsen lassen. Wir haben es lange Zeit nur zu sehr vergessen, wie nahe das Volk der Niederlande, Holländer wie Flamen, uns verwandt, ja daß sie eigentlich nur Teile des deutschen Volkes sind. Hier hat die politische Entwicklung natürliche Zusammenhänge aufgelöst. Und zugleich hat Deutschland die Mündung seines Hauptstromes verloren. Auch dies ist das Werk der habsburgischen Dynastie. Karl V. als Kaiser hätte die alte, durch die burgundische Herrschaft gelockerte Verbindung der Niederlande mit dem Reich festigen und beleben sollen.



Statt dessen verband er sie aufs engste mit seinem spanischen Königreich und löste sie dadurch von Deutschland.

Noch eines verlorenen Postens müssen wir hier gedenken, da er zwar nicht zum Westfälischen Frieden, aber in die Epoche gehört, von der wir reden: Livland. Es war seit der Mitte des 16. Jahrhunderts sich selbst überlassen geblieben und die Beute der Nachbarn geworden. Der Einfall der Russen 1558 eröffnete das Spiel, das mit der Teilung zwischen Schweden und Polen 1625 endete, dergestalt, daß Schweden den Norden bis zur Düna gewann, Polen den Süden, das Herzogtum Kurland, behauptete. Von Rechten des deutschen Reiches war dabei keine Rede mehr.

Es hatte einmal eine deutsche Hanse gegeben, die mit ihren Schiffen in Krieg und Frieden die Ostsee und den ganzen Norden beherrschte. Wo war sie geblieben? Ihr Handel hatte den ersten schweren Stoß erhalten, als die freie Stadt Nowgorod 1479 dem Zaren von Moskau zur Beute wurde, der den deutschen Kaufleuten ihre Vorrechte entzog und ihren Verband auflöste. Seitdem welkte die Hanse dahin. Karl V. nahm auch hier Partei gegen die deutschen Interessen, in den Niederlanden als Landesherr und in Dänemark als Schwager und Verbündeter des Königs. Das Emporkommen der schwedischen Krone unter Gustav Wasa nahm der Hanse Licht und Luft, und schließlich versetzte ihr Elisabeth von England den Todesstoß (1579) durch Entziehung aller Privilegien.

Es gab keine Macht, die das hätte hindern können,

da es ein deutsches Reich, das den Namen verdiente, nicht mehr gab. Der Zustand, den der Westfälische Friede sanktionierte, raubte den deutschen Seestädten die Selbständigkeit. Auch Lübeck und Hamburg gerieten jetzt ganz unter dänischen Einfluß, Hamburg sank geradezu zur dänischen Landstadt herab.

Das ist der Abschluß der Epoche, die mit 1519, mit der Verbindung Deutschlands und Spaniens unter einem gemeinsamen Herrscher begann. Furchtbarer als man ahnte hatten sich alle Besorgnisse erfüllt, alle finsteren Möglichkeiten verwirklicht, die bei der Wahl des spanischen Königs zum deutschen Kaiser aufgetaucht waren. Das Reich war aufgelöst, seine Grenzen zerstört, seine Unabhängigkeit vernichtet. In diesem Zustand, dazu verarmt, verödet, verbauert, trat es in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte ein. Hatte es noch eine Zukunft, eine Hoffnung?

NEUNTES KAPITEL

Der landesherrliche Absolutismus. — Ständige Einmischung Frankreichs. — Ludwigs XIV. Pläne. — Einkreisung Deutschlands. — Die Kriege gegen Ludwig XIV. — Straßburg und Ungarn. — Die österreichische Großmacht. — Dauernde Spaltung im Reich. — Die russische Großmacht. — Gefahr der Aufteilung.

Der Westfälische Friede bildet einen Abschluß und zugleich einen Anfang.

Er schließt die Epoche der Kämpfe um Glauben und Verfassung des Reiches. Von beidem braucht in Zukunft nicht mehr die Rede zu sein, Glaubenseinheit und kaiserliche Monarchie sind von keiner Seite mehr erstrebt worden. Beides gehört seit 1648 der Vergangenheit an. Anstatt kaiserlicher Majestät regiert ein für alle Male der Landesherr.

Serenissimus hat unendlich viel zu tun, denn es gilt zunächst, ein ruiniertes Land wiederherzustellen. Er hat dafür auch eine viel größere Macht als früher, denn seine Gegenspieler, die Stände, sind durch Verarmung kraftlos, der Fürst aber — in den größeren Territorien, von denen das Schicksal der Nation im ganzen bestimmt wird — der Fürst ist von den Kriegszeiten her im Besitz einer bewaffneten Macht und behält sie auch im Frieden bei. Das stehende Heer, der *miles perpetuus*, hält seinen Einzug in Deutschland, und auf ihn gestützt der fürstliche Absolutismus. Nicht daß die Stände beseitigt worden wären. Landtage und Ausschüsse bleiben bestehen,

aber doch an den meisten Stellen nur so, wie man eben ein altes Gebäude stehen läßt, das nicht mehr bewohnt wird: sie werden zu Ruinen, historisch interessant, mitunter schön und ehrwürdig anzusehen, aber praktisch wertlos, wenn nicht störend.

Auch dort, wo sie ihre „habenden Rechte und Privilegien" in zähen Kämpfen verteidigen, wie etwa in Württemberg oder Hannover, leisten sie doch für das öffentliche Leben wenig oder nichts und müssen sich schließlich, wenn nicht auswärtige Mächte ihnen zu Hilfe kommen, allemal dem Willen des Fürsten beugen. In der Theorie mag die staatliche Hoheit nach wie vor zwischen Fürst und Ständen geteilt sein, in Wirklichkeit ist der Fürst Herr des Staates und seiner Kräfte, auch im äußeren Auftreten und in den Augen der eigenen Untertanen umkleidet mit allen Abzeichen eines höheren Wesens. Der Landesvater wird zum Herrgott auf Erden.

Die Wirkungen hiervon kann man kaum zu hoch anschlagen. In mancher Hinsicht, und vor allem für den ersten Augenblick waren sie gewiß günstig. Zum Wiederaufbau des zerstörten Landes bedurfte es eines festen und einheitlichen Willens, der befehlen konnte, und die meisten der deutschen Fürsten haben in dieser Beziehung Großes geleistet. Auch späterhin, als das Schlimmste überwunden war, hat es unter den vielen kleinen, mittleren und großen Landesherren Deutschlands nicht wenige vortreffliche Regenten gegeben. Natürlich fallen die Ausnahmen stärker auf als die Regel, aber man täte unrecht, nach ihnen den Zustand im allgemeinen zu beurteilen. Alles in allem genommen ist der fürstliche Absolutismus dem

Lande von Nutzen und unter allen Umständen ist er besser gewesen als eine Vorherrschaft der Stände. Denn er hat Deutschland vorwärts und aufwärts geführt, was die ohnmächtige, selbstsüchtige Opposition von Edelleuten, Prälaten und Bürgermeistern nie vermocht hätte.

Dennoch sind die unheilvollen Wirkungen dieses neuen Herrschertypus nicht zu übersehen. Der Absolutismus erniedrigt die Menschen; nur auf Entfernung ist er erträglich, in der Nähe wirkt er lächerlich oder schrecklich oder beides zugleich. Wir lachen über die hohle Würde des Fürsten Irenäus von Sieghartsweiler in Hoffmanns „Kater Murr", wir lachen noch mehr über Fritz Reuters „Dörchläuchting", diese klassische Karikatur des Duodeztyrannen, der auf jeder Spazierfahrt sich in acht nehmen muß, daß er seine Grenzen nicht überfahre. Er erscheint uns als ein komisches Gespenst. In der Literatur ist das Gespenst harmlos, in der Wirklichkeit konnte es Todesurteile fällen und vollstrecken lassen, und seine lieben Untertanen zitterten davor, daß es allzusehr bestrebt sein könnte, sie glücklich zu machen. Friedrich Wilhelm I. von Preußen, der die Leute auf der Straße mit Prügeln bedachte, wenn sie seinen Unwillen reizten, der nur mit Mühe davon abgehalten werden konnte, seinen eigenen Sohn gegen den Spruch des Gerichts hinrichten zu lassen, ist eine lebendige Illustration dazu, und Karl Eugen von Württemberg keine weniger schlimme. Die Angst vor dem allergnädigsten Landesherrn hat dem deutschen Bürgersmann noch lange in den Knochen gelegen, als die Gefahr schon verschwunden war. Von dieser ererbten Angst vor der Regierung wird wohl auch zum guten

Teil die Charakterlosigkeit in öffentlichen Dingen herrühren, in der der Deutsche alle anderen Völker übertrifft, und als Gegenstück dazu die heimliche Verbissenheit der Opposition, die man in dieser Weise nirgends so entwickelt findet wie bei uns. In dieser Beziehung sind die Folgen des Zustands, den der Westfälische Friede geschaffen, noch lange nicht überwunden.

Kann man darin im Grunde nur letzte Ausgestaltungen viel früherer Anfänge, gleichsam reifende Früchte der alten Aussaat deutscher Kleinstaaterei erblicken, so ist mit dem Jahre 1648 etwas anderes ins Leben getreten, das schlechthin neu genannt werden muß. Das ist die ständige Einwirkung Frankreichs auf Deutschland, seine stetige, bestimmende Einmischung in die deutschen Angelegenheiten. Das hatte man bis dahin nicht gekannt. Verbindungen deutscher Fürsten mit der französischen Krone waren wohl gelegentlich vorgekommen und mitunter auch von großer Wirkung gewesen, wie zum Beispiel der Vertrag von Chambord im Jahre 1552. Aber das waren Episoden, vorübergehende Konstellationen. Seit 1648 wird es ein dauernder Zustand, daß Frankreich in Deutschland hineinregiert.

Die Fürsten des Reichs stehen auch in der nächsten Zeit nach dem Frieden immer noch unter dem Eindruck der überstandenen Gefahr. Immer noch fühlen sie sich vom Kaiser bedroht und scharen sich um den französischen König als ihren natürlichen Schützer. Dieser wird dadurch zum Führer der deutschen Opposition gegen den Kaiser. Als im Jahre 1658 Kaiser Leopold I. gewählt wurde, war die französische Politik so glücklich, ihm von

vornherein eine organisierte Partei gegenüberzustellen. Eine Anzahl deutscher Fürsten, an der Spitze der Kurfürst von Mainz, bildeten im Verein mit Frankreich den Rheinbund zum Schutz ihrer Freiheiten gegen etwaige Angriffe von kaiserlicher Seite. Der Bund wuchs in den nächsten Jahren, andere Fürsten, sogar Brandenburg traten ihm bei. Positives hat er nicht geleistet; seine Bedeutung besteht darin, daß er zeigt, wie die Dinge lagen: der Kaiser steht fortwährend im Schach, das ihm Frankreich bietet, indem es die Fürsten des Reiches als Figuren benützt.

Unter französischem Schutz haben sich denn auch die innerdeutschen Verhältnisse nach 1648 neu befestigt. Der Kaiser wird zu einem Zeichen, dem widersprochen wird. Als regierende Behörde konstituiert sich der Reichstag, der seit 1663 in Permanenz zu Regensburg tagt, ein ununterbrochener Gesandtenkongreß, der fast nie einen Beschluß zustande bringt und an dem der Gesandte Frankreichs das große Wort führt.

Die formale Möglichkeit zu dieser fortwährenden Einmischung hatte Frankreich im Frieden von Münster gewonnen. Dort war die Verfassung des Reichs geregelt, waren die Rechte der Reichsstände festgesetzt worden durch einen Vertrag zwischen Kaiser und Reich und dem König von Frankreich. Der König war damit zum Bürgen der Reichsverfassung geworden, und aus der Bürgschaft für die Rechte der Stände ergab sich von selbst die Überwachung der innerdeutschen Angelegenheiten. Die materielle Möglichkeit zu dieser Rolle hatte Frankreich gewonnen durch das Übergewicht, das ihm der West-

fälische Friede in ganz Europa und insbesondere gegenüber Deutschland gegeben hatte. Was Deutschland betrifft, so gründete es sich auf eine Tatsache: den Erwerb einer Stellung im Elsaß. Sie war vorerst noch nicht sehr stark, weder abgerundet noch ausgedehnt — nur die früheren Besitzungen der Habsburger — eine dünne Vorpostenkette, aber sie genügte, um einen steten Druck auszuüben. Man mußte sie nur ausbauen, erweitern, verstärken, dann konnte der Druck sich in beherrschenden Zwang verwandeln.

Darauf ist nun in der nächsten Zeit das Absehen der französischen Politik gerichtet: das ganze Elsaß, womöglich das ganze linke Rheinufer, mindestens noch die linksrheinische Pfalz zu gewinnen, um von dort aus sich Süddeutschland, ja Deutschland überhaupt jederzeit dienstbar zu machen. Dabei ist es den Franzosen nicht eigentlich um Deutschland selbst zu tun. Dieses verarmte, verhungerte Land hat eigentlich nur als Werbeplatz für Soldaten einen Wert, und als solcher dient es in jedem Fall. Es ist an sich weder begehrenswert noch gefährlich. Um was es sich handelt, das ist der alte Gegensatz von Frankreich gegen Habsburg-Spanien.

Im Westfälischen Frieden war der Kaiser genötigt worden, Spanien gegen Frankreich allein weiter kämpfen zu lassen, und elf Jahre später hatte Frankreich im Pyrenäischen Frieden (1659) seinen Siegespreis auch gegen Spanien eingebracht. Was man in Paris fürchtete, das war eine Wiedervereinigung der beiden habsburgischen Linien Spanien und Österreich bei dem bevorstehenden Aussterben der spanischen Königsfamilie. Wenn dieser

Fall eintrat, war Kaiser Leopold Erbe der gesamten spanischen Monarchie, das heißt Spaniens, Neapels, Mailands, Belgiens und der überseeischen Besitzungen. Daß die Weltmonarchie Karls V. in solcher Weise wiedererstand, konnte Frankreich nicht zulassen. Dagegen machte man in Paris sich selbst Hoffnungen auf die spanische Erbschaft, da Ludwig XIV. Gemahl einer spanischen Königstochter war. In der vorauszusehenden Auseinandersetzung über diese Frage die Kräfte Deutschlands gegen den Kaiser ausspielen zu können, war für die französische Politik von begreiflichem Wert. Sie konnte es am sichersten, wenn sie in der Lage war, vom Elsaß und vom Rhein her beliebig in Süddeutschland einzufallen und über Ingolstadt und Regensburg auf Wien zu marschieren.

Dahinter stand dann wohl noch etwas anderes. Ludwig XIV. war erfüllt von dem Stolz auf seine Vormacht in Europa und wünschte sich für sie auch den äußeren Ausdruck. Er fühlte sich als rechtmäßigen Erben Karls des Großen und sah alles, was diesem einst gehört hatte, eigentlich als ihm gebührend an. Er wollte am liebsten Kaiser werden, wie es schon seine Vorfahren im 13. und 14. Jahrhundert wiederholt gewollt hatten. Wenn dieser persönliche Wunsch auch zurückgestellt werden konnte, so blieb doch das Bestreben, den Habsburgern die Kaiserkrone zu entreißen. Dazu mußte man die Kurfürsten beherrschen, von denen nicht weniger als vier am Rhein ihren Sitz hatten und ein fünfter, Bayern, vom Oberrhein aus zu erreichen war. Den Rhein womöglich ganz in die Hand zu bekommen, ist darum das deutlich er-

kennbare Ziel der königlichen Politik. Und wie der König, so dachte damals die französische Nation. Auch sie fühlte sich als Nachkommenschaft und rechtmäßige Erbin der Franken und forderte, daß der französische Staat die Grenzen des alten fränkischen Reiches gewinne. Das deutsche Reich gehört nach dieser Auffassung von Rechts wegen zu Frankreich, zum mindesten aber die Rheingrenze ist eine gebieterische Forderung. Gedanken, die früher gelegentlich aufgeblitzt waren, setzen sich fest und werden Gemeingut: Frankreichs natürliche Grenze ist der Rhein.

Dies ist die politische Lage, in der sich Deutschland seit 1648 gegenüber seinem übermächtigen Nachbarn befindet. Sie hat sich bald genug in den Ereignissen enthüllt, als Ludwig XIV. daranging, seine Pläne zu verwirklichen. Von Rechts wegen hätten sie gelingen müssen, und sie wären gelungen, wenn Ludwig es über sich vermocht hätte, sich in seinen Wünschen zu beschränken und seinen Angriff mit gesammelten Kräften auf ein begrenztes Ziel zu richten. Hätte er sich damit begnügt, zunächst einmal das Haus Habsburg aus der Kaiserwürde zu verdrängen, Deutschland indirekt zu beherrschen, nach und nach die linksrheinischen Lande von sich abhängig zu machen — man kann sich schwer vorstellen, daß er es nicht erreicht haben würde. Er konnte zu diesem Zweck überlegene eigene Kräfte ins Feld führen und außerdem über wertvolle Bundesgenossen verfügen. Die deutschen Fürsten waren nur zu geneigt, sich ihm anzuschließen. Ihre Angst vor Habsburg, ihre Bettelarmut gepaart mit dem eitlen Bestreben, ihren *état* zu *maintenieren*, das heißt

Großmacht im kleinen zu spielen, den französischen König mit Soldaten, Bauten, Hofhalt nachzuäffen, trieben sie um die Wette Frankreich in die Arme. Mit huldvollen Gesten und baren Pensionen konnte man viel bei ihnen erreichen. Im äußersten Fall tat die Furcht das übrige, wenn der allerchristlichste König seine Bataillone gegen den Rhein anrücken ließ.

Frankreich verfügte außerdem über Schweden, das seine Großmachtstellung mit französischer Hilfe erobert hatte und nur mit französischer Hilfe behaupten konnte, das aus diesem Grunde schon jedem Wink aus Paris zu folgen genötigt war. Auch Polen war eine Hilfskraft, auf die man im allgemeinen gegen den Kaiser zählen konnte. So war das Reich von Westen, Norden und Osten durch Frankreich und seine Trabanten umstellt. Um aber die Einkreisung vollständig zu machen, hatte Frankreich es in der Hand, das deutsche Reich auch an der südlichen Ostfront angreifen zu lassen durch die Türken. Sie standen, seit Karl V. auf den größeren Teil von Ungarn verzichtet hatte, um gegen die Protestanten die Hände frei zu haben, an der Donau, sogar Ofen gehörte ihnen als Brückenkopf auf dem rechten Ufer des Stromes. Der ungarische Königstitel des Kaisers war eigentlich eine leere Theorie und Wien beinahe Grenzstadt zu nennen. Nun war die türkische Macht allerdings sehr zurückgegangen, aber durch ihre Massen konnte sie immer noch gefährlich werden, vollends wenn gleichzeitig mit ihr die Franzosen im Westen angriffen. In einem solchen Zweifrontenkrieg hätte Deutschland sich schwerlich halten können,

Aber Voraussetzung war, daß Frankreich keine anderen Gegner hatte, und dies hat Ludwig XIV. verdorben. Er wollte nicht nur das Elsaß, die Rheingrenze, die Herrschaft über Deutschland, ihm kam es noch viel mehr auf Belgien und Italien an, und daneben wollte er auch in Industrie, Handel, Schiffahrt und Kolonien sein Land zum ersten der Welt machen. Damit rief er alle Mächte gegen sich auf den Plan: Spanien, die Niederlande und England. In diesem Kampf gegen die ganze Welt ist er unterlegen. Nur gegenüber Deutschland hat er sein Ziel wenigstens zur Hälfte erreicht.

Sein erster Stoß 1667 richtete sich gegen die spanischen Niederlande, der zweite 1672 gegen Holland. Erst als diese beiden Unternehmungen in der Hauptsache mißglückt waren, wandte er sich gegen Deutschland. Ein Vorspiel hatte es schon gegeben, 1670 war der Herzog von Lothringen vertrieben, sein Land Frankreich einverleibt worden. Die Jahre nach dem Frieden von Nymwegen (1679) sind der Annexion des Elsaß gewidmet. Sie erfolgte bekanntlich im Wege des Zivilprozesses, indem vor französischen staatlichen Ausnahmegerichten *(Chambres de réunion)* die ursprüngliche Abhängigkeit der noch freien Teile des Elsaß von den französisch gewordenen Orten mit allen Künsten der Sophistik, Lüge und Fälschung, in denen die Franzosen zu allen Zeiten Meister gewesen sind, nachgewiesen wurde. Den Abschluß bildete im Oktober 1681 die Besetzung von Straßburg.

Dagegen regte sich in Deutschland der Widerstand. Ein großer Teil der Fürsten sah ein, daß jetzt die Gefahr — viele von ihnen waren persönlich durch die

Reunionen in ihren elsässischen Herrschaften betroffen — deren man sich bisher von seiten des Kaisers erwehren zu müssen geglaubt hatte, in Wahrheit von Frankreich drohte. Und in weiten Kreisen erwachte das Gefühl dessen, was da geschah. In jenen Tagen ist zum ersten Male seit langer Zeit wieder ein Hauch nationaler Empfindung in Deutschland zu spüren. Französische Gewalttaten hatten es der Nation zum Bewußtsein gebracht, in welcher Lage sie sich befand. Der Wunsch, dem ein Ende zu machen, war lebhaft und drängte auf Erfüllung. Wenig fehlte, so wäre der Krieg erklärt worden. Aber Ludwigs Karten waren doch stärker. Die Opposition einiger führenden Fürsten, am meisten Brandenburgs, das ganz für Frankreich gewonnen war, lähmte die ganze Bewegung. Und dazu wirkte jetzt der stärkste Trumpf: die Türken marschierten gegen Wien (1683). Unter äußerster Anstrengung wurde diese Gefahr abgewandt, der Sieg des Herzogs von Lothringen am Kahlenberg befreite Wien und machte die Ostfront für den Augenblick frei. Aber zum Schlag gegen Westen reichten Kräfte und Mut nicht mehr. In Wien entschloß man sich, Straßburg und das Elsaß aufzugeben. 1684 kam ein zwanzigjähriger Waffenstillstand mit Frankreich zustande, der diesem alles ließ, was es genommen hatte. Dafür wandte der Kaiser in den nächsten Jahren alle Kraft gegen die Türken. Bis 1686 ward ganz Ungarn erobert, dann die Donau überschritten, 1688 fiel Belgrad. Die Wege nach dem Balkan waren geöffnet.

Für Ludwig XIV. war dies ein Grund mehr, wieder loszuschlagen. Er konnte nicht dulden, daß sein natür-

licher Bundesgenosse, die Türkei, ganz außer Gefecht gesetzt wurde, zum mindesten mußte er jetzt seine Beute in Sicherheit bringen. Der Krieg, den er noch 1688 eröffnete, hatte die Eroberung der Pfalz zum Ziel.

Er hat das Ziel verfehlt. Denn er hatte es mit ganz Deutschland und nicht mit Deutschland allein zu tun. Seine deutschen Bundesgenossen waren abgefallen. Die brutale und heuchlerische Einverleibung des Elsaß, der Raub von Straßburg waren unvergessen. Daß er der Verbündete der Türkei war, hatte viele abgeschreckt, anderes — namentlich die Austreibung der Hugenotten — kam hinzu. Im pfälzischen Krieg 1688—97 hatte er zum ersten Male ganz Deutschland gegen sich, während gleichzeitig eine europäische Koalition mit England an der Spitze ihm entgegentrat.

Dem war Frankreich nicht gewachsen. In Belgien, am Rhein, in Oberitalien und auch noch zur See gleichzeitig zu siegen, war es nicht imstande. Dennoch hat Deutschland nicht viel dabei gewonnen. Daß Lothringen wieder herausgegeben wurde, war kein großer Gewinn, wenn das Elsaß französisch blieb. Es wäre diesmal wohl möglich gewesen, es zurückzuerobern. Es geschah nicht, weil man in Wien zum zweiten Male östlich statt westlich sich orientiert hatte. Die Türken hatten wieder angegriffen, Belgrad 1690 wieder genommen, und in der Einsicht, daß er nicht stark genug sei, auf zwei Fronten zu siegen, entschied sich der Kaiser für die östliche und gab die westliche preis. Um Ungarn zu behaupten, wurde das Elsaß geopfert. Der Zweck wurde erreicht. Der Sieg des Prinzen Eugen von Savoyen

bei Zenta 1697 machte der Türkengefahr ein Ende, der Friede von Karlowitz 1699 lieferte ganz Ungarn endgültig an Österreich aus, die Ostfront war frei und sicher. Aber die Westfront war dafür verlassen.

Man hat die Wahl im Rate des Kaisers mit vollem Bewußtsein getroffen. In den Verhandlungen, die dem entscheidenden Beschluß vorausgingen, hat der Reichsfeldherr, Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden, das denkwürdige Urteil über die Bedeutung Straßburgs gefällt: „Für Deutschland dient diese Stadt zu nichts anderem als einer beständigen Versicherung des Friedens, für Frankreich ist es aber eine immer offenstehende Kriegspforte, woraus es, so oft es nur will, in das platte Land losbrechen kann. Nichts ist klarer, als daß Frankreich, solange es Straßburg . . . zurückzugeben Ausflüchte macht, sich das Hauptmittel nicht entzogen wissen will, wodurch Deutschland und das ganze Reich von ihm nach Belieben überfallen werden kann.“ Wenn man sich trotzdem in Wien für den Verzicht auf Straßburg entschied, so ist das immerhin begreiflich. Die östliche Gefahr war nun einmal für den Kaiser als Landesherrn von Österreich die unmittelbarere und drohendere; so lange sie bestand, war jede Kraftentfaltung auch im Westen gelähmt, und schließlich gab es in Ungarn einen reichen Mehrgewinn einzuheimsen, mit dem sich die Rückerwerbung der kleinen alten Hauslande im Elsaß nicht vergleichen ließ. Der Kaiser urteilte als Landesherr, und da war ihm das ungarische Hemd näher als der elsässische Rock. So blieben Straßburg und das Elsaß damals bei Frankreich.

Im deutschen Volk hat man diese Auffassung vielfach geteilt. Die Türkenkriege wurden weithin als nationale Sache angesehen, viel mehr als die Kämpfe gegen Frankreich; die Siege des „Türkenlouis" und des Prinzen Eugen beschäftigten die Gemüter aufs lebhafteste. Sie waren die Heldentaten der Nation. Darin fand man wohl einen gewissen Ersatz für die wenig glänzende Rolle, die man im Westen zu spielen verurteilt war.

Noch einmal kam eine Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen. 1700 war der lang erwartete spanische Erbfall eingetreten, 1701 der europäische Krieg darüber ausgebrochen, der „Spanische Erbfolgekrieg". Er darf uns hier noch weniger in Anspruch nehmen als seine Vorläufer, denn er ging Deutschland unmittelbar gar nichts an. Weder handelte es sich bei dem Streitfall um ein deutsches Interesse, noch war Deutschland bedroht oder angegriffen. Indes die Tatsache, daß der Habsburger Karl, der die spanische Krone beanspruchte, Sohn des deutschen Kaisers war und später (1711) nach dem Tode seines älteren Bruders, Kaiser Josephs I., als Karl VI. selbst deutscher Kaiser wurde, dazu die andere Tatsache, daß sich der Kurfürst von Bayern in alter Gegnerschaft gegen Habsburg zum Bundesgenossen Frankreichs hergab, zogen auch Deutschland in den Krieg hinein. Und eine dritte Tatsache, daß Frankreich im Besitz von Straßburg war, machte Süddeutschland in der ersten Phase des Kampfes zum Kriegsschauplatz. Durch einen konzentrischen Angriff auf Österreich, einerseits vom Oberrhein über Bayern, andererseits von Oberitalien durch Tirol, wollte Frankreich die Entscheidung herbei-

führen. Der Plan scheiterte in der Niederlage der Franzosen bei Höchstädt und Blindheim 1704. Damit war der Krieg vom deutschen Boden verscheucht, ja, man konnte nun allen Ernstes an Rückeroberung des früher Verlorenen denken. 1709 war es so weit, daß Ludwig XIV. selbst, durch das fortgesetzte Mißgeschick im Felde entmutigt, die Rückgabe von Straßburg anbot. Da hat die Überspannung der kaiserlichen Forderungen — französische Truppen sollten zur Unterwerfung Spaniens unter den Habsburger helfen — den Frieden vereitelt, und da schon die nächsten Jahre einen vollständigen Umschwung der politischen Lage in Europa und den Zerfall der Koalition brachten, so war die günstigste Gelegenheit unwiederbringlich verloren.

Der Friede von Rastatt 1714 buchte dem Kaiser einen schönen Gewinn: Belgien, Mailand, Neapel. Erst durch diesen Friedensschluß ist Österreich aus einem mit dem Kaisertitel verbundenen deutschen Territorium und dynastischen Anhängsel Spaniens eine europäische Großmacht geworden. Der Friede, den das deutsche Reich ein halbes Jahr später in Baden schloß — Kaiser und Reich handelten jetzt nicht einmal mehr gemeinsam — ließ Deutschland ohne jede Entschädigung für alle Opfer, die es gebracht hatte, ja er legte ihm noch einen weiteren Verzicht auf: die Festung Landau wurde französisch und ist es hundert Jahre geblieben.

Überblickt man die Epoche Ludwigs XIV. vom deutschen Standpunkt aus, und fragt man, was sie Deutschland gebracht hat, so lautet die Antwort: das französische Übergewicht über Deutschland ist befestigt durch die

Wegnahme des Elsaß. Alle Bemühungen, dies rückgängig zu machen, sind gescheitert. Aber auch umgekehrt: das französische Streben nach vollständiger Beherrschung Deutschlands und Erwerb der Rheingrenze ist ebenso gescheitert. Deutschland hat seine Selbständigkeit äußerlich behauptet, es ist nicht schlechtweg französischer Vassallenstaat geworden.

Mit diesem Zustand hat man sich im ganzen abgefunden. Die nahezu einmütige Auflehnung, die zunächst zu bemerken war, ist verebbt. Der Niedergang der französischen Macht im Spanischen Erbfolgekrieg ließ die Gefahr, die von Westen drohte, geringer erscheinen. Es war kein Grund mehr vorhanden, ein für allemal gegen Frankreich Front zu machen. Wenn in späterer Zeit die Erinnerung an die Raubkriege, an die zweimalige Verwüstung der Pfalz als ein Gärstoff dauernder Feindschaft gegen Frankreich im Volke gewirkt hat, so ist davon in der Zeit unmittelbar nach Ludwig XIV. nicht viel zu spüren. Politische Folgen hat es keinesfalls gehabt. Vielmehr gewinnt Frankreich jetzt allmählich wieder einen großen Teil seines früheren Einflusses auf die deutschen Staaten zurück, den es unter Ludwig und durch Ludwigs gewaltsames Vorgehen verloren hatte. Die Erhebung des Kaiserhauses zur europäischen Großmacht weckte auch die alten Besorgnisse wieder, daß ein allzu starker Kaiser der Selbständigkeit der Landesstaaten gefährlich werden könne. Und was ist natürlicher, als daß sie den Schutz wieder dort suchten, wo ihre Vorfahren im Dreißigjährigen Krieg ihn gefunden hatten? So hat Frankreich wieder eine Gefolgschaft im Reich, durch die es den österreichischen Einfluß bekämp-

fen und dem Kaiser Schach bieten kann. Die Gegensätze der Weltmächte übertragen sich auf Deutschland. Wie draußen Frankreich auf der einen, England und Österreich auf der anderen Seite einander gegenüberstehen, so gibt es auch unter den deutschen Fürstenhäusern eine französische Partei gegenüber einer österreichisch-englischen, und jeder europäische Krieg, jeder Interessenkonflikt der außerdeutschen Großmächte kann ohne weiteres zu einem deutschen Bürgerkrieg führen. Der Zustand, der im Dreißigjährigen Kriege begonnen hatte, daß Deutschland das Schachbrett war, auf dem die Großmächte ihre Partien spielten, war verewigt.

Er wurde verstärkt dadurch, daß eine ganze Anzahl deutscher Reichsstände zugleich auswärtige Herrscher waren. Der König von Schweden war deutscher Reichsstand, der Kurfürst von Sachsen erwarb 1697 die polnische Krone, und der eine Zweig des Hauses der Welfen, die hannöversche Linie, bestieg 1714 den englischen Thron. Während das Ausland nach Deutschland hineinwächst, wachsen deutsche Fürstenhäuser aus Deutschland hinaus, am meisten von allen freilich das Kaiserhaus, das mit seinen Besitzungen in Ungarn, Belgien, Italien schon viel mehr eine europäische als eine deutsche Macht ist.

Eine tiefgreifende Veränderung hat die Epoche Ludwigs XIV. im Osten gebracht. Die Bedrohung durch die Türken ist verschwunden dank der Eroberung Ungarns durch Österreich. Früher als die Türkei ist auch die polnisch-litauische Großmacht zusammengesunken. Auch von dorther droht keine Wolke mehr. Aber die Zweifrontengefahr ist damit nicht beseitigt, sie hat nur ein

neues und viel ernsteres Gesicht bekommen. An die Stelle Polens ist Rußland getreten.

Gleichzeitig mit dem Spanischen Erbfolgekrieg hatte der zweite Nordische Krieg (1700—21) die Gestalt der Dinge im Osten vollständig verwandelt. Die wurzellose Großmacht Schwedens war auf dem Schlachtfeld von Poltawa 1709 zusammengebrochen. Auch aus dem deutschen Reich verschwand sie fast ganz — nur Rügen, Stralsund und Greifswald erinnerten noch lange daran, daß Schweden einmal die bessere Hälfte von Pommern ganz besessen hatte. Die Mündungen der Oder und Weser wurden dadurch frei. Aber um welchen Preis! Estland und Livland waren die Beute der Russen geworden, Petersburg war gegründet, und die Ostsee gehörte jetzt den Russen, einer Macht von so ungeheurer Ausdehnung und so unberechenbaren Möglichkeiten der Entwicklung, wie Europa sie noch nicht gesehen hatte.

Auch dieser Kampf ist zum Teil auf deutschem Boden ausgefochten worden. Daß der König von Schweden Herr von Vorpommern, der König von Polen zugleich Kurfürst von Sachsen war, führte die russischen Heere schließlich bis nach Pommern, Mecklenburg und Holstein, und es fehlte nicht viel, so wären sie dort geblieben. Peter der Große hat ganz ernsthaft an den Erwerb von Preußen oder von Pommern und Mecklenburg gedacht, die Südküste der Ostsee war eine Zeitlang das Ziel seiner Wünsche. Dazu kam es nicht, aber es blieb eine dauernde Spur dieser Bestrebungen zurück in Gestalt einer russischen Klientel, die der Zar sich in Mecklen-

burg und Holstein durch Heiraten geschaffen hatte. Zu der französischen und österreichisch-englischen Partei im Reich kam nun allmählich auch eine russische. Deutschland wurde diplomatisch bereits von den Nachbarn zerrissen. Es war noch ein Glück, daß zwischen Frankreich und Rußland ein unüberbrückbarer Gegensatz der Interessen in der türkischen Frage bestand. Während Frankreich seine alten Verbindungen mit Konstantinopel um seiner Handelsbeziehungen in der Levante willen pflegte, strebte Rußland nach dem Besitz der Meerengen. Wäre dieser Gegensatz nicht gewesen, hätten Paris und Petersburg einander schon im 18. Jahrhundert die Hände reichen können, die deutschen Geschicke hätten wohl eine ganz andere Wendung genommen.

Was als letzte Möglichkeit von fernher drohte, war immer wieder dasselbe Schicksal, das durch die geographische Lage des Landes heraufbeschworen wurde: die Gefahr der Aufteilung zwischen übermächtigen Nachbarn. Wenn eines Tages der russisch-französische Interessengegensatz im Orient aufhörte oder nur so weit zurücktrat, daß die beiden Mächte sich verbanden, so stand ihrem Vordringen von West und Ost wenig mehr im Wege. Aus eigenen Kräften waren die deutschen Staaten, wie sie im 18. Jahrhundert waren, nicht imstande, sich der Aufteilung zu erwehren. Dann konnte Frankreich bis zum Rhein, Rußland bis zur Elbe sich ausdehnen, und was von Deutschland übrig blieb, war dann nur noch ein kleiner Pufferstaat, eine größere Schweiz, aber ohne deren festen inneren Zusammenhalt; vielleicht unter englischem Protektorat, vielleicht auch die südliche Hälfte

unter französischem, die nördliche unter englischem oder russischem Einfluß. Es konnte mit der Zeit auch noch weiter getrieben, das Zwischenreich gleichfalls verteilt werden. Die deutsche Nation als selbständige, mitbestimmende Größe im Völkerleben war auf jeden Fall gestrichen.

Es ist in Wirklichkeit ganz anders gekommen. Deutschland hat seine Vergangenheit eines Tages vollständig liquidiert, alle alten Überlieferungen über Bord geworfen und in bewußtem Bruch mit ihnen, im schnurgeraden Gegensatz zu dem Hergebrachten und Bestehenden, den Weg zur staatlichen Einheit und zur Großmacht gefunden.

Wenn das geschehen sollte, bedurfte es allerdings einer gründlichen Umkehr. Eine konservative Politik, die das Bestehende im Staatsleben zu erhalten und zu entwickeln suchte und an den Grundlagen des geschichtlichen Rechts festhielt, konnte hier, wie die Dinge lagen, nur zur Auflösung und zum Untergang der Nation führen. Sollte das vermieden werden, so mußte eine Revolution erfolgen: das Bestehende mußte zerstört, das Reich vollständig aufgelöst und auf seinen Trümmern und aus ihnen etwas Neues geschaffen werden. Das ist geschehen, und daß es geschah, war das Werk des preußischen Staates.

ZEHNTES KAPITEL

Die Entstehung des preußischen Staates. — Die Eroberung Schlesiens. — Der Dualismus im Reich. — Das Verdienst Friedrichs des Großen. — Der Militärstaat Preußen. — Das russische Übergewicht. — Preußen nach Friedrich dem Großen. — Kaiser Joseph II. — Die Konvention von Reichenbach. — Der Krieg gegen Frankreich. — Der Friede von Basel. — Die Auflösung des Reiches. — Preußens Untergang.

Unter den deutschen Landesstaaten, die durch den Zufall des Erbrechts und der Eroberung zusammengekommen waren, ist Brandenburg-Preußen vielleicht die unnatürlichste Bildung. Es ist entstanden dadurch, daß der Kurfürst von Brandenburg 1618 die ausgestorbene Nebenlinie seines Hauses beerbte, die seit 1525 als Herzöge von Preußen die Reste des alten Ordensstaates unter polnischer Oberhoheit regierte. Dazu kam 1637 die Erbschaft von Pommern, von der freilich zunächst nur der weniger wertvolle Teil, Hinterpommern, in Besitz genommen werden konnte, weil Schweden sich im Westfälischen Frieden Vorpommern vorbehielt. Ein anderer Erbfall hatte 1614 den Besitz eines Territoriums am Niederrhein, Cleve, Mark und Ravensberg, gebracht.

Diesen *membra disjecta* hauchte ein bedeutender Regent, Kurfürst Friedrich Wilhelm, in den kritischen Zeiten nach 1648 eine Seele ein. Strenge, sorgsame Verwaltung, hochgesteckte Ziele, kühnes Wagnis, Wachsen oder Untergehen schien die Losung dieses neuen Staates,

die schon durch seine sonderbare geographische Zusammensetzung vorgeschrieben war. Friedrich Wilhelm hat bei unermüdlichem Streben nach außen wenig erreicht. Vorpommern zu gewinnen, mißglückte ihm trotz aller militärischen Erfolge, weil das Unternehmen auf einem politischen Rechenfehler beruhte. Ludwig XIV. duldete keine Schwächung seines schwedischen Bundesgenossen. Die pommersche Hafenküste hätte im Elsaß oder den Niederlanden erobert werden müssen, nicht an Ort und Stelle und in Ostpreußen und Kurland, bis wohin das siegreiche brandenburgische Heer auf der Verfolgung gelangt war. Nur ein Erfolg war dem ehrgeizigen Brandenburger beschieden: die Abschüttelung der polnischen Lehnshoheit über Preußen, die er im ersten Nordischen Krieg 1655—60 durch glückliche Waffentaten und skrupellose Politik erreichte. Und noch eins hat er ungesucht gewonnen: den Ruhm. Der „Große Kurfürst", wie ihn schon die Zeitgenossen nannten, war der erste Held der deutschen Nation nach Menschenaltern, in denen die Mittelmäßigkeit der führenden Persönlichkeiten nur hie und da durch Abenteuerlichkeit unterbrochen wurde. Auf Brandenburg-Preußen richteten sich jetzt unwillkürlich die Blicke. Es war der stärkste norddeutsche Staat, der bestregierte, der unternehmendste, und es war — trotz Kursachsen — der Führerstaat der deutschen Protestanten.

Zur ererbten Macht fügte Friedrich III. den äußeren Glanz, die Königskrone von Preußen. Im übrigen bedeutet seine Regierung einen Rückgang. Die Ostseefragen wurden ohne Teilnahme Preußens aufgerollt, die Gelegen-

heit, hier die Führung zu ergreifen, wurde versäumt. Als Friedrich Wilhelm I. zur Regierung kam (1713), war es zu spät für eine Politik großen Stils. Man mußte zufrieden sein, den größten Teil Vorpommerns mit Stettin aus dem Zusammenbruch Schwedens für sich in Sicherheit zu bringen.

Wir brauchen kein Wort zu verlieren über die persönliche Leistung, die Preußen diesem König verdankt. Sie ist allbekannt: die Schöpfung eines ungewöhnlich großen und ungewöhnlich guten stehenden Heeres, gegründet auf eine Verwaltung von musterhafter Strenge, Sparsamkeit und Sachkunde. In vielen Stücken nur ein Kind seiner Zeit, ein Mensch von mittelmäßigen Fähigkeiten und vielen abstoßenden Eigenschaften, im ganzen eine unsympathische Erscheinung, hat Friedrich Wilhelm doch eine Seite, die ihn von seinen Zeitgenossen unterscheidet, ihn über sie erhebt und Achtung, ja Bewunderung einflößt: ein unerbittliches Pflichtgefühl. Er hält sich nicht für den Herrn seines Staates, sondern für dessen Diener. In allem, was er tut, fühlt er sich verantwortlich vor einer höheren Instanz. Er ist in seinen eigenen Augen nur der Angestellte des Königs von Preußen. Das geistreiche Wort seines Sohnes, daß der König der erste Bediente des Staates sei, hat der Vater schon lange vorher mit der Tat wahr gemacht.

In dem allen lag nichts, was geeignet gewesen wäre, der deutschen Geschichte eine neue Wendung zu geben. Die Wendung ist nicht hervorgegangen aus einer sogenannten natürlichen Entwicklung, die sich nicht datieren ließe, sie ist das Werk eines Mannes, der höchst persönliche

Entschluß eines Genius. Als König Friedrich II., eben zur Regierung gelangt, die von seinem Vater hinterlassenen Regimenter und Millionen benutzte, um eine Eroberung zu machen, da schlug der Lauf der preußischen und der deutschen Geschicke eine neue Richtung ein.

Im Oktober 1740 war Kaiser Karl VI. gestorben, ohne einen Sohn zu hinterlassen. Mit vieler Mühe hatte er erreicht, daß seiner Tochter Maria Theresia durch Verträge mit allen europäischen Mächten die alleinige Erbfolge in allen Teilen seines Reiches zugesichert war. Aber Friedrich II. von Preußen, der ein halbes Jahr vorher, noch nicht dreißigjährig, den Thron bestiegen hatte, warf den Vertrag beiseite, indem er sich Schlesiens bemächtigte und seine Anerkennung der Erbfolge Maria Theresias davon abhängig machte, daß ihm diese Provinz abgetreten werde.

Das war das Zeichen zum europäischen Kriege. Frankreich benutzte die Gelegenheit, um die Hand nach Belgien auszustrecken. Zum ersten Male gelang es, Österreich die Kaiserkrone zu entreißen. Unter preußischer Führung und mit französischer Rückendeckung wählten die Kurfürsten nicht Franz von Lothringen-Toskana, den Gemahl Maria Theresias, sondern Karl VII. von Bayern. Wäre nicht der englische Beistand gewesen, das letzte Stündlein der österreichischen Großmacht hätte geschlagen.

Wir verweilen nicht bei den kriegerischen und diplomatischen Verwicklungen der folgenden Jahre, so interessant und lehrreich sie sind. Uns kommt es nur auf das Neue an, das durch diese Ereignisse geschaffen wurde. Es

ist die Tatsache der brandenburgisch-preußischen Macht, die zu einer Höhe emporgestiegen ist, daß sie im Reich der österreichischen Kaisermacht ebenbürtig, ja überlegen gegenübersteht. Als der Friede von Aachen 1748 den österreichischen Erbfolgekrieg beendete, da hatte Österreich zwar die Kaiserkrone behauptet, aber seine frühere Stellung verloren. Es mußte entweder sich darein finden, daß Preußen neben ihm — oder auch über ihm — stand, oder es mußte versuchen, das Geschehene rückgängig zu machen. Maria Theresia entschied sich für das Zweite. Aber der Siebenjährige Krieg, der darum 1756—63 geführt wurde, bewies nur, daß Preußen auch einer Koalition von drei Großmächten gewachsen war. Es hatte damit die Probe abgelegt, daß es selbst eine Großmacht war. Der Friede von Hubertusburg 1763 stellte fest, daß es im deutschen Reich nicht mehr nur eine, sondern zwei Großmächte gab.

Dies hatte die Eroberung Schlesiens bewirkt. Die große, reiche und blühende Provinz war das Schiebegewicht, dessen Übergang von Österreich zu Preußen die gesamte Kräfteverteilung im deutschen Reich geändert hatte. Nun mochte Österreich auch weiterhin allein die Kaiserkrone tragen, es gab doch neben ihm einen ständigen Gegenkaiser im König von Preußen. Der Dualismus im deutschen Reich war ins Leben getreten, es hatte zwei Häupter.

Mit der neuen Nebenbuhlerschaft von Österreich und Preußen verbinden sich alte, historische Gegensätze. Preußen verkörpert den Norden, Österreich den Süden; Preußen ist das Haupt des protestantischen Deutschland, Österreich ist die katholische Vormacht. Zu der alten

Gefahr der Aufteilung von außen trat die neue der Sprengung von innen her.

Der Zustand, der 1740 geschaffen, 1763 bestätigt war, barg zunächst verschiedene Möglichkeiten in sich. Entweder die beiden Großmächte konnten sich vertragen und zu gemeinsamer Beherrschung Deutschlands vereinigen. Das war sehr unwahrscheinlich, weil sehr schwer durchzuführen, da in einem solchen Verhältnis zu zweien immer einer der Geführte, der andere der Führer sein wird und keine Großmacht sich auf die Länge in die Rolle des Geführten finden mag. Oder die beiden konnten sich auf der Grundlage einer Teilung Deutschlands in zwei Interessensphären aussöhnen. Auch das bedeutete für den Kaiser immerhin einen Verzicht. Es war nicht anzunehmen, daß er sich freiwillig dazu entschließen werde. So blieb schließlich die letzte Möglichkeit: daß der eine der beiden Rivalen den anderen überwand und seine Macht entweder ganz zerstörte oder ihn aus dem Reich hinausdrängte. Das eröffnete wiederum weitere Aussichten. Der Sieger konnte sich zum Herrn in einem Teile Deutschlands machen, den er zu beherrschen vermochte; das war die Teilung der Nation. Oder er erwies sich als stark genug, das Ganze sich unterzuordnen — dann war die Einheit Deutschlands geschaffen.

Die Geschichte hat alle diese Möglichkeiten durchlaufen, gleichsam experimentierend, bis schließlich die zuletzt genannte zur Wirklichkeit wurde. Das hat lange gedauert — die Mühlen der Weltgeschichte mahlen langsam —, aber zuletzt ist es doch so gekommen, wie es kommen mußte.

Welcher der beiden Nebenbuhler den Sieg davontragen sollte, stand eigentlich von allem Anfang her in den Sternen. Man vergleiche sie nur unbefangen, wie sie schon damals waren und seitdem immer geblieben sind! Österreich ein buntes Mosaik, ein europäisches Staatenkonglomerat ohne Festigkeit und inneren Zusammenhang, zum einen Teil aus hochentwickelten Provinzen wie den deutschen und oberitalienischen, zum anderen aus zurückgebliebenen wie Ungarn und Galizien zusammengefügt; auf allen Seiten mit internationalen Reibungsflächen versehen, in Belgien und Italien in stetem Gegensatz gegen Frankreich, an der unteren Donau gegen Rußland und die Türkei, und darum stets zu kosmopolitischer Großmachtspolitik ohne nationale Gesichtspunkte genötigt, ohne daß doch die Kräfte dazu ausgereicht hätten. Um zu wissen, wie es mit diesem Staate bestellt sei, brauchte man nicht erst die Probe anzusehen, die Joseph II. machte, als er sich abmühte, sein Reich in möglichster Eile auf die erforderliche Stufe der Einheit und Festigkeit zu heben, während er es zugleich unternahm, große auswärtige Aufgaben zu lösen. Das vollständige Fiasko, das er dabei erlitt, ließ sich voraussehen.

Dagegen Preußen: straff zusammengefaßt, auf allen Gebieten vorwärts strebend, in seiner Bevölkerung deutsch, an seinen Grenzen mit den eigenen Interessen zugleich die deutschen vertretend, am Niederrhein gegen Frankreich, im Osten gegen Polen und Rußland — wenn das Spiel richtig gespielt wurde, mußte Preußen gewinnen.

Alles das ist nur die logische Folge des Entschlusses Friedrichs des Großen, eines Entschlusses, den er selbst

als die Frucht jugendlichen Ehrgeizes und Tatendrangs bezeichnet hat. Er ergab sich weder aus der Notwendigkeit natürlicher Entwicklung, noch entsprach er der Überlieferung. Daß Friedrich gerade nach Schlesien griff, war keine Notwendigkeit. Begehrenswert war das Land schon, und man hatte denn auch früher gelegentlich an seinen Erwerb gedacht. Aber Abrundung hatte Preußen überall nötig, bestand es doch im Jahre 1740 nur aus mehreren zerstreuten Gebietslappen; und andere Objekte hätten eigentlich näher gelegen. So etwa Westpreußen, das dem Staat erst den geographischen Zusammenhang nach Osten gegeben, oder Hannover, das die Verbindung mit Cleve wenigstens erleichtert, oder gar Kursachsen, das sich am bequemsten dem bisherigen Gebietszustand angefügt haben würde. Verglichen damit liegt die neue Erwerbung Schlesien recht exzentrisch. Einzig die günstige Gelegenheit, der Tod des Kaisers und die damit eröffnete Frage der österreichischen Erbfolge, ließ Friedrich sich nach Schlesien wenden. Man stelle sich vor, dieser Todesfall wäre ein Jahr früher eingetreten oder Friedrich ein Jahr später zur Regierung gekommen — die deutsche Geschichte hätte bis heute ein anderes Aussehen.

Ein Erobererstaat war Preußen bis dahin auch nicht gewesen. Von seinen Eroberungen war das wenigste — nur Vorpommern — mit den Waffen, alles übrige durch Erbschaft gewonnen. Vollends die Wendung gegen das Kaiserhaus widersprach allen Überlieferungen. Mit kurzen Ausnahmen, wie etwa zeitweilig unter dem Großen Kurfürsten, hatte Brandenburg-Preußen bis dahin zur

Partei des Kaisers gehört. Man hatte sich oft gestritten, in Berlin mitunter weidlich geschimpft, war aber immer wieder zu treuer Ergebenheit gegen Kaiserliche Majestät zurückgekehrt. Der Angriff, den Friedrich gegen das alte Kaiserhaus führte, war ohne alles Beispiel, darum kam er den Österreichern auch so völlig überraschend. Daß Friedrich es wagte, die Überlieferung über Bord zu werfen, und daß er die übermenschliche Kraft besaß, das in raschem Handstreich Gewonnene zu behaupten, war eine ganz persönliche Tat, die besser als alle philosophischen Erörterungen die Irrlehre von der gesetzmäßigen Notwendigkeit im Verlauf der Menschengeschichte widerlegt. Es war die Tat eines Genius, der außerhalb der Gesetze normaler Entwicklung steht, weil er anders ist, mehr kann und mehr will als der normale Durchschnitt und mit seinem Willen selbst der Entwicklung das Gesetz diktiert. Die Tat eines Genius hat auch der deutschen Geschichte die Richtung gegeben, in der sie sich bis heute bewegt und sich auch weiter wird bewegen müssen.

Der preußische Staat hat etwas Neues in die deutsche Geschichte nicht nur durch die völlige Verschiebung der Machtverhältnisse gebracht, die sich aus seiner Vergrößerung ergab, er ist selbst etwas Neues nach seiner Wesensart. Er ist ein Militärstaat.

Alle deutschen Staaten unterhielten damals stehende Heere, das preußische war nur größer und besser als die anderen. Das macht noch keinen wesentlichen Unterschied. Eine bedeutsame Eigentümlichkeit Preußens lag darin, daß sein Heer aus den eigenen Mitteln des Staates

erhalten wurde. Die anderen ließen sich die Kosten ganz oder teilweise bezahlen von einer auswärtigen Macht, sei es Frankreich, sei es Spanien, sei es den Niederlanden oder dem Kaiser. Ohne Subsidien konnten sie nicht leben. Auch der Große Kurfürst und der erste König von Preußen hatten Subsidien genommen, je mehr desto lieber. Bei Friedrich Wilhelm I. sträubte sich das Selbstgefühl gegen diese Rolle, er wollte nicht Kostgänger eines anderen und dadurch abhängig von anderen werden. Aber auf seine Soldaten wollte er noch weniger verzichten. Wie das auf die Finanzen und auf die ganze Staatsverwaltung zurückwirkte, ist ja bekannt. Aus den Kräften des Landes wurde das Äußerste herausgeholt, aber es wurde auch alles getan, um sie zu steigern. Der harte Fiskalismus des Staates erhielt sein Gegengewicht in einer landesväterlichen Fürsorge, wie man sie anderswo nicht kannte.

Die notgedrungene Sparsamkeit führte mit der Zeit auch zu einem neuen Verfahren in der Aufstellung der Armee. Um die hohen Kosten der Anwerbung im Ausland zu verringern, ging Friedrich Wilhelm dazu über, einen beträchtlichen Teil seiner Truppen dem eigenen Lande zu entnehmen. Geworben wurde zunächst auch hier, aber man wies den Werbeoffizieren bestimmte Bezirke an, in denen sie ihre Leute holen durften, und daraus entstand mit der Zeit eine förmliche Rekrutierung unter der ländlichen Bevölkerung. So konnte Friedrich der Große seine langdauernden Kriege zum größeren Teil mit den eigenen Landeskindern führen, die sich neben allem anderen auch als zuverlässiger erwiesen — sie liefen nicht davon wie die angeworbenen Fremdlinge.

Das stand in jener Zeit einzig da. Die Grundlagen der späteren allgemeinen Wehrpflicht waren damit gelegt.

Die Folge war, daß in Preußen die Bevölkerung ganz anders mit dem Staat verwuchs als irgendwo sonst. Im Siebenjährigen Kriege zeigte sich das. Die heldenhafte, unerschütterliche Verteidigung, durch die der König die ganze Welt in Staunen und Bewunderung versetzte, war doch nur möglich, weil sein Volk geschlossen hinter ihm stand, so fest hinter ihm stand, daß in der westfälischen Grafschaft Ravensberg den desertierten Soldaten Beichte und Abendmahl und das Betreten des väterlichen Hauses versagt wurden. So groß auch die Not wurde, nirgends hat sich Verrat oder Abfall geregt, willig und opferfreudig haben die Untertanen ihr Letztes hergegeben für ihren König und — zum ersten Male darf man hier das Wort aussprechen — für ihr Vaterland. Ja, es gab jetzt endlich wieder einen deutschen Staat, der in den Augen seiner Bürger den Namen des Vaterlands verdiente. Nur im Preußen des großen Königs durfte der Dichter Hippel sagen: „Preuße sein, heißt Patriot sein."

So ist diesem Staat von Anfang an der Stempel aufgedrückt, der sein Wesen von den anderen unterscheidet und seinem Dasein Grundlage und Richtung gibt. Man hat dafür in neuester Zeit den Namen Militarismus aufgebracht und den „preußischen Militarismus" als ein Verbrechen an der Nation, ja an der ganzen Menschheit zum Tode verurteilt. Wer sich durch laute Schlagworte nicht betäuben läßt, weiß, daß man das Wesen des preußischen Staates noch lange nicht erschöpft, wenn

man mit Fingern auf den Vorzug und die vorherrschende Stellung weist, die der Soldat in ihm einnahm. Der wirkliche preußische Militarismus bestand darin, daß jeder Einzelne, ob hoch oder gering, reich oder arm, mit Leib und Seele, mit Hab und Gut dem Staate angehörte, ihm diente, mit ihm lebte und für ihn starb. Das war nur in Preußen möglich, wo der König selbst das Beispiel gab, wo zwei Herrscher nacheinander sich förmlich und buchstäblich aufrieben, um ihren Staat groß zu machen — Friedrich Wilhelm I. ist infolge von Überanstrengung jung gestorben und Friedrich der Große früh ein Greis geworden —; wo der größte König sich für den ersten Bedienten des Staates erklärte und sein Vater bedenkliche Vorschläge mit der Frage abzuweisen pflegte: „Was würde der König von Preußen dazu sagen?“ Im Altertum hatte man solche Staaten wohl gekannt; in neuerer Zeit und auf deutschem Boden war Preußen das erste Beispiel dieses antiken, spartanisch-römischen Wesens, ein Beispiel, das zu seiner Zerstörung herausforderte oder zur Nachahmung zwang.

Im übrigen kann man nicht sagen, daß das Emporkommen der preußischen Großmacht auf die Lage Deutschlands in Europa sogleich überall günstig gewirkt hätte. Zum Teil ist sogar das Gegenteil der Fall gewesen. Die stete Rivalität und mehr oder weniger offene Gegnerschaft, die zwischen den beiden Häuptern des Reiches jetzt bestand, steigerte zunächst den Einfluß auswärtiger Mächte in deutschen Angelegenheiten. Mehr noch als früher übertrug sich jetzt der Gegensatz der europäischen Mächtegruppen, spaltend und kriegerzeugend, auf das

Reich. Der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges war bekanntlich die Folge davon, daß Friedrich der Große zu Neujahr 1756 die französische Allianz mit der englischen vertauschte, während England schon mit Frankreich in Nordamerika im Kriege lag. Umgekehrt ist Österreich damals, um sich die französische und die russische Unterstützung zu sichern, bereit gewesen, Belgien an Frankreich und Ostpreußen an Rußland auszuliefern, und es war nicht seine Schuld, daß der Plan nicht ausgeführt wurde, der in seinen weiteren Konsequenzen den Verlust des linken Rheinufers mindestens sehr wahrscheinlich gemacht haben würde.

Daß überhaupt die Gefahren von Westen in dieser Zeit zurücktreten, liegt nur an der Abwendung Frankreichs von den kontinentalen Interessen und an seiner zunehmenden inneren Schwäche. Während dieses Land sich langsam der Revolution entgegen bewegt und deshalb schon das Schwergewicht sich erleichtert, das auf der Westfront Deutschlands lastet, wächst der Druck, den Rußland im Osten ausübt, mit jedem Jahrzehnt. Der Dualismus der deutschen Großmächte mußte die östliche Großmacht, wenn ihre Politik nur einigermaßen die Gelegenheiten wahrzunehmen wußte, zum Schiedsrichter in deutschen Angelegenheiten machen. Schon im Siebenjährigen Kriege war dieses russische Übergewicht sehr deutlich hervorgetreten. Ohne die Teilnahme der russischen Armeen hätte dieser Krieg, wenn er je ausbrach, spätestens in zwei Jahren mit einem ausgesprochenen Siege Preußens geendet, das sich dann wohl um Kursachsen oder wenigstens um die sächsische Lausitz ver-

größert haben würde. Daß Rußland 1762 vom Kriege zurücktrat, ohne einen Gewinn für sich zu fordern — Ostpreußen besaß es seit 1758, und der König hatte sich schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, diese Provinz zu opfern —, hat schließlich den Ausschlag gegeben und vielleicht dem preußischen Staat das Leben gerettet.

Katharina II., die deutsche Prinzessin auf dem Thron Peters des Großen, war ganz die Herrscherin, diese Gunst der Umstände auszunützen. An sich wäre es eine natürliche Forderung gewesen, daß die deutschen Mächte sich zusammentaten, um dem russischen Vordringen Halt zu gebieten. Denn es richtete sich nicht nur gegen die untere Donau, den Balkan und Konstantinopel, wo es Österreich den Weg seiner natürlichen Ausdehnung mit der Zeit vertreten mußte, sondern ebenso gegen Polen, wo es der preußischen Grenze bedenklich nahe kam, den Flußlauf der Weichsel zu sperren, Ostpreußen dauernd abzuschneiden und schließlich wohl ebenfalls aufzusaugen drohte. Wäre die Einverleibung Polens in Rußland damals Tatsache geworden, wo Westpreußen ja noch polnische Provinz war, Danzig wäre für Deutschland wohl für immer verloren geblieben und Königsberg wahrscheinlich verloren gegangen.

Die gleiche Bedrohung durch Rußland hätte eigentlich Preußen und Österreich zusammenführen sollen. Aber ihre Vereinigung war unmöglich, weil man in Wien die preußische Rivalität nicht ertragen wollte oder konnte. So entstand ein Wettlauf beider Mächte um die russische Gunst. Zuerst war Friedrich erfolgreich. Aber nur seiner Meisterschaft war es möglich, unter diesen Verhältnissen

einen stattlichen Gewinn davonzutragen. Dem russischen Streben nach Aufsaugung Polens kam er durch den Gedanken einer Teilung polnischen Gebiets unter die drei Nachbarstaaten entgegen, und so glückte es ihm, 1772 Westpreußen für sich zu erwerben. Wenn auch die Perle von Preußen, Danzig, noch fehlte — hier hatte Friedrich es auch mit dem Widerstand Englands zu tun, das um seines polnischen Handels willen es nicht gerne sah, wenn der Hafen Polens preußisch wurde — so war doch ein schwerer Verlust aus früheren schlimmen Tagen damit zum größten Teil wieder wettgemacht und einer natürlichen Forderung Genüge getan. Denn noch immer war Westpreußen ein im wesentlichen deutsches Land, die dreihundertjährige polnische Herrschaft hatte daran nichts geändert, und die Arbeit des preußischen Staates sorgte dafür, daß es bald wieder ganz deutsch und daß es aus einem dürftigen und verkommenen ein reiches und blühendes Land wurde. Indem der preußische Staat seinem eigenen Bedürfnis diente und sich den lang vermißten territorialen Zusammenhang verschaffte, diente er zugleich einem der obersten Zwecke der deutschen Nation: er sammelte verlorenes Gebiet wieder ein. Preußisches und deutsches Interesse fielen zusammen.

Ein zweites Mal ist solch ein glücklicher Griff auch dem Genie Friedrichs nicht gelungen. Schon sieben Jahre später zeigte sich die Fessel, die der russische Einfluß der preußischen Politik anlegte, selbst wenn Preußen und Rußland verbündet waren.

Österreich, unter der Führung des jungen Kaisers Joseph, suchte das preußische Beispiel nachzuahmen, es

wollte auch wachsen auf Kosten der Nachbarn und sich Stücke von Bayern aneignen. Diesem Versuch, das Gleichgewicht zu verschieben, trat Friedrich entgegen. Im bayrischen Erbfolgekrieg 1778/79 zog der alte König noch einmal das Schwert. Der „Kartoffelkrieg" ist mit Grund berüchtigt durch seine Ergebnislosigkeit. Seine schlaffe und unordentliche Führung auf preußischer Seite ist nicht zu bestreiten, aber unfruchtbar hätte er in jedem Fall bleiben müssen, weil Rußland jeden größeren Erfolg verhindert haben würde. Der Friede von Teschen 1779, der ihn abschloß und Österreich mit einem minimalen Landerwerb aus der bayrischen Erbschaft, Preußen ohne jeden Gewinn aus dem matten Kampf hervorgehen ließ, dieser Friede war eigentlich das Werk Katharinas. Sie hatte ihn „vermittelt", das heißt ihn vorgeschrieben, darum entsprach er auch völlig dem russischen Interesse: das Gleichgewicht zwischen den beiden deutschen Großmächten zu erhalten, wie es war, den Dualismus in Deutschland nicht aufhören zu lassen, der Rußland zum Schiedsrichter in deutschen Angelegenheiten machte und beide Staaten, Preußen wie Österreich, nötigte, beständig die russische Bundesgenossenschaft zu suchen und zu erkaufen.

Die preußische Großmacht war die ganz persönliche Schöpfung Friedrichs des Großen. Darin lag unstreitig ein Moment der Schwäche. Die Schöpfung eines Genius ist für seine Erben stets eine Last. Was durchschnittliche Kräfte geschaffen haben, kann auch von Durchschnittsmenschen leichter erhalten werden, das Werk des Genius, gerade weil es nicht mit Notwendigkeit aus der

Natur der Dinge hervorgewachsen ist, erfordert zu seiner Erhaltung zunächst immer noch größere Fähigkeiten und Anstrengungen, bis es selbst zur Natur geworden ist. Das haben wir erlebt. Auch das Werk Bismarcks ist dadurch in Gefahr geraten, zugrunde zu gehen, daß die Epigonen die Kräfte nicht besaßen, die zur Erhaltung und zum Ausbau des Neugeschaffenen nötig waren.

Die Epigonen Friedrichs des Großen waren ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen. Unfähige Herrscher finden schwer die fähigen Minister, am schwersten, wenn sie die Überzeugung haben, daß sie selbst es am besten verstehen und jedenfalls es selbst machen müssen. Friedrich Wilhelm II., ein geistreicher, aber launischer, genußsüchtiger und liederlicher Despot, ohne Gefühl für Pflicht und Verantwortung, suchte auch in der Politik vorwiegend Befriedigung seiner fürstlichen Eitelkeit. Sein Sohn Friedrich Wilhelm III. war das Gegenteil davon, seiner Pflichten wohl bewußt, aber auch und noch mehr seiner Unzulänglichkeit. Im Gefühl der ungeheuren Verantwortung und der eigenen Schwäche wich er den Entscheidungen aus, wo er sie hätte suchen sollen, versäumte alle Gelegenheiten und brachte sich schließlich in die Zwangslage, die er gerade hatte vermeiden wollen. So kam es, daß zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen der preußische Staat zusammenbrach, nicht unter der Wucht eines unentrinnbaren Schicksals, auch nicht durch seine inneren Mängel und Fehler — sie waren vorhanden, gewiß, aber sie brauchten den Untergang noch lange nicht herbeizuführen — sondern im vollsten Sinne des Wortes durch die Schuld seiner Führer, der

Herrscher wie der Staatsmänner, durch ihre Unfähigkeit, ihre Schwäche, ihre Nachlässigkeit.

In Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen", die doch im allgemeinen kein Buch über preußisch-deutsche Geschichte sein wollen, findet sich ein Abschnitt (im zwölften Kapitel des ersten Teiles) über die preußische Politik im Jahre 1790 und die Konvention von Reichenbach. Mancher Leser wird sich gewundert haben, daß der große Staatsmann es der Mühe wert gefunden hat, bei einem einzelnen Ereignis aus längstvergangenen Tagen so eingehend zu verweilen. Vielleicht hat einer oder der andere diese Abschweifung sogar als Zeichen einer gewissen Planlosigkeit bei der Abfassung des Buches angesehen. Das wäre nun freilich beides unrichtig. Die Begebenheiten von 1790 sind von großer Tragweite und nachhaltiger Wirkung, sie haben den Lauf der Dinge für sehr lange Zeit bestimmt, und ihre Wirkung ist erst nach mehr als zwei Menschenaltern durch Bismarck selbst aufgehoben worden. Bedeutungsvoll sind sie freilich nicht durch das, was da geschah und geleistet, sondern durch das, was unterlassen und versäumt wurde. Eine Gelegenheit wurde versäumt, wie sie so günstig nicht wiederkehren sollte, eine Gelegenheit, das Werk Friedrichs des Großen fortzusetzen und zu vollenden. Statt dessen wurde es fallen gelassen. Das Jahr 1790 macht deshalb Epoche in der deutschen Geschichte, weil damals die Politik Friedrichs, die natürliche und allein heilsame Politik des preußischen Staates, aufgegeben wurde.

Nur mit großer Mühe war es dem alten König in seinen letzten Jahren gelungen, die Stellung zu behaupten, die

er sich und seinem Staat errungen hatte. Das russische Bündnis hatte an Wert mehr und mehr verloren, Joseph II. hatte Preußen (1781) den Rang abgelaufen und unternahm es nun, gestützt auf diesen mächtigen Rückhalt, seinen eigenen Einfluß und seine Macht in Deutschland zu vermehren. Österreich sollte durch Bayern vergrößert, der Kurfürst von Bayern nach Belgien versetzt werden. Auf die geistlichen Fürstensitze brachte der Kaiser seine Brüder, steigerte dadurch seinen Einfluß im Reich und scheute sich nicht, wieder als echter Kaiser den kleineren Ständen gegenüber aufzutreten. Friedrich der Große suchte dieses Bestreben zu durchkreuzen, indem er die mittleren und kleinen Fürsten (1785) um sich vereinigte im Fürstenbund zur Verteidigung der Reichsverfassung. Er erreichte für den Augenblick seinen Zweck, Joseph ließ das bayrische Projekt fallen. Schon im nächsten Jahre schloß Friedrich die Augen.

Befreit von dem Druck, den seine Persönlichkeit ausgeübt hatte, stürzte Joseph sich in die größten Unternehmungen. Im Bunde mit Rußland schritt er zum Krieg gegen die Türkei. Sie sollte zerstört werden, und die Sieger wollten sich in die Beute teilen (1788). Aber die Waffenerfolge blieben aus, der Krieg wurde immer schwieriger, die österreichische Macht war in unabsehbaren Kämpfen festgelegt, ihre Kräfte erschöpften sich. Zugleich brach infolge der ungeschickten Reformen des Kaisers in Belgien 1789 der Aufstand aus, und Ungarn drohte diesem Beispiel zu folgen. Als der Kaiser am 20. Februar 1790 starb, erschüttert von der Erkenntnis, „daß alle seine Entwürfe gescheitert“ seien, saß Öster-

reich fest in der Klemme. Auch sein Partner Rußland war durch den Krieg im Süden gefesselt, gleichzeitig durch einen erfolgreichen Angriff von Schweden im Norden ernstlich bedroht. In Polen regte sich zum letzten Male der Geist nationaler Unabhängigkeit, Reformen in Verwaltung und Erziehung hatten die Anfänge eines neuen Geistes spüren lassen, der auf Umwandlung des verkommenen Staates hinstrebte. Man wollte sich vom russischen Protektorat befreien, die Königswahl abschaffen, die Krone erblich machen.

Eine glänzendere Gelegenheit für Preußen konnte es nicht geben. Es wäre damals möglich gewesen, Österreich aus Deutschland und Rußland aus Polen hinauszutreiben und an beiden Stellen die Führung selbst zu übernehmen. In den Kreisen der norddeutschen Fürsten war man nicht abgeneigt, sich dem König von Preußen dauernd anzuschließen und seine Führung anzuerkennen. Mit jugendlichem Feuer drängte Karl August von Weimar dazu, den Fürstenbund in einen Norddeutschen Bund mit preußischer Spitze zu verwandeln, der allein schon den Kaiser in Deutschland dauernd matt gesetzt haben würde. In Polen ging man mit Begeisterung auf den Gedanken ein, bei Preußen Schutz gegen russischen Druck zu finden. Ob es damals nicht noch möglich war, dieses Volk politisch zu regenerieren, so daß es einen brauchbaren Puffer gegen die russische Masse bilden konnte, statt ihr als Sturmbock zu dienen? Ob nicht eine Verbindung Preußens mit Polen und Schweden stark genug gewesen wäre, Rußland von der Ostsee wieder zu vertreiben und den Druck auf die deutsche Ostfront aufzu-

heben? Wie dem auch sei, wenn auch die Bäume nicht in den Himmel wuchsen, selbst wenn man die letzten Ziele der Zukunft überließ und nur an das Nächste und Sichere dachte — der Augenblick forderte zu großen Entschlüssen und raschem Handeln heraus. Es galt, das Werk Friedrichs des Großen zu vollenden, den habsburgischen Rivalen ein für alle Male aus dem Felde zu schlagen, die österreichische Großmacht zu zerstören. Der Aufstand in Belgien, die Bewegung in Ungarn boten dazu die beste Gelegenheit, ein rechtzeitig und mit gesammelter Kraft geführter kriegerischer Stoß hätte das Gebäude umgeworfen und das weitere sich fast von selbst ergeben. Wie Friedrich der Große gehandelt haben würde, ist nicht zweifelhaft, und wie Bismarck verfahren wäre, hat er selbst auseinandergesetzt.

Auch Friedrich Wilhelm II. war nicht unempfänglich für die Größe des Augenblicks, aber die Fähigkeit, ihn richtig zu benutzen, ging ihm ab, und in seiner Umgebung fand sich niemand, der ihn ergänzte. So wurde er dazu geführt, eine diplomatische Tragikomödie aufzuführen, wie sie trauriger und lächerlicher zugleich kaum ein zweites Mal vorgekommen ist. An der Spitze seines schon mobilisierten Heeres, im Begriff in Böhmen einzufallen, sah er sich schließlich doch genötigt, am 27. Juli 1790 die Konvention von Reichenbach zu schließen, die ihm nichts weiter einbrachte als den leeren Triumph, den Frieden zwischen Österreich und der Türkei „diktiert“ und den Bestand der Türkei gerettet zu haben.

Damit war der politische Gedanke, dem Preußen sein Emporkommen verdankte, aufgegeben: die entschlossene

Bekämpfung Österreichs hörte auf. Und dabei ist es für lange Zeit geblieben. Die beiden Mächte arbeiten die nächste Zeit Schulter an Schulter. Aber das Verhältnis ist nicht natürlich. Der Dualismus ist nicht verschwunden, wenn man auch die Augen vor ihm schließen möchte. Er vergiftet auch die Bundesgenossenschaft. In der polnischen Frage stehen Österreich und Preußen einander mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Als es 1793 und 1795 an die Aufteilung Polens geht, suchen sie einander zuvorzukommen, jeder mißgönnt dem anderen den Gewinn und macht damit Rußland zum Herrn des Geschäfts. Sie aßen alle drei vom polnischen Kuchen, aber die russische Portion war bei weitem die größte und schönste. Auch darin war die preußische Politik so unglücklich wie nur möglich. Anstatt Polen zu halten und zu stärken, suchte man möglichst viel an polnischem Land zu ergattern. Daß Danzig und Thorn 1793 erworben wurden, war nur zu billigen, es war ein wirklicher Gewinn. Aber daß man 1795 dazu noch alles Land bis zur Weichsel und Pilitza nahm, daß Warschau und Bialystok preußische Städte wurden, bedeutete viel eher eine Schwächung als eine Stärkung. Man sah nur den äußeren Zuwachs an Quadratmeilen, nicht die Schwierigkeiten, die dieser Zuwachs für die Staatsverwaltung brachte — Preußen wurde dadurch fast ein halb polnischer und halb katholischer Staat — nicht die Tatsache, daß Rußland ja viel mehr gewonnen hatte und dadurch um so viel gefährlicher geworden war. Man hatte in Berlin verlernt, politisch zu denken.

Und um dieses mehr als zweifelhaften Gewinnes willen

hatte man im Westen die verhängnisvollsten Dinge getan und geschehen lassen.

Zur gleichen Zeit, da Preußen und Österreich in Reichenbach sich zusammenfanden und bald darauf zusammen und doch nicht einig auf die Länderjagd in Polen gingen, wurde die Frage wieder aufgerollt, die seit Ludwig XIV. gestellt war, die Frage der deutschen Westgrenze. Frankreich erhob seine alte Forderung, es verlangte den Rhein.

Die französische Revolution hat auf die inneren Zustände Deutschlands erst spät und allmählich eingewirkt. Zunächst hat man in Deutschland nicht viel mehr getan, als mit Begeisterung oder Abneigung den Ereignissen an der Seine zugesehen. Man dichtete und deklamierte von Freiheit und Tyrannentod, man pflanzte hie und da Freiheitsbäume, schwärmte für Gleichheit und Brüderlichkeit und erwartete ein neues Paradies von dem Siege der französischen Ideen. Getan hat man sehr wenig oder eigentlich nichts. Es sollten noch zwei volle Menschenalter vergehen, ehe man auch auf deutschem Boden mit der Tat zur Nachahmung des französischen Musters schritt. Darum kann man auch nicht sagen, daß mit 1789 für Deutschland etwas Neues beginne. Im Gegenteil — wenn man auf die Lage Deutschlands gegenüber Frankreich sieht, so erkennt man, daß die französische Revolution, weit entfernt davon, den Beziehungen der beiden Länder zueinander eine neue Wendung zu geben, vielmehr nur eine Jahrhunderte alte Entwicklung, die längere Zeit geruht hatte, wieder aufnimmt, aufs neue in Bewegung setzt und zum Abschluß bringt.

Ludwig XIV. hatte den Sturz des habsburgischen Kaisertums, die Verdrängung Österreichs aus Deutschland, die französische Herrschaft über die deutschen Staaten und den Besitz des linken Rheinufers erstrebt, aber nicht erreicht. An sein letztes Ziel, die Kaiserkrone Karls des Großen, hatte er kaum denken können. Ganz dieselben Forderungen waren es, die die Staatsmänner und Heerführer der Revolution aufstellten, und sie haben sie durchgesetzt. Die Ziele ihrer auswärtigen Politik sind die gleichen wie die der alten Monarchie, sie haben sie nur konsequenter und entschlossener verfolgt und darum auch vorübergehend erreicht. Das ist das Große an der französischen Revolution, weswegen sie sich behaupten und schließlich die Zukunft erobern konnte: sie knüpfte in allem, was die Nation und ihre Stellung in der Welt betraf, an die Überlieferungen der größten Zeiten der Vergangenheit an, Überlieferungen, die vergessen und verraten zu haben man der Monarchie in ihren letzten Jahren vorwarf. Napoleon, der Erbe und Testamentsvollstrecker der Revolution, wie man ihn mit Recht genannt hat, hat einmal zu einem preußischen Unterhändler gesagt: „Ich werde die Rolle spielen, die Richelieu Frankreich zugewiesen hat." So sehr, so völlig bewußt blieb man im revolutionären Frankreich den alten Überlieferungen treu.

Es bedarf keines Hinweises, daß sich dies in erster Linie gegen Deutschland kehrte.

Daß der Krieg, der 1792 seinen Anfang nahm, den Franzosen keineswegs aufgezwungen, sondern von den Führern der Revolution gewollt und herbeigeführt wor-

den ist, gilt heute als ziemlich ausgemachte Sache. Sie brauchten den äußeren Feind, um die Nation bei ihrer Fahne festzuhalten und sich an ihrer Spitze zu behaupten. Sie haben auch gleich von Anfang an die Ziele aufgesteckt, durch die sie die Nation fortzureißen gedachten: Belgien und das linke Rheinufer. Als der erste Feldzug im Oktober 1792 mit dem vorläufigen Rückzug der Österreicher und Preußen geendet hatte, da proklamierte man in der Nationalversammlung zu Paris ganz offen die Eroberung alles Landes bis an den Rhein. Unter ungeheurem Beifall erklärte am 31. Januar 1793 Danton, damals der mächtigste Mann in Frankreich: „Umsonst, sage ich, will man die Besorgnis wecken, die Republik könnte zu groß werden. Ihre Grenzen sind durch die Natur abgesteckt. Wir werden sie ganz erreichen — am Rhein. Dort müssen die Marken unserer Republik enden, und keine Gewalt wird uns hindern können, sie zu erreichen." Einige Tage später äußerte sich Carnot im gleichen Sinne: „Die alten und natürlichen Grenzen Frankreichs sind der Rhein, die Alpen und die Pyrenäen. Die Teile, die davon losgerissen sind, sind es nur durch angemaßte Gewalt. Es wäre also nach den allgemein gültigen Grundsätzen kein Ehrgeiz, wenn wir die als unsere Brüder wiederzuerkennen suchten, die es einstmals waren, die Bande wieder zu knüpfen strebten, die gerade erst durch den Ehrgeiz zerrissen wurden."

Um diesen Preis also ist von Anfang an in den Revolutionskriegen zwischen Deutschland und Frankreich gekämpft worden, von deutscher Seite vergeblich, weil der neue Dualismus die deutsche Tatkraft noch ärger

lähmte, als es in früheren Zeiten die Verfassung des Reiches getan hatte. Die heimliche Zwietracht, die zwischen den beiden deutschen Großmächten fortbestand, auch wo sie sich zu gemeinsamem Vorgehen verbanden, hat das meiste dazu beigetragen, daß Frankreich seine alten Ziele nicht nur zeitweilig erreichen, sondern weit überschreiten und, als es schließlich doch besiegt wurde, ohne Verlust aus dem Kampf hervorgehen konnte.

Aus der Aussöhnung, die die Konvention von Reichenbach zwischen Österreich und Preußen angebahnt hatte, war ihre Allianz gegen das revolutionäre Frankreich hervorgegangen. Sie gedachten in Frankreich das Königspaar und die Monarchie in konstitutionellen Formen zu retten. An realen Interessen verteidigte Österreich dabei seinen Besitz in Belgien; welchen praktischen Zweck Preußen verfolgte, war unklar. Es kämpfte angeblich — für Deutschland. Aber es kämpfte mit halbem Herzen, voll Mißtrauen gegen den Bundesgenossen, der ihm diese Gesinnung mit Zinsen zurückzahlte, und immer mit einem Auge nach Osten schielend, in Sorge darum, daß Österreich sich insgeheim mit Rußland verständigen und Preußen um seinen Gewinn in Polen betrügen könnte. Die Feldzüge verliefen, wie sie unter solchen Umständen verlaufen mußten: Rückzüge und Vorstöße, Schlappen und Erfolge wechselten, ein entscheidender Erfolg blieb aus, weil das Zusammenwirken der Bundesgenossen und ihrer Armeen fehlte. Schon im Herbst 1793 wandte König Friedrich Wilhelm II. persönlich dem Kriegsschauplatz den Rücken. Als Vorkämpfer „für das deutsche Reich" war er ein Jahr zuvor ausgezogen. Jetzt erklärte er in

einem Manifest, er wolle sich in Zukunft nur noch den preußischen Interessen widmen (21. September 1793). Er hätte der deutschen Nation besser gedient, wenn er diese Interessen klüger und entschlossener wahrgenommen hätte, als es Zeit dazu war. Jetzt wandte er sich nach Polen, um dort seine Beute in Sicherheit zu bringen. Ein Jahr später zogen auch die letzten preußischen Truppen von Westen nach Polen und überließen den Österreichern allein die Verteidigung des Rheins, der denn auch verloren ging. Immer in der Furcht, in Polen übervorteilt zu werden, wenn man nicht mit allen verfügbaren Kräften dort aufzutreten vermöchte, zudem finanziell völlig erschöpft, schloß Preußen am 5. April 1795 mit Frankreich den Frieden von Basel. Es zog sich von den Reichsangelegenheiten völlig zurück, verzichtete auf jeden Widerstand gegen die Annexion des linken Rheinufers an Frankreich und bedang sich nur aus, daß Frankreich ihm für Gebietsverluste, die es dabei am Niederrhein erleiden würde, zu angemessener Entschädigung im rechtsrheinischen Deutschland verhelfen wolle.

Man hat über diesen „Verrat an der deutschen Sache" in alter und neuer Zeit viel gescholten, und es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Handlungsweise des preußischen Königs vom deutschen Standpunkt aus höchst tadelnswert war. Wenn man das Interesse des Reichs zum Maßstab nahm, hatte Friedrich Wilhelm II. allerdings, wie eine Flugschrift sagte, gehandelt wie Judas. Die Frage ist nur, ob man von ihm verlangen konnte, daß er das Interesse des Reichs zum seinigen machte. Er hätte damit etwas anderes getan als seine fürstlichen Zeitgenossen,

der Kaiser an der Spitze, der im geheimen auch mit Frankreich über einen Sonderfrieden auf der Grundlage verhandelte, daß Österreich auf Belgien verzichte und in Bayern entschädigt werde. Das war im Grunde doch dasselbe wie das, was Preußen tat, nur mit dem Unterschied, daß die österreichischen Verhandlungen nicht zum Ziele führten. Der Erfolg allein war verschieden, die Gesinnung hüben wie drüben die gleiche.

In der Tat wäre es damals eine ungerechte Forderung an die preußische Politik gewesen, daß sie sich dem Gesichtspunkt des nationalen Interesses unterordnen sollte. Wo alle anderen partikularistische Politik machten, den Kaiser nicht ausgenommen, da hätte Preußen allein national sein sollen? Dieser Gedanke wäre politisch einfach falsch gewesen. Die Rolle des Vorkämpfers deutscher Nation brauchte der Preuße nicht zu übernehmen. Er konnte es auch gar nicht, seine Macht reichte dazu nicht aus. Das hatte sich ja soeben im Kriege gezeigt, der fehlschlug, weil es zwei Hauptmächte, zwei Führer statt eines gab. Ja, wenn Preußen allein in Deutschland geführt hätte, wenn Österreich zurückgetreten oder ausgeschaltet worden wäre! Aber davon war ja keine Rede, das hatte man 1790 versäumt. Da zeigt sich die dauernde verhängnisvolle Wirkung der Fehler von damals. Aus ihnen, aus der Konvention von Reichenbach und was sich an sie anschloß, ist alles weitere mit Folgerichtigkeit hervorgegangen. Man kann darum den Frieden von Basel eigentlich gar nicht mehr tadeln. Er war im Grunde unvermeidlich und schon deshalb in der gegebenen Lage das Richtige. Wie man denn überhaupt in der hohen

Politik damit vorsichtig sein sollte, einen einzelnen Schritt, eine bestimmte Entschließung für sich zu tadeln, wenn sie auch noch so sehr dazu herausfordert. In den meisten Fällen wird es nicht anders sein als im Schachspiel: wenn da eine Figur verloren geht, so pflegt das nur die Folge früherer Fehler zu sein, und es ist nicht zu verlangen, daß der Spieler diesen Verlust vermeide, wenn er die früheren falschen Züge nicht rückgängig machen kann. So war es wenigstens in Preußen im Jahre 1795. Seine damalige Politik war gewiß schlecht und unglücklich, aber sie war es nicht erst damals geworden, sondern schon seit fünf bis sechs Jahren gewesen. Nur rächten sich die alten Fehler mit jedem Jahre mehr.

Allerdings waren die Folgen des Rücktritts Preußens vom Krieg gegen Frankreich die allerschlimmsten. Österreich hat allein an der Seite Englands noch zwei Jahre weitergekämpft, aber mit um so größerem Schaden. Als ihm das überlegene Feldherrngenie Napoleons gegenübertrat, war die Niederlage vollkommen. Schon 1797, im Frieden von Campo Formio, mußte es ebenso wie Preußen in die Preisgabe des linken Rheinufers willigen. Als es den Kampf dann nochmals wagte, brachten Napoleons und Moreaus Siege bei Marengo und Hohenlinden (1800) die Entscheidung. Der Friede von Lunéville 1801 besiegelte sie. Alles Folgende war nur seine Ausführung, und sie brachte die Auflösung des Reichs.

Gemäß den Abmachungen von Basel und Lunéville mußten die Fürsten, die durch die Abtretung des linken Rheinufers verloren hatten, entschädigt werden. Nach

langen Verhandlungen endete dieses Geschäft im Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 mit einer vollständigen Umgestaltung der Karte von Deutschland. Die sämtlichen geistlichen Fürstentümer verschwanden bis auf eines, den Staat des Kurerzkanzlers, sie wurden zur Auffüllung von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Nassau verwendet. Später erlitten auch die kleinen weltlichen Herrschaften — Grafen, Freiherren, Ritter und Städte — das gleiche Schicksal. Diese Neueinteilung der Territorien bedeutete zugleich die Zerstörung der alten Verfassung des Reiches und die tatsächliche Absetzung des Kaisers. Mit den geistlichen Fürsten verschwand die Gruppe, die noch am meisten Anlaß hatte, mit dem Kaiser zu gehen, die kaiserliche Partei. Das Reich wurde ein Bund von mittelgroßen Staaten, das Kaisertum hatte seinen Boden verloren.

In der Form waren das Beschlüsse des Reiches, in Wirklichkeit Anordnungen Frankreichs. Von der Gunst oder Ungunst Napoleons, der sich hierüber mit dem Kaiser von Rußland im allgemeinen verständigt hatte, hing es ab, ob ein Reichsstand bleiben oder zu leben aufhören und was und wieviel ein anderer bekommen sollte. Die altüberlieferte französische Politik, Lahmlegung des Kaisers durch die Fürsten, fand ihre siegreiche Erfüllung. Als Österreich sich dagegen noch einmal zu erheben versuchte, wurde es bei Austerlitz 1805 wiederum niedergeschlagen. Das Jahr 1806 brachte den Abschluß. Die vergrößerten süddeutschen Staaten erklärten ihre Souveränität, das heißt ihren Austritt aus dem Reich, und bildeten unter französischem Schutz den Rhein-

bund (20. Juli 1806). Österreich aber legte den römischen Kaisertitel ab — das Reich hatte aufgehört zu existieren.

Nun blieb noch Preußen übrig. Es stand jetzt scheinbar um so größer da. Durch die Säkularisationen von 1803 hatte es mehr gewonnen als die meisten anderen, nur Badens Gewinn war noch größer. Die Einverleibung der westfälischen Stifter hatte sein Gebiet mächtig erweitert. Es hatte bisher erreicht, daß der Krieg von Norddeutschland fern blieb. Tatsächlich war also Deutschland geteilt in eine preußische und eine französische Hälfte. Das war schmerzlich, aber vom preußischen Standpunkt brauchte es kein Unglück zu sein. Bei kluger und fester Haltung konnte man noch mehr gewinnen, ganz Norddeutschland einigen und von dort aus mit der Zeit und bei günstiger Gelegenheit auch den Süden befreien. Etwas Derartiges lag geradezu in der Luft, so sehr, daß schließlich auch die preußische Regierung nicht anders konnte, als zögernd die Hand ans Werk zu legen.

Freilich war die Lage nicht ohne Gefahren. Drohte Frankreich von Westen, so Rußland von Osten. Jedes verlangte Anschluß, Beitritt zur eigenen Partei. Das erforderte Klugheit und vor allem Mut und schnelles und geschicktes Handeln. In Berlin regierte von allem das Gegenteil. Friedrich Wilhelm III., umgeben von Schwächlingen, beherrscht von Angst vor jedem mutigen Entschluß, der ihn mit der einen oder anderen Partei verfeinden und zu offenem Hervortreten hätte nötigen können, versäumte alle Gelegenheiten, verdarb es mit Napoleon, wurde von Alexander I. im Stich gelassen und

mußte schließlich den Krieg allein aushalten, den er in Gemeinschaft mit anderen gescheut hatte. Ihm geschah, wie es noch jedem geschehen ist und jedem geschehen wird, der die Erhaltung des Friedens zum Selbstzweck macht: er wird gezwungen werden, Krieg zu führen, und wird den Krieg verlieren. Wer vergißt, daß alle Politik ein Kampf ist, der muß auch die Fähigkeit zu kämpfen einbüßen und, wenn er doch zu kämpfen gezwungen wird, unfehlbar besiegt werden. Dies war auch das Ende der preußischen Friedenspolitik. Unglück — die tödliche Verwundung des Feldherrn — militärische Unfähigkeit des Königs und seiner Generäle führte am 14. Oktober 1806 bei Jena zur Vernichtung des preußischen Heeres und damit auch des Staates. Auch die jetzt verspätet einsetzende russische Hilfe konnte ihn nicht mehr retten. Im Frieden von Tilsit (1807) ward Preußen auf sein Gebiet östlich der Elbe, unter Herausgabe aller polnischen Eroberungen, beschränkt, durch Besatzungen und Kriegsentschädigungen erdrückt, seiner militärischen Rüstung beraubt. Westdeutschland rechts des Rheins wurde französisch, teils durch einfache Einverleibung, teils in Gestalt von Vassallenstaaten, des Königreichs Westfalen, des Großherzogtums Berg.

Napoleon hatte noch Schlimmeres vorgehabt. Er hatte auch Preußen verschwinden lassen wollen. Nur der Widerspruch des Zaren hatte das verhindert, der einen, wenn auch schwachen Puffer, eine Art Brandmauer zwischen sich und Frankreich erhalten sehen wollte. Sonst wäre das Geschäft der Aufteilung zwischen Ost und West reinlich durchgeführt worden. Aber auch so — Deutschland

als politisches Gebilde von Belang war von der Karte Europas verschwunden.

Es gab einen österreichischen Staat, aber er war aus Deutschland fast ganz hinausgedrängt. Seine Bevölkerung war zum größten Teil slawisch, magyarisch und italienisch, seine Interessen lagen überall sonst als in Deutschland. Es gab deutsche Kleinstaaten — sie waren französische Vassallen, verpflichtet zur Stellung von Truppen und Zahlung von Abgaben. Frankreich erstreckte sich tatsächlich bis zur Elbe. Die Träume der Zeitgenossen Ludwigs XIV. waren in Erfüllung gegangen, das Reich Karls des Großen war wiederhergestellt, und mit Recht trug jetzt Napoleon, dessen Werk das war, die Kaiserkrone, die er sich schon 1804 aufgesetzt hatte. Es war die deutsche Krone, die da auf Frankreich übergegangen war. Um jeden Zweifel auszuschließen, war im Königreich Westfalen wie im französischen Hamburg das Französische als Amtssprache eingeführt.

Wer die vorausgehenden Jahrhunderte kennt, wird darin nicht eine abenteuerliche Laune militärischen Zufalls sehen. Es war der Abschluß einer langen und unglücklichen Entwicklung, es lag logische Konsequenz darin. Frankreich, zum geschlossenen Nationalstaat längst herangereift, Deutschland als Staat seit Jahrhunderten seiner Auflösung entgegengehend — wenn diese beiden einmal handgemein wurden, ohne daß rechtzeitig Hilfe von auswärts kam, so war das deutsche Schicksal besiegelt.

Freilich, Schwäche und Unverstand hatten auf deutscher Seite das Ihre dazu beigetragen. Aber wann hätten

diese Faktoren je im Menschenleben gefehlt? Und wann vollends in der deutschen Geschichte? Wie selten sind da doch die Ausnahmen, wo der rechte Mann am rechten Platze steht, wo das politische Talent die Führung ergreifen darf! So hätte ein Rechner im voraus sagen können: kommt es einmal zum Zusammenstoß zwischen dem gestählten Frankreich und dem zerspaltenen, zermürbten Deutschland, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß auch die letzten deutschen Figuren verloren gehen, weil die hergebrachte Unfähigkeit der Spielenden dafür sorgen wird, daß sie zur Unzeit und an falscher Stelle eingesetzt werden. Auch die Unzulänglichkeit Friedrich Wilhelms II. und III. war nichts Überraschendes. Wer die deutsche Geschichte kannte, mußte eigentlich auf so etwas gefaßt sein. Auch das lag in der Linie der Tradition und der Entwicklung.

Das historische Schicksal hatte sich erfüllt. Mit noch größerem Recht als 1648 durfte man jetzt fragen: gab es noch eine Hoffnung, eine Zukunft?

ELFTES KAPITEL

Das Erwachen des deutschen Bewußtseins. — Die Blütezeit des deutschen Geistes. — Die Dichtung. — Die Musik. — Friedrich der Große. — Das Weltbürgertum. — Die Ernüchterung. — Die Fremdherrschaft. — Preußen und Deutschland. — Die Befreiung. — Neugestaltung Deutschlands. — Der Deutsche Bund.

Am 7. Juli 1807 wurde in Tilsit der Friede zwischen Frankreich und Rußland geschlossen, dem Preußen sich zu unterwerfen hatte. Er besiegelte die Vernichtung Deutschlands.

Das war es, was die Politik der Fürsten, Regierungen, Staatsmänner aus Deutschland gemacht hatte, nicht in einer unglücklichen Stunde, nicht vom Schicksal jählings überrascht und überwältigt, sondern in Jahrhunderte langer Arbeit, ein Geschlecht an das andere anknüpfend, eines das andere fortsetzend, in folgerichtiger Entwicklung, die trotz gelegentlicher Hemmungen ihrem Ziele unbeirrt zuschreitet. Ohne Übertreibung kann man sagen: im Juli 1807 fand seinen vorläufigen Abschluß, was sechshundert Jahre früher begonnen hatte. Die Aufteilung war vollzogen. Noch nicht ohne jeden Rest; aber was noch in scheinbarer Selbständigkeit die Erinnerung an ein früher unabhängiges Deutschland wach erhielt, das glich etwa Polen, wie es zwischen der zweiten und dritten Teilung war.

Im folgenden Winter 1807/08 wurde in Berlin von einem Philosophen eine Reihe von Vorlesungen gehalten,

die sogleich auch im Druck erschienen: „Reden an die deutsche Nation" von Johann Gottlieb Fichte. Der Verfasser wandte sich, wie er ausdrücklich sagte, „an Deutsche schlechtweg, durchaus beiseite setzend und wegwerfend alle die trennenden Unterscheidungen, welche unselige Ereignisse seit Jahrhunderten in der einen Nation gemacht haben". Er wünschte, daß seine Worte „an allen Orten deutsche Gemüter zu Entschluß und Tat entzünden" möchten. Gegenüber dem Unheil, das die Regierenden über Deutschland gebracht hatten, rief er die Nation zur Selbsthilfe auf.

Die Nation — also gab es eine deutsche Nation? Nicht lange vorher hatte Lessings Freund Friedrich Nicolai die Frage verneint, indem er den deutschen Nationalgeist „ein politisches Unding" nannte. Vom Standpunkt des überlieferten Staatsrechts und der politischen Tatsachen hatte er Recht. Aber sie beherrschten das Feld nicht mehr allein. Nicolai hatte den Schlag der Zeitenuhr überhört, er stand im Banne des Überlieferten und übersah das Neue. Die Ereignisse haben bald genug bewiesen, wie Unrecht er hatte. Es gab eine deutsche Nation und einen deutschen Nationalgeist, und ihr Werk war es, wenn das Geschehene rückgängig gemacht, die Freiheit Deutschlands wiederhergestellt — besser als sie vorher bestanden — und die Bahn zur Einheit freigemacht wurde.

Von der deutschen Nation zu reden, ist vor 1806 wenig Anlaß. Nur einmal war sie bisher handelnd hervorgetreten, das war in den Jahren 1520—25, als durch eine tiefgehende Volksbewegung, die alle Kreise erfaßte, die Herrschaft der Kirche gestürzt und gebrochen wurde.

Da hatte einmal die Nation selbst eingegriffen und die Regierenden im Sturme fortgerissen. Dann war sie wieder zurückgetreten in die Rolle des Chores, der die Ereignisse nur mit mehr oder weniger treffenden Reden begleitet, ohne auf die Handlung Einfluß zu üben. Das Elend, das der Dreißigjährige Krieg hinterließ, hatte ihr vollends die Glieder gelähmt. Wenn man bedenkt, daß damals die Bevölkerung Deutschlands auf einen Bruchteil ihres früheren Bestandes gesunken, die bestellte Bodenfläche um ein Gewaltiges zurückgegangen war, so wundert man sich nicht über die Passivität und Nullität, die das Volksleben in den nächsten hundert Jahren kennzeichnen, man wundert sich vielmehr, daß diese schauerliche Lähmung verhältnismäßig so rasch wieder überwunden werden konnte.

In den folgenden Zeiten ist für den nationalen Gesichtspunkt in der deutschen Geschichte noch weniger Raum als früher. Wer sich auf ihn stellen wollte, würde ins Leere treten. Das Bewußtsein der Nationalität ruht gleichsam. In der Politik fehlt es ganz. Gelegentliche Schlagworte, wie das dem Großen Kurfürsten mit Unrecht zugeschriebene „Gedenke, daß du ein Deutscher bist“, sind ohne jede praktische Bedeutung, schönklingende Redensarten, nach denen man sich im Handeln nicht richtet, der Große Kurfürst so wenig wie ein anderer. Die Woge deutschen Zornes über den Länderraub Ludwigs XIV. verrauscht ohne Wirkung und beweist damit nur, daß das nationale Motiv nicht genug bedeutet, ein Gefühl für Ausnahmezeiten, keine stetig wirkende und tragende lebendige Kraft. Und in der Literatur, der Kunst, dem bürgerlichen Leben

— woher sollte da das nationale Selbstbewußtsein kommen, da alles darniederlag und man bei jedem Vergleich mit anderen Völkern nur immer deutlicher empfand, wie wenig man selbst vorstellte?

Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wird das anders. Das Volk hat angefangen sich zu erholen. Es ist immer noch arm, viel ärmer als die Nachbarn, aber es hat doch zu leben und kann wieder ans Schaffen denken. Der deutsche Geist hat sich wieder aufgerichtet und regt seine Schwingen. Es ist, wie wenn die Natur nach langem Winterschlaf erwacht und der Frühling ins Land zieht. Vielleicht ist auch die Ursache dieselbe. Vielleicht war es gerade dies, daß die Fesseln der Not anfingen zu fallen, größere Freiheit der Bewegung gegeben war, weitere Möglichkeiten sich auftaten, was die rasche und reiche Entfaltung der schöpferischen Kräfte herbeiführte, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt, und vor der man immer wie vor einem Wunder stehen wird.

Wir können uns in dieses herrliche Schauspiel nicht versenken. Es ist leider noch nie so geschildert worden, wie es verdient. Auch Hermann Hettners großartige „Literaturgeschichte des 18. Jahrhunderts“ wird ihm nicht gerecht, weil sie, in einseitiger Voreingenommenheit für die weltbürgerlichen, allgemein menschlichen Gedanken der geistigen und politischen Freiheit, dem Erwachen des nationalen Selbstgefühls und Selbstbewußtseins nicht die gleiche aufmerksame Beachtung schenkt. Und doch ist kein Zweifel, die klassische Nationalliteratur der Deutschen, die um 1750 zu entstehen beginnt, ist in der Haupt-

sache zwar getragen von dem großen Strom der „Aufklärung", der damals ganz Europa mit sich fortreißt, aber neben diesem Hauptton klingt in ihr, nicht ebenso oft, aber nicht weniger vernehmlich, ein anderer, der nationale. Man will nicht nur „Mensch" und „freier Geist", man will auch Deutscher sein, und mit der Zeit, da man sieht, was man kann und wie man auch draußen beachtet wird, findet man auch den Stolz wieder, ein Deutscher zu sein.

Gleich der erste große Dichter, den ganz Deutschland bewunderte, mit dem wir in schulmäßiger Einteilung die Reihe unserer „Klassiker" zu eröffnen pflegen, Klopstock, wie ist er doch erfüllt, geschwellt, manchmal sogar aufgeblasen in seinem Gefühl, ein Deutscher zu sein! Ehe er sich zum Gegenstand seiner großen Dichtung die Geschichte der Menschwerdung Gottes wählte, hatte er, noch ein zwanzigjähriger Schüler, daran gedacht, Hermann den Herusker im Epos zu besingen. Noch fünfzehn Jahre später (1759) meinte er, „ein junger Dichter, der sich fühle, müsse seine Stoffe aus der heutigen Geschichte oder aus der Geschichte seines Vaterlandes nehmen". Es gewährte ihm eine Genugtuung, die uns lächeln macht, daß er stolz war, sich selbst für einen reinblütigen Nachkommen der Herusker halten zu dürfen, „da man es lediglich den Heruskern verdanke, daß die Deutschen jetzt nicht wie die Franzosen halbrömisch redeten". In seinen Oden ertönt zum ersten Male wieder, ja vielleicht zum ersten Male überhaupt in der deutschen Dichtung das Lob der hingebenden, opferbereiten Liebe zum Vaterland.

Heute noch ist es Pflicht, sich der Worte zu erinnern,

mit denen Deutschlands erster großer Dichter im Jahre 1768 sein Vaterland begrüßte:

> ... Dir ist dein Haupt umkränzt
> Mit tausendjährigem Ruhm! Du hebst den Tritt
> der Unsterblichen
> Und gehest hoch vor vielen Landen her.
> O schone mein! Ich liebe dich, mein Vaterland!
> . . . .
> . . . . Ich schweige
> Und sinne dem edlen, schreckenden Gedanken nach,
> Deiner wert zu sein, mein Vaterland!

Auch die empfindlichste Schwäche seiner Nation hat dieser vaterländische Dichter schon richtig getroffen in seiner Ode von der „Überschätzung der Ausländer" (1781):

> Verkennt denn euer Vaterland,
> Undeutsche Deutsche! Steht und gafft
> Mit blöder Bewundrung großem Auge
> Das Ausland an! ...
>
> Dem Fremden, den ihr vorzieht, kam's
> Nie ein, den Fremden vorzuziehn.
> Er haßt die Empfindung dieser Kriechsucht,
> Verachtet euch!

Klopstocks nationales Selbstbewußtsein war noch mehr Anspruch als wirkliches Recht. Denn was hatten bis auf ihn die Deutschen beigetragen zu dem gemeinsamen Schatz geistiger Werte, die das Abendland besaß? Nur einmal hatten sie fördernd in die Speichen des Entwicklungsrades gegriffen, als Martin Luther den Anstoß gab

zu der großen Bewegung, die für alle Völker des Westens eine neue Zeit heraufführte. Seitdem hatte zwar Leibniz als ein geistiges Weltwunder das gebildete Europa erstaunen lassen, aber geschrieben hatte er lateinisch oder französisch, nicht deutsch. Sonst hatte die Welt wenig Grund gehabt, sich nach den Deutschen umzusehen. Jetzt aber, wie rasch ändert sich das! 1744/45 wurde der Gedanke der Messiade von Klopstock gefaßt, 1748 erschienen die ersten drei Gesänge. 1755 traten Winckelmanns „Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke" ans Licht — der größte Kenner und Beurteiler antiker Kunst meldete sich und leitete eine neue Periode europäischer Bildung ein. Im gleichen Jahr eröffnete Kant seine Lehrtätigkeit. 1771 begann Goethe den „Faust", 1772 den „Götz von Berlichingen", 1779 erschien Lessings „Nathan der Weise", der vollendetste, reinste und edelste Ausdruck aller großen Gedanken, die die Aufklärungszeit in allen Ländern bewegt hatten, 1781 Kants „Kritik der reinen Vernunft". Und schon 1774 war das erste deutsche Buch gedruckt worden, das sofort seinen Weg durch alle Länder antrat, überall zündete, in alle Sprachen übersetzt und mit einem Schlage der Weltliteratur einverleibt wurde: Goethes „Werther", den auch Napoleon auf dem Feldzug nach Ägypten mit sich führte. Schon damals mußte man gestehen: mochten die Franzosen noch so sehr darauf pochen, daß ihre Sprache die Welt beherrsche und ihre Literatur überall zu Hause sei, sie waren schon überholt, ein Zeitalter der Vorherrschaft des deutschen Geistes hatte für Europa begonnen.

Jedermann weiß, daß dieser Aufschwung des deutschen

Geistes gewonnen wurde in bewußter, fast leidenschaftlicher Auflehnung gegen die Tyrannei französischen Geschmacks, die bisher Deutschland in Banden gehalten hatte. Jedermann kennt auch den Namen des kühnsten und erfolgreichsten Streiters in diesem geistigen Befreiungskrieg, Gotthold Ephraim Lessing. Der Herold der Aufklärung ist für uns auch der Herold der nationalen Freiheit. Sein ganzes Schaffen ist durchwirkt von diesem Faden: Krieg den französischen Kunstregeln, Krieg den französischen Mustern, Krieg dem französischen Geschmack! In der Theorie wie in der Praxis hat er sie bekämpft und besiegt, in den Literaturbriefen, wo er dem Propheten des welschen Kunstglaubens in Deutschland, Gottsched, den angemaßten Heiligenschein abriß, in der Hamburgischen Dramaturgie, wo er den fremden Götzen selbst mit dem Hammer der Kritik zu Leibe ging, und schließlich in seiner unsterblichen „Minna von Barnhelm", wo er dem französischen Wesen, das sich in Deutschland breit machte, stolz und frei und überlegen die Türe wies. Welches unüberbietbare Selbstbewußtsein liegt doch schon in seinem Ausspruch: „Man zeige mir das Stück des alten Corneille, das ich mir nicht getraute besser zu machen!" Er weiß es, daß der Deutsche mehr ist als sein westlicher Nachbar.

Die Anfänge der klassischen deutschen Dichtung sind national, sind deutsch in der Wurzel, in Kern und Ausdruck, Inhalt und Form, und in bewußter Absicht. Der junge Goethe ist uns darin der rechte Sprecher seiner Zeit. Er, der später das Ideal in Kunst und Leben bei den Griechen suchte, hat angefangen in der Begeisterung für

einen deutschen Meister, Erwin von Steinbach. Seinen ersten dramatischen Stoff hat er in der deutschen Geschichte der Reformationszeit gefunden, und das Thema zu seinem eigentlichen Lebenswerk, worin er das ewig unbefriedigte Suchen der Menschenseele, dieses echtdeutsche Motiv, in vollendeter Weise darstellen sollte, hat er einem alten deutschen Volksbuch entnommen. Es war nur der Abschluß einer Entwicklung, die schon fast zwei Geschlechter umfaßte, als Schiller in seinem „Tell" das Hohelied der Liebe zum freien Vaterland sang. Was die Seele der deutschen Dichtung seit Klopstock bewegte, dafür fand er den vollendeten Ausdruck: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an, das halte fest mit deinem ganzen Herzen, dort sind die starken Wurzeln deiner Kraft."

Was im Reiche der Gedanken, der Dichtung und Philosophie vor sich ging, hatte sein genaues Gegenstück in der Kunst, die mehr als alles andere das Gefühlsleben eines Volkes widerspiegelt, in der Musik. Fast mehr als anderswo hatte auch in Deutschland die italienische Musik vorgeherrscht. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnt das erfolgreiche Streben, sich frei zu machen von diesem fremden Einfluß, die eigene Sprache auch in Tönen zu reden und für das deutsche Fühlen auch einen eigenen deutschen Ausdruck zu finden. Zuerst in Mannheim am kurpfälzischen Hofe gepflegt — Kurfürst Karl Theodor und sein Dalberg bemühten sich neben der nationaldeutschen Schaubühne auch um eine deutsche Oper — gedieh diese „deutsche Musik" sehr rasch zu hoher Vollendung und europäischem Ruhm. Ein Engländer, Lord Fordice, der Deutschland damals be-

reiste, meinte schon, preußische Taktik und Mannheimer Musik höben die Deutschen über alle Völker empor. Auch Kaiser Joseph II. nahm diese Bestrebungen auf, sie gehörten in das große Programm, durch das er dem erneuerten und modernisierten österreichischen Kaisertum die Führung der Nation zu sichern hoffte. 1776 gründete er das deutsche „Nationaltheater" in Wien und hob Ballett und italienische Oper auf, 1778 wurde statt ihrer das „Nationalsingspiel", die deutsche Oper eröffnet. Berlin hatte eine deutsche Oper schon seit 1771, freilich im Gegensatz zum König, der in der Musik den italienischen Geschmack ebenso bevorzugte, wie er in der Literatur dem französischen unterworfen war. Aber Wien hatte das große Glück, den genialen Künstler zu besitzen, der das Bedürfnis der Nation mit seinen Schöpfungen stillte: Wolfgang Mozart. Ein Schüler der Italiener, hat er doch schon früh sich lebhaft als Deutschen gefühlt. In seinen Briefen kommt das gelegentlich sehr kraftvoll zum Ausdruck. „Teutschland, mein geliebtes Vaterland, worauf ich stolz bin", heißt es einmal. Daß man auf deutschen Bühnen in italienischer Sprache sang, empörte ihn. „Ist die teutsche Sprache nicht so gut singbar wie die französische und englische?" „Wäre nur ein einziger Patriot mit am Brette, es sollte ein anderes Gesicht bekommen! Doch — fährt er mit bitterer Ironie fort — da würde vielleicht das so schön aufkeimende Nationaltheater zur Blüte gedeihen, und das wäre ja ein ewiger Schandfleck für Teutschland, wenn wir Teutsche einmal mit Ernst anfingen, teutsch zu denken, teutsch zu handeln, teutsch zu reden und gar teutsch zu — singen!" Nun, er selbst

hat damit angefangen, und die Nation hat in das Lied eingestimmt. Die „Entführung aus dem Serail", die 1783 zuerst in Wien aufgeführt wurde, ist die erste deutsche Oper, die zugleich ein Kunstwerk von bleibendem Werte darstellt, und in der „Zauberflöte" sprach der sterbende Meister das Wort aus, mit dem er, nach dem Ausdruck seines Biographen Otto Jahn, „das Heiligtum der nationalen Kunst seinem Volke erschloß. Dieses verstand ihn, denn unmittelbar und allgemein drang die Zauberflöte ins Volk ein, wie wohl nie vorher ein musikalisches Kunstwerk".

Wie in der Dichtung, so geht es, und noch mehr, auch hier: was die Deutschen für sich schaffen, das wird in seinen besten Erzeugnissen und sogar in mancher Mittelware Gemeingut aller Völker. Gluck, Haydn, Mozart, Beethoven und alle die vielen, die ihnen folgen, gehören der Welt. Sehr bald ist es von niemand mehr bestritten worden, daß die Deutschen die Führung in der Tonkunst haben. Sie erscheint geradezu als die deutsche Kunst, der Vorrang der Italiener ist überholt und vergessen. Der Tag des Deutschen ist angebrochen.

Es ist noch etwas an dieser Blütezeit des deutschen Geistes, das uns heute noch zu Herzen gehen muß. In ihrem Denken, Dichten und Singen ist die Nation einig wie noch zu keiner früheren Zeit. Es gibt weder Nord noch Süd, weder Sachsen noch Schwaben, es gibt nur Deutsche. Ja, was einem heute schier unbegreiflich dünkt: die Aufklärung hat sogar den Gegensatz der Konfessionen überwunden. Er tritt so vollständig zurück, daß man ihn suchen muß, um seine schwachen Spuren zu

entdecken. Es redet Bände, daß die erste Geschichte der Deutschen, die den Namen verdient, von einem katholischen Priester, Michael Ignatz Schmidt, verfaßt ist.

Diesem rüstig schaffenden, stolz sich fühlenden, in sich einigen Volke fehlte die äußere Form des Daseins. Die nationale Einheit im Geiste war da, der nationale Staat ging um dieselbe Zeit verloren. Ganz hatte man das politische Selbstgefühl nicht zu entbehren gebraucht. Für den fehlenden Staat, der die ganze Nation umfaßt und der Welt Achtung abzwingen sollte, hatte Friedrich der Große Ersatz geboten. Dem deutschen Geistesleben innerlich fremd, hat er doch mit seinen Taten mehr als irgend ein anderer dazu beigetragen, das Nationalgefühl zu wecken und zu nähren, und hat damit auch die Literatur — das bezeugt uns kein Geringerer als Goethe — mächtig gefördert, weil die Nation in ihm hatte, was jede Nation braucht, um freudig zu schaffen, den Helden. Schopenhauer hat es das einzig wahre Glück genannt, daß man sich der eigenen Kraft bewußt werde. Um dessentwillen freut sich das Volk an seinen Helden, in denen es die Verkörperung der eigenen Kraft erkennt. Dieses Glück kostete die deutsche Nation zum ersten Male seit Jahrhunderten, als ein Fürst aus ihrem Blut, den sie trotz seiner Vorliebe für das Fremde als den Ihren betrachten durfte, den Erdball und selbst die Feinde zur Bewunderung zwang. Darum jubelte das Volk allenthalben seinen Siegen zu, während die Regierungen gegen ihn Krieg führten, und im Frieden bewunderte es in ihm den weisen König, der die edlen Gedanken der Zeit über Regierung und Volkswohl früher und reiner darstellte als

irgend ein anderer Staat. Mit seinem modernen, freien Geist, dem Geist des preußischen Landrechts, der Toleranz und Humanität, marschierte das Preußen Friedrichs des Großen an der Spitze der Zeit, und in ihm hatte auch in der Politik Deutschland die Führung ergriffen.

Wem dieser Ersatz nicht genügte, der half sich auf eine eigentümliche Weise. Man machte aus der Not eine Tugend. Gerade um deswillen fühlte man sich höher und besser als die andern, weil man nicht in die engen Grenzen eines bloß nationalen, räumlich beschränkten Staates gebannt war. Des Deutschen Vaterland war die Welt, sein Volk das wahre Weltvolk, der Deutsche der reine Mensch, der eigentliche Träger aller Menschheitsideale. So meinte es Lessing, als er den Patriotismus eine heroische Schwäche nannte, so der junge Schiller, als er sich glücklich pries, sein Vaterland verloren zu haben, um dafür die Welt einzutauschen. Frankreich behauptete damals, das Vaterland der Welt und aller Gebildeten zu sein, seine Sprache sei die Weltsprache, seine Bildung Weltbildung. Die Deutschen gaben zur Antwort: wir sind noch mehr als ihr, wir, die Priester der wahren Freiheit, der Freiheit des Geistes, wir bewahren das heilige Feuer der Menschheit. Wie von etwas, das sich von selbst verstünde, spricht Achim v. Arnim 1805 („Von Volksliedern") von den Deutschen als „dem größten neueren Volk". Noch in Fichtes Reden klingt dieser Gedanke nach, wenn dort der deutschen Nation der Beruf zugewiesen wird, die Freiheit für die Welt zu retten: geht Deutschland unter, so ist die Menschheit verloren.

Inzwischen kam der Zusammenbruch des Reiches, der Sturz Preußens, die Fremdherrschaft. Mit der Herrlichkeit des Weltvolks, das den eigenen Staat mit seinem unvermeidlichen Druck und seinen wohltätigen Fesseln entbehren zu können glaubte, war es mit einem Schlage vorbei. Die Ernüchterung war furchtbar, aber sie wirkte auf die Besten wie ein Stahlbad. Erstaunlich rasch haben doch auch solche, von denen man es nicht hätte erwarten sollen, damals die neue Lehre der Tatsachen begriffen. Die weltselige Schwärmerei für Menschheit und reines Menschentum verflog wie ein Rausch; an ihre Stelle trat das gesunde, natürliche Gefühl für das eigene Land und Volk, die Liebe zur eigenen Vergangenheit und das Sehnen nach dem eigenen Staat. „Das verschwammte Herz eines Kosmopoliten ist eine Hütte für niemand", so sprach der Mann, der mehr als andere bei allen Völkern der Erde zu Gaste gegangen war, Johann Gottfried Herder. Ähnlich Friedrich Schlegel, wenn er die bloß ästhetische Ansicht der Dinge, die ästhetische Träumerei, die Formspielerei beklagte, die seit fünfzig Jahren von den Geistern Besitz ergriffen hätte, so daß jeder ernste Gedanke an Gott und Vaterland, jede Erinnerung des alten Ruhmes und mit ihnen der Geist der Stärke und Treue bis auf die letzte Spur erloschen sei.

Niemand hat das tiefer empfunden und stärker ausgesprochen als Heinrich Luden, der Bremer, der 1810, von Goethe berufen, die Geschichtsprofessur in Jena antrat. In seinen „Ansichten des Rheinbundes" (1808) hatte er geklagt: „Der größte Teil meines Geistes und Herzens liegt begraben unter Deutschlands Trümmern." Jetzt

wies er die Deutschen, im Gegensatz zu Kosmopolitismus und Fremdtümelei, auf die eigene Vergangenheit. „Aus den ersten der Christenheit sind wir die letzten geworden, haben aufgehört, Deutsche zu sein.“ Darum: „lenke alles auf das eine, was nottut, auf Volk und Vaterland.“ Die gleiche Losung gab Achim v. Arnim: „Dadurch, daß wir erkennten, wie wir geworden, könnten wir zu einem tieferen Bewußtsein unser selbst und zu einem festeren Vertrauen auf die Natur unseres Vaterlandes gelangen. Wenn es lange Zeit nur gut war, daß Deutschland sich in ruhiger Bewußtlosigkeit entwickelte, so machen die Andränge von außen, die jetzt geschehen, es nötig, daß es in seinem eigenen Selbst sich zum Beschluß seiner Bestimmung unter den Völkern sammle.“

Aus dieser Stimmung, dieser Gesinnung sind die Dichtungen Heinrichs von Kleist, Friedrich Rückerts und Theodor Körners entstanden, der wahre Ausdruck dessen, was die Besten der Nation empfanden, als sie sich vom ersten Platz unter den Völkern, den sie zu verdienen glaubten, auf den letzten verwiesen sahen.

Aber die so dachten, waren doch lange nicht alle, und sie hatten einen Zwingherrn, der verachtete dergleichen Ideologien. „Was haben die Gefühle der westfälischen Bauern mit Politik zu tun?“ fragte Napoleon, als man ihm von der drohenden Volksstimmung berichtete.

Er hatte nicht so unrecht. Gefühle allein sind machtlos und darum für den Politiker auch belanglos. Die Freischaren Schills, Rückerts „Geharnischte Sonette“ und Körners „Leier und Schwert“ hätten an den Dingen nichts geändert. Gefühle, auch die stärksten, die ech-

testen sind wie der Dampf, der verfliegt und spurlos verschwindet, wenn er frei ausströmt. Aber er kann Lasten heben und Räder treiben, wenn er gefaßt und geleitet wird. So werden auch Gefühle und Gesinnungen zur lebendigen Kraft im Völkerleben, zu einer Kraft, die die stärksten Fesseln sprengt, wenn sie die Machtgefäße eines Staates füllen und in die Röhren und Kessel einer klug geordneten Organisation gefaßt werden. Ein Staat mußte sich der nationalen Bewegung annehmen, ihre Ziele zu den seinen machen, dann war alles möglich. Sich selbst überlassen, mußte sie wirkungslos verströmen.

Stellen wir uns vor, die Unterwerfung Deutschlands unter Frankreich wäre hundert Jahre früher erfolgt, schon unter Ludwig XIV., statt erst unter Napoleon. Hätte es dann eine Erhebung der Nation, eine Befreiung gegeben? Das ist sehr fraglich. Vieles spricht doch dafür, daß dann die Sprache der Gebildeten auch in Deutschland das Französische geworden und das Deutsche zu einem Bauerndialekt herabgesunken wäre wie im Elsaß. Hat doch noch Fichte, und nicht ohne Grund, für die Bewahrung der Muttersprache als Trägerin des nationalen Charakters mit beredten Worten kämpfen zu müssen geglaubt. Als er sprach, verstand manch einer, der zu den Regierenden gehörte — man denke an Friedrich Wilhelm III. von Preußen — sich nur ungeschickt im Deutschen auszudrücken, und selbst der Freiherr vom Stein bediente sich im Verkehr mit seiner Familie des Französischen. Es war ja erst so kurze Zeit her, daß man es der Mühe wert finden konnte, Deutsch zu verstehen und gut Deutsch zu reden und zu schreiben. Hätte man es da so

sehr zu beklagen gehabt, wenn die deutsche Sprache als Literatursprache verschwand, ehe Lessing, Goethe, Schiller und Kant gezeigt hatten, was sich in dieser Sprache sagen ließ und was das Volk, das diese Sprache redete, zu sagen hatte? Seit zwei Menschenaltern erst hatte man sich fühlen gelernt als das, was man war und was man sein konnte, und wie viel fehlte noch daran, daß dieses Gefühl allgemein gewesen wäre! Nicht nur, daß die französische Herrschaft zunächst gar nicht als das erkannt wurde, was sie war, als brutale, hochmütige Knechtung — hat doch selbst der junge Görres, später ein Rufer im Streit der Befreiung und Wiederherstellung, die Franzosen, da sie im Rheinland erschienen, als „neufränkische Brüder" begrüßt und den Anschluß Rheinlands an Frankreich empfohlen — die Knechtschaft ist auch in den späteren Jahren von sehr vielen gar nicht gefühlt worden. Selbst Goethe war später imstande, die Jahre zwischen 1806 und 1813 eine seiner besten Zeiten zu nennen.

Eine allgemeine Erhebung des deutschen Volkes gegen die Franzosen, einen Massenkrieg der erbitterten Volksleidenschaft im ganzen Lande hat es nicht gegeben. Die Massen wußten nichts von Franzosenhaß und nationaler Leidenschaft, wie sie in denselben Jahren in Spanien so mächtig aufloderten. Deutschland in seiner großen Gesamtheit ertrug die Knechtschaft. Das wußten die Franzosen und wußte Napoleon: vom deutschen Volk hatten sie nichts zu fürchten. Die Erfahrung gab ihnen Recht. Ohne militärischen Schutz ist der geschlagene Imperator mitten durch Deutschland heimgekehrt, und den Soldaten seiner stolzen Armee, die sich halb verhungert, er-

froren und zerlumpt nach Deutschland retteten, ist kein Haar gekrümmt worden, da doch von Rechts wegen nicht einer lebend und in Freiheit den deutschen Boden hätte verlassen dürfen. Nein, Deutschland war nicht Spanien; einen Volkskrieg, eine Erhebung der Massen zu entfachen, wäre hier unmöglich gewesen. Die Erhebung, als sie schließlich kam, war Sache der Gebildeten, in erster Linie der akademischen Jugend. Sie — nicht sie allein, aber sie vor allen — haben die Scharen der Freiwilligen gestellt, mit denen nachher die Schlachten der Befreiung geschlagen und gewonnen wurden.

Aber auch sie hätten es nicht geschafft, sie hätten wohl gar keine Möglichkeit gefunden, zu zeigen, was sie konnten, ohne einen geordneten Staat, dem sie sich anschließen, dem sie sich zur Verfügung stellen, der sich ihrer zum Besten der großen Sache bedienen konnte. Auch dieser Staat, dessen es bedurfte, wenn die Befreiung möglich sein sollte, war jungen Ursprungs, auch er erst in den letzten beiden Menschenaltern entstanden und zu dem geworden, was man jetzt brauchte. Preußen, die reindeutsche Großmacht, der Heldenstaat des großen Königs, hatte eine kurze Geschichte, aber es hatte eine, die man nicht mehr auslöschen konnte, es hatte Erinnerungen, die nicht schlafen ließen. Es war zum traurigen Rumpf verstümmelt, aber es lebte noch, in dem Torso lebte die alte Seele, und sie lebte heißer, zäher als in guten Tagen.

Wäre Preußen 1807 von der Karte verschwunden, seine Staatsorganisation zerstört worden, wer weiß, ob es eine deutsche Erhebung gegeben hätte. Dann wäre

wohl das beste deutsche Blut in rasch erstickten Aufständen nutzlos verströmt, wie das Beispiel Schills und der Seinen, Dörnbergs und der Schwarzen Schar des Herzogs von Braunschweig zeigt. Aber Preußen bestand noch und hatte seine Vergangenheit nicht vergessen. Es konnte gar nicht anders, als an den Umsturz der französischen Gewaltherrschaft und an seine eigene Wiederherstellung denken. Kein anderer deutscher Staat von Belang hatte das gleiche Interesse. Österreich war verstümmelt und herabgedrückt, aber es konnte leben, es hatte eine Zukunft in den eigenen, enger gewordenen Grenzen. Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen hatten gewonnen, sie waren durch Napoleon groß geworden, sie lebten von seiner Gunst und hingen an seinen Rockschößen. Preußen allein konnte nicht leben, es war nicht mehr Preußen, hatte keine Möglichkeiten der Entwicklung vor sich, wenn es blieb, wie es war. Es mußte wieder zu werden suchen, was es gewesen, oder es mußte aufhören zu sein. Ihm war durch die Natur der Dinge die Führung im deutschen Befreiungskampf übertragen. Nach Preußen wandten sich darum die Blicke aller Deutschen, die noch an eine Zukunft glaubten.

Es ist kein Zufall, daß wir in den Reihen der preußischen Staatsmänner und Generäle dieser Zeit so viele führende Persönlichkeiten finden, die von auswärts gekommen sind. Stein und Hardenberg, Niebuhr und Eichhorn, Blücher, Scharnhorst und Gneisenau waren Ausländer in Preußen. Sie waren in preußische Dienste getreten, weil diesem Staate schon damals, vor 1806,

die deutsche Zukunft gehörte. Sie blieben dort nun erst recht, weil nur Preußen noch eine Zukunft für Deutschland schaffen konnte.

Sie sind nicht enttäuscht worden, Preußen hat schließlich seinen deutschen Beruf erkannt und die deutsche Sache zur seinigen gemacht. Aber welche Kämpfe hat es gekostet! Wir können sie hier am wenigsten erzählen. Nur darauf sei nachdrücklich hingewiesen, weil es bezeichnend für die Lage der Dinge und weil es etwas Neues ist, daß in all diesen Jahren von 1807—13 die gebildete und denkende Schicht der Nation durchaus das treibende und drängende, der König, die Regierung das zögernde und hemmende Element sind. Von unten ist die Bewegung ausgegangen, mit Mühe nur hat sie die Regierung fortgerissen. In ihr fühlte man das Neue und Bedenkliche dieses Vorgangs sehr wohl. Es war doch wie ein Vorgeschmack der Revolution, daß Untertanen dem König ihren Willen aufzwingen wollten. Darum zögerte und zauderte er erst recht.

Bis zuletzt. Den entscheidenden Anstoß, die rettende Tat — den Austritt aus der französischen Vassallität nach dem Zusammenbruch von Napoleons Heer — vollbrachte ein General in eigenmächtiger Auslegung der Weisungen, die ihm geworden waren. Durch die Kapitulation von Tauroggen, die General Yorck am 30. Dezember 1812 auf eigene Verantwortung mit dem Feinde abschloß, wurde im letzten Augenblick noch die Möglichkeit der Erhebung gewonnen, die der König bis dahin hartnäckig verscherzt hatte und, wenn es auf ihn angekommen wäre, auch weiterhin verscherzt haben

würde. Auch der Aufruf „An mein Volk", ebenso wie das Bündnis mit Rußland, ist dem König Friedrich Wilhelm III. abgenötigt worden.

Aber es gelang schließlich, ihn soweit zu bringen, und damit war Preußen an die Spitze der nationalen Bewegung getreten. Es hat sie nicht glänzend geführt; die Schwäche des Königs war nicht imstande, der widrigen Umstände Herr zu werden, die ihn umgaben. Den Männern, die um ihn waren, den Wortführern der Nation, die er ungern gewähren ließ, war es auch jetzt wieder zu danken, daß nicht alles verloren ging. So kam es, daß in einem Heldenstück die erste Rolle von einem Herrscher gespielt wurde, der alles eher war als ein Held. Ein Held wider Willen — so möchte man über die Geschichte Friedrich Wilhelms III. von Preußen schreiben. Mit vollem Recht durfte Körner singen:

Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen,
Es ist ein Kreuzzug, ist ein heil'ger Krieg.

Aber Tatsache blieb es, daß Preußen mit einer Volkserhebung, wie sie die neuere Geschichte nur selten und in Deutschland sonst nur im kleinen Tirol gesehen hat, den wuchtigen Schlag führte, der die französischen Ketten um Deutschlands Arme zerspringen ließ. Preußen stellte die Heerführer, die mit ihrem entschlossenen Vorgehen den Sieg gewannen. Die Schlacht bei Leipzig, die Napoleons Macht in Deutschland und Europa für immer brach, ist das Werk Blüchers und Gneisenaus, ebenso wie die Schlacht bei Waterloo, die auch dem Nachspiel das Ende bereitete. Preußen hatte für den Erfolg auch größere Opfer

gebracht als irgend ein anderes Land. Der verstümmelte, ausgesogene Staat hat für den gemeinsamen Kampf die prozentual stärkste Armee aufgestellt, 280 000 Mann. Diese preußische Macht war, wie Clausewitz gesagt hat, die stählerne Spitze an dem eisernen Keil, womit der Koloß gespalten wurde. Darum bleibt der Befreiungskrieg die größte Tat, die das alte Preußen in und für Deutschland getan hat, und 1813 ist die Goldene Zahl der preußischen Geschichte.

Es ist mir darauf angekommen, die Ursachen der großen Wendung klarzulegen, die sich 1813 vollzog. Die Vorgänge selbst zu erzählen, betrachte ich nicht als meine Aufgabe. Ich will sie als bekannt voraussetzen, und soweit sie es nicht sind, wäre hier nicht der Platz, bei ihnen zu verweilen. Auch wünschte ich mir wohl, annehmen zu dürfen, daß es für Deutsche zu keiner Zeit einer besonderen Mahnung mehr bedürfe, sich mit Ernst und Eifer dem eindringenden Studium jener Jahre zuzuwenden, von denen alle folgenden Geschlechter das meiste zu lernen haben. Gott verhüte, daß die Geschichte einmal über Deutschland das Urteil fällen müßte, die Lehren und das Beispiel von 1807—13 seien für die Nachkommen verloren gewesen. Schande genug, daß wir das gleiche Elend wie damals zum zweiten Male erleben, dieselbe Lektion nochmals lernen mußten!

Der Befreiungskrieg hat Deutschland nicht das gebracht, was die Patrioten von ihm erhofft hatten. Wenn alle Wünsche sich erfüllten, so hätte ein neues deutsches Reich erstehen müssen, das vom alten die Größe, den Glanz und die [illegible]ht, aber nichts von seinen Fehlern

besaß, nach außen gesichert durch feste und starke Grenzen, nach innen geeint unter einer gebietenden monarchischen Spitze. Nichts von dem ist damals Wirklichkeit geworden, und wir müssen gestehen, es konnte gar nicht anders sein. Selbst wenn die Menschen, die in jenen Tagen am Schicksalsfaden der Nation spannen, andere gewesen wären, als sie waren, sie hätten ihr doch nicht bescheren können, was die Besten forderten. Hätte das möglich sein sollen, die Befreiung selbst hätte sich unter ganz anderen Umständen und in ganz anderer Weise vollziehen müssen. Es hätte ein Zweikampf sein müssen zwischen dem Unterdrücker und seinem Opfer, ein Kampf, bei dem die andern Mächte Zuschauer blieben; und die Nation, die sich befreite, hätte selbst in sich einig sein müssen, von einem Gedanken beseelt, von einem Willen getrieben, nur dem einen gemeinsamen Ziele zustrebend.

Von all dem war das Gegenteil der Fall. Sich selbst überlassen, auf seine eigenen Kräfte allein angewiesen, hätte Deutschland den Befreiungskampf niemals beginnen, geschweige denn gewinnen können. Wohl gaben seine Kräfte den Ausschlag, sie brachten die Entscheidung, aber doch nur, indem sie in den Krieg eingriffen, den England schon längst und neuerdings auch Rußland gegen die französische Macht führten. Der Wille Englands und Rußlands ließ sich auch bei den Friedensschlüssen, die zugleich über die Zukunft Deutschlands entschieden, nicht ausschalten.

Daß der fremde Wille entscheidend, maßgebend wurde, dafür sorgte die innere Uneinigkeit Deutschlands selbst. Was war überhaupt Deutschland? Ein geographischer

Begriff, dessen Grenzen nicht feststanden; politisch betrachtet eine Erinnerung. Wer gehörte dazu, wer nicht? Schon beim eigentlichen Preußen war die Antwort zweifelhaft: das Königreich war von je ein souveräner Staat gewesen, der außerhalb des deutschen Reiches stand. Lag Österreich noch in Deutschland? Es war 1806 ausgetreten und schickte sich soeben an, die letzten Territorien, die noch an seine frühere enge Verbundenheit mit dem eigentlichen Deutschland erinnerten, die letzten Reste der sogenannten vorderösterreichischen Lande am Oberrhein abzustoßen. Sein Schwerpunkt lag jetzt in Böhmen und Ungarn, an der Adria, in Oberitalien; mit Deutschland und deutschen Angelegenheiten scheute es, in Erinnerung an die Verwicklungen mit Frankreich, die daraus früher erwachsen waren, jeden engeren Zusammenhang, der ihm Pflichten und Lasten auferlegt hätte. Lag Österreich eigentlich schon außerhalb Deutschlands, so ragte England nach Deutschland herein, da sein König zugleich Herrscher in Hannover war.

Damit ist es vollends erklärt, daß bei der Gestaltung der deutschen Verhältnisse das Ausland die Entscheidung hatte und die Interessen auswärtiger Staaten maßgebend waren, während die Forderungen der Nation unerfüllt blieben.

So zunächst die erste und lebenswichtigste, die sichere Grenze. Man hat im Jahre 1814 an vielen Stellen ein klares Bewußtsein davon gehabt, daß dies die Gelegenheit sei, die alte Rechnung mit dem Erbfeind zu begleichen, der seit anderthalb Jahrhunderten den Schlüssel der Südwestpforte des Reiches in Händen hatte.

Straßburg und das Elsaß sollten wieder deutsch werden! Patrioten ohne Amt und Verantwortung forderten es stürmisch, Soldaten wie Gneisenau und Fürsten wie der Kronprinz von Württemberg erkannten und betonten die Notwendigkeit dieses Schrittes, wenn Deutschland Frieden und Ruhe haben sollte. Es wurde nichts daraus, weil Österreich sich nicht dafür einsetzte und Rußland und England aus falsch verstandenen Berechnungen über das sogenannte Gleichgewicht in Europa eher wünschten, daß dieser Dorn aus dem deutschen Fleische nicht gezogen werde.

Ebenso schlimm war, was im Osten geschah. Die Grenzlinie, die dort für Preußen aus der Angliederung fast ganz Polens an Rußland hervorging, war so schlecht und unnatürlich, daß Wilhelm v. Humboldt, der Gesandte Preußens auf dem Wiener Kongreß, urteilen konnte, es liege darin eine Aufforderung an Rußland, sich der Mündungen der Memel und Weichsel zu bemächtigen, und auch das eigentliche Preußen würde beinahe besser fahren, wenn es eine russische Provinz würde.

Es war das Ergebnis der Umstände, unter denen der Krieg geführt und der Friede geschlossen worden war: an der Gefährlichkeit der Lage, in der Deutschland von jeher sich befunden hatte, war nichts geändert, sie war womöglich gesteigert worden.

Nun vollends die innere Ordnung der deutschen Dinge! Der Form nach entsprang sie aus einer Vereinbarung, die die deutschen Staaten untereinander getroffen hatten. Ein Vertrag, den ihre Vertreter am 10. Juni 1815 unter-

zeichneten, gab dem Deutschen Bund das Leben, der fortab an der Stelle des früheren deutschen Reiches stehen sollte. In Wahrheit aber war diese Ordnung der Dinge schon durch den Frieden von Paris am 30. April 1814 vorgeschrieben, in dem die kriegführenden Mächte bestimmten, daß in Deutschland ein Verband von souveränen Staaten gebildet werden solle. Was die Deutschen dazu noch tun durften, war nichts anderes, als was etwa die Ausführungsbestimmungen sind, die eine Behörde zu einem von der Regierung erlassenen Gesetz ausarbeiten kann. Es war nur konsequent, daß der Bundesvertrag später in die Schlußakte des Kongresses aufgenommen wurde. Er erhielt damit sozusagen europäische Gesetzeskraft, aber Deutschland bekam es auch schwarz auf weiß, daß es unter der Vormundschaft Europas, das heißt von England, Rußland, Österreich und — Frankreich stand.

Sieht man sich die Dinge daraufhin an, so findet man, daß die heroischen Kämpfe der Befreiungsjahre — und welche ungeheuren Opfer sind damals gebracht, welche übermenschlichen Anstrengungen ertragen worden — daß diese Kämpfe eigentlich mit einem negativen Ergebnis abschließen. Die Hauptsache natürlich, die Befreiung selbst, war erreicht, ein Intermezzo war ausgestrichen, das nicht in das Stück gehört hatte. Aber mehr auch nicht. Für den Fortgang des Stückes selbst, für die weitere Entwicklung der deutschen Nation war nichts gewonnen. So sonderbar es klingt: die Befreiungskriege, eine der größten und großartigsten Erinnerungen der Nation, bilden keine Epoche, sie haben nichts Neues

und Bleibendes für das Ganze geschaffen. Sie sind eine Episode, die eine Epoche abschließt. Die Epoche der Auflösung des Reiches hat mit ihnen ihr Ende gefunden. Ob es nun eine neue Epoche der Wiedervereinigung geben werde, das war die große Frage, mit der die Nation der Zukunft entgegenging.

ZWÖLFTES KAPITEL

Die große Enttäuschung. — Österreich und Preußen. — Das Bedürfnis der Wirtschaftseinheit. — Preußens Beruf für die deutsche Einheit. — Stärkung des Partikularismus. — Der preußische Zollverein. — Veränderungen im Wirtschaftsleben. — Der Ausbau der deutschen Staaten. — Das neue Preußen. — Der preußische Militarismus. — Parteien und Verfassungen. — Preußens Versäumnis. — Die Einheitsbewegung. — Friedrich Wilhelm IV. — Die Revolution von 1848. — Die Reichsverfassung von 1849. — Bismarck.

Was im Jahre 1815 über Deutschlands Verfassung beschlossen wurde, war in keiner Hinsicht etwas Neues, es war nur die folgerichtige und vorbehaltlose Anerkennung der Verhältnisse, die sich seit Menschenaltern angebahnt, seit der Jahrhundertwende tatsächlich Platz gegriffen hatten und im Jahre 1806 vorläufig geordnet waren. Das Reich blieb aufgelöst; an seine Stelle trat ein bloßer Bund, ein Bündnis von souveränen Staaten. Im Grunde wurde damit nur endlich einmal offen ausgesprochen, was in Wirklichkeit längst bestanden hatte. Was schon Tatsache geworden war, wurde zum Recht erhoben.

Die bittere Enttäuschung, die darob die Besten ergriff, kann man sehr wohl verstehen und wird doch urteilen müssen, daß es nur ihre Schuld war, wenn sie sich enttäuscht sahen: sie hatten mehr verlangt, als sie nach Lage der Dinge erwarten durften.

Wer von der Staatskunst fordert, daß sie letzte Wünsche in einem beliebigen Zeitpunkt erfülle, der verkennt ihr

Wesen. Der Staatsmann ist kein Zauberer, er vermag nur aus gegebenem Stoffe und nach den Naturgesetzen der politischen Materie zu schaffen. Was aber hätte man im Jahre 1815 Besseres schaffen können? An die volle, ungeschmälerte Staatseinheit von ganz Deutschland dachte niemand und konnte niemand denken. Sie galt nicht nur manchem Süddeutschen als Phantasterei — der König von Württemberg entrüstete sich förmlich über den Unsinn, aus den verschiedenen deutschen Völkerschaften „sozusagen eine Nation“ machen zu wollen — sie wurde auch von einem so ausgezeichneten Patrioten im Nordosten wie dem Königsberger Oberpräsidenten v. Schön, einem der Führer im Kampf um Preußens und Deutschlands Befreiung, als naturwidrig und überflüssig abgelehnt. In der Tat, wie sollte man sich ein einiges Deutschland denken, in dem — um von vielem anderen zu schweigen — neben Preußen und Österreich auch die Großmacht England durch den Besitz von Hannover ihren Platz hatte? In dem die vergrößerten Mittelstaaten des Südens, Bayern, Württemberg und Baden, ihre junge Souveränität mit Eifersucht hüteten und sich stolz als europäische Mächte fühlten?

Wenn die Einheit unmöglich war, so wäre es nicht weniger schwer zu sagen, wie denn sonst das Bessere hätte aussehen sollen, das die Patrioten an die Stelle des Bundes gesetzt zu sehen wünschten. In ihren Forderungen herrschte ja so viel hohes Gefühl und so wenig klares, praktisches Denken. Sie wußten zum Teil selbst nicht recht, was sie wollten, und soweit sie es wußten, darf man starke Zweifel hegen, ob das, was sie erstrebten,

etwas Besseres gewesen wäre. Wenn selbst ein Mann wie der Freiherr vom Stein mit Zähigkeit auf die Wiederherstellung des Kaisertitels und des Reichstags in Regensburg drang, was doch nur zur Stärkung des österreichischen Einflusses gedient hätte, von dem drei Jahrhunderte laut genug bezeugten, wie wenig er nützen und wie viel er schaden konnte — so muß man einem Ernst Moritz Arndt verzeihen, daß er in seinem allbekannten Lied von „Des Deutschen Vaterland" nicht einmal zu sagen wußte, wo dieses Vaterland liege. Nahm man seine Worte „so weit die deutsche Zunge klingt" buchstäblich, so predigten sie, daß entweder des Deutschen Vaterland die ganze Erde sei und schlechthin keine Grenzen habe, oder daß wenigstens Siebenbürgen, Livland, die deutschen Bauernkolonien in Südrußland und vor allem die deutsche Schweiz dazu gehören mußten. Arndt war auch nicht der einzige, der damals ganz ernsthaft der Wiedervereinigung der Schweiz mit Deutschland das Wort redete.

Geradezu ein Glück ist es zu nennen, daß diese unklaren Wünsche wohlmeinender Leute schließlich keinen Einfluß auf die Entscheidung hatten, die von praktischen Staatsmännern zwar ohne Genie, aber mit klarem Kopf und nüchternem Sinn getroffen wurde. Sie hätte im einzelnen wohl besser ausfallen können. Hardenbergs Nachlässigkeit, Friedrich Wilhelms III. täppischer Unverstand haben da gewiß viel verdorben. Im ganzen aber war der Bund, wie er schließlich zustande kam, unter den gegebenen Umständen das Beste oder — was in der Politik meistens auf dasselbe hinausläuft — das kleinste Übel.

Er hatte vor allem den großen Vorzug, daß er über den wahren Zustand Deutschlands keine Täuschung mehr aufkommen ließ. Die ehrwürdige Kulisse von Kaiser und Reich war gefallen, hinter der sich fromme Gedankenlosigkeit immer noch allerlei verborgene Herrlichkeiten hatte vorstellen können. Vor aller Augen war es unerbittlich klar, daß da gar nichts, rein gar nichts mehr zu sehen war. Es gab keinen deutschen Staat, wie es einen französischen, englischen, russischen und spanischen gab. Eine Nation zweiter Klasse wie die Italiener waren die Deutschen. Der weitere Verlauf der Dinge machte es außerdem nicht weniger deutlich, daß aus diesem Zustand auch beim besten Willen nichts Fruchtbares, keine Fortentwicklung zum Besseren hervorgehen konnte. Die deutsche Nation stand vor der Wahl, ob sie diesen staatlosen Zustand ertragen oder sich den nationalen Staat schaffen wollte, den andere Völker besaßen.

Sie hatte den gleichen Zustand früher hingenommen und sich mit den Museumsstücken vergangener Größe getröstet, weil sie sich innerlich klein fühlte. Er entsprach der Bedeutungslosigkeit, in die das Volk selbst seit dem Dreißigjährigen Kriege versunken war. Nur die Erinnerungen einer fernen Vorzeit wollten zu diesem Bild nicht stimmen. Seit zwei Generationen aber wußte man, daß man keine Ursache hatte, hinter andern Völkern zurückzustehen, wenn man nicht gar berechtigt war, den Vortritt vor ihnen zu verlangen. Es war ein schreiender Widerspruch: im Reich des Geistes frei, ebenbürtig, überlegen, und doch im Kampf ums Dasein auf der Erde geringgeschätzt, beiseite geschoben, zurückgedrängt — dort alles und hier nichts.

Auch der Trost, der aus der Not eine Tugend machte, verfing nicht mehr. Man wußte aus bitterer Erfahrung, daß das „Weltvolk“ ohne Vaterland, das reine „Menschheitsvolk“ jeden Augenblick vom schlechteren Nachbar geknechtet und ums Leben gebracht werden konnte, nur weil jener stärker war. Was zwischen 1792 und 1813 geschehen war, konnte sich alle Tage wiederholen, wenn es bei dem blieb, was 1815 geschaffen wurde. Man empfand die Wehrlosigkeit, die rechtlos macht.

Der Deutsche Bund hat sich allerdings eine Art von Heeresverfassung gegeben. Es geschah endlich im sechsten Jahre seines Bestehens (1821). Zehn Armeekorps mit im ganzen 300 000 Mann sollten das Bundesheer bilden. Aber ihm fehlte jegliche Einheit, sowohl in der Ausbildung wie im Geiste und vor allem in der Führung. Welch ein Glück, daß der Deutsche Bund nie in die Lage gekommen ist, Krieg zu führen! Mit diesem Heer, so buntscheckig wie die deutsche Landkarte, waren keine Siege zu erfechten.

Aus allem ergab sich, da nun einmal im Verkehr der Staaten untereinander die militärische Macht den Gradmesser der Geltung abgibt, daß die deutsche Nation als Ganzes in Europa nicht mitreden konnte; wie das einmal ein englischer Staatsmann einem preußischen Gesandten mit brutaler Offenheit ins Gesicht gesagt hat: „Ihr seid eine entmannte Nation.“

Ersatz für die fehlende Macht des Bundes konnte man glauben bei den zwei Großmächten zu finden, die ihm angehörten, bei Österreich und Preußen. Aber auch das war Täuschung.

Der tödliche Schaden des alten Reiches seit dem Auftreten Friedrichs des Großen war es ja gewesen, daß in ihm diese zwei Großmächte einander gegenüberstanden. Den verhängnisvollen Dualismus hatte der Bund vom Reiche geerbt. Er ist ein Menschenalter lang in keinem feindlichen Gegensatz hervorgetreten. Preußen hat nach 1815 die Politik, die es fünfundzwanzig Jahre früher in der Konvention von Reichenbach zuerst eingeschlagen hatte, nur noch strenger und folgerichtiger als früher eingehalten. Verständigung und Zusammengehen mit Österreich war seine Losung. Alle Erinnerungen an Friedrich den Großen schienen vergessen. Es war, als wollte man zu den Überlieferungen längst vergangener Tage zurückkehren, wo die Treue gegen das Kaiserhaus zu den leitenden Grundsätzen brandenburgisch-preußischer Staatskunst gehört hatte. Bei Friedrich Wilhelm III. ging das Bedürfnis nach Eintracht so weit, daß er einmal seinem Gesandten, in dem sonderbaren Gestammel, das er Deutsch nannte, auftragen konnte: „Dem Fürsten Metternich sagen, ich ihn auch für meinen Minister halten.“ Bei der geistigen Überlegenheit dieses Staatsmannes war es denn nur natürlich, daß aus dem Handinhandgehen der beiden Mächte mehr und mehr eine Führung durch Österreich wurde, der sich Preußen, hie und da mit leisem Widerstreben, aber im ganzen doch bereitwillig unterordnete.

In Wien fand man das ganz natürlich. Franz I. hatte auf die Kaiserkrone verzichtet, gewiß auch mit aus dem Grunde, weil dadurch der Gegensatz gegen Preußen seine Spitze verlor. Er wollte, wie er sagte, nicht als Kaiser über andere herrschen. Aber wenn er hinzufügte,

er wolle auch nicht, daß ein andrer über ihn herrsche, so hieß das, in die Praxis übersetzt, daß Österreich nicht nur dem Range und der Geschäftsordnung nach an der Spitze des Bundes stehen sollte. Man hatte in Wien keineswegs vergessen, daß man die römische Kaiserkrone getragen hatte, und fand im stillen, daß sie einem von Rechts wegen auch jetzt noch gebührte. Wenn man darauf verzichtete, sie wieder aufzusetzen, so erwartete man dafür als Entgelt eine freiwillige Unterordnung von allen deutschen Staaten, auch von dem größten.

Es fragte sich, ob das auf die Dauer für Preußen, selbst bei dem besten Willen und der aufrichtigsten Gesinnung seiner Regierenden, möglich war. Denn stärker als Neigung und Gesinnung der Menschen sind schließlich im Leben der Staaten doch immer wieder die natürlichen Bedürfnisse, die politischen Interessen. Die Interessen von Österreich und Preußen aber waren gerade gegenüber Deutschland und dem Deutschen Bunde nicht dieselben. Sie widersprachen einander.

Kaiser Franz und Metternich hatten dem Bunde die Gestalt zu geben gewußt, die sich mit den österreichischen Interessen deckte. Gegen einen französischen Angriff bot er notdürftigen Schutz, ein Puffer, der wenigstens den ersten Stoß auffangen konnte. Kam es zum Kriege mit Frankreich — in dem man in Wien immer noch den alten Erbfeind zu sehen hatte — so dauerte es, selbst wenn der Bund militärisch versagte, immerhin eine Weile, bis Österreich selbst betroffen war. Man konnte sich außerdem darauf verlassen, daß Preußen schon um seiner selbst willen den Vorstreit gegen Frankreich übernehmen

und mit allem Ernst führen werde. Mehr brauchte man nicht. Einer festeren Gestaltung und größeren Schlagkraft des Bundes bedurfte Österreich nicht, sie war ihm nicht einmal erwünscht, da es schwer war, sie zu schaffen, ohne daß die alte Rivalität mit Preußen wieder auflebte. Der Bund, so schwach und nichtig er dastand, war doch genau das, was für die österreichische Politik das bequemste war. Sie mußte also jedem Versuch, ihn zu festigen und zu stärken, widerstreben und hat das auch bei jeder Gelegenheit getan.

Sollte es aber einmal dazu kommen, daß Frankreich seine alten Ziele am Rhein wieder ernstlich ins Auge faßte, so war auch dabei das Interesse Österreichs nicht unmittelbar im Spiel. Es hatte am Rhein nichts zu verlieren und konnte dort unter Umständen den Franzosen Zugeständnisse machen.

Ebenso wenn Rußland eines Tages die Zeit für gekommen hielt, die Überlieferungen des von ihm annektierten Polen aufzunehmen, die Vereinigung aller polnischen Gebiete zu erstreben und den Weg nach der Ostseeküste und den Mündungen der Weichsel und des Niemen, nunmehr seiner Ströme, zu suchen — Österreich war davon nicht berührt. Es konnte ein Vordringen des östlichen Nachbarn auf deutschen Boden dulden, wenn ihm anderswo ein Ausgleich geboten wurde. Österreichs Interessen lagen außerhalb Deutschlands, in Italien, in Galizien, am Balkan und an der Adria. Hätte es die deutschen Lebensfragen zu den seinen machen wollen, es hätte die eigenen vernachlässigen müssen.

Ganz anders Preußen. Es hatte keine Interessen außer-

halb Deutschlands, und alle großen deutschen Interessen waren zugleich die seinen.

Zu dem Neuen, das der Wiener Kongreß geschaffen hatte, gehörte die territoriale Gestalt, die er dem preußischen Staate gab. Von den verlorenen polnischen Ländern wurde Preußen nur ein Teil, die Provinz Posen, wiedergegeben, immerhin genug, um die Grenzwacht gegen Osten, aus der der Staat der Hohenzollern hervorgegangen war, noch ernster als bisher als seine Lebensaufgabe erscheinen zu lassen. Den Ersatz für das Aufgegebene erhielt es jenseits des Rheins. Dadurch wurde es unmittelbarer Nachbar von Frankreich und somit auch im Westen zum Grenzhüter. Das alte Problem der doppelten Front, das sich durch die Jahrhunderte der deutschen Geschichte zieht, war jetzt zur Lebensfrage auch der preußischen Politik geworden. Während Österreich sich von den deutschen Schicksalsfragen vorsichtig gelöst hatte, war Preußens ganzes Dasein hinfort mit ihnen auf das innigste verflochten. In Ost und West hatte es mit dem eigenen Bestand zugleich den Besitzstand der deutschen Nation zu verteidigen, hüben wie drüben stand es an den bedrohtesten Stellen auf Posten, aus eigener Daseinsnotwendigkeit Vorkämpfer der deutschen Nation.

Zu dieser Rolle aber waren seine Kräfte doch nicht in jedem Fall ausreichend, und darum schon konnte ihm der Deutsche Bund, wie er war, unmöglich genügen. Kam es zum Kriege mit einem der Nachbarn oder gar mit beiden, so hatte Preußen für Deutschland die ganze Last zu tragen, stets ungewiß, ob Österreich ihm beistehen werde; vom Bunde war nichts zu erwarten. Preußen mußte

darum vom ersten Tage an eine Umgestaltung des Bundes wünschen, die diesen in den Stand setzte oder zwang, seinen Anteil an der Verteidigung Deutschlands zu übernehmen. Erst durch eine militärische Reform des Bundes wurde mit Deutschland zugleich auch Preußen wirksam geschützt.

Ebenso lagen die Dinge auf dem Gebiete von Handel und Verkehr.

Deutschland ist durch die Natur selbst auf wirtschaftliche Einheit hingewiesen. Nirgends begegnet der Verkehr einer unübersteiglichen Schranke, wie es etwa die Alpen und die Pyrenäen sind, während große Ströme und zahlreiche kleinere Flüsse die natürliche Verbindung nach allen Richtungen herstellen. Wollte man zwischen Nord und Süd eine Teilung vornehmen, so müßte man den Rhein in der Mitte sperren. Eine Trennungslinie zwischen Ost und West würde dem Main und der Donau die gleiche Gewalt antun. Einzig das Kolonialgebiet östlich der Elbe, das Hinterland der Ostsee und Uferland von Oder und Weichsel ließe sich ohne Zerstörung natürlicher Zusammenhänge absondern. Aber gerade hier fehlt jeder äußere Anhalt für eine Trennung vom übrigen Deutschland. Die weite und flache Ebene, die sich östlich der Weser zu dehnen beginnt, läßt den Zusammenhang von Ost und West als das Natürliche und Gegebene erscheinen.

Dennoch hat dieses von der Natur als Einheit gebildete Land die Einheit des Verkehrs Jahrhunderte hindurch entbehren müssen. Der Mangel war schon in alten Zeiten schwer empfunden worden. Unter den Forderungen der Reichsreform im 15. Jahrhundert stand in vorderster

Reihe das Verlangen nach einheitlicher Münze und Beseitigung der künstlichen Verkehrshindernisse, die die Landesherrschaften zu ihrem Sondernutzen und gegen das allgemeine Interesse aufgerichtet hatten. Das Verlangen war unerfüllt geblieben, auch wirtschaftlich lebte das alte Reich bis zu seinem Ende im Zeichen des Partikularismus. Als es an die Neuordnung ging, erhoben die Patrioten wiederum die alte Forderung: eine Münze, ein Zoll, eine Handelspolitik für ganz Deutschland! Die Bundesakte kümmerte sich nicht darum. Die Staaten waren jetzt ja souverän, eine Beschränkung ihrer Befugnisse auf diesem Gebiet widersprach den Grundsätzen, auf denen der Bund beruhte. Auch der wirtschaftliche Partikularismus erhielt seine letzte Anerkennung.

Aber so konnte es nicht bleiben, das fühlte man allgemein. Man fühlte es im Volk und fühlte es unmittelbar. Die äußere Unsicherheit, die aus der militärischen Schwäche des Bundes erwuchs, war eine Zukunftsgefahr, die man sich erst in Gedanken klar machen mußte; das Widersinnige, das in der Zerstörung der natürlichen Verkehrseinheit des Landes lag, hatte man täglich und stündlich vor Augen und spürte es an dem Punkte, wo auch der Deutsche am empfindlichsten ist, am Geldbeutel. Die Bewegung dagegen kam denn auch schon im vierten Jahre des Bundes in Fluß, als Friedrich List (1819) seinen „Deutschen Handelsverein“ gründete, der zwar zunächst keinen Erfolg hatte, aber das dringende Bedürfnis enthüllte. Auch die Staaten konnten sich dem auf die Länge nicht verschließen: der volkswirtschaftliche, handelspolitische Partikularismus ging gegen ihren eigenen Vor-

teil, weil er das Volk arm machte. Blieb es dabei, daß die einzelnen deutschen Staaten gegeneinander Zollschranken errichteten, einander gegenseitig bekämpften, so waren sie selbst der wirtschaftlichen Übermacht der großen ausländischen Handelsstaaten, vor allem Englands, wehrlos ausgeliefert. Der Partikularismus machte Deutschland zum Ausbeutungsfeld des englischen Kapitals. Wirtschaftseinheit war darum ein Gebot nationaler Selbsterhaltung, nicht weniger als Heereseinheit.

Auch an diesem Lebensinteresse der Nation hatte Österreich keinen Anteil. Es bildete ein großes, abgerundetes, reiches und im allgemeinen sich selbst genügendes Wirtschaftsgebiet mit guten Absatzwegen und eigenen Häfen. Es brauchte den engeren Zusammenhang mit Deutschland nicht, es konnte in der Umgestaltung des Bundes zu einem einheitlichen Handelsstaat nur eine Störung der eigenen Kreise sehen. Für Preußen dagegen war der bestehende Zustand so unerträglich wie kaum für irgend einen anderen deutschen Staat. Ihm fehlte ja noch die geographische Einheit des Territoriums, sein Gebiet wurde durch Hannover, Braunschweig und Kurhessen in eine östliche und eine westliche Hälfte zerrissen, und in der östlichen steckten als Enklaven wie Splitter in der Hand die souveränen Fürstentümer von Anhalt und Schwarzburg mit ihrer eigenen europäischen Zoll- und Handelspolitik. „Weltpolitik“ war damals noch nicht erfunden, sonst hätten diese Herrschaften vielleicht auch darauf Ansprüche erhoben. Für Preußen war darum die Wirtschaftseinheit Deutschlands genau ebenso wie die

Heereseinheit eine Sache des eigenen Vorteils, ja eine Bedingung des eigenen Gedeihens.

So fielen, wohin man blickte, preußisches und deutsches Interesse zusammen, während aus den gleichen Gründen preußisches und österreichisches auseinandergingen. Der alte Dualismus war in der Natur der Dinge wirksam. Man konnte ihn eine Weile übersehen, aber irgend einmal mußte er sich geltend machen. Die Lösung konnte aufgeschoben werden, aber kommen mußte sie.

Hie und da ist das schon in den Tagen des Wiener Kongresses ausgesprochen worden, die Einsichtigsten haben auch damals bereits erkannt, daß nur die Gewalt dieses Problem zu lösen imstande sei. Ein Unbekannter hat im Jahr 1815 öffentlich zu bekennen gewagt, es bleibe nur die Hoffnung auf den Bürgerkrieg, „weil von nun an der Streit um die Oberherrschaft in Deutschland beginnen kann und wird und muß". Härter und schärfer drückte sich Clausewitz aus: „Deutschland kann nur auf einem Wege zur politischen Einheit gelangen, dieser ist das Schwert: wenn einer seiner Staaten alle anderen unterjocht." Daß dieser Staat nur Preußen sein könne, auch das ist damals von vielen richtig gesehen worden, lange bevor Paul Pfizer in seinem „Briefwechsel zweier Deutschen" (1831) den Mut hatte, die Frage öffentlich zur Diskussion zu stellen. Mit erstaunlicher Klarheit hat der weimarische Minister v. Gersdorff, Goethes Amtsgenosse, schon 1817 auch den Weg gezeigt, auf dem es später wirklich geschehen sollte: Preußen müsse bei gelegener Zeit die maßgebenden und wohlgesinnten deutschen Staaten zu einem Bunde unter Achtung ihrer

Rechte und mit tüchtiger militärischer Verfassung vereinigen, dann die übrigen zum Anschluß zwingen. Nur so allein, meinte er, werde das Bedürfnis Preußens und zugleich das seiner Bundesgenossen und der deutschen Nation befriedigt werden. Was uns in diesen Worten wie der Lichtblick des Sehers erscheint, war in Wahrheit nur scharfe Erkenntnis der Wirklichkeit, geleitet durch die Erinnerung an den Fürstenbund Friedrichs des Großen. Der Großstaat Preußen mußte sich in der Tat zum Führer und Herrn erst in einem Teile, dann im ganzen Deutschland machen, oder er mußte selbst verschwinden. Das Werk Friedrichs des Großen, durch Napoleon zerstört, durch den Befreiungskrieg wiederaufgerichtet, mußte vollendet werden oder zum zweiten Male untergehen, dann wohl für immer und Deutschland mit ihm.

Die Aufgabe war nicht wenig erschwert durch die Veränderungen, die die napoleonische Zeit in Süddeutschland geschaffen hatte. Das bunte Vielerlei kleiner und kleinster „Reichsstände" war hier ersetzt worden durch eine Gruppe von vier mittelgroßen Staaten, gerade groß genug, um die Illusion eines eigenen staatlichen Daseins zu gestatten. Die Neuordnung war erfolgt nach französischem Diktat, der Wiener Kongreß ließ sie bestehen. Um diesen Preis hatte man den Anschluß der Südstaaten im Kriege gegen Napoleon erkauft.

Man muß sich das immer aufs neue einschärfen: die staatliche Gruppierung Süddeutschlands, die noch 1933 bestand, war das Werk Frankreichs. Sie diente denn auch dem französischen Interesse. Eine Schutztruppe gegen Österreich hatte sich Frankreich schaffen wollen,

ein System von Prellböcken, deren jeder dem andern nach Bedarf als Gegengewicht dienen konnte. Daher die abnehmende Stärke von Ost nach West: Bayern, das größte, ein Gewicht gegen Österreich, Württemberg eines gegen Bayern und an der Grenze Frankreichs Baden und Hessen, die schwächsten von allen. So lag Süddeutschland dem französischen Einmarsch von Straßburg und Weißenburg her jederzeit offen, seine Regierungen mußten es sich dreimal überlegen, ob sie bei einem Zusammenstoß zwischen Österreich und Frankreich auf die österreichische Seite treten wollten.

In innerdeutschen Fragen wirkte dieser Zustand in einer anderen Richtung. Die Monarchen in München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt dachten zu allererst an die Erhaltung ihrer Staaten und ihrer Souveränität, sie fürchteten die Mediatisierung. Sie waren darum die geborenen Gegner jeder strafferen Zusammenfassung Deutschlands zu wirklicher Einheit, und je deutlicher es wurde, daß etwas Derartiges die natürliche Aufgabe Preußens sei, während von Österreich keinerlei Gefahr drohte, desto mehr erfüllten sie sich mit instinktiver Abneigung gegen Preußen, den „Eroberer", von dem man besorgte, er könne eines schönen Tages einen auffressen. Metternichs Geschicklichkeit wußte ihnen allen bald die Überzeugung beizubringen, daß ihre Rechte bei Österreich allezeit am besten aufgehoben seien. So wurde Süddeutschland zum stärksten Hindernis der deutschen Einheit.

Auch im Norden gab es Mittelstaaten, die sich in gleicher Lage fühlten, aber es waren nur zwei, Sachsen und Hannover. Alle übrigen waren so klein und schwach,

daß sie der Vereinigung mit dem größten Nachbar keinen ernsten Widerstand leisten konnten. Für die Erhaltung der vollen Souveränität von Reuß oder Gotha zu kämpfen, wäre lächerlich gewesen. Der Norden forderte zur Einigung heraus, dort konnte der Partikularismus nur als Ausnahme gedeihen; Süddeutschland war geschlossen partikularistisch und wollte und konnte es bleiben. Hier, wo die Überlieferungen der deutschen Kleinstaaterei in Gebilden von mittlerer Größe fortlebten, die allenfalls wohl als unabhängige Organismen dastehen konnten, hier fand auch die alte deutsche Neigung, sich abzusondern und eigene Wege zu gehen, den besten Nährboden und eine scheinbare Rechtfertigung. Mit sicherem Instinkt wandten sich die süddeutschen Regierungen gegen den Staat, der von Natur berufen war, diesem holden Ideal aller Philister und Phäaken ein Ende zu machen, gegen Preußen. Wohl wurden ab und zu, wenn Gefahr drohte — wie 1830 und 1839/40, als man einen französischen Angriff befürchtete — hilfesuchende Blicke auch aus Stuttgart und München nach Berlin gesandt, das allein wirkliche Hilfe und Schutz gewähren konnte. Aber kaum war die Gefahr vorüber, so kehrte man wieder zur lieben alten Gewohnheit zurück und schwor zur Fahne Österreichs, des „Kaiserstaates", gegen Preußen, den „Eroberer" und Emporkömmling.

Fast ein Wunder ist es zu nennen, daß unter solchen Umständen das dringendste Werk dennoch zustande kam, die wirtschaftliche Einigung. Freilich hat es lange gedauert, bis am 1. Januar 1834 die meisten Binnenschlagbäume fielen und ganz Deutschland — vorläufig

mit der bezeichnenden Ausnahme des englischen Hannover und der von England abhängigen drei Hansestädte — sich zu einem einzigen Handelsgebiet mit einheitlicher Handelspolitik zusammenschloß im Deutschen Zollverein.

Die mühevollen Verhandlungen, die Umwege und zeitweiligen Enttäuschungen, die diesem Erfolg vorausgingen, sind hier nicht zu schildern. Was irgend Eifersucht und Neid, kleinliche Ängstlichkeit und engherzige Selbstsucht an Hindernissen auftürmen kann, das ist gegen den preußischen Plan angewandt worden. Auch vom Ausland her suchte man zu hindern, Frankreich und noch mehr England nahmen sich der Selbständigkeit der Einzelstaaten in rührender Fürsorge an, und Metternich unterließ nicht, in London darauf aufmerksam zu machen, Preußen wolle „eine Kontinentalsperre im Kleinen" aufrichten und suche „ganz Deutschland zu jakobinisieren". Der feste Wille und die zähe Geduld der preußischen Beamten überwanden alle diese Schwierigkeiten, und das zwingende Bedürfnis des täglichen Lebens kam ihnen zu Hilfe. Dennoch wäre es verkehrt, zu glauben, der Zollverein sei gleichsam ein Naturprodukt, aus innerer Notwendigkeit hervorgegangen ohne schöpferischen Anteil einzelner Personen. Er ist in Plan und Durchführung wesentlich das Werk eines genialen Mannes, des preußischen Finanzministers v. Motz, der mit kühnem Weitblick die ganze Tragweite des Schrittes von Anfang an übersah. Er wollte und erwartete, daß auf der Grundlage der wirtschaftlichen Einigung „ein in Wahrheit verbündetes, von innen und von außen festes und freies Deutschland unter dem Schutz und Schirm von Preußen" sich erheben solle.

Er hat den Abschluß nicht erlebt, aber als er 1830 starb, durfte er sich mit Genugtuung sagen, daß das Werk gesichert und der letzte Erfolg nur noch eine Frage von wenigen Jahren sei.

Man darf sich fragen, was wohl aus Deutschland geworden wäre, ohne daß dieser entscheidende Schritt rechtzeitig getan wurde. Denn eben damals stand die Welt vor einer so gründlichen Umwälzung ihres Wirtschaftslebens, wie sie noch nie dagewesen war, durch das Aufkommen der Dampfmaschinen und der Eisenbahnen. Im Jahre 1835, ein Jahr nach dem Abschluß des Zollvereins, wurde auch in Deutschland die erste kleine Eisenbahnlinie eröffnet, seit 1837—39 entstanden immer neue, größere Strecken. Mit raschen Schritten bemächtigte sich das neue Verkehrsmittel des deutschen Bodens. Das Zeitalter der Kohle und des Eisens begann, Deutschland bekam Gelegenheit, einen seiner größten Schätze, die reichen Steinkohlenlager, nutzbar zu machen — die deutsche Großindustrie entstand. Eine neue Quelle des Wohlstands eröffnete sich. Wie reich sie dereinst strömen werde, konnte damals niemand ahnen, freilich auch nicht, welche Wandlungen in Leben und Art des Volkes sie hervorrufen würde. Aber für das Deutschland, das eben erst die Kriege Napoleons hatte ertragen müssen, das sich mühselig aus dem Zustand der Verarmung emporzuarbeiten suchte, war es von ungeheurer Bedeutung, daß es nicht mehr wie bisher vorwiegend auf die Erträgnisse seiner Landwirtschaft und deren Ausfuhr angewiesen war, daß es auch mit seiner Arbeit zahlen und kaufen konnte.

Erst seit den dreißiger Jahren spürt man denn auch

eine raschere Erholung von den Folgen der großen Kriegszeit. Die alte Bettelarmut wurde überwunden, der Unternehmungsgeist erwachte, die Kräfte regten sich dank den weiten Möglichkeiten, die durch das neue Element der Dampfkraft eröffnet wurden. Wie hätte das sein können in einem Lande, das wirtschaftlich und handelspolitisch sich selbst bekämpfte? Der Zollverein schuf die Bedingungen, in denen die neuen Mittel der Technik für Verkehr und Handel ausgenutzt werden konnten, und schon machte sich auch die nächste Wirkung hiervon fühlbar: die Alleinherrschaft des englischen Kapitals wich mehr und mehr der Wirtschaft für eigene Rechnung, das Joch des Auslands wurde von der deutschen Volkswirtschaft genommen, da sie sich endlich als einheitliche Größe unter der Führung der Großmacht Preußen auf den Weltmarkt wagen durfte.

Schon aus dem bisher Gesagten ergibt sich, wie unrichtig die landläufige Vorstellung ist, als ob die Zeit nach 1815 ereignislos und leer verlaufen wäre. Wir haben es da mit einer ähnlichen Unterschätzung zu tun, wie wir ihr im größeren Maßstab schon einmal begegnet sind. Wir mußten dort feststellen, daß die angeblich uninteressanten Jahrhunderte nach 1250 in Wahrheit bedeutsamer für die Gesamtgeschichte der Nation und bis auf den heutigen Tag wirksamer waren als die Glanzzeiten des alten Kaisertums. Gerade so und noch mehr hat man in den Jahrzehnten nach 1815 eine der folgenschwersten Epochen zu erblicken. Was damals geschah und sich anbahnte, wirkt bis auf den heutigen Tag fort und wird noch lange fortwirken. Das Deutschland, in

dem wir leben und in dem noch unsere Kinder und Enkel leben werden, ist damals begründet worden.

Dazu gehört in erster Linie der Ausbau der deutschen Staaten.

Über das, was den Kern und Träger des Staatslebens ausmacht, sind sich nicht alle ohne weiteres klar. Eine lange Zeit vorherrschende Meinung sieht ihn im sogenannten Verfassungsleben, der Politik, die in Parlamenten, Volksvertretungen, oder wie die Namen lauten, sich abspielt. Daher denn die Überschätzung, die man so oft den Fragen der geschriebenen Verfassung, des Wahlrechts und dergleichen zuteil werden sieht.

Daß dies nicht richtig ist, kann sich jeder sagen, wenn er nur bedenken will, daß es sehr viele Staaten gegeben hat, die ein Verfassungsleben im modernen Sinn gar nicht kannten und die doch niemand für tot erklären wird. In Wahrheit ist ja das, was man heute politisches oder Verfassungsleben nennt, auch nur eine besondere Art des Kampfes um die Macht im Staate, den es zu allen Zeiten und in allen Ländern gegeben hat und geben wird, nur daß er in sehr verschiedenen Formen auftritt. Das wirkliche Leben des Staates kann davon unabhängig sein, es liegt in der Verwaltung. Darum ist sein wahrer Träger das Beamtentum. Wo dieses unberührt erhalten bleibt, kann ein Staat — die Geschichte bietet manches Beispiel dafür — die tiefsten Umwälzungen seiner Verfassung überdauern, während er zugrunde gehen muß, sobald sein Verwaltungsapparat durch innere Erschütterung oder Schläge von außen zerstört wird.

Dieser wesentliche Träger des Staatslebens, Verwal-

tung und Beamtentum, ist für das neue Deutschland geschaffen worden seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Er hat sich bis heute gehalten, hat auch die große Umwälzung von 1918 zum guten Teil überdauert, und es ist kein Zufall, daß die zerstörenden Elemente, denen der geordnete Staat an sich verhaßt ist, ihren Ansturm immer gerade gegen diese Stelle richten.

Man brauchte nach 1815 nicht *ab ovo* zu beginnen, an den meisten Orten war schon in den vorausgehenden Jahrzehnten der Grund gelegt worden. In Baden hatte die lange und ausgezeichnete Regierung Karl Friedrichs schon seit einem halben Jahrhundert das Beste getan, in Württemberg König Friedrich I. seit 1806, in Hessen Ludwig I. kaum weniger vorzüglich vorgearbeitet, in Bayern Montgelas um dieselbe Zeit ähnlich gewirkt. Aber es gab doch noch genug zu tun, um das Haus vollends wohnlich zu machen. Den territorialen Verschiebungen, die die napoleonische Politik und der Wiener Kongreß geschaffen hatten, den Anforderungen einer neuen Zeit mit veränderten Bedürfnissen und Aufgaben mußte der gesamte Verwaltungsorganismus angepaßt werden — keine geringe Arbeit, von der auch der strengste Beurteiler nicht sagen kann, daß sie schlecht gemacht worden sei. Wenn im ganzen Ausland die deutsche Verwaltung bis vor kurzem unbestritten als die beste und vielfach als schlechthin musterhaft gegolten hat, so kommt von diesem Lob ein gut Teil auf Rechnung der Fürsten und Staatsmänner, die in der Epoche von 1815 ihre Landesstaaten neu einrichteten und ausbauten — eine Tatsache, die wohl dazu nötigen dürfte, das herkömmliche Urteil

von der politischen Unfähigkeit der Deutschen zum mindesten etwas einzuschränken.

Am meisten gilt das von Preußen. Auch Preußen zwar hatte schon vor 1815 eine Zeit der Reformen durchlebt. Antriebe, die aus der Aufklärungszeit stammten und durch das Humanitätsideal gegeben waren, hatten eine mächtige Steigerung erfahren durch den äußeren Zusammenbruch. Es war schon ein in vieler Hinsicht neu geordneter Staat, der auf den Schlachtfeldern von Großbeeren, Leipzig und Waterloo die Feuerprobe bestand. Aber es war doch alles noch so neu, zum Teil so fremd, und dazu kam eine gewaltige territoriale Verschiebung, ein Ruck vom Osten nach dem Westen, den Preußen durch die Zuweisung neuer Provinzen auf dem Wiener Kongreß erhielt, so daß man wohl sagen kann: es bedurfte einer ungeheuren Arbeit, einer wahrhaften Staatsgründung, um diesem neuen Organismus Leben und Dauer zu verleihen. Vor allem das Erste und Wichtigste mußte geschaffen werden: die Einheit des Staates. Aus den alten und neuen Provinzen mußte ein einheitliches Ganzes, aus Posenern, Sachsen, Westfalen und Rheinländern mußten Preußen gemacht werden. Das ist geschehen. Die preußische Beamtenschaft hat diese Aufgabe gelöst und glänzend gelöst. Nach einem Menschenalter schon war die Einheit so fest geworden, daß auch eine Revolution sie nicht mehr zu erschüttern vermochte.

Was einem aber am meisten Achtung vor dieser Leistung preußischer Staatskunst abnötigt, das ist die Vereinigung von Altem und Neuem, die hier glücklich vollzogen wurde.

Das Preußen des 18. Jahrhunderts, das bei Jena unterlag, war ein absolutistischer Militärstaat gewesen. In den Leidenstagen der napoleonischen Fremdherrschaft hatte dieses Staatswesen gezeigt, daß in ihm dennoch eine Seele wohnte, die nicht mit dem Leibe der Armee unterging. Wie für alle Lebewesen, so ist es auch für den Staat das Wichtigste, daß er die Fähigkeit bewahre, sich in seinem Bau und seinen äußeren Funktionen veränderten Umständen anzupassen. Diese Fähigkeit hatte Preußen bewiesen, indem es sich unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen, unter dem Druck der Zwingherrschaft regenerierte. Die großzügigen Reformen, die unter der Führung des Freiherrn vom Stein seit 1807 ausgearbeitet und durchgeführt wurden, die Bauernbefreiung und die Städteordnung — die man mit vollem Recht eine Bürgerbefreiung nennen könnte — hoben den Staat mit einem Ruck wieder auf die Höhe, auf der er in den besten Zeiten Friedrichs des Großen gestanden hatte: er war, als er 1813 in den Befreiungskampf eintrat, unter allen deutschen Staaten der modernste.

Er blieb es auch nach 1815 auf dem Gebiete der Verwaltung. Sie war die beste, die es in Deutschland gab, auch darin, daß sie dem Stande, dem die Zukunft gehörte, dem Bürgertum, in seiner eigentlichen Sphäre den freiesten Spielraum ließ. Ohne diese Voraussetzung wäre auch der wirtschaftliche Aufschwung der dreißiger und vierziger Jahre nicht möglich gewesen.

Mit diesem neuen Geist aber hatte Preußen sich doch das Beste aus der alten Zeit zu bewahren gewußt: es war ein Militärstaat geblieben und war es nur noch mehr ge-

worden in jenem antiken Sinn, von dem wir sprachen — daß jeder Bürger dem Staate jeden Augenblick alles schuldet, Gut und Blut und auch das Leben. Mit dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht, den Preußen vom revolutionären Frankreich übernahm, hat es im Grunde nur eine praktische Konsequenz gezogen aus dem, was seit Friedrich dem Großen und schon früher in seinem eigenen Wesen lag. Und doch war das zugleich das Modernste, was sich denken ließ. Wenn Scharnhorsts Entwürfe durchgeführt wurden, wenn wirklich jeder, soweit und solange seine Kräfte es erlaubten, als ausgebildeter Soldat zum Schutze des Vaterlandes bereitstand, dann waren ja alle Unterschiede des Standes beseitigt, war die Gleichheit aller eine Wirklichkeit und — um ein später beliebtes Schlagwort zu verwenden — mit dem Volksheer zugleich der wahre Volksstaat begründet.

Mit den Anfängen dieses Volksheeres hatte Preußen seine und Europas Befreiung vollbracht. Es hat nach dem Siege den Helm nicht fester gebunden, die Rüstung nicht gesteigert — das erlaubte die Not der Zeit noch nicht. Aber es hat den Helm nicht abgenommen, wie es die anderen taten, die rasch ermüdet die Waffen niederlegten. Der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht wurde aufrechterhalten, das Heer sorgsam gehütet und seine Schlagfertigkeit nach Kräften gepflegt. Preußen blieb ein Militärstaat, aber nun in anderem Sinne als früher: nicht mehr von Söldnern bewacht, sondern vom eigenen wehrhaften Volk beschützt, dem in der Armee nunmehr eine einzigartige Schule für Geist und Charakter erwuchs.

Es ist lange üblich gewesen, diesen neuen Militarismus,

mit dem Preußen vorläufig unter allen Staaten allein dastand, deswegen anzugreifen, weil er das Volk zur Unselbständigkeit und inneren Unfreiheit erzogen habe. Man weist darauf hin, daß so viele unserer Volksgenossen es im bürgerlichen Leben an Festigkeit in den Grundsätzen und ihrer Vertretung, mit einem Wort an Charakter fehlen lassen — Mangel an Zivilcourage hat es Bismarck genannt —, und man führt das darauf zurück, daß den meisten im Heeresdienst, wo es nur Befehlen und Gehorchen gibt, das moralische Rückgrat gebrochen sei. Ich bin überzeugt, daß, wer so urteilt, sich einer Verwechslung von Ursache und Wirkung schuldig macht. Kann man denn die Tatsache übersehen, daß die stärksten Individualitäten, die festesten Charaktere, die Deutschland in neuerer Zeit aufzuweisen hat, vorzugsweise aus der Armee hervorgegangen sind? Wenn ihnen so viele andere gegenüberstehen, bei denen man innere Selbständigkeit und Festigkeit vermißt, so ist das eben der ursprüngliche Mangel ihrer Natur, der auch durch die Zucht des Heeres nicht gehoben werden konnte und unter ihrer Einwirkung nur deutlicher hervortrat. Durch den Hammerschlag wird das Blei zerquetscht, das Eisen gehärtet. Wenn man findet, aus der Schmiede des preußischen Heeres seien zu viele weiche Bleikugeln hervorgegangen, ist das die Schuld des Heeres? Sollte man nicht umgekehrt sagen: wenn es eine Anstalt gab, in der das Blei der weichen Volksnatur Gelegenheit hatte, sich mit dem Eisen der stärkeren Individuen zu verbinden, so konnte das auf den Gesamtcharakter der Nation nur wohltätig wirken?

Man hat in den wenigen Jahren seit 1918 keine Zeit gehabt, festzustellen, ob die festeren Charaktere bei uns zunahmen, seit es die angeblichen Gefahren militaristischer Verbildung nicht mehr gab. Aber auch ohne die Probe abzuwarten, hätte man sich sagen können, daß gerade die Deutschen nach ihrer angeborenen Art, mit ihrer Neigung, sich körperlich und geistig gehen zu lassen, ihrem trägen Temperament, das sich so viel gefallen läßt und so leicht in Schlendrian ausartet — daß gerade die Deutschen einer Zuchtanstalt besonders bedürftig waren und sind, in der vor allem eins gelehrt wird: Anspannung aller Kräfte zu strengster Erfüllung der Pflicht. Das aber war es, was den Kern des vielgeschmähten preußischen Militarismus ausmachte, womit er zu einem wohltätigen Sauerteig geworden ist für das ganze deutsche Volk und womit er — Gott gebe es! — auch künftig noch fortwirken wird, seit er dank dem kühnen Entschluß des Führers in der deutschen Wehrmacht zu neuem Leben wiedererwacht ist.

Die Epoche von 1815 hat mit dem Ausbau der Staatsverwaltung zugleich das Gegenstück dazu entstehen lassen: die politischen Parteien.

Wie das gesamte festländische Europa, so hatte auch Deutschland Parteien außer auf konfessionellem Gebiet bis dahin nicht gekannt. Der alte monarchische Ständestaat konnte sie nicht erzeugen, in ihm gab es nur einen Gegensatz zwischen Regierung und Ständen, oder von Ständen untereinander. Als er in Frankreich durch die Revolution zerstört war und auch durch die Restauration nicht wiederhergestellt wurde, bildeten sich dort auch die

politischen Parteien: Gruppen von Individuen und Gesellschaftskreisen, die sich unter der Fahne sogenannter Prinzipien oder Programme zusammenfanden, von gemeinsamen Ansichten, Wünschen und Forderungen dem Staat gegenüber geleitet wurden und durch Zusammenschluß und gemeinsames Vorgehen die Macht in ihm an sich zu reißen suchten. Ihren natürlichen Kampfplatz fanden sie in der Volksvertretung, die die Verfassung des wiederhergestellten Königtums von 1814 nach englischem Muster gewährte.

Was in Frankreich geschah, wirkte nun auch auf Deutschland, und die Wirkung war höchst unglücklich. Eine Revolution hatte es hier nicht gegeben. Ohne Erschütterung, teils durch kluge Maßnahmen der Regierungen, teils durch den natürlichen Fortschritt der Volkswirtschaft und Volksbildung, vollzog sich hier der Übergang von der alten ständischen Gliederung in Gesellschaft und Staat zum modernen Zustand persönlicher Freiheit und Rechtsgleichheit aller Individuen. Auch die neuen Formen des Staatslebens konnten, wo sie eingeführt wurden, unmittelbar an alte Einrichtungen anknüpfen; wie denn zum Beispiel die neuen Volksvertretungen in Deutschland durchweg bis 1918 den alten Namen der Landtage oder den sachlich ganz unpassenden der Stände weitergeführt haben.

Unter diesen Umständen, da die tatsächlichen Verhältnisse auf deutschem Boden anders lagen als in den westlichen und südlichen Ländern, wäre es zu wünschen gewesen, daß man für die Neuordnung auch eigene Formen gefunden hätte, die den vorhandenen Zuständen ent-

sprachen. Das ist nicht geschehen. Das französische Vorbild erwies sich als zu stark, es wurde nachgeahmt.

Man kann sich das nicht tief genug einprägen: das, was man seit mehr als hundert Jahren in Deutschland innerpolitisches Leben zu nennen pflegt, ist nicht aus den eigenen, heimischen Verhältnissen frei hervorgewachsen, es ist von Anfang an durch ausländische Vorbilder, vor allem französische, dann aber auch mißverstandene englische, aufs stärkste beeinflußt und — man kann es nicht anders nennen — irregeleitet und verfälscht worden.

Dazu gehörte in erster Linie das neu entstehende Parteiwesen. Die Gruppen von Interessenten, die sich nun auch auf deutschem Boden zu Parteien zusammenschlossen, um den Staat nach ihren Wünschen, Bedürfnissen, Meinungen so oder anders zu konstruieren und zu lenken, stellten sich von Anfang an als Abklatsch der französischen Schablone dar. Schon ihre Namen bezogen sie aus Frankreich: konservativ, reaktionär, liberal, demokratisch, zuletzt sozialistisch — es sind lauter französische Fremdworte*).

Man unterschätze das nicht: die fremde Schablone hat Unheil und Verwirrung gestiftet, eben weil sie fremd ist und auf die deutschen Verhältnisse gar nicht paßt. Sie erweckt schon die völlig falsche Vorstellung, als ob das Parteiwesen in Deutschland ebenso einheitlich und gleichartig gestaltet wäre wie in Frankreich. In Wahrheit ist ein Konservativer im deutschen Süden niemals dasselbe gewesen wie im Norden, und die süddeutsche Demokratie

*) Daß ein Teil von ihnen in Frankreich selbst aus Spanien entlehnt war, kommt hier nicht in Betracht.



hat mit der norddeutschen bis zuletzt nicht viel mehr gemein gehabt als den Namen. Nach der landläufigen Vorstellung, wie sie seit hundert Jahren, dem französischen Muster entsprechend, gilt, sollten Demokratisch und Konservativ Gegensätze sein. Und doch konnte man in mancher kleinen ehemaligen Reichsstadt Schwabens die Beobachtung machen, daß demokratische Parteizugehörigkeit sich ganz wohl mit einer geradezu eigensinnig konservativen Denkart vertragen kann. Vollends der stärkste innere Gegensatz, der zwischen den Konfessionen, fand in der französischen Parteischablone gar keinen Platz.

Überhaupt handelte es sich bei den innerpolitischen Kämpfen, die in Deutschland nach 1815 begannen, um ein ganz anderes Problem als im Nachbarland, das man, ohne des Unterschieds inne zu werden, beständig nachzuahmen suchte. In Frankreich kämpften die verschiedenen Richtungen innerhalb der Schicht der oberen Zehntausend, vor allem das Großbürgertum, das durch die Revolution emporgekommen war, nebst den Resten des Adels und der Kirche, um die Herrschaft im Staat. In Deutschland gab es Großbürger der neuen Art vorerst nur als Ausnahme. Noch war hier das bürgerliche Element mit Einschluß der akademischen Intelligenz, die seine Führung hatte, im allgemeinen nicht über die Stufe des Kleinbürgertums hinausgekommen. Wenn es gleichwohl, sich liberal nennend, gegen die Vormundschaft fürstlicher Beamten- und Polizeiregierung sich auflehnte, so hatte es wahrhaftig noch kein Recht, sich mit den französischen Liberalen zu vergleichen, mit denen es nichts weiter gemein hatte als das Oppositionmachen. Bei den

Kämpfen der französischen Parteien von damals handelte es sich um verschiedene Schattierungen derselben Farbe oder um einen Erbstreit zwischen Geschwistern. In Deutschland standen sich die Parteien als feindselige Fremde gegenüber, weil es sich um Fortdauer oder Sturz des monarchischen Beamtenstaats handelte. In Frankreich kämpfte man um die Regierung, in Deutschland gegen die Regierung. Die französische Opposition besaß die Fähigkeit, selbst Regierung zu sein, bei der deutschen war das einstweilen noch höchst zweifelhaft. Trotzdem war auch für sie das französische Vorbild schlechthin maßgebend. Sie wußte politisch nur in französischen Begriffen zu denken und sich das Staatsleben, wie sie es forderte, nur in Formen vorzustellen, die sie in Frankreich sah und bewunderte. Die berühmte Charte Ludwigs XVIII. von 1814 war für die gute Hälfte einer ganzen Generation von Deutschen das staatliche Ideal, das auch sie zu besitzen verlangte. Eine französische „Verfassung" zu haben, schien für den deutschen Staat unerläßlich.

An vielen Stellen sind die Regierungen diesem Begehren von Anfang an mit halben Schritten entgegengekommen. In Weimar, Bayern, Baden, Hessen, Württemberg wurden seit 1818 „Verfassungen" gegeben, die dem Volk durch gewählte Vertreter einen gewissen Anteil an der Regierung des Staates einräumten. Die Julirevolution von 1830 in Frankreich gab den Anstoß, derartige Einrichtungen auch in Kurhessen, Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Sachsen zu schaffen. So hatte nun auch Deutschland ein „Verfassungsleben", und die vorhandenen politischen Strömungen hatten Gelegenheit,

sich auf den Tribünen gewählter Parlamente miteinander zu messen.

Es ist nicht zu verwundern, daß dabei zunächst allgemeine Verwirrung herrschte. Erst mit der Zeit konnten die Begriffe sich klären, die Richtungen sich sondern. Von den Demokraten, die womöglich die Republik mit Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verwirklichen wollten, unterschieden sich die Liberalen. Ihr Ideal war die parlamentarisch beschränkte Monarchie, deren Urbild man in England zu sehen glaubte und die neuerdings in Frankreich und Belgien eingeführt war. Nach dem Ausland blickten sie alle, wenn sie sich politisch belehren oder erbauen wollten. War England für die einen das Musterland schlechthin, so sahen die anderen das „Mekka der Freiheit" in Paris. Wenn volkstümliche Politiker in Deutschland über Freiheit und Volksrechte deklamierten, so konnte man sicher sein, daß sie im wesentlichen wiederholten, was sie in französischen Zeitungen gelesen hatten. Wieder andere begeisterten sich für Polen, das für seine „Freiheit" focht, ohne zu beachten, daß es sich hier um etwas ganz anderes, nämlich um die Selbstbestimmung eines Volkes gegenüber einem anderen handelte, ein Problem, dessengleichen es im damaligen Deutschland nicht gab. Aber Freiheit war Freiheit, dieses am meisten mißbrauchte aller deutschen Worte genügte dem badischen oder pfälzischen Spießbürger, der sich über die Polizeiverordnungen seines angestammten Landesvaters ärgerte, um im polnischen Edelmann, der die Herrschaft des russischen Zaren nicht ertrug, einen Leidensgefährten, einen Bruder und Kampfgenossen zu sehen, mit dem man für

die gleichen Ziele focht. Es sind die klassischen Zeiten der Ausländerei und Fremdenanbetung, und es war nur der sinnfällige Ausdruck dieser Tugend, wenn auf dem Freiheitsfest zu Hambach in der Pfalz im Jahre 1832 neben den deutschen Farben die polnische Fahne wehte und ein Redner die verbrüderten Nationen von Deutschland, Frankreich und Polen leben ließ — Deutschland in harmlosem Verein mit seinen beiden ältesten Feinden!

Wir haben heute kein Recht mehr, diese Verirrungen allzu scharf zu verurteilen. Unsere jüngste Vergangenheit ist in viel ärgere Verdammnis geraten und hatte dabei nicht einmal die Entschuldigung, die vor hundert Jahren galt: nicht wissen zu können, wovon sie redete. Die Männer, die damals für fremde Staaten und Völker schwärmten, hatten noch keine politische Erfahrung. Sie machten es in der Politik so, wie Heinrich Heine vom Deutschen behauptet, daß er ein Kamel zu malen wisse, ohne es gesehen zu haben: sie griffen in ihren Busen und malten den Idealzustand der Welt aus der Tiefe ihres deutschen Gemütes. Vom Ausland, an dessen Rockschößen sie hingen, hatten die meisten von ihnen nichts gesehen. Sie wiederholten das Lob englischer, französischer, belgischer Gesetze, ohne eine Vorstellung davon, wie es dort mit der Wirklichkeit bestellt war. Daß diese ganz anders aussah, als man sie sich in Deutschland ausmalte, ahnten die wenigsten.

Darin zeigte sich der Fluch, der von Anfang an auf dem deutschen Verfassungsleben lastete: es bewegte sich durchaus in kleinstaatlichen und kleinbürgerlichen Grenzen und wollte doch das Leben großer, fest geeinter Na-

tionalstaaten nachahmen. Daher die betrübende Unfruchtbarkeit des deutschen parlamentarischen Lebens in diesen Jahrzehnten, die doch als politische Vorschule der Nation so nützlich hätten sein können. In den Parlamenten zu München, Stuttgart, Karlsruhe und wo immer konnte auch der Fleißigste nichts für seine Ausbildung zum wirklichen Politiker lernen, weil in allen diesen Staaten keine wirkliche Politik gemacht wurde.

Anders hätte es nur sein können, wenn wenigstens eine der beiden Großmächte, die zu Deutschland gehörten, sich beizeiten entschlossen hätte, die neuen Formen des Regierens anzunehmen. Daß dies Österreich nicht sein konnte, lag auf der Hand. Der Übergang zu parlamentarischen Formen mußte dieses Konglomerat verschiedener Nationalitäten früher oder später auflösen und zerstören. Bei Preußen lag es umgekehrt. Seine Staatseinheit konnte gefördert werden, wenn die Bevölkerung aus Ost und West sich in einer gemeinsamen Vertretung begegnete, sich kennen und zusammen leben und arbeiten lernte.

Daß es dazu nicht kam, ist die persönliche Schuld Friedrich Wilhelms III. Er selbst hatte 1815 öffentlich die Zusage gemacht, daß Preußen eine den ganzen Staat umfassende ständische Vertretung erhalten solle. Er hatte sogar 1820 ein Gesetz erlassen, das die Aufnahme von neuen Staatsschulden von der Zustimmung der Gesamtstände abhängig machte. Aber zur Einberufung dieser Versammlung konnte er sich nicht entschließen. Wie so viele Zeitgenossen lebte er ganz in der Furcht vor Revolution, und diese Furcht teilte sich bald seiner Regierung mit. Dabei geschahen Dinge, an die man ungern er-

innert wird. Auf königlichen Befehl wurden Jahre hindurch Demagogen verfolgt, die entweder keine waren oder, wenn sie es waren, kein Volk zum Führen und Verführen gefunden hätten.

Nicht genug, daß in den Grenzen des eigenen Landes „die Affenbosheit niedriger Handlanger" sich ungehindert austoben durfte, Preußen zwang im Verein mit Österreich auch den anderen deutschen Staaten ein Regiment polizeilicher Knebelung auf, das man nur unwürdig und beschämend nennen kann. Damals ist dem Staate Friedrichs des Großen, des Freidenkers, der Ruf des gewaltsamen Unterdrückers freier Meinung und unabhängiger Gesinnung angeheftet und auf seinen Ehrenschild ein Rostflecken gekommen, der sich nicht mehr hat abwaschen lassen und weiter gefressen hat.

In solcher Stimmung, wie sie das erste Jahrzehnt nach 1815 beherrschte, war natürlich an Einberufung preußischer Gesamtstände nicht zu denken, und einmal vertagt, kam der Entschluß überhaupt nicht mehr zustande. Man mußte sich zufrieden geben mit der erneuten Erklärung des Königs: „Ich werde bestimmen, wann die Zusage der landständischen Verfassung in Erfüllung gehen soll . . . Der Untertanen Pflicht ist es, den Zeitpunkt abzuwarten, den ich geeignet finden werde."

Eine unwiederbringliche Gelegenheit war damit verscherzt. Wie leicht hätte eine Regierung, die wußte was sie wollte und ihrer Kraft bewußt war, wie leicht hätte sie es gehabt, ohne jede Gefahr für den Staat alle vernünftigen Wünsche zu erfüllen, die damals ja noch bescheiden genug waren! Noch hatte sie es in der Hand,

das Maß und die Art dessen, was sie gewähren wollte, zu bestimmen, noch bestand die Möglichkeit, für Preußen, frei von fremder Schablone, eine Verfassungsform zu schaffen, die seiner Natur und seinen Bedürfnissen entsprach und für das übrige Deutschland vorbildlich gewirkt haben würde. Vor allem aber, wenn Preußen der Führerstaat in Deutschland sein und bleiben wollte, war der Entschluß notwendig und unaufschiebbar. Alle Einsichtigen empfanden das, und selbst ein Mann wie der alte Blücher, der doch wahrhaftig weder Demagoge noch Demokrat war, schrieb: „Warum muß Bayern und andere Regenten uns zuvorkommen? Man fühlt es ja, daß eine Konstitution gegeben werden muß.“ Es geschah nichts, das Wort des Königs wurde nicht eingelöst, und zwischen Preußen und dem Süden tat sich eine neue Kluft auf, schwerer zu überbrücken als alle Unterschiede in Stammesart und Sitte und fast so breit wie der Zwiespalt der Konfessionen. Immer tiefer setzte sich das Vorurteil fest, daß im Süden Freiheit und Fortschritt zu Hause seien, während Preußen den Despotismus einer überwundenen Zeit nicht aufgeben wolle und die natürliche Entwicklung der Nation unterbinde.

Die Verfolgung der sogenannten Demagogen, die von Wien und Berlin aus seit 1819 betrieben wurde, traf von Anfang an auch die Bewegung für die deutsche Einheit. Auch sie galt den Regierenden für revolutionär und umstürzlerisch. Bei Licht besehen war sie es auch, selbst wenn sie es nicht wollte und nicht wußte. Seit sechs Jahrhunderten arbeitete die Politik der Regierungen unentwegt an der Zerstörung der Einheit, eine Urkunde nach

der andern, jede von unzweifelhafter staatsrechtlicher Gültigkeit, bezeichnete die Fortschritte der Auflösung, und ganz zuletzt, 1815, hatte gar ein europäischer Kongreß der nationalen Einheit des Reiches den Totenschein ausgestellt. Wer sie trotzdem erstrebte, der wollte das historisch begründete, vertraglich verbriefte, das geltende Recht beseitigen. Vom Standpunkt der Regierungen, die ihr eigenes Recht und ihre Souveränität auf eben diese Urkunden gründeten, war das nichts anderes als Umsturz, als Revolution und mußte unterdrückt werden.

Die Unterdrückung ist nicht gelungen, im Gegenteil: sie hat mit dazu beigetragen, das neue Ideal der Volkseinheit, das sehnende Verlangen, zu sein, was man sein konnte, zu stärken und zu verbreiten. Insbesondere bei der Jugend. Daß die deutsche Burschenschaft, die nichts anderes wollte als die Erhebung Deutschlands zu dem Rang, der seiner würdig war, durch Polizei und Gericht verfolgt, aufgelöst, verfemt wurde, hat ihrer Ausbreitung nicht geschadet, wahrscheinlich genützt. Das Martyrium war auch hier die beste Propaganda. Die nach 1815 ins Leben traten, trugen bereits in irgend einer Gestalt das Ideal der deutschen Einheit im Herzen, sie wuchsen auf im Schatten der Erinnerungen von 1813, und wie es immer geschieht, die Größe dieser Erlebnisse trat nur um so deutlicher hervor und ihre Wirkung wurde um so stärker, je weiter man sich von ihnen entfernte. Dann kam das Jahr 1840, das im Zusammenhang allgemein europäischer Verwicklungen die Gefahr eines französischen Angriffs dicht heranrückte. Wenig fehlte, so wäre damals wie 1792 der Kampf um das linke Rheinufer wie-

der entbrannt. Der Windstoß der Gefahr ließ das Feuer, das unter der Asche glomm, mächtig emporflammen. Mit einem Schlage wurde es klar, wie Deutschland dachte. Damals war es, daß der Nation ihre wirkliche Lage wieder voll zum Bewußtsein kam. Man wußte es plötzlich wieder, daß Frankreich der Erbfeind war, wußte es besser als je, und die Erkenntnis machte sich Luft in Wort und Lied. Beckers Lied vom freien deutschen Rhein wurde gesungen, „Die Wacht am Rhein“ und „Deutschland über alles“ fanden den Weg in die Massen und wurden die Nationallieder der Deutschen.

Auf der ganzen Linie drängte die Macht der Wirklichkeit in derselben Richtung. Staatliche Einheit der Nation war kein romantischer Traum versonnener Jünglinge, sie war ein Bedürfnis des praktischen Lebens. Sie mußte kommen, sie schien sozusagen von selbst zu kommen, vollends seit der Deutsche Zollverein die Einheit des Verkehrslebens zu einem guten Teil tatsächlich schon geschaffen hatte. Schon im Jahre 1840 stand ein Franzose, der Deutschland durchreiste, ganz unter diesem Eindruck, daß die Einheit Deutschlands sich wiederherstelle: „Welch ein prächtiges Schauspiel, ein großes Volk, dessen Bruchstücke sich zusammenfinden, das zur Nationalität und damit zum Leben zurückkehrt!“

Und dennoch, von selbst konnte die Einheit nicht kommen. Mochte der Gedanke reifen, der Wunsch wachsen, die Tat mußte von einer Stelle aus gewollt und vollbracht werden. Immer mehr brach sich auch die Erkenntnis Bahn, daß diese Stelle nur Preußen sein könne. Trotz

allem, was man in Süd und Nord gegen den preußischen Staat einzuwenden hatte, man sah doch in immer weiteren Kreisen in ihm den kommenden Erlöser aus Ohnmacht und Kleinlichkeit, weil es einfach keinen anderen gab, der das Werk hätte ausführen können. Auch das lag in der Natur der Dinge, die Wirklichkeit drängte darauf. Wie hätte sonst der Franzose Edgar Quinet, der Deutschland kannte, der das stille und gewaltige Sehnen der Deutschen verstand und die Gefahr für sein eigenes Land kommen sah, schon 1832 den Prophetenruf wagen können. mit dem er seine Landsleute warnen wollte: „Aus Preußen wird ein Mann kommen!“

Als im Jahre 1840 König Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron bestieg, glaubten viele, er sei es, dessen man all die Zeit gewartet hatte. Sie sahen sich bald enttäuscht. Selten hat ein Herrscher weniger zu der Aufgabe gepaßt, die seiner harrte. Er sah sie gar nicht, wollte sie nicht sehen. Wo alles auf die Zukunft drängte, war sein Geist erfüllt von Bildern der Vergangenheit. Wohl träumte auch er von „teutscher“ Herrlichkeit, aber es war der Glanz längst vergangener Tage, der ihn entzückte. Sein Auge suchte das Licht im Sonnenuntergang großer Erinnerungen, während alles den Sonnenaufgang einer neuen Zeit erwartete. Heilig waren ihm die ererbten Rechte der anderen; daß er selbst ein unverlierbares Zukunftsrecht besitze, wußte er nicht. Einem neuen römischen Kaiser deutscher Nation aus dem uralten Hause Österreich war er bereit als Erzkämmerer bei der Krönung das Waschbecken zu halten. Daß er selbst nach dem ungeschriebenen Recht, das in den Dingen selbst

ruht und mit den Lebenden geboren wird, einen besseren Anspruch auf die deutsche Kaiserkrone habe, begriff er nicht. Von Friedrichs Geist besaß er nicht einen Funken — wie sollte er das Werk des Großen vollenden? Als man ihn dennoch dazu nötigen wollte, hat er es verdorben. Mit seinem ganzen Wesen ist dieser König von Preußen das Unheil Deutschlands geworden, ein beredtes Zeugnis dafür, wie viel ein einzelner Mensch in der Geschichte bedeutet, nicht durch das, was er ist, sondern durch das, was er nicht ist.

Man gestatte mir hier eine Abschweifung, die ich nicht unterdrücken kann, weil es gilt, ein Urteil umzustoßen, das, so allgemein es wiederholt zu werden pflegt, doch nichts anderes ist als eine boshafte Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit. Kaum ein Satz ist verbreiteter als der vom räuberischen Preußen, das in dem blinden Vergrößerungsdrang seines rohen Machttriebes auch die deutsche Einheit nur aus Selbstsucht gewollt und nur mit Gewalt habe schaffen können. Das ist das genaue Gegenteil der Wahrheit. Wenn man den preußischen Herrschern und Staatsmännern im allgemeinen einen Vorwurf machen kann, so ist es der, daß sie nicht entschlossener, rücksichtsloser und folgerichtiger das gewollt haben, was für Preußen ebenso wie für Deutschland zwingendes Bedürfnis, gebieterische Notwendigkeit war. Wäre in Wirklichkeit jener Eroberungsdrang die Seele des preußischen Staates gewesen, den ihm seine Feinde im Widerspruch mit der Wahrheit andichten, die preußische und die deutsche Geschichte seit Friedrich dem Großen müßte anders aussehen, die Versäumnisse von 1788 bis 1806

wären nicht vorgekommen, und noch weniger das, wovon wir jetzt zu reden haben.

Schon als Friedrich Wilhelm IV. die Regierung antrat, wußte man, daß auch für Preußen die Stunde geschlagen hatte, wo es seine Regierungsform mit den Forderungen der Zeit werde in Einklang bringen müssen. Friedrich Wilhelm selbst schien es zu ahnen, und doch zögerte er lange Jahre mit dem Entschluß. Als er endlich im Jahre 1847 den großen Schritt wagte, geschah es mit einer halben Maßregel. Die Berufung des Vereinigten Landtags, der sich aus den Landtagen der einzelnen Provinzen zusammensetzte, befriedigte niemand. Vom Standpunkt der Anhänger des Alten war sie zu viel, ein bedenkliches Zugeständnis, den anderen war sie zu wenig, nicht einmal eine Abschlagszahlung auf die Forderungen, die sie für berechtigt hielten. Die Versammlung blieb unfruchtbar. Was sie vor allem gefordert hatte, daß ihr der Charakter einer verfassungsmäßigen Volksvertretung eingeräumt würde mit den Rechten der regelmäßigen Wiederkehr und Steuerbewilligung, das verweigerte ihr der König, nicht weil er es für an sich unzulässig gehalten hätte, sondern weil es gefordert wurde. Es sollte ein freies Geschenk landesväterlicher Gnade sein. Darum verfügte er die regelmäßige Wiederkehr erst, nachdem der Landtag auseinandergegangen war, am 6. März 1848. Es war eine patriarchalisch-absolutistische Grille, aber sie hat die schwersten Folgen gehabt.

Als das geschah, war in den meisten deutschen Staaten die unblutige Revolution bereits im Gange. Unter dem Eindruck des Sturzes der Monarchie in Frankreich (24. Fe-

bruar 1848) hatten die Oppositionen überall Mut gefaßt und die Regierungen den Mut verloren. Sie fielen um wie Kartenhäuser, liberale Ministerien, gebildet aus den Führern der bisherigen Kammeropposition, ergriffen die Zügel. In Deutschland hielt die „Freiheit" ihren Einzug.

Mit ihr zugleich sollte die Einheit kommen. Die ganze Bewegung von 1848 ist vom ersten Tage an auf dieses Ziel gerichtet. Man will den Staat in den Formen, die man in Frankreich und England sieht, aber man will auch den nationalen Staat, den die vorbildlichen Länder längst besitzen. Eben durch das, was man „Befreiung" nannte, glaubte man die Einheit am sichersten zu gewinnen. Die alten Regierungen hatten nicht schaffen können, auch nicht schaffen wollen, was die Nation verlangte, die Nation selbst mußte das Werk in die Hand nehmen, dann gelang es sicher. Durch Freiheit zur Einheit, durch Revolution zum Reich!

Dem Sturm, der sich erhob, wich der Bundestag in Frankfurt sofort. Er faßte die Reform ins Auge, nahm Wappen und Farben der nationalen Bewegung, den alten Reichsadler und das Schwarzrotgold der Burschenschaft, an (2. März). In Wien konnte Metternich sich nicht länger halten, am 13. März trat er zurück.

Die große Gelegenheit für Preußen war da; seine Ernte war reif, es brauchte sie nur zu schneiden. Nichts weiter brauchte der König zu tun, als selbst fest zu bleiben, seinen Staat vor Erschütterungen zu bewahren, ruhig und ungescheut auf das Ziel loszugehen, und er war der Führer der Nation. Österreich war einstweilen aus dem Spiel ausgeschieden, bald von Aufständen durchwühlt, die Pro-

vinzen und Nationen in Auflehnung gegen die Krone, der Staat in Gefahr, in seine Bestandteile zu zerfallen. In den anderen deutschen Hauptstädten lebte man in steter Angst, daß die entfesselte Bewegung weitergehen und auch die Throne hinwegspülen könne. Gegen diese Gefahr bot Preußen den besten, den einzigen Schutz, und um dessentwillen war man zu jeder Unterordnung bereit. Nur durfte Preußen selbst von der Revolution nicht ergriffen werden! Wie es das machte, ob durch Unterdrücken oder durch Entgegenkommen, war Nebensache.

Eines war dabei unerläßlich: man mußte es wollen. Friedrich Wilhelm IV. aber wollte nicht. Ihm flößte es Abscheu ein, daß er sich Rechte nehmen sollte, die ihm nicht zustanden, daß er womöglich Gewalt würde brauchen müssen gegen seine Mitfürsten. Das Gräßlichste, was es in seinen Augen gab, war Revolution, und durch eine Revolution an die Spitze Deutschlands gehoben zu werden, erschien ihm als Entwürdigung. Wie alle halben und schwachen Naturen wußte er genau, was er nicht wollte, aber gar nicht, was er wollte, und wie es diesen Naturen so leicht geht, so geschah es auch ihm: er wurde genötigt, zu tun, was er nicht gewollt hatte.

Ich brauche nicht zu erzählen, wie er das nächste Ziel verfehlte: Preußen die Revolution zu ersparen. Es wäre ein Leichtes gewesen. Bei nur etwas festem Willen und Ruhe an den regierenden Stellen hätte es in Preußen kein Achtundvierzig gegeben. Die Schwäche des Königs, die Kopflosigkeit seiner Umgebung brachten es doch so weit, daß der Aufstand am 18. März in Berlin hell aufflammte und am folgenden Tage die Revolution die Stadt und den

König beherrschte. Eine unglückliche Viertelstunde im Kabinett des Königs hatte den Ausschlag gegeben, die Truppen zogen ab, die Krone selbst hatte die Waffen niedergelegt.

Nun glitt auch Preußen tiefer und tiefer auf der abschüssigen Bahn hinab. Es klang wie Hohn auf die Tatsachen, daß der König, der sich soeben vor dem Pöbel der Hauptstadt tief gedemütigt hatte, am 21. März in einer pomphaften Kundgebung erklärte, er übernehme für die Stunde der Gefahr die Führung der Nation, und Preußen gehe hinfort in Deutschland auf. Was konnte der Nation ein Führer nützen, der seinen Weg nicht sah und sich auf Wege drängen ließ, die er nicht gehen wollte? Zudem, nicht auf den König kam es an, sondern auf Preußen und die preußische Macht. Ein Staat, der in Gefahr war, sich selbst zu verlieren, der sogar erklärte, sich selbst aufgeben zu wollen — denn etwas anderes bedeutete das Aufgehen in Deutschland doch nicht — ein solcher Staat konnte auch Deutschland nicht helfen, das nichts so nötig hatte wie einen festen Willen und einen starken Arm.

Ein halbes Jahr hat Preußen den Zustand der Revolution ertragen. Sie war ein Widersinn, wo nur die Hauptstadt und ein kleiner Teil der Provinz sie mitmachten, während die ungeheure Mehrheit des Volkes nichts von ihr wissen wollte und die Pfeiler des Staates, Beamtenschaft und Heer, unerschüttert dastanden. Als die Besinnung wiederkehrte, ward die natürliche Ordnung mühelos wiederhergestellt. Im November schon war mit dem ungehinderten Einmarsch der Truppen in Berlin der Sieg

der Krone entschieden, im Dezember beendete sie die Revolution feierlich durch den Erlaß einer Verfassung. Preußen hatte sich wiedergefunden. Äußerlich war es nicht mehr das alte Preußen. Das so lange zurückgewiesene konstitutionelle Gewand hatte es nun doch angelegt. Aber sein Körper war unversehrt und sein Organismus fest und stark wie vordem: ein straffer, kraftbewußter Militär- und Beamtenstaat. Er hatte durch die Revolution nichts verloren außer einem, das unersetzlich war: eine Gelegenheit ohnegleichen.

In den Monaten, die zwischen März und Dezember lagen, war auch in den übrigen deutschen Staaten die Ruhe wiedergekehrt und die Furcht gewichen. Die Neigung, sich Preußen unterzuordnen, war nicht mehr so groß. Vor allem aber hatte Österreich sich wieder aufgerichtet. Nach schweren Kämpfen, in denen die Monarchie sich zeitweilig aufzulösen schien, war auch hier die Krone in der Hauptsache siegreich gewesen. Böhmen, Lombardei, Deutschösterreich waren nacheinander mit den Waffen wieder unterworfen, ein neuer Herrscher, Franz Joseph, und ein entschlossener, klarblickender Staatsmann, Fürst Schwarzenberg, waren an die Spitze getreten, und mit ihnen waren auch das alte Selbstvertrauen und die alten Ansprüche zurückgekehrt. Vor Preußen zurückzuweichen, hatte man dort keinen zwingenden Grund mehr. Die Zeit, wo der Dualismus von selbst erlöschen und die deutsche Einheit ohne Kampf gegründet werden konnte, war versäumt.

In dieser Lage nun trat das, was man die rechtmäßige Vertretung des deutschen Volkes nennen durfte, mit dem

Anspruch auf, das deutsche Reich aufzurichten und ihm eine Verfassung zu geben, unbekümmert um die einzelnen Staaten und ihre Regierungen.

Seit dem 18. Mai 1848 tagte in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. die deutsche Nationalversammlung, hervorgegangen aus allgemeiner Volkswahl, die der Bundestag selbst angeordnet hatte. Sie hatte die Aufgabe, eine Verfassung für das zu schaffende einige deutsche Reich auszuarbeiten, aber sie überschritt ihren Auftrag sofort, nahm seine Erfüllung gleichsam vorweg und bildete eine Reichsregierung mit Reichsministern und einem Reichsverweser an der Spitze. Es waren unstreitig die besten Köpfe der Nation, die in Frankfurt beisammen saßen, das Vornehmste an Geist, Bildung, Charakter und Gesinnung, was Deutschland besaß. Aber was sie taten, fordert bestenfalls das Mitleid heraus. Dieses Parlament, das gegenüber den bestehenden deutschen Staaten den souveränen Willen der Nation zur Geltung zu bringen unternahm, besaß auch nicht den Schatten eigener Macht. Diese Reichsregierung konnte nicht einmal einen Schutzmann aufbieten, sie mitsamt dem Parlament lebten in Frankfurt selbst, wie sich bei dem demokratischen Aufstand im September 1848 zeigte, von dem Schutz, den ihr die Truppen Preußens und Österreichs in der benachbarten Bundesfestung Mainz gewährten. Mit volltönendem Pathos hatte sie am 22. Juli die Erklärung in die Welt gehen lassen, „daß ihre auswärtige Politik die Ehre und das Recht Deutschlands über jede andere Rücksicht setzen werde“. Als es sich darum handelte, Ehre und Recht Deutschlands in Holstein gegen dänische Erobe-

rung zu schützen, da war die Nationalversammlung angewiesen auf die Hilfe des preußischen Heeres, und als Preußen sich durch englischen und russischen Einspruch genötigt sah, den begonnenen Krieg gegen Dänemark aufzugeben, mußte auch die Nationalversammlung sich damit abfinden und Ehre und Recht Deutschlands preisgeben.

Trotzdem erhob dieselbe Versammlung den Anspruch, den deutschen Regierungen, auch Preußen und Österreich, eine Verfassung aufzuerlegen, bei deren Aufstellung sie nicht gefragt waren.

Es ist in neuester Zeit mitunter versucht worden, die Männer der Paulskirche gegen den Vorwurf doktrinärer Weltfremdheit in Schutz zu nehmen. Mit ihrer parlamentarischen Arbeit wie mit ihrem Verfassungswerk hätten sie sich vielmehr als echte Realpolitiker gezeigt, die mit den Schranken des Möglichen sehr wohl zu rechnen verstanden. Richtig ist daran nur, daß die Arbeit der Paulskirche in allem Wesentlichen aus Kompromissen zusammengesetzt war, die den miteinander ringenden Strömungen mühsam abgewonnen waren.

Denn kaum daß man zusammengekommen war, um die Einheit der Nation herzustellen, so traten auch schon alle alten und neuen Spaltungen mit voller Kraft zutage. Nord und Süd, Monarchisch und Republikanisch, Preußisch und Österreichisch, Protestantisch und Katholisch standen einander mit unverhüllter Schärfe gegenüber. Mit unendlicher Mühe nur war es möglich, aus all diesen Gegensätzen ein Werk herzustellen, das wenigstens auf dem Papier wie ein Ganzes aussah. In Wahrheit bestand es aus lauter zusammengeleimten Widersprüchen. An der

preußischen Führung wollte man festhalten, die Deutschösterreicher aber nicht ausschließen. In den Grundzügen sollte das Reich eine liberale Monarchie sein, aber um die preußische Kaiserkrone gegen Katholiken und Österreicher durchzusetzen, konnte man die Stimmen der Republikaner nicht entbehren und mußte sie mit so starken Zugeständnissen an die Demokratie bezahlen, daß die Monarchie schließlich zur bloßen Verzierung herabsank.

Danach kann man die Verfassung beurteilen, die am 28. März 1849 fertig wurde. Sie machte den preußischen König zum erwählten deutschen Erbkaiser, aber sie verlangte von ihm, daß er sich und sein Land dem Willen eines nach rein demokratischem Wahlrecht gewählten Reichstags unterwerfe, seinen eigenen Staat verlasse und in Frankfurt seinen Sitz nehme, kurz als König von Preußen abdanke. Sie mutete Österreich noch mehr zu, denn nur seine deutschen Provinzen wurden in das deutsche Reich aufgenommen, die übrigen Länder blieben draußen. Der Kaiser von Österreich mußte sich also darein ergeben, nur in Ungarn und Italien souveräner Herrscher zu sein, im eigentlichen Österreich aber dem König von Preußen und dem gewählten deutschen Reichstag zu unterstehen. Ist diese Verkoppelung von Widersprüchen das Werk von Realpolitikern? Die Politik von Bezirksvereinen und Parteisekretären mag darin ihren Triumph sehen, zwischen unvereinbaren Gegensätzen ein augenblickliches Kompromiß künstlich herzustellen, wahre Realpolitik vergißt nie, daß Gegensätze, die einander ausschließen, nicht nach Versöhnung, sondern nach entscheidender Auseinandersetzung verlangen, daß ihre

Verkleisterung zum Versumpfen führt und ein Fortschritt zum Leben nur durch den Sieg der einen Richtung über die andere erzielt werden kann.

Um den vollgültigen Beweis ihrer Kindlichkeit zu geben, trat die Paulskirche mit ihrer oktroyierten Verfassung an Preußen und Österreich heran zu einer Zeit, als beide Großmächte die Revolution schon hinter sich hatten. Zudem hatte Österreich seinen Widerspruch vorher in aller Form angemeldet. Welchen Sinn hatte da das Angebot der Kaiserkrone, das die Versammlung dem preußischen König am 28. März 1849 machte? Sie mutete ihm zu, den Krieg gegen Österreich aufzunehmen um eines Titels willen, der keine Herrschermacht enthielt und den Verzicht auf die reale Macht der preußischen Königskrone zur Voraussetzung hatte. Friedrich Wilhelm lehnte ab. Ob ein anderer an seiner Stelle anders gehandelt hätte? Schwerlich. Von ihm war jedenfalls nichts anderes zu erwarten. Das konnte und mußte man wissen. Und so endete das Verfassungswerk der Paulskirche als ein tragikomisches Schauspiel. Man hatte ein Reich auf dem Papier zu bauen versucht, Luftschlösser errichtet und eine Verfassung in der vierten Dimension konstruiert. Man hatte kein Recht, zu jammern, als die Seifenblase platzte.

Auch der Versuch Preußens, den Kern dieser Verfassung, nachdem man ihr die demokratischen Giftzähne ausgebrochen, durch freiwilligen Anschluß der deutschen Staaten an Preußen, ohne Kaisertitel, dafür unter Bündnis mit Österreich zu verwirklichen, auch dieser preußische Unionsversuch scheiterte. Er kam zu spät. Die

deutschen Mittelstaaten wollten nicht mehr, seit die Revolution vorüber war, und Österreich leistete entschlossenen Widerstand. Das Eingreifen Rußlands, das sich hinter Österreich zu stellen drohte, gab die Entscheidung. Halbheit und Ungeschick auf preußischer Seite brachten es so weit, daß der Rückzug auch in der Form eine demütigende Unterwerfung unter eine drohende österreichische Forderung war. Der Tag von Olmütz am 29. November 1850 machte dem Traume von deutscher Einheit unter preußischer Führung vorläufig ein Ende. Schon war der Bundestag wieder zusammengetreten, und Österreich hatte aufs neue den Vorsitz in ihm übernommen. Es wurde alles, wie es vor 1848 gewesen. Das Hornberger Schießen war zu Ende.

Durfte man noch hoffen, daß es jemals anders und besser werden würde? Dem äußeren Anschein nach war der Beweis erbracht, daß Deutschland zur Einigung nicht gelangen könne. So notwendig sie war, so dringend nach ihr verlangt wurde, sie schien unmöglich, unausführbar. Die Fürsten wollten sie nicht, und die Nation konnte sie nicht schaffen. In dumpfer Mutlosigkeit haben damals die Besten keine andere Hoffnung mehr gekannt, als daß ein Gottgesandter erscheine, das Wunder der deutschen Einheit zu vollbringen. Von mehr als einer Stelle, aus Nord und Süd ist in jenen Jahren der Ruf nach dem großen Mann erklungen, dem Mann, der alle Gebrechen mit der Wunderkraft des Genius heilen und Deutschlands Fürsten und Volk mit eherner Faust zur Einheit zwingen sollte. Sehnsüchtig rief diesem erhofften Retter der Schwabe Johann Georg Fischer zu:

Komm, Einz'ger, wenn du schon geboren,
Tritt auf, wir folgen deiner Spur!
Du letzter aller Diktatoren,
Komm mit der letzten Diktatur!

Er ist gekommen, ist hervorgetreten und hat das Werk vollbracht, wie die Dichter von ihm heischten, der starke und kluge Mann, der der Welt seinen Willen aufzuzwingen wußte. Hier einmal hat das Schicksal es gut gemeint mit dem deutschen Volke, dem es seine Ungunst so oft zu fühlen gegeben, so viele werdende Keime zertreten, so viele Blüten geknickt, ehe sie Frucht ansetzen konnten, so oft den Führer versagt hat. Hier ist er erschienen, der rechte Mann zur rechten Zeit. Was der Genius Friedrichs eingeleitet, die Nachfolger fallen gelassen, die Nation in drei Geschlechtern immer heißer ersehnt und doch nicht zu schaffen verstanden hatte, das hat der Genius Bismarcks vollendet in acht kurzen Jahren. Das Problem, das eben noch als die Quadratur des Zirkels erschien, war gelöst, so einfach, so sicher und so schön, daß es aussah wie das Ei des Kolumbus.

Er war dennoch kein Tausendkünstler und kein Hexenmeister; aber er besaß den Zauberspiegel, der ihn die Dinge sehen ließ, wie sie waren. Er wußte, daß die deutsche Einheit nur geschaffen werden konnte durch entschlossene Beendigung des Zweikampfes, der 1740 begonnen hatte. Drei Generationen hatten es vergessen oder es nicht glauben wollen, Bismarck verhalf der Wahrheit zum Siege. Er wußte, daß nur das alte Preußen diese Aufgabe lösen könne, das Preußen Friedrichs des Großen.

Die Mitlebenden träumten davon, daß es der Waffen nicht mehr bedürfe, da allein das Bekenntnis zur liberalen Idee ganz Deutschland zur Vereinigung unter der preußischen Fahne führen würde. Bismarck verscheuchte den Nebel wohlgemeinter Selbsttäuschung mit Wort und Tat: nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut! Er wußte endlich, was man in der Paulskirche so völlig vergessen hatte, daß die deutsche Verfassung eine europäische Angelegenheit war, und daß nur eine außergewöhnliche Gunst der Umstände es den Deutschen erlauben könne, ihr Schicksal ohne fremde Einmischung in die eigene Hand zu nehmen. 1848 war die Stunde günstig gewesen und unbenutzt vergangen. Bismarck erkannte ihre Wiederkehr, er sah die europäischen Mächte untereinander verfeindet, außerstande, sich zu verbinden, und er griff zu.

Er war der rechte Mann zur rechten Zeit, mit allen Eigenschaften ausgestattet, die die Aufgabe erheischte: Parlamentarier von Erfahrung und Diplomat von Fach, konservativ und vorurteilslos, Deutscher und Preuße zugleich, stark und fein, mutig und klug — man mußte ihn nur gewähren lassen.

Man hat ihn zu hindern gesucht mit allen Mitteln, man hat ihn bekämpft und gehaßt, verabscheut und verflucht, und nur eine Gnade des Schicksals hat verhindert, daß er in der entscheidenden Stunde der Kugel des Mörders zum Opfer fiel. Die Nation hat ihren Erlöser nicht erkannt; wäre es auf sie angekommen, man hätte ihn ans Kreuz geschlagen und verbrannt. Er mußte sie bezwingen, wie er einst seinen Reitknecht

vom Ertrinken gerettet hatte, indem er ihm die Kehle zudrückte.

Wer wünschte sich nicht, bei der Geschichte der Reichsgründung verweilen zu dürfen, diesem unübertroffenen Meisterstück überlegener Staatskunst, dem wir verdanken, was wir im Staatsleben sind! Aber dazu ist hier nicht der Ort, soll das Bild nicht den Rahmen sprengen. Schwerlich jemals hat ein Staatsmann, ausgenommen vielleicht Richelieu, der Schöpfer des unumschränkten Königtums in Frankreich, mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, wie Bismarck in den Anfängen seines Wirkens. Er stand allein. Von denen, die dazu berufen gewesen wären, half ihm keiner, die meisten widerstrebten. Sogar die Werkzeuge, mit denen er zu arbeiten hatte, gehorchten ihm meist nur widerwillig. Nicht einmal aussprechen durfte er, was er vorhatte, das Ziel nicht weisen. Hätte er es getan, der alte König, sein Herr und einziger Rückhalt, wäre vor so viel Kühnheit erschrocken und hätte ihn fallen lassen. Die Nation aber verstand ihn nicht, wenn er ihr in Andeutungen von seinen Plänen sprach. Die preußischen Abgeordneten, Liberale und Demokraten, verweigerten die Mittel zur Verstärkung des Heeres, ohne die seine Politik nicht durchzuführen war. Sie zwangen ihn, vier Jahre lang ohne verfassungsmäßige Deckung zu regieren, und bewiesen damit, daß in Preußen das Bürgertum vorerst nicht regierungsfähig war. Erst als das Spiel gewonnen war und am Abend des 3. Juli 1866 bei Königgrätz die Karten auf dem Tische lagen, begriff man, was seit vier Jahren geschehen und daß die große Aufgabe gelöst war, die die Geschichte dem preußischen Staat

und der deutschen Nation gestellt hatte. Österreich schied aus Deutschland aus, und mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, ergänzt durch die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten, ergriff das vergrößerte Preußen die Führung der Nation. Nur noch eine Frage der Zeit war es, daß daraus ein Deutsches Reich werde, ganz Deutschland umfassend.

Es hätte sich auf friedlichem Wege bilden können ohne den Widerstand Frankreichs. Frankreich aber sah im Entstehen einer deutschen Großmacht einen Raub an dem Erbteil seiner eigenen Geschichte, an seiner europäischen Führerschaft, die es mit keiner andern Macht zu teilen gesonnen war. Auch Frankreich gegenüber mußte die Rechnung der Vergangenheit mit Eisen und Blut beglichen werden. Ein kurzer Krieg, eine Kette militärischer Glanzleistungen, in denen die deutsche Überlegenheit handgreiflich hervortrat, löschte die Schuld der Jahrhunderte, und aus dem Siege ging gleichsam von selbst durch freiwilligen Zusammenschluß aller deutschen Staaten ein Deutsches Reich und am 18. Januar 1871 ein neues Kaisertum hervor. Mit wie viel Geduld und feiner Kunst auch dies letzte noch hatte errungen werden müssen, wußten die Eingeweihten. Was das Volk empfand, hatte Emanuel Geibel nach dem Tage von Sedan in begeisterten Tönen ausgesprochen:

Nun laßt die Glocken
Von Turm zu Turm
Durchs Land frohlocken
Im Jubelsturm!

Des Flammenstoßes
Geleucht facht an!
Der Herr hat Großes
An uns getan.

Ehre sei Gott in der Höhe!

DREIZEHNTES KAPITEL

Äußere Lage des Reiches. — Gefahren im Innern. — Das Zeitalter Wilhelms II. — Weltpolitik und Vereinsamung. — Weltkrieg. — — Die Schuldigen. — Zusammenbruch. — Der Friede von Versailles. — Jahre der Ohnmacht, Not und Schande. — Sieg des nationalen Gedankens. — Befreiung.

Als Bismarcks Werk vollendet war, hat man in Deutschland und draußen geglaubt, eine neue große Epoche sei angebrochen, eine Zeit der Erfüllung und des Glückes nach so langem Harren und Leiden. Das deutsche Volk schien seine Rahel gefunden zu haben, nachdem es Jahrhunderte lang um Lea gedient hatte. Heute wissen wir: das war ein Irrtum. Noch war kein halbes Jahrhundert vergangen, da standen wir am Grabe des deutschen Kaisertums. Die deutsche Großmacht, die Schöpfung Bismarcks, lag in Trümmern, sogar der preußische Staat, das Werk Friedrichs des Großen, war zerschlagen und zerrissen. Die Möglichkeit einer neuen Epoche war 1866 und 1870 geschaffen worden, aber unausgenutzt geblieben, und das Deutsche Reich, wie Bismarck es gegründet, erschien als eine bloße Episode, eine Unterbrechung der siebenhundertjährigen Entwicklungsreihe, in der die Jahreszahlen 1648 und 1815 die großen Marksteine sind, und die nun in 1918 ihre würdige Fortsetzung fand.

Wie konnte das geschehen? Behielten die Giftzungen recht, die von Anfang an geraunt und gezischelt hatten, die Gründung sei verfehlt, zugleich reaktionär und revo-

lutionär, aus veraltetem Stoff und doch nicht auf den Fundamenten des geschichtlichen Rechtes errichtet, ein Haus auf Sand gebaut, ein Mauerwerk ohne festen Mörtel?

Nein, so war es nicht. Die Geschichte der achtundvierzig Jahre von der Gründung bis zum Ende des Bismarckreiches liegt offen vor uns. Sie läßt uns erkennen, warum dieses Reich, das im Entstehen schon die Welt durch seine Kraft in Erstaunen gesetzt und noch unmittelbar vor dem Sturz den Anblick des Gedeihens, der Blüte und rasch zunehmenden Stärke dargeboten hatte, warum es so bald schon und so jäh zusammenbrechen konnte.

Von Anfang an war seine Lage nicht so glänzend, wie es den Anschein hatte. Natur und Geschichte erschwerten ihm das Dasein, die unabänderliche geographische Lage und das Erbteil der Jahrhunderte lasteten auf ihm. Ohne natürlichen Grenzschutz, rings von Großmächten umgeben, waren seine auswärtigen Beziehungen schwieriger, erheischten größere Vorsicht und Umsicht als die irgend eines andern Staates. Unter den Nachbarn war einer von vornherein als unversöhnlicher Gegner anzusehen: Frankreich. Das reizbare Selbstgefühl der französischen Nation, aufs tiefste verletzt durch die erlittenen Niederlagen, seit Jahrhunderten gewohnt, nur mit einem ohnmächtigen Nachbar im Osten zu rechnen, empfand das Vorhandensein einer deutschen Großmacht als stete Bedrohung. Die Rückgewinnung von Elsaß und Lothringen, vom deutschen Standpunkt aus geboten zur Sicherung der Westgrenze, aber drüben nicht verschmerzt, nährte den Haß

und das Verlangen nach Vergeltung. Hatte Frankreich bisher den Deutschen als Erbfeind gegolten, so wurde es jetzt umgekehrt: im Deutschen Reich sah Frankreich unter allen Umständen den Gegner, den Feind, der bei günstiger Gelegenheit unschädlich zu machen und wieder in den früheren Zustand der Ohnmacht zu versetzen sei.

Das bedeutete noch keine Gefahr, solange Frankreich keine Bundesgenossen fand, denn allein war es auch nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht dem Deutschen Reich nicht gewachsen. Es galt also, zu verhindern, daß einer der beiden östlichen Nachbarn Deutschlands sich mit Frankreich verbinde. Das schien zunächst nicht schwer, da Rußland die Gründung des Deutschen Reichs wirksam unterstützt hatte, indem es 1866 neutral blieb und 1870 auch Österreich zwang, neutral zu bleiben.

Die Anlehnung an Rußland, die sich daraus folgerichtig ergab, barg indes auch eine Gefahr. Wenn Rußland, um sich für seine Pläne auf Konstantinopel und den Balkan freie Bahn zu schaffen, Österreich-Ungarn überwältigte, so geriet Deutschland, jeder andern Möglichkeit beraubt, in unwürdige und gefährliche Abhängigkeit von seinem östlichen Nachbarland, in dem der natürliche Haß des Slawen gegen alles Deutsche schon erwacht war und täglich zunahm. Dazu kam, daß England, das der gegebene Rückhalt und natürliche Verbündete des Deutschen Reiches sowohl gegen Rußland wie gegen Frankreich hätte sein müssen, im Gefühl seiner eigenen Sicherheit zu bindenden Verpflichtungen für festländische Angelegenheiten sich nicht herbeilassen wollte.

Bismarck gelang es, den Kurs zu finden, der zwischen

diesen Klippen hindurchführte. Durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn (1879) gab er diesem Reich den Rückhalt gegen Rußland, vermied aber sorgfältig, Deutschland in den russisch-österreichischen Gegensatz im Orient hineinziehen zu lassen, und wußte die beginnende Annäherung zwischen Rußland und Frankreich hintanzuhalten, indem er den Russen freie Hand in Konstantinopel und am Balkan gab. Der Beitritt Italiens zum deutsch-österreichischen Bündnis (1883), der dieses zum Dreibund erweiterte, sollte Österreich Rückenfreiheit im Kriegsfall verschaffen. Es war ein kunstvolles, man darf sagen ein künstliches System von Verträgen, und schon darum nicht für die Ewigkeit bestimmt. Aber jeder Zeitgewinn kam Deutschland zustatten, während die natürliche Entwicklung der Dinge in Rußland innere Schwierigkeiten heranwachsen ließ, die früher oder später zum Zusammenbruch des Staates führen mußten. Auch brauchte man die Hoffnung auf den Anschluß Englands an den Dreibund nicht aufzugeben, die Aussichten wurden sogar immer günstiger. Deutschland, an keiner der kriegsdrohenden Fragen, weder im Mittelmeer noch am Balkan noch jenseits des Ozeans unmittelbar beteiligt, konnte warten. Weil es allein von allen Großmächten kein Ziel hatte, das nur durch Krieg zu erreichen gewesen wäre, konnte es hoffen, wie Bismarck selbst es ausgedrückt hat, „durch ehrlichen und friedlichen Gebrauch seiner Schwerkraft die Welt zu überzeugen, daß eine deutsche Hegemonie in Europa nützlicher und unparteiischer, auch unschädlicher für die Freiheit anderer wirke, als eine französische, russische oder englische".

Um den auswärtigen Gefahren mit voller Ruhe begegnen zu können, hätte das Reich im Innern fest und einig sein müssen. Aber daran fehlte viel. Auch hier hatte es eine böse Erbschaft zu tragen. Die alten Gegner, die Bismarck hatte überwinden müssen, waren besiegt, aber nicht tot. Der Versuch, die Reichsregierung auf die Kräfte des liberalen Bürgertums zu stützen, scheiterte. Wie früher in Preußen, so erwies der Liberalismus sich auch in Deutschland auf die Dauer als regierungsunfähig. Die Demokratie hatte sich mit der Art, wie das Reich geschaffen war, nicht ausgesöhnt und erhob bald wieder ihr Haupt. In kleinlichem Widerspruch lökte der süddeutsche Partikularismus wider den Stachel der preußischen Führung. Zu den alten waren neue und gefährlichere Gegner erstanden. Gegen das protestantische Kaisertum meldete sich vom ersten Augenblick an das katholische Deutschland als geschlossene und geschickt geführte Partei. Ein Versuch, ihren Widerstand mit den Mitteln der Staatsgewalt zu brechen, zu dem Bismarck in bedauerlicher Unterschätzung der gegnerischen Kräfte sich hinreißen ließ, scheiterte völlig und vertiefte die Spaltung: der „Kulturkampf" (1872 ff.), auch nachdem er aufgegeben und unter bedeutenden Zugeständnissen von staatlicher Seite beendet war (1887), hinterließ Erinnerungen, die das Leben der Nation vergifteten.

Dazu trat als letzte und größte Gefahr das Erwachen des vierten Standes. Mit der Blüte der Industrie erwuchs auch in Deutschland, wie früher in England und Frankreich, das Proletariat der Fabrikarbeiter in ständig zunehmenden Massen, als sozialdemokratische Partei organisiert

und nach den Lehren von Karl Marx in bewußt nichtnationalem, internationalem Sinn geleitet. Das Schreckbild der sozialen Revolution, die mit der Gesellschaft auch den Staat und das Reich zerstören mußte, erschien am Horizont der deutschen Zukunft.

Alle diese gegnerischen Kräfte aber, doktrinärer Liberalismus und Demokratie, Partikularismus, heimliche katholisch-klerikale und offene sozialdemokratische Feindschaft gegen das Reich, wie es war, fanden mehr als genug Raum sich geltend zu machen in der Volksvertretung des Reichstags, die Bismarck auf der breiten Grundlage des allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechts aufgebaut hatte, und die ihm nun das Regieren auf jede Art erschwerte. Die auswärtigen Verhältnisse, so schwierig sie zu Zeiten waren, hat seine Meisterschaft stets beherrscht, der inneren Widerstände ist er nicht Herr geworden, sie wuchsen mit den Jahren.

Aber sie waren es nicht allein, die ihn für die Zukunft mit Besorgnis erfüllten und ihn am Fortbestand seiner Schöpfung zweifeln ließen. Er vermißte im deutschen Volk die Eigenschaften, deren es bedurfte, um das Errungene zu behaupten: Weite des Blickes und Größe der Gesinnung, Selbstverleugnung zum Wohl des Ganzen. „Sie sind so eng, so eng", hörte man ihn seufzen. In den Tagen der Gründung hatte er das zuversichtliche Wort gesprochen, man solle Deutschland nur in den Sattel setzen, reiten werde es schon können. Nun glaubte er feststellen zu müssen, daß er sich geirrt habe.

Solange seine feste und geschickte Hand das Roß am Zügel führte, war nichts zu fürchten. Das Ansehen und

das Vertrauen, die er sich mit der Zeit in der ganzen Welt erworben hatte, reichten hin, auswärtige Gefahren zu bannen, und die inneren Feinde hielt die Furcht vor seiner Herrschernatur im Schach. Aber es kam ein Tag, an dem ein junger und unerfahrener Kaiser, ungeduldig im Bewußtsein seiner guten Absichten und das eigene Können überschätzend, sich von den Einflüsterungen seiner Umgebung dazu treiben ließ, sich von dem alten Kanzler, an dem er irre geworden war, zu trennen. Am 17. März 1890 wurde Bismarck entlassen, und nun wurde es von Jahr zu Jahr offenbarer, wie unheimlich recht er mit seinen sorgenvollen Ahnungen gehabt hatte: Deutschland konnte wirklich nicht reiten.

Es stürzte nicht sogleich, wie manche wohl gefürchtet hatten, es hielt sich noch eine Weile anscheinend ganz gut im Sattel. Die tüchtigen Eigenschaften des Volkes und eine geschulte, pflichttreue Beamtenschaft sorgten dafür, daß äußerlich alles in bester Ordnung blieb. Die Hochkonjunktur, die in den folgenden Jahrzehnten die Welt beherrschte, brachte Deutschland einen Aufschwung, der alle Erwartungen übertraf. Deutsche Schiffe fuhren auf allen Meeren, der deutsche Kaufmann, deutsche Ware waren in allen Ländern zu treffen, vom weltbeherrschenden England immer unwilliger als störender Wettbewerb empfunden. Handel und Wandel blühten, die Volkszahl schwoll an, der Reichtum wuchs, und die kühne Verheißung des jungen Kaisers: „herrlichen Tagen führe ich euch entgegen“, schien in Erfüllung zu gehen.

Nicht alle glaubten daran. Sie wurden zunächst verspottet, die „Schwarzseher“ sollten „nicht geduldet“ wer-

den. Aber ihre Zahl wuchs. Daß es der Regierung an Stetigkeit und Zielsicherheit gebrach, war bald nicht mehr zu leugnen, und ein Gefühl wachsender Unsicherheit verbreitete sich. Zuerst spürte man es im Innern, dann merkte man, daß es im Auswärtigen nicht besser stand. Noch war das Jahrhundert nicht zu Ende, da trat ein scharfsichtiger Kritiker mit der düsteren Weissagung auf, das Deutsche Reich, so wie es beschaffen und geleitet sei, könne eine ernste Erschütterung nicht vertragen. Ähnlich haben damals schon viele im stillen gedacht. Sie ahnten nicht, wie recht sie hatten.

Die Geschichte Wilhelms II. haben wir nicht zu erzählen, diese Tragödie nicht eines Menschen und Herrschers, sondern einer Nation. Man kann es nicht oft genug wiederholen: die Nation im ganzen hat die tragische Schuld auf sich geladen, erstrebt zu haben, was über die Kräfte ging. Aber im Kaiser, der nur das Beste wollte und oft richtiger sah als andere, fanden die Fehler der Nation einen persönlichen Ausdruck, wie nur selten ein Zeitalter und eine Generation in einem Herrscher Gestalt angenommen haben. Daraus entstand das Trauerspiel vom Untergang des Deutschen Kaisertums, deutscher Macht und Freiheit.

So bunt und verworren die Szenenfolge dieses Stückes ist, so vieles hinter den Kulissen spielt, die Fabel ist im Grunde sehr einfach.

Es ist eine alte Weisheit: kein Staat verleugnet ungestraft die Kräfte und Grundsätze, denen er sein Entstehen verdankt. Von der Regierung Wilhelms II. wußten bald die Eingeweihten, und heute weiß es die ganze Welt,

daß die Linien, die Bismarck der inneren und äußeren Politik des Reiches vorgezeichnet hatte, schon am ersten Tag verlassen wurden. Die Nachfolger des Reichsgründers, untergeordnete Geister und mittelmäßige Köpfe, bestenfalls geschickte Handlanger ohne einen Funken schöpferischer Fähigkeit, bildeten sich ein, es besser zu wissen und zu können als der Meister, und taten in allem das Gegenteil von dem, was er für richtig und notwendig gehalten hatte. Die Folgen ließen nicht auf sich warten: binnen kurzem waren die Fäden der Reichspolitik in gänzlicher Verwirrung. Selbstbewußt sprach man von einem neuen Kurs, in Wahrheit hatte man jeden Kurs verloren und steuerte bald nach links, bald nach rechts in fortgesetztem Zickzack einer ungewissen Zukunft entgegen. Im Innern ließ man die Kräfte erstarken, die Bismarck grundsätzlich niedergehalten hatte, duldete, daß der Schwerpunkt der Entscheidungen von der Regierung auf die Volksvertretung hinüberglitt, daß das Fraktionswesen üppig ins Kraut schoß und die Partei, die in ausdrücklichem Gegensatz gegen die Reichsgründung geschaffen war, durch Stimmzahl und gewandte Führung erst ausschlaggebend, dann maßgebend wurde. Anstatt zu führen, ließ man sich treiben und stellte die Segel ängstlich nach dem Winde der öffentlichen Meinung.

Im Auswärtigen war der Umschwung noch gründlicher. Die neuen Männer konnten es kaum erwarten, das Vertragssystem, das Bismarck hinterlassen hatte, zu zerstören. Sie stießen Rußland vor den Kopf und trieben es förmlich in die Arme Frankreichs. Durch das russisch-französische Bündnis (1891) bekam die europäische Ge-

samtlage ein neues Aussehen. Anstatt daraus die sich aufdrängende Folgerung zu ziehen und den nun nicht mehr aufschiebbaren Anschluß an England zu erstreben, nötigenfalls mit Opfern zu erkaufen, glaubte die deutsche Regierung immer noch, eine unabhängige Mittelstellung beibehalten zu können. Ja, sie trieb sogar eine Politik zuerst der Nadelstiche, dann der offenen Herausforderung gegen England und machte schließlich durch eine Flottenrüstung, die in England als wachsende Bedrohung empfunden werden mußte, jede Verständigung mit dieser Macht unmöglich. Das Ergebnis war der Anschluß Englands zuerst (1904) an Frankreich, dann auch (1907) an Rußland, und die Vereinsamung des Deutschen Reiches an der Seite des seiner Auflösung entgegenwankenden Österreich-Ungarn, während Italien im geheimen schon den Übergang zur Gegenpartei vorbereitete. Anstatt die Tatsachen sich einzugestehen und danach seine Entschlüsse zu fassen, gab man sich den Anschein, sie nicht zu sehen, sprach von Erfolgen, wo man Niederlagen erlitten hatte, und gefiel sich darin, die Abhängigkeit, in die man von dem schwächeren Bundesgenossen mehr und mehr geriet, in der Öffentlichkeit als „Nibelungentreue" zu preisen.

Während man so mit eigener Hand das Netz der Einkreisung knüpfen half, betrieb man zugleich eine Politik anspruchsvollen Umsichgreifens, die zu den Grundsätzen Bismarcks in schroffem Widerspruch stand. Er hatte Deutschland einen gesättigten Staat genannt, sein dritter Nachfolger, Bernhard von Bülow, gab schon beim ersten Auftreten als Staatssekretär (1897) das Schlagwort vom

Platz an der Sonne aus, den Deutschland zu fordern habe. Weltpolitik war jetzt die Losung. Sie bedeutete, daß das Deutsche Reich überall in der Welt beteiligt sei, überall dreinzureden und zuzugreifen habe, mochte es sich um Inseln im Stillen Ozean, um einen Flottenstützpunkt in China, um portugiesische Besitzungen in Südafrika, um die Zukunft Marokkos oder um Mesopotamien und Konstantinopel handeln. Was Deutschland dabei gewann, war wenig, verglichen mit den Reichen, die andere Mächte sich schon angeeignet hatten oder zu erwerben im Begriff standen. Aber die unruhige Begehrlichkeit, begleitet von lauten und anspruchsvollen Reden, hinter denen man steigende Volkszahl, wachsenden Reichtum und eine gewaltige Rüstung zu Wasser und zu Lande sah, weckte überall Unbehagen und Mißtrauen und leistete der törichten Verdächtigung Vorschub, Deutschland strebe nach Weltherrschaft.

Bismarck hatte die Welt durch Ehrlichkeit und Uneigennützigkeit mit der deutschen Macht aussöhnen wollen, seine Nachfolger handelten, als wollten sie die Gegnerschaft der ganzen Welt herausfordern. Unter Bismarck hatte das Deutsche Reich, an keiner der Fragen, die die andern entzweiten, unmittelbar beteiligt, als natürlicher Schiedsrichter inmitten der streitenden Mächte gestanden. Zwanzig Jahre später war es so weit, daß alle Großmächte, mit Ausnahme Österreich-Ungarns, in Deutschland ihren Gegner sahen und hinter dem Gegensatz zwischen England und Deutschland alle andern Streitpunkte zurücktraten. Dabei war es immer noch richtig: das Deutsche Reich hatte selbst keine Ziele, die nur durch Krieg zu er-

reichen gewesen wären. Es erstrebte in Europa keine Eroberung, keine Ausdehnung seiner Grenzen, und seinen bescheidenen überseeischen Besitz konnte und wollte es, wenn überhaupt, nur auf friedlichem Wege vergrößern, wie es ihn erworben hatte.

Aber es gab eine Stelle, von der aus fremdes Kriegsfeuer das deutsche Haus ergreifen konnte: das Bündnis mit Österreich-Ungarn, dessen alter Gegensatz gegen Rußland sich mehr und mehr erhitzte. Bismarck hatte streng daran festgehalten, daß bei einem Streit am Balkan das Deutsche Reich keine Verpflichtung habe. Auch dieser Grundsatz ist von der Regierung Wilhelms II. aufgegeben worden. Als zwischen Österreich und Rußland (1909) ein Zusammenstoß wegen Serbiens drohte, stellte Deutschland sich offen auf die Seite seines Bundesgenossen und nötigte damit die noch nicht kriegsbereiten Russen zum Nachgeben. Die Folge waren erhöhte und beschleunigte russische Rüstungen. Sie sollten bis 1917 soweit gefördert sein, daß der deutsche Widerstand gegen die Zerstörung der österreichisch-ungarischen Monarchie gebrochen werden konnte.

Aber so lange hat es nicht gedauert. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch serbische Verschworene brachte schon im Sommer 1914 den Stein ins Rollen. In Wien hielt man es für Ehrenpflicht, mit Erstickung der serbischen Umtriebe, die seit Jahren die Monarchie unterwühlten, nicht länger zu zögern, und verschaffte sich die Zusicherung deutschen Beistands für den Fall, daß Rußland eingriffe. Der deutsche Kaiser und seine Berater haben geglaubt, dieser letzte Augenblick müsse benutzt werden, in dem eine Abrechnung mit Serbien noch mög-

lich wäre, ohne daß Rußland sich einmischte und der österreichisch-serbische Krieg zum Weltkrieg würde. Sie täuschten sich. Rußland, obwohl mit seinen Rüstungen noch nicht ganz fertig, stellte sich hinter Serbien, Frankreich trat ihm sofort zur Seite, und England, nach einigen lahmen Versuchen, zu vermitteln und zu schlichten, deckte das Vorgehen seiner Freunde, die es sonst zu verlieren fürchten mußte. Die deutschen Staatsmänner aber — der Kaiser war abwesend — besaßen weder die Entschlossenheit noch das Geschick, angesichts der englischen Drohung das Steuer herumzuwerfen. Das Verhängnis nahm seinen Lauf, am 1. August 1914 brach der Krieg aus, den Österreich entfesselt hatte und Deutschland führen mußte.

Über die Politik, die dahin geführt hatte, ist das Urteil längst gesprochen: schlechtere war noch nie gemacht worden. Die Verantwortung dafür tragen nach Recht und Verfassung die Reichskanzler, und es ist viel zu wenig gesagt, wenn man feststellt, daß keiner von den Nachfolgern Bismarcks den Anforderungen entsprochen hat, die sein Amt und die Lage an ihn stellten. Unter ihnen ist einer, dessen Wirken ein schärferes Urteil fordert. Bernhard von Bülow, später Fürst Bülow, hat selbst dafür gesorgt, daß die Nachwelt ihn sehen kann, wie er war, nachdem er die Mitwelt über sein Tun und Wesen zu täuschen gewußt hatte. In seinen hinterlassenen „Denkwürdigkeiten" hat er sich enthüllt: ein Staatsmann ohne eigene Gedanken, unecht und unwahr in jeder Faser, ohne Pflichtgefühl und Gewissen, nur auf den eigenen Vorteil bedacht, ein Verbrecher am Vaterland, das schließlich zu verleugnen er sich nicht einmal gescheut hat, um fremdes Bürgerrecht

zu erwerben. Ein Verhängnis wollte, daß seine Amtszeit (1897—1909) gerade in die Schicksalsjahre fiel, wo der Anschluß an England verfehlt wurde und der Ring der Feinde sich um das vereinsamte Deutschland schloß. Daß es so weit kam, das ist die furchtbare Schuld, die bei seinem Namen im Hauptbuch der Geschichte verzeichnet steht.

Aber er trägt sie nicht allein, er hat einen Bürgen. Es ist nicht der Kaiser. Wilhelm II. — das ist unwiderleglich erwiesen — hat, streng der Verfassung gemäß, nie gegen den Rat seiner verantwortlichen Minister gehandelt, hat ihnen nicht selten auch seine bessere Einsicht geopfert und ist nicht einmal immer über wichtigste Vorgänge ausreichend unterrichtet worden. Bürgschaft für die verfehlte Politik der Ära Bülow und ihre Folgen hat die deutsche Nation geleistet. Sie besaß alle Freiheiten, alle Möglichkeiten, ihr Urteil und ihren Willen in Presse und Parlament wirksam zum Ausdruck zu bringen. Sie hat keinen Gebrauch davon gemacht. Anstatt verständige Kritik zu üben, haben Volksvertretung und öffentliche Meinung wohl an falschen Stellen genörgelt, in der Hauptsache aber nicht nur geschehen lassen, was geschah, sie haben es gebilligt und gerade dem Verderber am meisten Beifall gespendet, haben ihn bewundert und vielfach noch für ihn Partei ergriffen, als der Kaiser, den er schmählich belogen und vor der ganzen Welt verraten hatte, sich von ihm lossagte. Deutschland hat sein Schicksal sich selbst zuzuschreiben, es kann die letzte Verantwortung auf keinen Einzelnen abwälzen.

Im Leben der Völker wechseln Wellental und Wellen-

berg, auf stolze Erhebung folgt nicht selten ein Absinken ins Gewöhnliche und Unzulängliche. Eine Zeit des Nachlassens auf vielen Gebieten war auch für Deutschland auf die große Zeit der Reichsgründung gefolgt, ein schwächeres Geschlecht hatte die Rolle der großen Staatsmänner und Soldaten übernommen. Das Gefühl, auf wohlverdientem Lorbeer sicher zu ruhen, schnell erworbener Reichtum, bequemer Genuß hatten nicht verfehlt, erschlaffend zu wirken, sie nagten am Charakter der Nation. Auch die Umschichtung der Berufe, das schnelle Hinübergleiten des Schwerpunktes vom Landbau zu Gewerbe und Kaufmannschaft, die zunehmende Verstädterung des Volkes taten das Ihre. Glänzende Fortschritte der Technik, Aufblühen der Wirtschaft mochten darüber vorläufig noch täuschen, wer tiefer blickte, konnte sich nicht verhehlen, daß die alte Festigkeit nachgelassen hatte und die Mittelmäßigkeit das Feld eroberte.

Das Empfindlichste aber war das Fehlen einer politisch geschulten Führerschicht, wie andere Länder, England in seiner Aristokratie, Frankreich im höheren Bürgertum, sie längst besaßen. Der große Staat mit seinen großen Aufgaben war in Deutschland noch zu neu, Erziehung und Bildungsgang noch ganz auf das kleinstaatliche Wesen zugeschnitten, politisches Wissen im Volk darum viel zu wenig verbreitet, auch die Beamtenschaft ihrer Natur nach zu staatsmännischer Auffassung wenig geneigt, und überdies noch zu sehr in alten Vorstellungen und Gewohnheiten befangen, um allein für richtige Führung aufzukommen.

So erklärt sich, daß das Deutschland von 1890, das soeben noch einen Bismarck am Werk gesehen hatte, keine

Staatsmänner hervorbrachte und in Sachen des Staates sich so gröblich irren konnte. Es verstand wirklich zu wenig von Politik.

Was besagten da die Denkmäler und Festreden, mit denen man Bismarck zu feiern liebte? Nahmen sie sich nicht fast aus wie Lästerungen? Welches Recht hatte diese Generation, ihn zu feiern, da sie seinen Lehren untreu wurde und sein Werk verkommen ließ und zerstörte? Es war, als gälten ihm die Worte, mit denen einst ein schwäbischer Dichter den Geist Hermanns des Heruskers beschwor:

Sagt man doch, Erschlagne kehren
Wieder, bis ihr Geist versöhnt —
Kannst du ruhen, statt zu wehren,
Wo man deinen Schatten höhnt?

Aber mochte auch alles andere versagen, auf eines glaubte man mit Sicherheit bauen zu dürfen: das Heer. Es war nicht nur groß und stark, es galt in der ganzen Welt als das vollkommenste seiner Art, in ihm verkörperte sich, was an Kraft, Tüchtigkeit und Hingabe im Volk vorhanden war. Wenn uns erst Gelegenheit geboten wurde, diese unsere stärkste Karte auszuspielen, dann glaubten wir das Spiel immer noch gewinnen zu können. Darum ging es bei allem schweren Ernst der Stunde doch fast wie ein befreites Aufatmen durchs ganze Volk, als der Krieg da war, der für unvermeidlich gehalten und seit Jahren schon erwartet wurde. Endlich stellten sich die Gegner dort, wo wir die Stärkeren waren, endlich durften wir die Scharten auswetzen, die die Politik dem deutschen

Ansehen geschlagen hatte! Mit echter Zuversicht, im Gefühl der eigenen Kraft und im Bewußtsein einer gerechten Sache zog Deutschland in den Krieg.

Es fand statt des Sieges die Niederlage. Nicht durch die Übermacht der Feinde; sie war nicht unüberwindbar, wenn die deutschen Kräfte richtig angewandt wurden. Aber daran fehlte es. Zwar der deutsche Soldat hat alle Erwartungen übertroffen und auch die Feinde zur Bewunderung hingerissen. Wie stark, wie aufopferungsfroh und unerschütterlich pflichttreu das Volk, wie gesund sein Kern immer noch war, das zeigte sich erst jetzt und ist mit goldenen Lettern ins Buch der Geschichte eingegraben. Sogar ein englischer Staatsmann, der uns niemals wohlwollte, Winston Churchill, hat den Deutschen das Zeugnis ausgestellt, was sie im Weltkrieg geleistet, sei genug für die Geschichte. Und doch ging der Krieg verloren. Er mußte verloren gehen, weil die militärische Führung gleich im Anfang sich unfähig erwies und auch später die erlittenen Fehlschläge nicht mehr auszugleichen verstand; und weil die Politik ihr nicht zu Hilfe kam, vielmehr nur die alten Fehler verdoppelte. Während das Heer Heldentaten verrichtete, boten Regierung und Volksvertretung das trostlose Schauspiel widerspruchsvoller Ziellosigkeit und bänglichen Schwankens. Wie man schon im Frieden versäumt hatte, sich auf den Krieg, den man kommen sah, mit allen Kräften vorzubereiten, so wußte man jetzt nicht, wofür man ihn führte. Gegenüber der unerbittlichen Folgerichtigkeit der Gegner, die schließlich die ganze Welt zur Beihilfe bei der Erdrosselung Deutschlands zu nötigen verstanden, erlahmte allgemach der Widerstand des Vol-

kes, durch Hunger und Entbehrungen aller Art zermürbt, und trotz aller noch so glänzenden Einzelerfolge im Felde war das Ende, wie es sein mußte: ein völliger Zusammenbruch.

Niemals wäre es so schlimm gekommen, hätte den äußeren Feinden nicht ein Feind im Innern die Hand gereicht. Vom Beginn des Krieges an hatte dem Reich der Aufstand der irregeführten und mißbrauchten Volksmassen gedroht. Solange das Heer zu siegen schien, trat diese Gefahr in den Hintergrund; als die Hoffnung auf Sieg im Felde zu schwinden begann, wagte der Verrat sich hervor: die äußere Niederlage sollte dem Umsturz im Innern die Bahn öffnen. Die Regierung des Kaisers aber fand nicht die Kraft, den glimmenden Funken auszutreten, solange es Zeit war. Schritt vor Schritt zurückweichend lieferte sie das Steuer der Reichspolitik dem Reichstag aus, der es in kleinlichem Parteigezänk noch weniger zu führen verstand. Als nach vorübergehendem Aufflackern des Siegesfeuers seit dem Hochsommer 1918 der Mißerfolg im Felde nicht mehr zu verschleiern war, als schließlich die militärische Führung selbst eingestehen mußte, daß sie den Krieg verloren gab, da kam im ganzen Reich die längst vorbereitete Revolution zum Ausbruch. Der 9. November 1918 sah ihren Sieg in der Reichshauptstadt. Vor dem Aufstand der Arbeitermassen räumten Reichskanzler und Minister das Feld, die Republik wurde ausgerufen, Volksbeauftragte, die sich selbst ihren Auftrag erteilt hatten, bemächtigten sich der Regierung, der Kaiser aber, von Ministern und Generälen um die Wette gedrängt, ging außer Landes und willigte in die geforderte Abdankung,

um dem Volk den Bürgerkrieg zu ersparen. Nun konnten die siegreichen Feinde Deutschland den Fuß auf den Nacken setzen: am 12. November trat der Waffenstillstand in Kraft, dem das geschlagene Heer sich hatte unterwerfen müssen, weil eine Fortsetzung des Kampfes mit der Revolution im Rücken unmöglich schien. Er glich der Waffenstreckung. Aus ihm ging dann nach sieben Monaten der Friede hervor, den die Siegermächte dem Deutschen Reich aufzwangen.

Am 28. Juni 1919 wurde im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, an derselben Stelle, wo einst das deutsche Kaisertum verkündet worden war, von den Vertretern Deutschlands die erzwungene Unterschrift unter eine Urkunde gesetzt, die der deutschen Großmacht ein Ende bereiten und ihre Wiederherstellung für immer verhindern sollte. Verstümmelt durch Abtretung von Elsaß und Lothringen, Eupen und Malmedy im Westen, Pommerellen, Danzig, Posen, Oberschlesien und Memel im Osten, entwaffnet durch Beschränkung seiner Truppenzahl auf ein lächerlich geringes Maß, durch Schleifung seiner Festungen und das Verbot, das Grenzgebiet am Rhein zu verteidigen, dazu mit unerschwinglichen Tributen auf unabsehbare Zeit belastet, sah sich Deutschland zurückgeschleudert in tiefere Ohnmacht und Wehrlosigkeit, als es sie jemals früher gekannt, dabei nach wie vor in Ost und West von feindlichen Nachbarn umgeben, die kein Hehl daraus machten, daß die Aneignung weiteren deutschen Landes ihr Ziel sei. Wiederum wie in Zeiten, die man für immer überwunden geglaubt hatte, stand die deutsche Zukunft unter dem Damoklesschwert der Aufteilung.

Sie war beabsichtigt. Nur unter äußerstem Widerstreben war Frankreich bei den Verhandlungen über die Friedensbedingungen dem Widerspruch Englands und der Vereinigten Staaten gewichen. Frankreichs Ziel war die Rheingrenze gewesen und, um sie behaupten zu können, die dauernde Ohnmacht Deutschlands. Das erste war nicht erreicht, aber die Hoffnung, es später doch zu erreichen, nicht aufgegeben. Darum die unerschwinglichen Lasten, die man Deutschland aufgebürdet hatte, darum seine Entwaffnung. Man erwartete, das Reich werde die übernommenen Zahlungen nicht leisten können und damit Frankreich eine Handhabe bieten, die fünfzehnjährige Besetzung des Rheinlands in eine dauernde Besitznahme zu verwandeln, was ein waffenloses Deutschland nicht werde verhindern können.

Die folgenden Jahre sind jedem Deutschen, der sie miterlebt hat, in furchtbarer Erinnerung. Deutsches Land in Feindeshand, ausgeplündert, die Bevölkerung auf jede Art belästigt und gequält, der Willkür der Besatzungsbehörden und allen Ausschreitungen der Truppen ausgeliefert, darunter Negern, Marokkanern und andern Halbwilden, die sich ungestraft alles herausnehmen durften — das Schlagwort von der „schwarzen Schmach“ hatte einen nur zu guten Sinn. Zustände waren es, deren ehrenhafte Männer unter den amerikanischen und englischen Offizieren sich schämten. „Es schien“, so hat einer von ihnen später bekannt, „wirklich keine Grenzen zu geben für die Teufelei, die den feigen Militarismus kennzeichnet“, und nach Hunderten zählen die Todesopfer. Rheinland und Ruhrgebiet, auf das Frankreich die Besetzung unter nich-

tigen Vorwänden 1923 für fast drei Jahre ausdehnte, um sich der Kohlengruben zu bemächtigen, sie haben damals Dinge ertragen müssen, die in Europa seit Jahrhunderten unerhört gewesen waren. Deutschland aber mußte zusehen, wie die Volksgenossen im besetzten Gebiet gefoltert wurden, und konnte nicht helfen. Es war ja selbst der feindlichen Willkür wehrlos preisgegeben, mußte jahrelang sich damit abfinden, daß fremde Offiziere überall nach verborgenen Waffen und heimlichen Kampfverbänden schnüffelten, und hatte bei jedem Anlaß den Einmarsch feindlicher Truppen zu fürchten. Wenn wir dessen an dieser Stelle gedenken, so geschieht es nicht, um Rachegefühle zu nähren — es gibt nichts Unfruchtbareres als die Rache — sondern um nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, was ein verlorener Krieg bedeuten kann.

Damals gehörte ein starker Glaube dazu, an der Zukunft Deutschlands nicht zu verzweifeln. Sie bot nach menschlichem Ermessen keiner Hoffnung Raum. Daß das Volk sich aus eigener Kraft erhebe und die Ketten zerbreche, schien undenkbar, und daß andere ihm helfen würden, nicht minder. Die Verbindung der feindlichen Großmächte schien den Krieg zu überdauern, auch im Frieden, der nur eine Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln war, stand Deutschland allein gegen die Welt.

Eben darin jedoch lag ein Keim der Hoffnung. Hätte man es mit einem einzigen Gegner zu tun gehabt, der stark genug gewesen war, ohne fremde Hilfe das Deutsche Reich zu Boden zu schlagen, oder wären die Gegner in ihren Absichten ganz einig gewesen, wir hätten alle Hoffnung begraben müssen. Aber die Koalition, der wir unterlegen

waren, bildete keine feste Einheit, ihre Mitglieder hatten keineswegs die gleichen Ziele. Die französischen Hintergedanken wurden in England und Amerika weder geteilt noch gebilligt, die Vereinigten Staaten, die den Krieg entschieden hatten, trennten sich sogar schon beim Friedensschluß von den Verbündeten, ihr Präsident, Mitschöpfer des Friedens von Versailles, wurde von seinem Volk verleugnet, es versagte dem Vertrag die Bestätigung. Mit der Zeit regte sich dort und in England das Gefühl für Recht und Menschlichkeit, die Stimmen mehrten sich, die für Deutschland Partei ergriffen und eine Abänderung des Friedens von Versailles forderten. Es kam hinzu, daß die Folgen des langen Krieges in den siegreichen Ländern mit der Zeit immer stärker fühlbar wurden; deutlich stellte sich heraus, daß die Friedensbedingungen dagegen keine Abhilfe boten, ja daß in ihnen die letzte Ursache des allgemeinen Notstands zu sehen war, der sich in Erschütterung der Staatshaushalte, Lähmung der Wirtschaft und Arbeitslosigkeit zeigte und in Frankreich binnen kurzem zum vollständigen Verfall der Währung führte. Schließlich machten sich auch natürliche Gegensätze der Interessen unter den Siegermächten geltend, ihre Front lokkerte sich, es zeigten sich Risse und Spalten in ihr, durch die ein Hoffnungsschimmer drang.

Vielleicht wäre es möglich gewesen, daraus schon früher und in größerem Maße Nutzen zu ziehen. Deutschland hat das nicht verstanden, der Zustand, in den es sich durch die Revolution gestürzt hatte, machte es ihm unmöglich. Das Reich hatte sich am 11. August 1919 durch eine gewählte Nationalversammlung als republikanischer Ein-

heitsstaat eine Verfassung gegeben, die, streng nach den Regeln der liberal-demokratischen Staatslehre ersonnen, für Deutschland, zumal in seiner damaligen Lage, vollkommen ungeeignet war. Sie verewigte den Kampf der Parteien um die Macht und lähmte die ausführende Gewalt in einer Zeit, wo alles auf Einigkeit und raschen Entschluß ankam. Nicht weniger schlimm war es, daß die Umwälzung einer Volksschicht zur Macht verholfen hatte, die ihrer Aufgabe noch viel weniger gewachsen war als die bisher regierende. Deutschland wollte eine demokratisch-sozialistische Republik sein, Sozialdemokraten und Demokraten stellten in seiner Volksvertretung zunächst die stärksten Parteien, bemächtigten sich der Ämter, der erste Präsident der Republik war der Sozialdemokrat Ebert. Aber weder die einen noch die andern verfügten über die Männer, deren man bedurfte. Die bürgerliche Demokratie war in Deutschland von jeher so wenig regierungsfähig gewesen wie das liberale Bürgertum, dessen staatsmännischen Bankrott der Weltkrieg und sein verhängnisvolles Ende besiegelt hatten. Jetzt erwies sich die Sozialdemokratie um nichts besser, auch sie verstand nicht zu regieren, brachte keine Staatsmänner hervor. Ein Versuch, ihr Regiment mit Gewalt zu stürzen, mißlang im März 1920 wegen ungenügender Vorbereitung. Daß der Schwerpunkt mit der Zeit mehr nach rechts glitt, brachte keine wesentliche Änderung, und Feldmarschall von Hindenburg, der Führer des Heeres in den letzten zwei Jahren des Krieges, der im Mai 1925 nach Eberts Tod die Präsidentschaft übernahm, enttäuschte die Erwartungen. Schon 77 Jahre alt, durch Natur und Erziehung dem po-

litischen Leben fremd, fühlte er sich durch seinen Eid an die Verfassung gebunden, verzichtete auf Benutzung der außerordentlichen Befugnisse, die sie ihm für gewisse Fälle bot, und verhalf der Republik durch seinen Namen und seine achtunggebietende Persönlichkeit zu einem Ansehen, das sie nicht verdiente.

Es wäre zu viel Ehre für die Männer — sie pflegten alle paar Monate zu wechseln —, die den Mut hatten, sich unter solchen Umständen als Reichskanzler auf den Stuhl Bismarcks zu setzen, wollte man ihre Namen hier erwähnen. Mit ihnen und ihren Mitarbeitern müßte man Nachsicht haben, weil sie Deutschlands Geschick nicht zu bessern vermochten. Im Namen eines ohnmächtigen, von den Nachwehen der Revolution durchzuckten, von Parteikämpfen zerrissenen Reiches erfolgreich zu verhandeln, war eine kaum lösbare Aufgabe. Hätten sie es wenigstens mit Geschick und Würde getan! An beidem ließen sie es fehlen, und die Erfolge, die sie sich selbst zu bescheinigen nicht müde wurden, waren keine oder das Gegenteil. Das gilt insbesondere von dem Vertrag vom Oktober 1925, gewöhnlich nach seinem Geburtsort Vertrag von Locarno genannt, der von seinen Urhebern und einer gedankenlosen öffentlichen Meinung als Wendepunkt überschwenglich gepriesen wurde. In ihm fand Deutschland sich mit seinen ehemaligen Feinden zusammen, um gemeinsam die Unverletzlichkeit der französischen (und belgischen) Ostgrenze zu verbürgen. Das bedeutete nichts anderes als den freiwilligen und endgültigen Verzicht auf die Gebiete im Westen (Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy), deren Abtretung in Versailles erzwungen worden war. Deutschland

erhielt dafür — nichts. Nicht eine der drückenden und entehrenden Bedingungen des sogenannten Friedens wurde erleichtert oder aufgehoben, das Reich blieb entwaffnet, durfte im Westen bis auf 50 Kilometer rechts des Rheins keinen Soldaten und kein Geschütz stehen haben und war überdies jetzt nach seinem eigenen freiwillig gegebenen Zeugnis als der ständige Bedroher des europäischen Friedens gebrandmarkt. Ebenso fruchtlos erwies sich ein Jahr später (September 1926) der unter Demütigungen vollzogene Eintritt in den Völkerbund. Deutschland begab sich damit, wiederum ohne jeden greifbaren Vorteil, unter die Aufsicht und in die Fesseln einer Einrichtung, die angeblich den Frieden der Welt hüten sollte, in Wirklichkeit ein Werkzeug Frankreichs zur Beherrschung Europas war. Frankreich aber, ungeachtet mancher schönen Reden von „Nie wieder Krieg“ und ewiger Versöhnung, die seine Staatsmänner gelegentlich hören ließen, Frankreich wandelte in den Spuren Richelieus und seiner Fortsetzer. Seine Politik kannte keinen heiligeren Grundsatz, als daß Deutschland in Ohnmacht erhalten werden müsse, wenn Frankreich Sicherheit — *sécurité*, eigentlich Sorglosigkeit — genießen solle. Zu diesem Zweck hatte es, auch darin seinen Überlieferungen getreu, für eine stete Bedrohung Deutschlands im Rücken gesorgt: von seinen Verträgen mit dem wiedererstandenen Polen und den Erben des zerstörten Habsburgerreiches, der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien, erwartete es die Dienste, die früher Rußland, noch früher die Türkei geleistet hatte. Solange französischer Einfluß in Europa mächtig blieb, war für Deutschland nichts zu hoffen.

Das zeigte sich am deutlichsten in der Frage, die zunächst die brennendste war, in der Frage der Kriegsentschädigungen oder, wie man damals sagte, um die Sache zu bemänteln, der Reparationen. Von ihnen hatte sich die Habgier der Sieger anfangs geradezu phantastische Vorteile versprochen: 269, dann wenigstens 180 Milliarden Goldmark sollte Deutschland hergeben. Schließlich wurde es 1921 durch militärische Drohung gezwungen, eine Gesamtschuld von 132 Milliarden anzuerkennen. Aber ein Weg, auf dem diese fürchterliche Summe gezahlt werden konnte, wollte sich nicht finden. Ein erster Plan, wonach Deutschland von 1928 an etwa ein halbes Jahrhundert lang jährlich $2^1/_2$ Milliarden abtragen sollte, erwies sich schon von Anfang an als unausführbar, ein zweiter, dem nach langen Verhandlungen die deutsche Regierung auf einer Zusammenkunft im Haag im Januar 1930 gegen die Ansicht ihrer Sachverständigen sich unterwarf, und den auch der Reichstag guthieß — ein Versuch, dies durch Volksabstimmung zu verhindern, mißlang —, belastete das Reich mit einer Gesamtschuld von 116 Milliarden und Zahlungspflichten bis zum Jahr 1988. Diesmal glaubte man wenigstens eine greifbare Gegenleistung erreicht zu haben: Frankreich ließ sich dazu herbei, seine Truppen schon am 30. Juni 1930, $4^1/_2$ Jahre früher, als es verpflichtet war, aus dem Rheinland zurückzuziehen. Der Gewinn war zu teuer erkauft. Eben dieser Haager Vertrag, auf den die regierenden Parteien so stolz waren — sein Urheber, der inzwischen verstorbene Außenminister Stresemann, sollte in Mainz ein großes Denkmal erhalten — erwies sich als der

Stein, an dem die Herrschaft der Demokratie zerschellen sollte.

Zunächst stellten sich die übernommenen Zahlungspflichten sofort als unerfüllbar heraus. Eine Wirtschaftskrise von nie gesehener Schwere war seit 1929 über die ganze Welt hereingebrochen und hatte auch Deutschland ergriffen. Finanzen und Wirtschaft, die sich von den Folgen des Krieges kaum zu erholen begonnen hatten, drohten völlig zusammenzubrechen, als die ausländischen Gläubiger die Darlehen kündigten, mit denen Länder, Gemeinden und Private ihre Geschäfte bisher geordnet und in Gang gehalten hatten. Die Reichsregierung sah sich genötigt, Stundung und Kündigungsverbot für alle auswärtigen Verpflichtungen zu erwirken, den Geldverkehr mit dem Ausland unter Aufsicht zu stellen, Gehälter und Pensionen zu kürzen und Herabsetzung von Preisen und Löhnen vorzuschreiben. Der Staat hatte den Rechtsboden verlassen, die Demokratie ihren eigenen Lebensgrundsatz, die Freiheit, verleugnet, ihre Maßregeln aber beschleunigten die Katastrophe, statt ihr vorzubeugen: die Wirtschaft geriet ins Stocken, die Arbeitslosigkeit stieg, 1932 zählte man bereits 5 Millionen Erwerbslose, und ein Ende war nicht abzusehen.

Bis dahin hatte die Haltung des Volkes im ganzen, von manchen bedauerlichen Erscheinungen abgesehen, wie sie in Zeiten der Erschütterung nie ausbleiben, Achtung, ja Bewunderung gefordert. Ihm war es zu verdanken, daß das Reich erhalten blieb und die Ordnung gerettet wurde. Die Niederschlagung des kommunistischen Aufstands im Januar 1919, die Neuordnung der Währung im Herbst

1923 waren vom Volk ausgegangen, nicht von den Regierenden. Prachtvoll hatte sich der vaterländische Sinn der Rheinländer bewährt, an ihm waren die Verführungskünste der Franzosen ebenso abgeprallt wie ihre Quälereien, die das Land zum Abfall vom Reich treiben sollten. Versuche, die einige Verräter mit französischer Unterstützung in dieser Richtung unternahmen, waren von der Bevölkerung rasch und rücksichtslos erstickt worden. Den Satz, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, hat das deutsche in jenen Jahren nicht bestätigt, es war viel besser als seine wechselnden Regierungen. Den Glauben an sich selbst und seine Zukunft hatte es nicht aufgegeben, hatte in aller Not unverdrossen gearbeitet und den Mut nicht verloren. Jetzt aber begann Verzweiflung um sich zu greifen. Zur harten Not des täglichen Lebens kam das erbitternde Gefühl, einer dauernd entrechteten, herabgewürdigten Nation anzugehören. Große Erwartungen hatten sich an die Räumung des Rheinlands geknüpft; sie wurden enttäuscht. Alle Bemühungen um Aufhebung der entehrenden Vorschriften des Versailler Friedens scheiterten an der französischen Hartnäckigkeit, die jeden Versuch dieser Art mit einem Hinweis auf die Heiligkeit der Verträge erwiderte. Längst hatten die Einsichtigen in allen Ländern erkannt, daß das Geständnis der Alleinschuld am Kriege, zu dem Deutschland gezwungen worden war, den Tatsachen widersprach. Aber wenn von deutscher Seite Verwahrung gegen die Verleumdung laut wurde, so antwortete von drüben ein Wutgeheul. Auf der deutschen Kriegsschuld beruhte ja die Pflicht der „Wiedergutmachung“, dieser Satz des Friedensvertrags hatte

also hohen Geldwert, er durfte nicht angetastet werden. Über die Bestimmungen betreffend Deutschlands Wehrlosigkeit war jedes Wort umsonst. Mochten andere Staaten allmählich zu Entgegenkommen geneigt sein, Frankreich blieb unzugänglich. Man sprach zwar viel von Versöhnung, Ministerbesuche wurden ausgetauscht, trugen aber keine Frucht. Mochte vielleicht einer oder der andere französische Politiker einen wirklichen Ausgleich wünschen, keiner wäre gegenüber der öffentlichen Meinung seines Landes stark genug gewesen, Deutschland das zu geben, worauf es nicht verzichten konnte. Die ganze Politik der Verständigung beruhte auf Selbsttäuschung. Und um deswillen waren zwei Generationen von Deutschen zu Steuersklaven des Auslands gemacht!

Der Kampf um den Haager Vertrag hatte eine arge Verschärfung der Parteigegensätze hinterlassen. Eine ernste Mahnung des Reichspräsidenten zur Einigkeit verhallte wirkungslos, die Zerrissenheit des Volkes nahm zu. Eine normale Gesetzgebung war nicht mehr möglich, man mußte sich mit Notverordnungen helfen. So erbittert wurden die Kämpfe, daß die Reichsregierung sich veranlaßt sah, die Preßfreiheit einzuschränken. Während die bürgerlichen Parteien sich zersplitterten, wuchs der Kommunismus, von der Moskauer Internationale eifrig geschürt und durch die zunehmende Arbeitslosigkeit gefördert, zu immer bedrohlicherer Stärke an. 1930 gewann die Partei 77 Sitze im Reichstag, 1932 schon 89; die Rechte sank inzwischen von 103 auf 37 herab.

Ein italienischer Diplomat berichtet in seinen Erinnerungen von den Eindrücken, die er im Sommer 1932 in

Berlin empfing. Er war erschüttert durch „den Ton dumpfer Verzweiflung, der in den Stimmen der jungen Menschen mitschwang. Ihr Geist schien gebrochen. Hungrig, wie sie zweifellos waren, sehnten sie sich doch nach Hoffnung und Führung mehr vielleicht noch als nach Brot". „Es muß anders werden", hörte er sie sagen. War das „anders" nicht der Bürgerkrieg, die Zerstörung durch den Massenaufstand der Kommunisten? War es Deutschlands Schicksal, herabzustürzen in denselben Abgrund, in dem man Rußland schon 1917 hatte untergehen sehen?

Wenige Tage nach dem Zusammenbruch im November 1918 hat der französische Botschafter in London, Paul Cambon, die Äußerung getan: „Ich besorge für die Zukunft sehr, daß sich in Deutschland eine große sozialistische Vereinigung bilde, die, getrieben von nationaler Leidenschaft, einen noch einheitlicheren und noch gefährlicheren Staat schaffen würde als das Kaiserreich." Cambon war einer der klügsten und darum schlimmsten Feinde Deutschlands. Wie richtig er gesehen hat, weiß heute alle Welt. Seine Besorgnis ist Wirklichkeit geworden in der Nationalsozialistischen Partei, die seit 1933 Deutschland beherrscht.

Ihr märchenhaft schnelles Emporsteigen aus kleinsten Anfängen, fast aus dem Nichts, verdankte sie ihrem Führer und dem nationalen Gedanken, den er verkörperte. Adolf Hitler, der Mann aus dem Volk, Österreicher von Geburt, Soldat im deutschen Heer, stellte in seiner Person Volkstum und Volkseinheit sinnbildlich dar. Was ihn an die Spitze der Nation erhob, den Unbekannten, der nichts weiter zu besitzen schien als seine Beredsamkeit,

war die Kraft seines Glaubens an Deutschland, sein Aufstieg war der Sieg des nationalen Gedankens. Welche Fähigkeiten in ihm steckten — gebietendes Auftreten, kühnste Entschlossenheit, Sicherheit des Instinkts und ein beispiellos scharfer Blick für die Gunst des Augenblicks —, das hat er erst mit der Zeit offenbart. Mit diesen Eigenschaften gelang es ihm, nachdem ein Versuch (1923), mit Gewalt die Macht an sich zu reißen, fehlgeschlagen war, sie in mühsamer Arbeit auf gesetzlichem Wege zu erobern. Im Laufe weniger Jahre hatte er seine Partei zur stärksten im Lande gemacht. Der Sommer 1932 sah sie mit 230 Abgeordneten in den Reichstag einziehen, während die bürgerlichen Parteien insgesamt auf 152 zusammenschrumpften. Deutschland schien nur noch die Wahl zu haben zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus, zwischen denen im Lande bereits ein verdeckter Bürgerkrieg im Gange war. Die Regierung, im Gefühl der drohenden Gefahr, nahm wohl Anläufe, ihr zu begegnen, fand aber nicht den Entschluß zur Diktatur, für die doch alles reif war. Sie blieb in halben Maßregeln stecken. In höchster Spannung begann das Jahr 1933.

Da ließ am 30. Januar, fast in zwölfter Stunde, der Reichspräsident sich bestimmen, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Neuwahlen zum Reichstag brachten der Partei 48 Prozent aller Stimmen, der mit ihr verbündeten Rechten 3 Prozent. Damit hatte die neue Regierung eine verfassungsmäßige Grundlage, der Widerspruch der übrigen bürgerlichen Parteien verstummte, und mit starker Mehrheit erhielt sie am 23. März vom Reichstag

unbeschränkte Vollmachten auf vier Jahre. Sie sind ihr später bis zum 10. Mai 1943 verlängert worden, nachdem Hitler nach dem Tode Hindenburgs (August 1934) die ganze Macht als Führer und Reichskanzler übernommen hatte.

Was seitdem geschehen ist, kann der Geschichtschreiber nicht darstellen, denn noch ist es nicht Geschichte geworden, noch nicht abgeschlossen und in seiner ganzen Bedeutung, die sich nur an der Wirkung messen läßt, noch nicht zu erkennen. Noch stehen wir mitten drin, noch ist es Gegenwart, deren Ereignisse nur der Chronist verzeichnen mag. Nennen wir die wichtigsten, so tritt der ungeheure Umschwung ins helle Licht, der sich in Deutschlands Schicksal vor unsern Augen vollzogen hat und noch vollzieht.

Drei vornehmste Aufgaben hatte der Führer sich gesteckt: Unterdrückung des Kommunismus, Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Wiederherstellung von Deutschlands Ehre und Freiheit. In kürzester Frist war das erste, in der vorgezeichneten von vier Jahren das zweite erreicht, den Weg, auf dem auch das dritte errungen ward, bezeichnen als Meilensteine eines unwahrscheinlich raschen Siegeslaufs die nackten Tatsachen: im März 1935 Schaffung einer deutschen Luftwaffe; im Mai desselben Jahres Einführung der allgemeinen Wehrpflicht; im März 1936 Besetzung des Rheinlands. Damit lag der Versailler Frieden schon in Fetzen am Boden, ohne daß seine Schöpfer gewagt hätten, für ihn mit der Tat einzutreten. Kühnheit, Schnelligkeit des Entschlusses und klare Erkenntnis von der inneren Schwäche der Gegner hatten

diesen Triumph erfochten. Die wiedererstehende Kriegsmacht Deutschlands erlaubte alsbald, auch die Grenzbestimmungen von 1919 zu beseitigen. Hierzu bedurfte es der Unterstützung von außen. Sie fand sich bei Italien, das schon seit 1922 unter der nationalen Diktatur Mussolinis zu neuer Kraftentfaltung erwacht war. Daß zwischen diesem Lande und Frankreich der natürliche Gegensatz der Interessen im Mittelmeer hervorgetreten war, brachte fast von selbst die Annäherung an Deutschland, und als der Völkerbund, geführt von England und Frankreich, Italien durch Handelssperre an der Eroberung Abessiniens zu hindern drohte, Deutschland aber — es hatte schon 1933 den Völkerbund verlassen — sich daran nicht beteiligte, da ergab sich das natürliche Bundesverhältnis der beiden Länder, für das Mussolini im Oktober 1936 das Schlagwort prägte: nicht von London oder Paris hängt das Schicksal Europas ab, die Entscheidung kreist um die Achse Rom—Berlin.

Gestützt auf die italienische Freundschaft, dazu schon seit dem Januar 1934 im Rücken gedeckt durch einen zehnjährigen Nichtangriffsvertrag mit Polen, konnte Hitler darangehen, gleichsam die Restbestände der geschichtlichen Entwicklung aufzuarbeiten. Im März 1938 vollzog er die Angliederung Deutsch-Österreichs an das Reich, stillte die Sehnsucht des Volkes hüben und drüben und heilte die Wunde, die Bismarck deutschen Herzen einst hatte schlagen müssen. Im Oktober desselben Jahres wurden die Deutschen in Böhmen und Mähren von tschechischer Herrschaft befreit, und im Augenblick, wo dieses geschrieben wird, steht die Welt unter dem Eindruck der

Tatsache, daß die tschechische Republik, in innerer Auflösung zusammenbrechend, sich selbst der deutschen Schutzherrschaft unterworfen hat, um fortan wieder, wie in vergangenen Tagen, von deren Wiederkehr man kaum zu träumen gewagt hatte, ein Glied des Deutschen Reiches zu sein und als Sondergebiet unter des Reiches Oberhoheit ihr nationales Eigenleben zu führen.

Wenn etwas die wiedergewonnene Machtstellung Deutschlands handgreiflich macht, so ist es die Tatsache, daß diese Kette von Erfolgen errungen wurde gegen den Willen der Mächte, die bis dahin geglaubt hatten, Europa zu beherrschen, und dennoch, ohne daß es nötig gewesen wäre, einen Schuß abzufeuern. England und Frankreich hätten es gerne verhindert, aber sie wagten es nicht. Erinnern wir uns, daß erst zwanzig Jahre und wenige Monate vergangen sind, seit wir am Grabe Deutschlands standen, und es nicht wenige gab, die an seiner Auferstehung zweifelten, so wächst die Größe des Erreichten ins Unwahrscheinliche. Wir, die wir noch eben den Launen der andern wehrlos preisgegeben, die wir in unserm Recht und unserer Ehre vom Willen solcher Staaten wie Litauen abhängig gewesen waren, wir durften den stolzesten Großmächten zumuten, sich unserm Willen zu fügen, und sie taten es.

Mit den jüngsten Ereignissen hat das Hoheitsgebiet des Deutschen Reiches annähernd den Umfang und die Gestalt wiedergewonnen, die es in alten Zeiten besaß. Seine innere Einheit ist vollendet, ehrwürdige Formen, die sie störten, sind beseitigt. Die deutsche Geschichte scheint nach weitem Umweg zu ihren Anfängen zurückzukehren,

der Kreis ihres Laufes sich zu schließen. Die Dissonanzen, die sie erfüllten, sind aufgelöst und ihr Sinn ist nicht länger streitig.

Aber in dem Spiel der hohen Politik ist nicht einmal ein „Schachmatt" das Ende der Partie, im Kriege bedeutet eine gewonnene Schlacht noch nicht den Friedensschluß. Wir wissen, daß Erfolge verteidigt, erstürmte Stellungen behauptet sein wollen, und daß unsere neue Machtstellung schweren Anfeindungen ausgesetzt ist. Die Wucht der deutschen Erfolge, die Art, wie sie errungen wurden, hat alte Gegnerschaften verschärft, neue geweckt. Voraussichtlich noch für lange Zeit wird Deutschlands Lage schwierig bleiben und Mut die erste Forderung heißen. Mut und Klugheit, eines so wichtig wie das andere! Alle Geschichte, am meisten unsere eigene, belehrt uns darüber, wie nahe dem Kapitol der Tarpejische Felsen ist; wohin Klugheit führt, der es an Mut gebricht, und wie sich gedankenloser Ehrgeiz rächt, der ohne weiteres für erreichbar hält, was er begehrt. Vergessen wir nicht, daß ein Machtzuwachs erst dann sicherer Besitz ist, wenn die Enkel derer, die ihn errangen, ihn ungeschmälert ihren Erben hinterlassen dürfen. Bleiben wir auch dessen eingedenk, daß ein Volk ebenso wie der einzelne Mensch nur in Gemeinschaft mit andern leben und daß am wenigsten die deutsche Nation an dem Platz, der ihr auf der Erde zugewiesen ist, sich von dieser Gemeinschaft lossagen kann. Lassen wir die Lehren der Geschichte, die wir wahrlich teuer genug bezahlt haben, nicht an uns verloren sein! Dann mag Deutschland auch fürder dem Schicksal die Stirne bieten in dem Glauben an sich und

seine Zukunft; in dem Glauben, der ihm, wie in früheren Zeiten, so erst jüngst wieder geholfen hat, in finsterer Nacht den Aufgang der Sonne zu erwarten. Dann mag ihm wohl für die neue Epoche seines Lebens, in die es nun eingetreten ist, das Dichterwort zum Geleite dienen:

Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.

Druck:
Union Druckerei GmbH.
Stuttgart

